

**Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD  
am 19. Februar 2022**



# **Antragsbuch**

# **Antragskommission**

zum außerordentlichen Landesparteitag  
der NRWSPD am 19. Februar 2022

Abdi, Sanae	Landesparteirat
Achinger, Konstantin	Landesparteirat
Dahm, Christian	Landesparteirat
Kammerevert, Petra	Landesvorstand
Kapteinat, Lisa-Kristin	Landesparteirat
Lüders, Nadja	Landesvorstand
Maelzer, Dennis	Landesparteirat
Neumann, Josef	Landesparteirat
Ott, Jochen	Landesparteirat
Schall, Dörte	Landesparteirat
Stinka, André	Landesvorstand
Unger, Anke	Landesparteirat
Zimkeit, Stefan	Landesparteirat

Sprecherin der Antragskommission: Nadja Lüders

## Informationen zu Änderungsanträgen

Antragsschluss für Änderungsanträge ist Mittwoch, 9. Februar 2022  
(24.00 Uhr). Bitte sendet Änderungsanträge an [antraege.nrw@spd.de](mailto:antraege.nrw@spd.de).

## Inhaltsverzeichnis

### Antragsbereich 02: Leitanträge (L) 1

<b>L-01</b>	<b>Landesvorstand</b>	
L-01 UNSER LAND VON MORGEN – REGIERUNGSPROGRAMM DER NRWSPD ZUR LANDTAGSWAHL 2022		
<i>Annahme in Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		<b>1</b>

### Antragsbereich 03: Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen (K) 94

<b>K-01</b>	<b>KV Olpe</b>	
K-01 Digitale Beteiligungsformate		
<i>Überweisung an SPD-Landtagsfraktion</i> . . . . .		<b>94</b>
<b>K-02</b>	<b>UB Borken</b>	
K-02 Sachkundige Bürgerinnen und Bürger		
<i>Überweisung an SPD-Landtagsfraktion</i> . . . . .		<b>96</b>
<b>K-03</b>	<b>UB Borken</b>	
K-03 Bebauungspläne		
<i>Ablehnung</i> . . . . .		<b>98</b>

### Antragsbereich 04: Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik (A) 99

<b>A-01</b>	<b>UB Duisburg</b>	
A-01 Abzug aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik und NEIN zur atomwaffen-unterstützenden Aufrüstung der Bundeswehr		
<i>Erledigt durch Koalitionsvertrag Bund 2021</i> . . . . .		<b>99</b>
<b>A-02</b>	<b>KV Olpe</b>	
A-02 Kill Switch		
<i>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</i> . . . . .		<b>102</b>

### Antragsbereich 05: Bildung und Wissenschaft (B) 103

<b>B-01</b>	<b>OV Bonn-Beuel</b>	
B-01 Abschaffung staatlich-religiöser Schulen in NRW		
<i>Überweisung an SPD-Landesvorstand und Einrichtung einer zuständigen Kommission nach der Landtagswahl</i> . . . . .		<b>103</b>
<b>B-02</b>	<b>UB Bottrop</b>	
B-02 Qualitätsoffensive Offene Ganztagsgrundschule		
<i>Erledigt durch Beschluss L-01 Regierungsprogramm</i> . . . . .		<b>106</b>
<b>B-03</b>	<b>UB Borken</b>	
B-03 Digitaler Hausmeister		
<i>Annahme in Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		<b>110</b>
<b>B-04</b>	<b>UB Borken</b>	
B-04 Digitale Endgeräte		
<i>Erledigt durch Beschluss L-01 Regierungsprogramm</i> . . . . .		<b>112</b>

### Antragsbereich 07: Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik (F) 113

<b>F-01</b>	<b>AsF NRW</b>	
F-01 Wir bringen Familie und Karriere unter einen Hut		
<i>Annahme in Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		<b>113</b>

<b>F-02</b>	<b>AsF NRW</b>	
F-02 Wir bekämpfen konsequent Gewalt gegen Frauen und Mädchen		
<i>Annahme in Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		<b>115</b>
<b>F-03</b>	<b>AsF NRW</b>	
F-03 Mein Körper, meine Entscheidung: Für ein diskriminierungsfreies Gesundheitssystem		
<i>Annahme in Fassung der Antragskommission</i> . . . . .		<b>117</b>
<b>F-04</b>	<b>AsF NRW</b>	
F-04 Für eine (digitale) Gesellschaft, die Frauen den Rücken stärkt		
<i>Annahme</i> . . . . .		<b>119</b>

### **Antragsbereich 10: Innen- und Rechtspolitik (IR) 121**

<b>IR-01</b>	<b>UB Duisburg</b>	
IR-01 Legalisierung und Entkriminalisierung von Cannabis		
<i>Erledigt durch Koalitionsvertrag Bund 2021</i> . . . . .		<b>121</b>
<b>IR-02</b>	<b>UB Duisburg</b>	
IR-02 Verbot von Wildtieren im Zirkus – keine Unterhaltung auf Kosten der Tiere!		
<i>Annahme</i> . . . . .		<b>125</b>

### **Antragsbereich 11: Arbeitsmarktpolitik (Ar) 127**

<b>Ar-01</b>	<b>UB Siegen-Wittgenstein</b>	
Ar-01 Industrieregion Südwestfalen zukunftssicher stärken und Arbeitsplätze sichern		
<i>Erledigt durch Annahme L-01 Regierungsprogramm</i> . . . . .		<b>127</b>
<b>Ar-02</b>	<b>UB Borken</b>	
Ar-02 Einführung eines Bundestariftreuesetz sowie die Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW		
<i>Erledigt durch Annahme L-01 Regierungsprogramm</i> . . . . .		<b>129</b>

### **Antragsbereich 13: Organisationspolitik (O) 132**

<b>O-01</b>	<b>UB Duisburg</b>	
O-01 Änderung des Beitragserhöhungsverfahrens		
<i>Ablehnung</i> . . . . .		<b>132</b>
<b>O-02</b>	<b>OV Bochum-Stiepel</b>	
O-02 Einrichtung AK Säkularität und Humanismus		
<i>Erledigt durch Beschlusslage</i> . . . . .		<b>133</b>
<b>O-03</b>	<b>UB Borken</b>	
O-03 Antragsregister		
<i>Überweisung an SPD-Bundesparteitag</i> . . . . .		<b>134</b>
<b>O-04</b>	<b>UB Borken</b>	
O-04 Einrichtung eines Arbeitskreises Säkulare Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten		
<i>Erledigt durch Beschlusslage</i> . . . . .		<b>135</b>

### **Antragsbereich 16: Umwelt-, Energie- und Verbraucherschutzpolitik (UE) 136**

<b>UE-01</b>	<b>KV Mettmann</b>	
UE-01 Einhaltung der Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens		
<i>Annahme</i> . . . . .		<b>136</b>

**Antragsbereich 02: Leitanträge (L)**

**Antrag L-01**  
**Landesvorstand**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme in Fassung der Antragskommission**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**UNSER LAND VON MORGEN – REGIERUNGSPROGRAMM DER NRWSPD ZUR LANDTAGSWAHL 2022**

1 **1. FÜR EUCH GEWINNEN WIR DAS MORGEN**

2

3 » Hier wird nach Beschluss das Vorwort von Thomas Kut-  
 4 schaty eingefügt. «

5

6 **2. WAS FÜR UNSER LAND VON MORGEN BESONDERS**  
 7 **WICHTIG IST**

8

9 **2.1 DIE GUTE ARBEIT VON MORGEN: SOZIAL, DIGITAL,**  
 10 **KLIMANEUTRAL**

11

12 Die Arbeit von morgen wird besser.

13

14 So einfach ist unser Ziel: Die Arbeit von morgen wird bes-  
 15 ser.

16

17 Dieses Ziel erreichen wir, indem wir jede Veränderung  
 18 zum Anlass nehmen, die Arbeitswelt zu gestalten. Wir  
 19 lieben die Veränderung, weil sie Chancen mit sich bringt,  
 20 noch mehr für das gute Leben zu erreichen. Selten war  
 21 unsere Chance auf Verbesserung so groß wie genau  
 22 jetzt, da sich in unserer Gesellschaft so viel verändert.

23

24 Nehmen wir zum Beispiel die Digitalisierung und den  
 25 Klimawandel. Unternehmen vernetzen sich weltweit,  
 26 neue Technologien entstehen in Rekordtempo, neue  
 27 Produktionsverfahren setzen sich durch. In diesem welt-  
 28 weit stattfindenden Prozess gibt es unendlich viel zu  
 29 tun. Welches Land könnte mehr dazu beitragen und  
 30 mehr davon profitieren als das Technologie- und En-  
 31 ergieland NRW? An dieser Aufgabe wollen wir in  
 32 Nordrhein- Westfalen arbeiten. Wir wollen eine Partner-  
 33 schaft zwischen sozialem Unternehmertum, starken Be-  
 34 schäftigten und einem handlungsfähigen Staat auf Au-  
 35 genhöhe. Es entstehen neue Berufsbilder. Die Wirtschaft  
 36 wächst. Genau diese Veränderung gestalten wir, indem  
 37 wir darauf achten, dass neue Arbeit noch besser wird  
 38 als alte. Wir fördern Technologie, die große Chancen mit  
 39 sich bringt, damit die Arbeit besser bezahlt wird. Wir för-  
 40 dern Unternehmen, die ihren Mitarbeiterinnen und Mit-  
 41 arbeitern gute Arbeit bieten. Wir stellen sicher, dass wir  
 42 alle vom Wachstum durch Digitalisierung und Transfor-  
 43 mation profitieren.

44

45 Das heißt für uns konkret:

46

47 Wir werden dafür sorgen, dass Mitarbeiterinnen und

Ergänze hinter Zeile 854:

Wir werden Kommunen auch weiterhin dabei unter-  
 stützen, Kommunale Präventionsketten auf- und auszu-  
 bauen und eine kommunale Gesamtstrategie mit Blick  
 auf das Wohlergehen aller Kinder, Jugendlicher und Fa-  
 milien zu entwickeln. Denn hierin sehen wir eine Vor-  
 aussetzung dafür, dass die verschiedenen Systeme wie  
 Jugendhilfe, Schulen oder Soziales zusammenarbeiten  
 und Familien frühzeitig erreichen.

Ersetze Zeile 2822-2825 durch:

Wir sichern für die kommunalen Haushalte 2021 und  
 2022 entsprechende Ausgleichsmittel in Höhe von 100%  
 der pandemiebedingten Einnahmeausfälle zu.

Streiche Zeile 2828-2832

48 Mitarbeiter stärker an den Gewinnen von Unternehmen  
49 beteiligt werden, sowohl durch höhere Löhne als auch  
50 durch gemeinschaftlich kontrollierte Kapitalanteile an  
51 ihren Unternehmen. Diese Form von Beteiligung ist für  
52 uns eine sinnvolle Ergänzung zu den auszuweitenden  
53 Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Betriebs- und Un-  
54 ternehmensebene. So entsteht ein gemeinsamer Wille  
55 zum Gewinn und Unternehmenserfolg im ganzen Land.  
56 Das macht unsere Wirtschaft stärker.

57  
58 Wir werden dafür sorgen, dass Mitarbeitende und Ge-  
59 werkschaften auch bei Themen, wie betrieblicher Wei-  
60 terbildung, Digitalisierung, Personalplanung und unter-  
61 nehmerischen Zukunftsstrategien in den Betrieben mit-  
62 bestimmen. Denn oft haben nicht nur die Eigentümer,  
63 sondern gerade die Beschäftigten die besten und kon-  
64 kretesten Lösungen im Blick. Viele Unternehmen setzen  
65 deshalb auf das Know-how ihrer Beschäftigten. Das hat  
66 sich auch im Projekt Arbeit 2020 gezeigt, welches zum  
67 Ende des vergangenen Jahres ausgelaufen ist. Die guten  
68 Ansätze dieses Projektes wollen wir in einem umfassen-  
69 den Programm auf weitere Unternehmen und Branchen  
70 ausweiten. Damit unterstützen wir den Erfolg unserer  
71 Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

72  
73 Ganz Nordrhein-Westfalen – ohne Ausnahme – wird in  
74 den kommenden fünf Jahren Zugang zu schnellstem In-  
75 ternet bekommen. 5G wird im ganzen Land Standard für  
76 den Mobilfunk werden.

77  
78 Wir wollen Veränderung aktiv vorantreiben, um nicht  
79 Getriebene der Veränderungen zu werden. Genau des-  
80 halb investieren wir im großen Stil. Wir werden in  
81 Nordrhein-Westfalen 30 Milliarden Euro in einem Trans-  
82 formationsfonds zur Verfügung stellen. Der Fonds wird  
83 durch strategische, temporäre Unternehmensbeteili-  
84 gungen das Eigenkapital der (mittelständischen) Un-  
85 ternehmen stärken, damit ihre Unabhängigkeit sichern  
86 sowie ihre Kreditwürdigkeit und somit ihre Investiti-  
87 onsfähigkeit und Stabilität deutlich erhöhen. Zielgrup-  
88 pen sind zum Beispiel Unternehmen und Betriebe, die  
89 auf Elektromobilität, auf Wasserstoffbasis oder auf zir-  
90 kuläre Wertschöpfungskonzepte umstellen wollen. Zu-  
91 dem werden wir unter Beteiligung der jeweiligen Wirt-  
92 schaftszweige, der Gewerkschaften, aber auch durch die  
93 Zivilgesellschaft eine Agentur gründen, die diese Trans-  
94 formation koordiniert, die Beteiligten berät und auf dem  
95 Weg zur Arbeit von morgen unterstützt.

96  
97 Gleichzeitig kurbeln wir die Nachfrage nach neuer Tech-  
98 nologie hier im Land an, indem wir durch langfristi-  
99 ge und verlässliche öffentliche Investitionen in Klima-  
100 freundlichkeit und Digitalisierung dafür sorgen, dass  
101 Unternehmen sich hier auf die großen Zukunftsaufga-  
102 ben spezialisieren und entwickeln können. Damit diese

103 Entwicklung auch zum Wohle aller Menschen ist, sorgen  
104 wir mit einem Tariftreue- und Vergabegesetz dafür, dass  
105 bei allen Investitionen des Landes auch faire Bezahlung  
106 der Arbeitnehmenden garantiert wird.

107

108 Das ist eine wirksame Strategie für den wirtschaftlichen  
109 Erfolg des Landes, weil wir gleichzeitig Unternehmen  
110 stärken und den Markt schaffen, auf dem sie erfolgreich  
111 wirtschaften können.

112

113 Was wir an Tempo der Wirtschaft abverlangen, das neh-  
114 men wir uns auch für die öffentliche Verwaltung vor.  
115 Wir werden sie schneller digitaler machen. Alle Bürger-  
116 dienstleistungen sollen in Zukunft online erledigt wer-  
117 den können. Alle Ämter sollen alles, was digital bes-  
118 ser geht auch digital lösen. Dabei unterstützen wir die  
119 Beschäftigten in den Kommunalverwaltungen bei Um-  
120 setzung und Umstellung. Genau wie der Bund wollen  
121 wir mehr Expertise für Daten in die öffentliche Verwal-  
122 tung holen. Wir wollen open-source Lösungen sowohl  
123 im öffentlichen wie im privaten Bereich fördern. Außer-  
124 dem werden wir die gemeinsame Entwicklung und Nut-  
125 zung kooperativer oder kommunaler Plattformmodel-  
126 le – etwa für den lokalen Einzelhandel oder alternative  
127 Service- oder Wohnungsportale – landesweit vernetzen  
128 und deren Aufbau vor Ort durch Förderprogramme des  
129 Landes unterstützen. Dabei sind wir nicht naiv. Wir wis-  
130 sen, dass eine digitalisierte Gesellschaft auch größeren  
131 Bedrohungen ausgesetzt ist, und genau deshalb werden  
132 wir massiv in IT-Sicherheitsforschung investieren.

133

134 Vieles Digitales passiert schon an ganz vielen Stellen,  
135 in den kommunalen Verwaltungen und Unternehmen,  
136 aber auch und gerade im lokalen Handel, bei Dienst-  
137 leistern oder der örtlichen Wirtschaft. Die lokalen und  
138 örtlichen Netzwerke wollen wir vermehrt durch Bera-  
139 tung und maßgeschneiderte Programme fördern, um  
140 ein engmaschiges Netz über ganz Nordrhein-Westfalen  
141 spannen zu können.

142

143 All das folgt einem einfachen Prinzip: Wir sind der Über-  
144 zeugung, dass es für keine Zukunftsherausforderung die  
145 eine große Lösung gibt. Die Lösung liegt in vielen klei-  
146 nen Lösungen, die zusammenwirken. Deshalb gestalten  
147 wir politisch den Rahmen so, dass viele Unternehmen  
148 und Ideen sich durchsetzen können. Konkret heißt, dass  
149 wir Geld zur Verfügung stellen, damit auch kleinere und  
150 mittlere Unternehmen direkt mit Hochschulen zusam-  
151 menarbeiten können. So wird Forschungs- und Entwick-  
152 lungsarbeit zum Treiber für den gesamten Mittelstand.  
153 Wir sind die treibende Kraft, dass alle vom Wandel und  
154 Fortschritt profitieren. Wir wollen ihn so gestalten, dass  
155 in Nordrhein-Westfalen wieder Vollbeschäftigung mit  
156 guter Arbeit herrscht.

157

158 Dabei behandeln wir Ungleiches nicht gleich. Die sehr  
159 unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen  
160 Wirtschaftsregionen NRWs verlangen nach passgenau-  
161 en Lösungen. Gerade das Rheinische Revier steht vor ei-  
162 ner rasanten und tiefgreifenden Umwälzung. Für uns  
163 bedeutet der Kohleausstieg nicht das Ende, sondern ist  
164 der Start für neue Möglichkeiten. Konkret werden wir im  
165 Rheinischen Revier die Vergabe von Fördermitteln des  
166 Bundes massiv vereinfachen, damit neues schneller ent-  
167 stehen kann. Gerade die Ansiedlung von neuem Gewer-  
168 be und neuer Industrie wollen wir fördern, indem wir  
169 dies bei der Landesplanung berücksichtigen und verein-  
170 fachte Verfahren für eine Sonderplanungszone schaf-  
171 fen. Lediglich ein Bergbaumuseum reicht uns nicht; wir  
172 wollen ein pulsierendes Revier mit gut bezahlten und ta-  
173 riflich abgesicherten Arbeitsplätzen.

174

175 Nicht nur im Rheinischen Revier, sondern im ganzen  
176 Land sind die Regionen und Kommunen starke Part-  
177 ner, damit die gute Arbeit von morgen durchgesetzt  
178 werden kann wird. Deshalb werden wir die Möglichkeit  
179 der Kommunen zur wirtschaftlichen Betätigung stärken  
180 und passgenaue Förderstrukturen und -programme auf-  
181 legen. Der Wandel passiert vor Ort; dort sind die Men-  
182 schen, die sich auskennen und wissen, wie der Wandel  
183 funktionieren kann und was dafür notwendig ist. Die-  
184 se Expertise wollen wir bündeln, indem wir die Sozial-  
185 partner, die Zivilgesellschaft und die kommunalen und  
186 regionalen Entscheidungsträger in regionalen Transfor-  
187 mationsräten zusammenbringen.

188

189 Unser Ziel der Vollbeschäftigung braucht nachhaltiges  
190 Wachstum. Wir sind nicht bereit, zu akzeptieren, dass  
191 unsere Wirtschaftsordnung für manche Menschen kei-  
192 ne Perspektiven bietet. Menschen wollen Arbeit. Men-  
193 schen wollen sich einbringen und sich entfalten.

194

195 Wir wollen dafür sorgen, dass jede Arbeit – ehren-  
196 amtliche wie Lohnerwerbsarbeit – zu gesellschaftlicher  
197 Teilhabe, Stolz, Zufriedenheit und Erfüllung führt. Je-  
198 de Tätigkeit hat Wertschätzung, Leistungsgerechtigkeit  
199 und Sicherheit verdient. Ein sicherer Job, besserer Lohn,  
200 mehr Wohlstand – das alles sind Ziele, die wir beför-  
201 dern wollen, egal ob die Arbeit digital geleistet wird  
202 oder ob man als Pflegekraft, am Fleißband oder als Solo-  
203 Selbständiger unterwegs ist.

204

205 Keine Chance soll deshalb die Ausbeutung bekom-  
206 men. Wir werden 1.000 neue Stellen beim Arbeits-  
207 schutz schaffen, um die Arbeitsschutzverwaltung NRW  
208 zu einer modernen, technisch gut ausgestatteten und  
209 wirksamen Eingreiftruppe auszubauen. Damit in ganz  
210 Nordrhein-Westfalen Arbeitsschutzverstöße mit allen  
211 Mitteln des Rechtsstaates besser verfolgt werden kön-  
212 nen, sorgen wir dafür, dass es in jeder Staatsanwalt-

213 schaft in Nordrhein-Westfalen eine speziell in Arbeits-  
214 schutz fortgebildete Staatsanwältin oder Staatsanwalt  
215 gibt.

216

217 Mehr Wohlstand zu wollen, ist kein Widerspruch zu  
218 Arbeitszeitverkürzungen oder familienfreundlichen Ar-  
219 beitszeitmodellen, zu fairen Löhnen, zu Aufwertung von  
220 bislang unterbezahlten Dienstleistungsberufen, zu der  
221 Forderung nach Abschaffung der sachgrundlosen Befris-  
222 tung oder gar zu einer breiten sozialen Absicherung.  
223 All dies gehört zu unserem Verständnis, dass Wohl-  
224 stand nur gerecht werden kann, wenn respektvoll mit  
225 denen umgegangen wird, die ihn erwirtschaften. Un-  
226 ser Verständnis bedeutet konkret, dass wir im öffentli-  
227 chen Dienst vorbildlich für die gesamte Wirtschaft, An-  
228 reize und Angebote schaffen, die eine gerechte Vertei-  
229 lung von unbezahlter Pflege- und Familienarbeit för-  
230 dern, sowie ein Entgeltgleichheitsgesetz vorlegen. Dar-  
231 über hinaus wollen wir die Kompetenzzentren Frau und  
232 Beruf zu zentralen Anlaufstellen für Arbeitnehmerinnen  
233 und Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen und Arbeitge-  
234 ber für eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeits-  
235 welt weiterentwickeln.

236

237 Wir unterstützen Menschen, die mehr vom Leben wol-  
238 len. Wenn mehr Wohlstand entstehen soll, dann braucht  
239 es nachhaltiges Wachstum und gerechte Verteilung. Die  
240 Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen soll produktiver wer-  
241 den, sie soll mehr Umsätze machen und mehr Gewinn,  
242 der allen zugutekommt. Den Luxus, kein Wachstum zu  
243 wollen, können sich nur diejenigen leisten, die bereits zu  
244 den Gewinnern unserer Wirtschaftsordnung zählen.

245

246 Wachstum ist unser klares Ziel und gleichzeitig ver-  
247 schließen wir nicht die Augen davor, dass Wachstum in  
248 der Art, wie wir heute wirtschaften, nicht ohne Scha-  
249 den zu erzielen ist. Ressourcen werden in der Wirtschaft  
250 verbraucht, das Klima wird belastet durch Industrie und  
251 Gewerbe. Diese Probleme des Wachstums können wir  
252 nicht ignorieren. Genau deshalb ist unser Grundsatz:  
253 Wachstum ohne Zerstörung.

254

255 Wir wollen unsere Wirtschaft so schnell wie möglich  
256 zu einer Kreislaufwirtschaft („zirkuläre Wertschöpfung“  
257 oder „cradle-to-cradle“) umbauen. Das heißt, dass wir  
258 Ressourcen nicht verbrauchen, sondern immer wieder  
259 neu nutzen. Kein Abfallprodukt mehr, das nicht an an-  
260 derer Stelle neue Verwendung findet. Schon beim Pro-  
261 duktdesign, der Herstellung und dem Vertrieb soll dar-  
262 auf geachtet werden, dass Wiederverwertung nach der  
263 Nutzung möglich ist. Wachstum bedeutet in diesem  
264 Zusammenhang, dass wir die Wiederverwendung be-  
265 beschleunigen, statt den Verbrauch. Wir wollen Rohstof-  
266 fe an so vielen Stellen immer wieder in den Kreislauf  
267 einspeisen, dass mehr Wirtschaftskraft, mehr Arbeits-

268 plätze und mehr Gewinne entstehen. Dazu benötigen  
269 wir eine Kreislaufwirtschaftsstrategie. In deren Rahmen  
270 wollen wir ein Kompetenzzentrum Zirkuläre Wertschöp-  
271 fung aufbauen und die Forschungs- und Innovationsför-  
272 derung verstärken.

273

274 **Nordrhein-Westfalen ist Energie. Und Nordrhein-**  
275 **Westfalen muss Energieland bleiben!**

276

277 Energiewende und Klimaschutz sind eine Riesenchance  
278 für unser Land. Kein anderes Bundesland verfügt über so  
279 viel technologisches Know-how in der Energiewirtschaft  
280 wie Nordrhein-Westfalen. Deutschlands größte Energie-  
281 versorger aber auch größte industrielle Energieverbrau-  
282 cher haben hier ihren Sitz, ebenso wie die wichtigsten  
283 Universitäten und Institute und vor allem hunderte mit-  
284 telständische Champions im Bereich der Erneuerbaren  
285 Energien, neuen Antriebstechnologien und Energiespei-  
286 cher. Was über Jahrzehnte vor allem mit Kohle verbun-  
287 den wurde, wird zukünftig mit Wind, Sonne, Wasserstoff  
288 verbunden sein. Denn Nordrhein-Westfalens Industrie  
289 ist angewiesen auf eine sichere, nachhaltige und be-  
290 zahlbare Energieversorgung. Ebenso sind es die 9 Millio-  
291 nen privaten Haushalte im Land, die vor solchen Preis-  
292 steigerungen geschützt werden müssen, wie wir sie in  
293 diesem Winter aufgrund des Preisauftriebes von Erd-  
294 gas, Erdöl und Importkohle erlebt haben. Gegenüber  
295 diesen Preisen senkt bereits heute jede Kilowattstunde  
296 aus Windenergie und Sonne den Strompreis. Wir müs-  
297 sen deshalb schleunigst den Rückstand aufholen, den  
298 das Ausbremsen der Erneuerbaren Energien der bishe-  
299 rigen Landesregierung gegenüber anderen Bundeslän-  
300 dern beim Ausbau der Erneuerbaren Energien verur-  
301 sacht hat. Dazu gehört für uns auch, dass wir die Kraft-  
302 Wärme-Kopplung stärker fördern, das Fernwärmenetz  
303 ausbauen und insgesamt den Energieinfrastrukturaus-  
304 bau vorantreiben. Dabei müssen wir realisieren: Irgend-  
305 wo muss der Strom herkommen. Deswegen wird moder-  
306 ne Wind- und Solarenergienutzung zukünftig zu nahe-  
307 zu jedem Ort in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich  
308 dazugehören. Das funktioniert aber nur, wenn die Men-  
309 schen vor Ort auch direkt etwas davon haben. Hier gibt  
310 es exzellente Beispiele im Land, wo Bürgerinnen und  
311 Bürger beteiligt und Kommunalhaushalte durch Einnah-  
312 men aus der Energieerzeugung gestärkt werden. Dies  
313 flächendeckend proaktiv anzustoßen ist unsere Aufga-  
314 be.

315

316 Wir wollen den Klimaschutz zum Gewinn für alle ma-  
317 chen. Um Widerstände aufzulösen und bessere Lebens-  
318 bedingungen für alle zu schaffen, wollen wir die Beteili-  
319 gung der Bevölkerung an den Gewinnen aus erneuerba-  
320 rer Energie. Zum Beispiel soll die Bevölkerung in der Nä-  
321 he von Windenergieanlagen von vergünstigten Strom-  
322 preisen profitieren oder sich finanziell an den Anlagen

323 beteiligen können. So schaffen wir es, dass Nordrhein-  
324 Westfalen seinen angemessenen Beitrag zu den bun-  
325 desweit angestrebten zwei Prozent des Bundesgebie-  
326 tes für Windstrom bereitstellt, sei es in Wirtschaftswäl-  
327 dern oder durch Aufhebung der derzeitigen starren Ab-  
328 standsflächen.

329

330 Als ersten Schritt werden wir eine realistische Untersu-  
331 chung aller Potenziale der erneuerbaren Energien und  
332 der zur Erreichung der Klimaschutzziele erforderlichen  
333 Kapazitäten für diese Energieträger in Auftrag geben.  
334 Auf dieser Grundlage werden wir die Energiestrategie  
335 des Landes vom Kopf auf die Füße stellen und alle er-  
336 neuerbaren Energieträger stärker als bisher ausbauen.

337

338 Insgesamt wird die Stromproduktion in Nordrhein-  
339 Westfalen dadurch steigen. Überschussmengen werden  
340 in grünen Wasserstoff umgesetzt und gespeichert. Für  
341 Zeiten witterungsbedingt geringerer Stromproduktion  
342 wird dieser wieder genutzt werden können, ebenso wie  
343 andere Speichertechnologien, in denen NRW durch die  
344 Bank führend ist. Das ist auch zwingend notwendig,  
345 denn zukünftig wird durch die Elektrifizierung des Hei-  
346 zens und der Mobilität mehr Strom gebraucht werden  
347 als heute. Durch die höhere Effizienz einer maßgeblich  
348 strombasierten Erzeugung verringert sich der Gesamt-  
349 energiebedarf aber erheblich. Die Erneuerbaren Ener-  
350 gien wirken als Energiepreisbremse und ihre heimische  
351 Nutzung verringert gleichzeitig die Importabhängigkeit  
352 von fossilen Energieträgern.

353

354 Das alles ist für uns kein theoretisches Unterfangen. Wir  
355 machen es ganz konkret:

356

357 Nordrhein-Westfalen verfügt mit der „Innovation Ci-  
358 ty Bottrop“ über ein einzigartiges Modellprojekt mit  
359 weltweiter Strahlkraft für den sozial-ökologischen Fort-  
360 schritt. Wir werden nach diesem Vorbild einen Klima-  
361 masterplan „Innovation Cities NRW“ auflegen, der in  
362 1.000 Quartieren in den NRW-Kommunen lokale Ener-  
363 giewendeansätze vorantreibt, insbesondere im Bereich  
364 der energetischen Sanierung von Gebäuden. Die Initia-  
365 tive ist auch ein großes Auftragsprogramm für Hand-  
366 werk und Mittelstand vor Ort und stärkt die Städte und  
367 Gemeinden. Damit werden wir die Lebensqualität der  
368 Menschen verbessern, einen großen Beitrag zum Klima-  
369 schutz im Gebäudesektor leisten und dafür sorgen, dass  
370 Wohnen bezahlbar bleibt.

371

372 Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres  
373 Landes an der Transformation mitwirken können. Genau  
374 deshalb schaffen wir ein Modellprojekt „Klimaneutra-  
375 ler Konsum“, um Menschen darüber aufzuklären, wie sie  
376 nachhaltig konsumieren können. Die völlig kontrapro-  
377 duktive Beendigung der seit 30 Jahren erfolgreichen En-

378 ergieagentur NRW durch die aktuelle Landesregierung  
379 hat der Energiewende in Nordrhein-Westfalen gescha-  
380 det. Wir wollen eine Energie- und Klimaagentur NRW,  
381 die Personal, Netzwerke und Know-how aus dieser er-  
382 folgreichen Arbeit nutzt und auf personelle und finenzi-  
383 elle Kapazitäten in vergleichbarem Umfang zurückgrei-  
384 fen kann.

385

386 Ganz Nordrhein-Westfalen wird sich verändern. Wir  
387 wollen Solaranlagen auf jedes Dach bringen, auf dem  
388 das geht. Verpflichtend für jeden Neu- und Umbau von  
389 Gewerbeimmobilien. Gefördert für jedes bestehende  
390 Gebäude. Öffentliche Gebäude sollen hier Vorbildfunk-  
391 tion übernehmen. Das allein ist uns nicht genug. Wir  
392 denken weiter. Was heute Menschen vor Lärm schützt,  
393 kann zusätzlich unser Klima retten. Das heißt, dass wir  
394 möglichst jede Lärmschutzwand entlang von Autobah-  
395 nen und Gleisen mit Photovoltaikpanels ausstatten wer-  
396 den. Für uns nur ein Beispiel dafür, wie wir das ganze  
397 Land systematisch nach Chancen für mehr erneuerbare  
398 Stromproduktion absuchen wollen.

399

400 Zentral für den Erfolg der Energiewende ist Tempo. Teil-  
401 weise über 10 Jahre gehende Planverfahren gefährden  
402 eine sichere und kostengünstige Versorgung mit Ener-  
403 gie. Mit der Einrichtung von Beschleunigungszentren  
404 und Service-Centern für die kommunalen Genehmi-  
405 gungsbehörden wollen wir die Bearbeitung von Geneh-  
406 migungsanträgen nach Bundesimmissionsschutzgesetz  
407 und die rechtssichere Ausweisung von Zonen für die  
408 Windenergienutzung erleichtern und deutlich schneller  
409 machen. Hier soll überregional Expertise zusammenge-  
410 zogen werden, um Behörden auf Gemeinde- und Kreis-  
411 ebene zu entlasten und Planung und Genehmigung zu  
412 unterstützen. Für die wichtigsten Infrastrukturprojek-  
413 te unserer Zeit schaffen wir damit Beschleunigung und  
414 mehr Rechtssicherheit.

415

#### 416 **Eine nachhaltige Industriepolitik für NRW**

417

418 Der durch die Transformation einhergehende Struktur-  
419 wandel muss mehr sein als ein „Reparaturbetrieb“. Er  
420 muss eingebettet sein in eine aktive Industrie- und Wirt-  
421 schaftspolitik in Nordrhein-Westfalen, die auf Innova-  
422 tionen, Mittelstand, Investitionen und junge Gründerin-  
423 nen und Gründer setzt sowie gleichzeitig Infrastrukturu-  
424 ren aufbaut und Rationalisierungen sozial abfedert. Von  
425 unserer Konkurrenz unterscheidet uns, dass wir Klima-  
426 schutz beherzt angehen, ohne in Opposition zu Wirt-  
427 schaftswachstum zu stehen. Es muss jetzt darum ge-  
428 hen, dass NRW nicht nur ein Industrieland bleibt, son-  
429 dern klar Industrieland Nr.1 in Deutschland für moder-  
430 ne, zukunftsfähige Industrieunternehmen ist. Für diese  
431 Transformation braucht es einen starken Staat, der ei-  
432 nen klaren politischen Korridor für die ökologisch nach-

433 haltige Transformation der Industrie aufmacht. Dafür  
434 braucht es den Aufbau von Leitmärkten für klimaneutra-  
435 le Grundstoffe unter anderem durch verbindliche Recy-  
436 clingquoten, unabhängige Labels für klimaneutrale und  
437 sozialverträgliche Produkte und Verfahren sowie Inno-  
438 vationsausschreibungen, zum Beispiel bei öffentlichen  
439 Bauten oder bei Technikbeschaffung.

440

441 In Europa ist Duisburg immer noch die Stahlstadt Num-  
442 mer eins. In keiner anderen Region als in Nordrhein-  
443 Westfalen können derzeit in einem über Jahrzehnte eta-  
444 blierten räumlichen Verbund die Stahlproduktion, die  
445 Logistik und die nachgelagerte Metallverarbeitung effi-  
446 zient zusammenwirken. Die 47.600 Menschen, die heu-  
447 te in der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen beschäf-  
448 tigt sind, stehen für Innovationskraft und Wettbewerbs-  
449 fähigkeit. Ohne die Stahlindustrie in NRW könnten wei-  
450 te Teile des Automobil- und Maschinenbaus nicht mehr  
451 unabhängig von China, Russland oder Korea den Grund-  
452 stoff Stahl für ihre Produkte einsetzen.

453

454 Tatsache ist, dass Stahl, egal wo auf der Welt, in Zu-  
455 kunft ohne Kohle produziert werden wird. Die Frage ist  
456 nur, wann und wer dabei am schnellsten ist. Damit wir  
457 vorn dabei sind, muss die Produktion bei uns gehalten  
458 werden, damit wir sie zügig umbauen können. Die Lö-  
459 sung dafür heißt Wasserstoff. Wasserstoff ist nicht nur  
460 Speichermedium, sondern kann in Produktionsprozes-  
461 sen wie der Direktreduktionsverfahren zur Stahlerzeu-  
462 gung und in der chemischen Industrie direkt als Roh-  
463 stoff eingesetzt werden. Auch für die chemische Indus-  
464 trie birgt die Umstellung auf Wasserstoff große Chan-  
465 cen.

466

467 Die Region Rhein-Ruhr ist schon heute ein Reallabor für  
468 die industrielle Anwendung von Wasserstoff und unter  
469 anderem Standort des neuen Technologie- und Inno-  
470 vationszentrums Wasserstoff (TIW) des Bundes. In keinem  
471 anderen Bundesland konzentriert sich derzeit die Wert-  
472 schöpfungskette der Wasserstoff- und Brennstoffzellen-  
473 technologie in den Bereichen Mobilität (Logistik) und In-  
474 dustrie (Stahl) so, wie in Nordrhein-Westfalen. Die Regi-  
475 on kann und sollte daher zum Wasserstoffzentrum für  
476 Deutschland werden. Deshalb brauchen wir auch ein  
477 Pipeline-Netz, durch das wir den Wasserstoff im ganzen  
478 Land leiten können, statt ihn nur mit LKWs, Binnenschif-  
479 fen oder Zügen zu transportieren.

480

481 Es geht bei der Transformation von Nordrhein-  
482 Westfalen zum Wasserstoffland Nr. 1 aber nicht nur um  
483 technologische Fragen, sondern auch um die Bindung  
484 und Ausbildung von Fachkräften. Insofern ist die Schaf-  
485 fung eines Ausbildungszentrums zur Qualifizierung von  
486 Fachkräften für den Umgang mit H<sub>2</sub>-Technologien und  
487 den H<sub>2</sub>-Anwendungen ein ebenso wichtiger weiterer

488 Schritt.

489

#### 490 **Unternehmen gründen und erfolgreich machen**

491

492 Die großen Veränderungen unserer Zeit sind die Spiel-  
493 felder für neue Ideen, neue Unternehmen und neue  
494 Technologien. Wir wollen, dass dieses neue wirtschaftli-  
495 che Spiel möglichst viele Gewinnerinnen und Gewinner  
496 hervorbringt. Wir finden Unternehmergeist und Grün-  
497 dungswille ist unsere ganze Unterstützung wert. Start  
498 Ups sind gut, denn Unternehmerinnen und Unterneh-  
499 mer übernehmen Verantwortung für sich selbst und an-  
500 dere. Wann immer sie diese Verantwortung zum Woh-  
501 le von Gesellschaft, Umwelt sowie Arbeitnehmerinnen  
502 und Arbeitnehmern einsetzen, ist unternehmerisches  
503 Engagement ein Gewinn für uns alle.

504

505 In Nordrhein-Westfalen gibt es schon heute bewähr-  
506 te Finanzierungs- und Beratungshilfen, um den Erfolg  
507 junger Unternehmen zu unterstützen. Diese Unterstüt-  
508 zung entlässt uns als Politik aber nicht aus der Verant-  
509 wortung, die Startbahnen für unternehmerischen Erfolg  
510 freizuräumen. Wir wollen, dass junge Unternehmer und  
511 Unternehmerinnen starten können und wenn es mal  
512 zur Bruchlandung kommt, dann geben wir gerne eine  
513 zweite, dritte oder immer neue Chance.

514

515 Viele Unternehmer und Unternehmerinnen wollen und  
516 müssen Verantwortung für die sozialen Folgen ihres  
517 Handelns übernehmen. Wir wollen die Verbindung von  
518 wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen bei be-  
519 stehenden Unternehmen, bei Gründungen und in neu-  
520 en Rechtsformen stärker als bisher unterstützen und  
521 fördern (social entrepreneurship). Dazu gehört auch ei-  
522 ne auf soziales Unternehmertum ausgerichtete Förder-  
523 kulisse sowie die Berücksichtigung sozial-ökologischer  
524 Kriterien für öffentliche Ausschreibungen.

525

526 Für Startups von Frauen werden wir ein spezielles  
527 Förderprogramm entwickeln und die vorhandenen  
528 Gründungsberatungs- und Gründungsförderprogram-  
529 me geschlechtergerechter gestalten.

530

#### 531 **Lebenslang Karriere durch berufliche Bildung**

532

533 Wir wollen, dass alle Menschen mit ihrem Berufsweg  
534 zufrieden sein können. Das bedeutet, dass man sich im  
535 Leben verändern können muss. Nicht für jeden passt  
536 der immergleiche Beruf für das ganze Leben. Viele Men-  
537 schen wollen im Lauf des Lebens noch etwas Neues  
538 lernen. Genau dafür schaffen wir das passende Ange-  
539 bot. Mit Industrie- und Handelskammern, Handwerks-  
540 kammern, Gewerkschaften, Volkshochschulen und der  
541 Agentur für Arbeit wollen wir dafür sorgen, dass Weiter-  
542 bildung und berufliche Neuorientierung jederzeit mög-

543 lich sind.

544

545 Außerdem wollen wir die Hochschulen in Nordrhein-  
546 Westfalen systematisch für beruflich Qualifizierte öff-  
547 nen und eine Ausweitung des berufsbegleitenden Wei-  
548 terbildungsangebots durch die nordrhein- westfäli-  
549 schen Hochschulen anstoßen. Gerade die verstärkte  
550 Einbindung von erfahrenen Berufstätigen bringt auch  
551 Chancen für einen engeren Praxis- und Anwendungsbe-  
552 zug in Forschung und Lehre mit sich.

553

554 Die handwerkliche Meisterausbildung, als zentralen Be-  
555 standteil der Sicherung von Qualität und des beruflichen  
556 Aufstiegs, werden wir deshalb stärken und gemein-  
557 sam mit dem Handwerk Wege erarbeiten, bestehen-  
558 de Zugangshürden abzubauen. Die Meisterausbildung  
559 soll wie der Master an der Hochschule kostenfrei wer-  
560 den. Das Land wird deshalb die Kosten übernehmen,  
561 die Meistern bei ihrer Ausbildung nach Abzug des be-  
562 währten Meister-BAföG und anderer Förderungen ent-  
563 stehen. Gleichzeitig werden wir die Einrichtungen der  
564 gemeinwohlorientierten Weiterbildung finanziell ver-  
565 lässlich ausstatten. Dazu wollen wir die jährliche Etat-  
566 steigerung von 2% der Weiterbildungsmittel im Gesetz  
567 verankern. Darüber hinaus wollen wir die Entwicklungs-  
568 pauschale und den Innovationsfond nun nach der Probe-  
569 phase genau in seinen Wirkungen auswerten und, falls  
570 dieser gehalten hat, was er verspricht, auch entfristen  
571 und finanziell stärker ausstatten.

572

### 573 **Wirtschaftlicher Vorsprung durch gute Ausbildung**

574

575 Nicht nur die Weiterentwicklung im Beruf, sondern auch  
576 der Einstieg ins Berufsleben soll glücklich machen. Der  
577 Start ins Berufsleben soll motivieren und Ansporn bie-  
578 ten, mehr erreichen zu wollen. Die erste Erfahrung jun-  
579 ger Menschen mit dem Arbeitsmarkt soll es sein, ge-  
580 braucht und gewollt zu sein.

581

582 Wir werden die duale Ausbildung attraktiver machen.  
583 Das beginnt damit, dass wir den Übergang von der  
584 Schule in den Beruf noch besser begleiten. Kein junger  
585 Mensch wird auf der Strecke bleiben. Das Erfolgspro-  
586 gramm „KAoA – Kein Abschluss ohne Anschluss“, das wir  
587 als SPD gemeinsam mit den Grünen eingeführt haben,  
588 wollen wir stärken und weiterentwickeln. Schülerinnen  
589 und Schüler ohne Abschluss brauchen auch zweite, drit-  
590 te oder immer neue Chance.

591

592 Jugendliche, die im Schul- und Ausbildungssystem  
593 scheitern, fangen wir konsequent auf. Wer keinen Aus-  
594 bildungsplatz trotz all unserer Maßnahmen findet, er-  
595 hält die Chance zur Nachqualifizierung und ersten be-  
596 ruflichen Erfahrungen. Hierfür werden wir das Konzept  
597 der Produktionsschulen wiederaufnehmen und finan-

598 ziell langfristig absichern. Hier können Schulabschlüs-  
599 se nachgeholt werden, Praxiserfahrung gesammelt und  
600 ein Ausbildungsabschluss erzielt werden. Kein Jugendli-  
601 cher bleibt in Nordrhein-Westfalen ohne Abschluss zu-  
602 rück.

603

604 Eine gute Ausbildung ist ein überzeugender Weg zu ei-  
605 nem Leben in Zufriedenheit. Deshalb werden wir eine  
606 Ausbildungsplatzgarantie in Nordrhein-Westfalen ein-  
607 führen. Finanziert wird diese, indem Betriebe, die aus-  
608 bilden unterstützt werden und Betriebe, die nicht aus-  
609 bilden, die Kosten tragen. So schaffen wir Anreize für  
610 mehr Ausbildungsplätze und stellen sicher, dass die Un-  
611 ternehmen, die in die Ausbildung von Fachkräften in-  
612 vestieren nicht allein das Risiko tragen. Alle Unterneh-  
613 men brauchen Fachkräfte, aber nur einige bilden sie aus.  
614 Daher stärken wir die Konkurrenzfähigkeit ausbildender  
615 Betriebe und helfen ihnen beim wirtschaftlichen Erfolg.  
616 Ein erster Schritt dahin wird die subsidiäre Finanzierung  
617 außerbetrieblicher Ausbildung sein, mit der Perspektive  
618 des Übergangs in betriebliche Ausbildung, wie es in Ös-  
619 terreich bereits seit Jahren erfolgreich stattfindet.

620

621 Ergänzend wollen wir die Gründung einer gemeinnützi-  
622 gen GmbH des Landes vorbereiten, die in Regionen als  
623 Ausbildungsverbund agiert, wo bisher keine Verbünde  
624 existieren. Denn Digitalisierung und ökologische Trans-  
625 formation werden nur real, wenn sie von gut ausgebil-  
626 deten Fachkräften umgesetzt werden.

627

628 Überall in Deutschland herrscht Fachkräftemangel. Des-  
629 halb ist es eine Chance für Nordrhein-Westfalen sich mit  
630 höheren Ausbildungsquoten und besserer Ausbildungs-  
631 qualität wirtschaftliche Vorteile zu erarbeiten. Wir wis-  
632 sen, dass Regionen in Deutschland in Konkurrenz zu-  
633 einander stehen und setzen alles daran, dass Nordrhein-  
634 Westfalen dabei gut abschneidet. Deshalb investieren  
635 wir in attraktive Berufsschulen als Lehr- und Lernorte.

636

637 Die Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen werden wir  
638 bestmöglich technisch wie personell ausstatten. Mit  
639 unserem Programm „Gute Berufsschule 2030“ werden  
640 wir binnen weniger Jahre alle Berufsschulen sanieren,  
641 modernisieren und digitalisieren können. Berufsschulen  
642 sollen Transformationszentren werden. Orte, an denen  
643 man als Azubi stolz ist, zu lernen und die eingestellt sind  
644 auf immer neu entstehende Berufsbilder.

645

646 Für die beste Ausbildung brauchen wir auch die bes-  
647 ten Lehrkräfte. Ganz Deutschland wirbt um Lehrerinnen  
648 und Lehrer und wir wollen mit Qualität überzeugen. Wir  
649 werden die Zahl der Studienstandorte für das Berufs-  
650 schullehramt erhöhen. Auch die Hochschulen für an-  
651 gewandte Wissenschaften sollen Lehrerinnen und Leh-  
652 rer ausbilden. An neuen und alten Studienorten wollen

653 wir die Studieninhalte praxisnäher ausrichten, damit die  
654 Abbruchquote unter Berufsschullehramtsstudierenden  
655 sinkt. Gleichzeitig verbessern wir die Arbeitsbedingun-  
656 gen an den Berufsschulen durch mehr Familienfreund-  
657 lichkeit und durch eine Abkehr von starren Laufbahn-  
658 Mustern.

659

660 Nicht zuletzt werden wir dafür sorgen, dass Auszubil-  
661 dende Studierenden gleichgestellt werden. Wir werden  
662 ein günstigeres Azubiticket mit besserer Leistung ein-  
663 führen. Junge Auszubildende sollen genau wie Studie-  
664 rende im Land mobil sein zu fairen Preisen. Dazu besei-  
665 tigen wir versteckte Ausbildungskosten und fördern den  
666 Bau von Azubiwohnheimen.

667

668 Wir finden eine berufliche Ausbildung sehr wertvoll. Sie  
669 ist für viele junge Menschen der passende Anschluss an  
670 die Schulzeit. Das trifft auch auf Jugendliche mit Abitur  
671 zu. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass Schulen im  
672 Sinne der Profilbildung einen handwerklichen Zweig in  
673 der gymnasialen Oberstufe einführen können.

674

675 Die öffentliche Anerkennung für handwerkliche Berufs-  
676 ausbildungen werden wir weiter befördern, indem wir  
677 den Bachelor Professional ausbauen und modular er-  
678 worbene Qualifikationen zusätzlich anerkennen.

679

680 Weil Eltern und Lehrerinnen und Lehrer wichtige An-  
681 sprechpersonen für die Berufswahl sind, werden wir In-  
682 formationskampagnen durchführen, die das Wissen die-  
683 ser Gruppen um neue Berufsbilder und die Chancen des  
684 Ausbildungsmarktes erhöht.

685

686 Uns freut, dass sehr viele junge Menschen mit Einwan-  
687 derungsgeschichte erfolgreich in unserem Handwerk  
688 sind. Sie sind eine wichtige Stütze des Erfolges der Be-  
689 triebe im Land. Für viele ist die Berufsschule und die  
690 Ausbildung der wichtigste Integrationsort und genau  
691 deshalb nutzen wir eine Veränderung der Berufsschul-  
692 pflicht, um diese Integrationsleistung weiter zu unter-  
693 stützen.

694

695 **Wir stärken den sozialen und den inklusiven Arbeits-**  
696 **markt**

697

698 Die Arbeit von morgen wird besser. Das bleibt unser Ziel  
699 und es soll für alle gelten. Auch für Menschen, die heu-  
700 te noch arbeitslos sind oder wenig Chancen auf dem Ar-  
701 beitsmarkt haben. Wir wollen die Teilhabechancen von  
702 Arbeitslosen auf dem allgemeinen und dem sozialen Ar-  
703 beitsmarkt stärken.

704 Wir wollen mehr dafür tun, dass Menschen, die Unter-  
705 stützung aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende  
706 erhalten, Arbeit finden und auch langfristig behalten.  
707 Dafür ist Qualifizierung der Schlüssel. Deshalb soll für

708 diejenigen, die keinen Abschluss haben, Qualifizierung  
709 den Vorrang vor Vermittlung in Arbeit bekommen.

710

711 Wir werden neben den Bundesprogrammen zusätzlich  
712 mit einem eigenen Landesprogramm in Höhe von acht  
713 Millionen Euro den Sozialen Arbeitsmarkt, in den be-  
714 sonders vom Strukturwandel und hoher Arbeitslosig-  
715 keit betroffenen Regionen Nordrhein-Westfalens, stär-  
716 ken. So geben wir dort Anschubfinanzierung, wo sich  
717 noch viel entwickeln muss. Dabei denken wir Hil-  
718 fen zusammen, indem wir die Schuldnerberatung in  
719 Nordrhein-Westfalen konsequent, niederschwellig und  
720 aufsuchend ausbauen, um auch den Menschen, die in  
721 ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung durch  
722 Schulden gehemmt sind, einen Ausweg zu ermöglichen.

723

724 Wir werden den inklusiven Arbeitsmarkt mit eigenen  
725 landesweiten Programmen unterstützen und ausbauen.  
726 Dazu gehört insbesondere die vermehrte Vergabe an in-  
727 klusive Unternehmen.

728

729 Wir werden die Arbeitslosenzentren und Erwerbslosen-  
730 beratungsstellen weiter fördern und ihre Arbeit stärken.

731

732 **Wir stärken den Wirtschaftsstandort „ländlicher Raum“**

733

734 Rund sechs Millionen Menschen bzw. ein Drittel der Be-  
735 völkerung in Nordrhein-Westfalen leben auf dem Land.  
736 Und das Leben auf dem Land gewinnt weiter an At-  
737 traktivität. Der Trend hat sich seit Beginn der Corona-  
738 Pandemie nochmal verstärkt. Auch weil sich die länd-  
739 lichen Räume in den letzten Jahrzehnten deutlich ver-  
740 ändert haben. Zwar prägen Land- und Forstwirtschaft  
741 noch immer das landschaftliche Bild, sie dominieren  
742 aber nicht mehr das wirtschaftliche und soziale Leben  
743 vor Ort.

744

745 Die ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen sind heu-  
746 te wichtige Industriestandorte, in denen viele Welt-  
747 marktführer für industrielle Produkte zuhause sind.  
748 Auch die gewerbliche Wirtschaft ist hier in den letz-  
749 ten Jahrzehnten um circa 50 Prozent gewachsen, in den  
750 nicht ländlichen Räumen lediglich um circa 30 Prozent.  
751 Dörfer und kleine Städte in NRW boomen – es wird da-  
752 her Zeit, dass die Landespolitik diese Entwicklung aktiv  
753 befördert!

754

755 Wir als SPD verstehen uns als starker Partner des ländli-  
756 chen Raums. Wir sind nicht allein auf die Großstädte fo-  
757 kussiert, sondern erkennen auch die Stärken des Dorfs  
758 für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

759

760 Wir wollen den Wirtschaftsstandort ländlicher Raum  
761 mit seinem Leistungsvermögen und mit seinen Innova-  
762 tionspotenzialen stärken. Deshalb setzen wir darauf, re-

763 gionale Förderprogramme aufzusetzen. Wir wissen ganz  
764 genau, dass nicht jede Gegend in Nordrhein-Westfalen  
765 die gleichen Dinge braucht und deshalb organisieren wir  
766 Förderung passgenau statt landeseinheitlich.

767

768 Der wirtschaftliche Boom des ländlichen Raums sorgt  
769 für einen wachsenden Bedarf an Fachkräften. Genau  
770 deshalb fördern wir die Ausbildung flächendeckend in  
771 NRW. Genau deshalb setzen wir auf Fachkräfteprogram-  
772 me. Genau deshalb werden wir Hochschulen und Unter-  
773 nehmen im ländlichen Raum vernetzen. Genau deshalb  
774 wollen wir regionale Kooperationen fördern und werden  
775 dafür sorgen, dass ländliche Räume enger mit den Bal-  
776 lungszentren vernetzt werden.

777

778 Zudem wollen wir den Breitbandausbau beschleunigen,  
779 Infrastrukturen und Daseinsvorsorge weiterentwickeln  
780 sowie die Gesundheitsversorgung vor Ort sichern. Mehr-  
781 funktionshäuser sowie Räume zur gemeinschaftlichen  
782 Nutzung, wie Co-Working-Spaces, wollen wir fördern.  
783 Wir wollen außerdem attraktive Lebensbedingungen  
784 für Familien mit Kindern, für junge und ältere Menschen  
785 schaffen – von guten Nahverkehrsmöglichkeiten über  
786 frühkindliche Bildung bis hin zu guten Pflegeangebo-  
787 ten –, die gerade in den ländlichen Räumen Nordrhein-  
788 Westfalens dringend gebraucht werden.

789

790 Der ländliche Raum in Nordrhein-Westfalen mausert  
791 sich zum zweiten industriellen Herz unseres Landes. Wir  
792 rechnen damit, dass starke Unternehmen in Dörfern  
793 und kleinen Städten zunehmend die Attraktivität dieser  
794 Kommunen steigern, und deshalb braucht es auch die  
795 passende Infrastruktur. Genau deshalb werden wir die  
796 Schließung von Krankenhäusern vor Ort beenden. Der  
797 ländliche Raum muss attraktiv sein, damit er weiter den  
798 wirtschaftlichen Erfolg des Landes vorantreiben kann.

799

## 800 **2.2 ZUSAMMEN AUFWACHSEN IN NORDRHEIN-** 801 **WESTFALEN - STARKE FAMILIEN UND EIN GERECH-** 802 **TES BILDUNGSSYSTEM FÜR UNSERE KINDER UND** 803 **JUGENDLICHEN**

804

805 Haben Sie schon einmal ein Kind beobachtet, wie es  
806 lernt? So neugierig erkundet es die ganze Welt. Alles ist  
807 von Interesse, alles will verstanden werden. Genau die-  
808 se Wissbegierigkeit wollen wir erhalten und fördern. Ler-  
809 nen in NRW soll lehrreich sein und glücklich machen.

810

811 Das Lernen ist ein lebenslanger Prozess und er verläuft  
812 bei jedem Menschen anders. Es ist wie beim „Laufen ler-  
813 nen“: jedes Kind hat sein eigenes Tempo und seine ei-  
814 gene Taktik. Einige stehen gleich wie eine eins und lau-  
815 fen los, andere krabbeln vor und zurück, und wiederum  
816 andere brauchen eine Hand, die sie hält, damit sie nicht  
817 hinfallen.

818

819 Genauso muss auch unser Bildungssystem funktionie-  
820 ren. Ein System, in dem jedem Kind die Hand gereicht  
821 wird und in dem jedes Kind die passende Begleitung  
822 zum erfolgreichen Schulabschluss findet. Dieses Ziel  
823 wollen wir mit unserer Bildungspolitik erreichen: Dass  
824 es jedes Kind schafft.

825

826 Alle Kinder verdienen, unabhängig von ihrer familiären  
827 Herkunft oder ihrer Postleitzahl, auf ihrem Bildungsweg  
828 Unterstützung dabei, ihren individuellen Weg zu finden,  
829 ob mit oder ohne Umweg. Da, wo Kinder nicht fit genug  
830 sind, verdienen sie Unterstützung, um den Anschluss  
831 nicht zu verlieren. Und da, wo sie besonders fit sind, und  
832 besondere Talente haben, müssen sie gefördert werden,  
833 damit diese Talente nicht verloren gehen. Jedes Kind ist  
834 ein Individuum und jedes Kind verdient, dass wir all sei-  
835 ne Facetten betrachten und das Bildungssystem an sei-  
836 nen individuellen Bedürfnissen ausrichten. Wir werden  
837 allen Kindern ein Sprungbrett für ihr Leben bauen und  
838 gleichzeitig ein Sprungtuch spannen, damit sie aufge-  
839 fangen werden.

840

841 Viel in der Bildung entscheidet sich in der Familie und  
842 deshalb wollen wir Bildung ganzheitlicher angehen.  
843 Das, an Kitas erfolgreiche, Konzept der Familienzentren  
844 wollen wir auch an Schulen ausbauen. Dort sollen alle  
845 Angebote der Familienbildung und alle Unterstützungs-  
846 programme gebündelt werden. Das erleichtert es Eltern,  
847 den Bildungserfolg ihrer Kinder zu unterstützen.

848

849 Damit jedes Kind sein volles Potenzial entfalten kann,  
850 schaffen wir einen Anspruch auf einen Bildungslotsen  
851 aber der Geburt. Eine Person, die mit Rat und Tat zur Sei-  
852 te steht, um das Erreichen der eigenen Ziele zu unter-  
853 stützen. Ein zufriedenes Leben für jedes Kindes ist unser  
854 Maßstab.

855

856 **Familien, die zusammenwachsen und Zeit füreinander**  
857 **haben**

858

859 Für uns sind Familien dort, wo Kinder sind. Wir wollen  
860 alle Familien, egal in welcher Konstellation, stärken und  
861 ihnen mehr gemeinsame Zeit geben. Gleichzeitig wollen  
862 wir Eltern ermöglichen, persönlichen beruflichen Erfolg  
863 und eine glückliche Kindheit für ihr Kind übereinzubrin-  
864 gen.

865

866 Mit einer Familienarbeitszeit wollen wir Familien er-  
867 möglichen, Arbeitszeiten zu reduzieren und dennoch  
868 nicht auf Einkommen verzichten zu müssen.

869

870 Dabei geht es uns vor allem darum, partnerschaftliche  
871 Aufteilungen in der Betreuungs-Arbeit zu unterstützen.  
872 Viele Eltern benötigen in den Randzeiten und zu frü-

873 her oder später Stunde weitere Betreuung für die Kin-  
874 der. Diese soll im häuslichen Umfeld und zum Wohle des  
875 Kindes stattfinden. Modelle wie beispielsweise die An-  
876 gebote des Verbands alleinerziehender Mütter und Vä-  
877 ter in Essen zur ergänzenden Kindertagesbetreuung zei-  
878 gen, dass dadurch auch das Armutsrisiko vor allem von  
879 Alleinerziehenden, spürbar gesenkt werden kann.

880

881 Damit Familien nach der Geburt eines Kindes ausrei-  
882 chend Zeit zum Kennenlernen und Zusammenwachsen  
883 haben, führen wir eine Partnerfreistellung nach der Ge-  
884 burt ein. Um den Papierkram in den ersten Wochen des  
885 Elternseins zu reduzieren, zum Beispiel beim Elterngeld,  
886 wollen wir Familienbüros einführen, die sich um die An-  
887 tragstellung in den ersten Lebenswochen kümmern und  
888 Familien auch später bei der Beantragung von Leistun-  
889 gen und dem Finden passender Angebote unterstüt-  
890 zen. Das Angebot des Familienbüros kann auch bei den  
891 neu an den Schulen geschaffenen Familienzentren an-  
892 gedockt sein – damit Familien mehr Zeit für ihre Bedarfe  
893 und Bedürfnisse haben.

894

#### 895 **Bildung von Beginn an – Tagespflege und Kitas**

896

897 Länder, die im Bildungsvergleich sehr erfolgreich und in  
898 der Familienpolitik sehr fortschrittlich sind, haben ei-  
899 nes gemeinsam: Die Strategie, dass man in die kleinsten  
900 Kinder am meisten investiert. Das heißt, dass der  
901 Staat besonders viel Geld für die Unterstützungsleistun-  
902 gen für junge Familien bereitstellt. Gerade für junge Fa-  
903 milien gibt es viele Herausforderungen, mit denen sie so  
904 nicht allein gelassen werden.

905

906 Die ersten Lebensjahre sind für die Entwicklung eines  
907 Menschen besonders wichtig. Was in diesen frühen Jah-  
908 ren nicht gefördert wird, kann in der Schule nur mit ei-  
909 nem hohen Ressourcenaufwand wieder aufgeholt wer-  
910 den. Bildung und somit Chancengleichheit beginnt also  
911 schon in der frühkindlichen Bildung

912

913 Damit wir alle Kinder schon in frühen Lebensjahren ei-  
914 nen Anschlag für ein gelingendes Leben geben, braucht  
915 es den Ausbau von Frühförderstellen sowie ein Ge-  
916 setz für die frühkindliche Bildung, das die Finanzierung  
917 von Kitas und Kindertagespflege und einen verbesserten  
918 Kind-Fachkraft-Schlüssel beinhaltet. Bisherige Er-  
919 fahrungen haben gezeigt, dass Alltagshelferinnen in der  
920 Kita, aber auch Mitarbeitende aus anderen Professionen  
921 für die Entwicklung der Kinder förderlich sind. Sie  
922 vermitteln grundlegende Sprachkenntnisse bei den Kin-  
923 dern, deren Elternhäuser dies nicht leisten können. Da-  
924 her muss der derzeitige Sozialindex so weiterentwickelt  
925 werden, dass es in Kitas, in denen besonders viel Unter-  
926 stützungsbedarf besteht, mehr Personal gibt.

927

928 Eltern fragen sich, wie sie ihre Kinder bestmöglich för-  
929 dern können und suchen nach passenden Antworten.  
930 Deshalb wollen wir gute Familienbildung in Nordrhein-  
931 Westfalen weiter ausbauen.

932

933 Auch der bedarfsgerechte Ausbau der Kitas ist ein zen-  
934 trales Element dafür, dass Kinder einen guten Start ins  
935 Leben haben. Das heißt, dass wir den Negativrekord der  
936 aktuellen Landesregierung auf den Kopf stellen wollen.  
937 Statt wie zuletzt nur 3.349 neue Plätze für Unterdrei-  
938 jährige durch die Landesregierung, werden wir für jedes  
939 Kind das passende Angebot schaffen. Es gilt: Jedes Kind  
940 braucht eine faire Chance. Diese Chance für jedes Kind  
941 ist es wert; darf aber niemals einen Preis haben. Für uns  
942 ist es selbstverständlich, dass Bildung nicht vom jewei-  
943 ligen Geldbeutel oder vom jeweiligen Wohnort abhän-  
944 gen darf. Wir wollen, dass Eltern bei der Entscheidung,  
945 ob und wie lange sie einen Kita-Platz für ihr Kind in An-  
946 spruch nehmen, nicht als Erstes an die Gebühren den-  
947 ken müssen. Mit uns wird es eine umfängliche Gebüh-  
948 renfreiheit geben.

949

950 Nur wenn in den Kitas genug Personal zur Verfügung  
951 steht, können sie ihre wichtige Arbeit zur Zufriedenheit  
952 aller leisten. Deshalb stellen wir die Kita-Finanzierung  
953 neu auf. Statt Pauschalen für Belegungs- und Buchungs-  
954 zeiten stellen wir Kitas so aus, dass sie keinen enormen  
955 bürokratischen Aufwand mehr haben, um Geld zu bean-  
956 tragen und abzurechnen. So bleibt mehr Zeit für jedes  
957 Kind.

958

959 Nötig ist ein Kita-Zukunftsgesetz für Nordrhein-  
960 Westfalen, das das Kindeswohl in den Mittelpunkt  
961 stellt. Wir wollen eine Einrichtungsfinanzierung mit  
962 einem verbesserten Personalschlüssel, der sich an  
963 realen Öffnungszeiten orientiert, Erzieherinnen und  
964 Erzieher entlastet und die Betreuungsqualität deutlich  
965 verbessert. Um das Berufsbild der Erziehungsberufe  
966 weiter zu stärken, wollen wir im System mehr Auf-  
967 stiegsmöglichkeiten schaffen. Dies kann über weitere  
968 Funktionsstellen, beispielsweise für Sprachförderung  
969 oder Kinderschutz geschehen. Mehr pädagogisches Per-  
970 sonal pro Gruppe ermöglicht eine bessere individuelle  
971 Förderung der Kinder und sorgt so für mehr Chan-  
972 cengleichheit und sozialen Aufstieg. Dafür brauchen  
973 wir Kita-Helferinnen und -Helfer und Kita-Kaufleute.  
974 Letztere entlasten die Leitung bei der administrativen  
975 nicht pädagogischen Arbeit. Erstere knüpfen an die All-  
976 tagshelferinnen und Alltagshelfer an und unterstützen  
977 auf der einen Seite die Einrichtungen, auf der anderen  
978 Seite sind sie auch Sprungbrett für die Ausbildung zur  
979 pädagogischen Fachkraft und damit eine gute Chance  
980 zur Überwindung des Fachkräftemangels.

981

982 **Guter Ganzttag bedeutet gute Bildung**

983

984 Ab 2026 kommt der Rechtsanspruch auf einen Offenen  
985 Ganztagschulplatz (OGS). Wir haben dafür gekämpft,  
986 weil dieser Rechtsanspruch wichtig ist für Familien. Er  
987 macht das Leben für Familien leichter, befördert die be-  
988 rufliche Entwicklung von Eltern und ist gut für das Ler-  
989 nen der Kinder. Eine große Aufgabe, die alle Mühe wert  
990 ist!

991

992 Dieser Anspruch muss vorbereitet werden. Schätzun-  
993 gen gehen davon aus, dass Nordrhein-Westfalen bis zu  
994 200.000 zusätzliche OGS-Plätze inklusive Räume und  
995 Personal braucht. Außerdem müssen wir die Ausgestal-  
996 tung des Ganztags diskutieren, und zwar in einem Dia-  
997 logprozess mit den Kommunen, den Trägern, den Schu-  
998 len, den Beschäftigten und natürlich den Eltern. In je-  
999 dem Fall muss deutlich mehr Geld in den Ganzttag inves-  
1000 tiert werden.

1001

1002 Fast alle Grundschulen in Nordrhein-Westfalen sind Of-  
1003 fene Ganztagschulen, aber OGS wird nicht überall als  
1004 ganzheitliches Schulangebot betrachtet und gelebt. In  
1005 vielen Köpfen und Einrichtungen gibt es nach wie vor ei-  
1006 ne Trennung zwischen Schule und OGS, die wir endlich  
1007 aufheben müssen.

1008

1009 Der Ganzttag muss verlässlicher werden. Zurzeit sind die  
1010 Unterschiede von Schule zu Schule enorm, und das kann  
1011 nur durch verbindliche Standards gelöst werden. Genau  
1012 deshalb führen wir diese ein. Bis heute ist der Ganzttag  
1013 nicht klar als Bildungsangebot definiert. Das werden wir  
1014 ändern. Wir schaffen ein Ganzttagsgesetz mit Mindest-  
1015 standards für die Qualität des Personals, der Räume, der  
1016 Angebote wie auch des Mittagessens. Es muss selbstver-  
1017 ständlich werden, dass der Ganzttag im ganzen Land ein  
1018 Bildungsangebot auf gleichem, hohem Niveau ist.

1019

1020 Schulen – und damit auch Ganztagschulen – müssen  
1021 gute Arbeitsplätze sein. Wir brauchen ein Fachkräftege-  
1022 bot, müssen dabei aber sicherstellen, dass das Bestands-  
1023 personal fortgebildet werden kann. Die Beschäftigten  
1024 müssen gute, sichere und unbefristete Arbeitsverträ-  
1025 ge erhalten. Sie brauchen Arbeitsplätze in der Schu-  
1026 le und Zeit zur Vor- und Nachbereitung sowie für Be-  
1027 sprechungen. Der Ganzttag funktioniert dort am besten,  
1028 wo es einen guten Wechsel zwischen Anstrengung und  
1029 Entspannung, zwischen Ruhe und Bewegung, zwischen  
1030 Konzentration und Zerstreuung gibt und wo Beschäf-  
1031 tigte aller Professionen an einem Strang ziehen, weil  
1032 sie sich als Team verstehen. Guter Ganzttag wirkt über  
1033 das Schulgebäude hinaus. Ideal ist die Zusammenarbeit  
1034 mit Vereinen und Einrichtungen, zum Beispiel aus dem  
1035 Sportbereich und der Kultur. Diese Ausrichtung werden  
1036 wir fördern und zum Standard machen.

1037

1038 Die Interessen der Familien sind wichtig, denn es geht  
1039 um ihre Kinder. Um für Familien eine Entlastung zu sein,  
1040 muss der Ganztage in seinen Kernzeiten kostenfrei wer-  
1041 den. Im weiteren Beratungsprozess müssen die Erwar-  
1042 tungen der Eltern an einen guten Ganztage eine zentrale  
1043 Rolle spielen.

1044

1045 Wir wollen Schule, Ganztage und Familienzentrum zu-  
1046 sammendenken und so Bildung, Erziehung und Betreu-  
1047 ung miteinander verknüpfen.

1048

#### 1049 **Kinder schützen und stärken**

1050

1051 Kinder haben unseren Schutz verdient. Deshalb sorgen  
1052 wir für einheitliche Strukturen für den Kinderschutz. Ju-  
1053 gendämter werden landesweit gleich ausgestattet sein.  
1054 Die Zusammenarbeit zwischen Behörden wird einheit-  
1055 lich geregelt und der Kinderschutz wird fester Bestand-  
1056 teil bei Aus- und Fortbildungen in entsprechenden Be-  
1057 rufungsgruppen. Das ist ein großer Wurf für besseren Kin-  
1058 derschutz.

1059

1060 Wir wollen die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des  
1061 Kinderschutzes abbilden und uns dabei deutlich von ei-  
1062 ner Fokussierung allein auf die Jugendhilfe distanzie-  
1063 ren. Dazu gehört auch die gemeinsame Entwicklung von  
1064 Schutzkonzepten mit den Kindern und Jugendlichen in  
1065 den Einrichtungen und Bildungsinstitutionen. Das wol-  
1066 len wir in einem Kinderschutzgesetz fortlaufend weiter-  
1067 entwickeln.

1068

#### 1069 **Freiräume und politische Mitbestimmung für Kinder 1070 und Jugendliche**

1071

1072 Kindheit und Jugend sind für uns eigenständige Lebens-  
1073 phasen. Diese müssen folgerichtig auch eigenständige  
1074 Politikbereiche haben. Deshalb entwickeln wir eine ein-  
1075 mischende Kinder- und Jugendpolitik. Kinder und Ju-  
1076 gendliche haben ein Recht darauf, ihre Interessen ein-  
1077 zubringen und an Entscheidungsprozessen beteiligt zu  
1078 werden. Die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und  
1079 jungen Erwachsenen haben für uns oberste Priorität.

1080

1081 Junge Menschen brauchen Freiräume. Sie benötigen  
1082 freie Zeit, um selbstbestimmt Erfahrungen zu sammeln,  
1083 sich eine eigene Meinung zu bilden und sich zu engagie-  
1084 ren. Jugendliche und junge Erwachsene sind eben nicht  
1085 nur Schülerinnen und Schüler, Azubis oder Studieren-  
1086 de. Bildung findet auch außerhalb dieser institutionel-  
1087 len Kontexte statt. Die Kinder- und Jugendverbände, die  
1088 Freie Wohlfahrt und die offene Kinder- und Jugendar-  
1089 beit sind für uns wichtige Partner, wenn es darum geht,  
1090 jungen Menschen diese Freiräume zu ermöglichen. Dies  
1091 haben sie zuletzt eindrucksvoll in der Corona-Pandemie  
1092 und bei der Arbeit mit jungen Geflüchteten unter Be-

1093 weis gestellt.

1094

1095 Wir werden den Kinder- und Jugendförderplan in die-  
1096 sem Sinne weiterentwickeln und besser finanziell aus-  
1097 statten. Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachse-  
1098 nen auf Augenhöhe zu begegnen, ist elementar für ih-  
1099 re positive Entwicklung. Altersgerechte Mitsprache und  
1100 Teilhabe in allen Belangen und Bildungsinstitutionen,  
1101 stärkt ihren Selbstwert und ihre Resilienz. Gleichzeitig  
1102 ist Kinder- und Jugendbeteiligung ein Weg, demokra-  
1103 tische Teilhabe von Anfang an zu leben. Wir werden  
1104 deshalb in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam  
1105 mit den Jugendverbänden eine Strategie für eine ein-  
1106 mischende Kinder- und Jugendpolitik auf Landesebe-  
1107 ne verwirklichen und als Querschnittsaufgabe struktu-  
1108 rell, krisenfest und verbindlich verankern. Dazu gehö-  
1109 ren für uns niedrigschwellige Beteiligungsformate so-  
1110 wie ein Kinder- und Jugendcheck in Gesetzgebungsver-  
1111 fahren. Wir wissen: Echte Partizipation funktioniert nur,  
1112 wenn wir jungen Menschen auch Gestaltungsmacht ge-  
1113 ben.

1114

#### 1115 **Guter Start ins Leben für alle Kinder**

1116

1117 Jedes Kind soll sein volles Potential erfüllen können. Wo  
1118 familiäre, soziale oder kulturelle Ausgangssituationen  
1119 dem im Weg stehen, räumen wir den Weg frei. Hier leis-  
1120 ten Familienzentren hervorragende Arbeit. Familienz-  
1121 tren sind Orte, an denen Familien gebündelt Informa-  
1122 tionen und Angebote bereitgestellt bekommen. Sie för-  
1123 dern Kinder individuell und unterstützen Familien um-  
1124 fassend. Viele Kitas gehen hier schon mit gutem Beispiel  
1125 voran. Wir wollen dieses Konzept an allen Grundschulen  
1126 ermöglichen.

1127

1128 An diesen Grundschulen sollen Förder- und Hilfsange-  
1129 bote unter einem Dach vereint werden. Auch die El-  
1130 tern sollen gut begleitet werden. Ein wichtiges Instru-  
1131 ment dafür ist die Familienbildung, dazu gehören un-  
1132 ter anderem niedrigschwellige Formate des Austauschs,  
1133 Spielgruppen, Forschungsprojekte oder Familienfreizei-  
1134 ten. Zur Stärkung der Familienbildung im Sozialraum ist  
1135 nicht nur eine sichere Förderung der Maßnahmen, son-  
1136 dern auch eine gute Verzahnung der Arbeit der einzel-  
1137 nen Träger und der Familienzentren notwendig. Das hilft  
1138 auch Kommunen und Quartieren, die besonders stark  
1139 von Bildungs- und Einkommensarmut betroffen sind:  
1140 Kein Kind soll aufgrund des Wohnorts oder der finanzia-  
1141 llen Situation der Eltern benachteiligt sein. Alle Kinder  
1142 starten mit uns gut ins Leben.

1143

1144 Schülerinnen und Schüler können nur dort erfolgreich  
1145 lernen, wo sie sich geborgen und sicher fühlen. Wir wol-  
1146 len, dass alle Schulen die Möglichkeit haben, ihre Schü-  
1147 lerinnen und Schüler individuell zu fördern und zu ei-

1148 nem Abschluss führen. Wir brauchen eine Kultur des  
1149 Auffangens und Behaltens. Jede Schule muss das Ziel  
1150 haben, die aufgenommenen Kinder auch zu behalten.  
1151 Wenn ein Kind die Schule verlassen muss – wenn es  
1152 abgeschult wird – hinterlässt das Narben auf der See-  
1153 le. Wir brauchen eine neue Schulkultur, in der das ein-  
1154 zelne Kind im Mittelpunkt steht. Wir wollen uns bei  
1155 der Förderung nicht an den Defiziten orientieren. Wir  
1156 müssen Stärken stärken und Schwächen schwächen. Die  
1157 ausführliche Beschreibung von erworbenen Kompeten-  
1158 zen jenseits von Schulnoten, die an einigen Schulen in  
1159 Nordrhein-Westfalen die Zeugnisse ergänzen, sind ein  
1160 richtiger Beitrag, um eine fördernde Lernkultur zu schaf-  
1161 fen.

1162

1163 Wir wollen jedes Kind mit seinen Talenten fördern und  
1164 fordern. Deshalb werden wir kommunale Bildungslot-  
1165 sinnen und Bildungslotsen überall vor Ort einführen. Sie  
1166 sollen dabei helfen, Schulabbrüche aktiv und frühzeitig  
1167 zu verhindern. Vor allem aber sollen die Bildungslotsin-  
1168 nen und Bildungslotsen unseren Kindern und Jugendli-  
1169 chen helfen, ihren Kurs zu halten und zu ihrem selbst ge-  
1170 setzten Ziel zu finden: Mit uns wird künftig jedes Kind  
1171 einen Anspruch auf ein Bildungslotsen-Angebot haben!  
1172

1173 Wir nehmen die Herausforderungen an. Deshalb wollen  
1174 wir Bildungseinrichtungen, die in besonders herausfor-  
1175 dernden Lagen sind, besonders helfen. Dort, wo die Lern-  
1176 und Lebenssituation der Kinder instabil ist, müssen Bil-  
1177 dungseinrichtungen ein stabiler Lebensraum sein und  
1178 bedarf daher mehr personeller Unterstützung durch  
1179 Fachkräfte und multiprofessionelle Teams (bestehend  
1180 aus verschiedenen pädagogischen Fachkräften). Dafür  
1181 braucht es deutlich mehr Geld. Wir wollen daher einen  
1182 Sozialindex für unsere Bildungseinrichtungen einfüh-  
1183 ren, der den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort und  
1184 der Lebenswirklichkeit der Kinder entspricht. Wir schaf-  
1185 fen gleiche Chancen für alle durch Schwerpunktsetzung,  
1186 wo es sie braucht.

1187

1188 Für den schulischen Bereich werden wir 1000 Schulen in  
1189 besonders herausfordernden sozioökonomischen Lagen  
1190 in einem ersten Schritt mit zusätzlichen personellen und  
1191 sachlichen Mitteln ausstatten.

1192

1193 Ein gehaltvolles Mittagessen für die gesundheitliche  
1194 Entwicklung unserer Kinder sehr wichtig und darf nicht  
1195 vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb kochen  
1196 wir Mittagessen in den Bildungseinrichtungen nach  
1197 Standard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Für  
1198 die Kinder, deren Eltern es sich nicht leisten können ger-  
1199 ne kostenfrei. In einem ersten Schritt wollen wir hier  
1200 die Bildungseinrichtungen an Standorten mit besonde-  
1201 ren Herausforderungen berücksichtigen. Im Rahmen ei-  
1202 nes pädagogischen Konzepts und der eigenen Schwer-

1203 punktsetzung wollen wir diesen Kitas und Schulen die  
1204 Möglichkeit geben, hier einen Schwerpunkt zu setzen.

1205

1206 Jedes Kind, das in eine Bibliothek geht, macht etwas  
1207 richtig. Jedes Engagement im Verein stärkt Kinder. Des-  
1208 halb brauchen Kinder Zugänge zu Vereinen und Biblio-  
1209 theken, und zwar ohne finanzielle Hürden. Damit jedes  
1210 Kind unabhängig von der finanziellen Ausgangslage Zu-  
1211 gang zu Wissen erhält, sei es in Form eines Buchs oder  
1212 auch digitaler Medien, wird jedes Kind einen kostenfrei-  
1213 en Büchereiausweis bis zum Ende der Schulzeit erhalten.

1214

1215 Zu einer gerechten Welt gehört auch, dass wir Gesetze  
1216 nicht nur daran messen, welche Bürokratiekosten durch  
1217 sie entstehen, sondern auch, ob und in welcher Weise  
1218 unsere Kinder davon betroffen sind. Die Auswirkungen  
1219 von Gesetzgebungsvorhaben wollen wir daher zukünf-  
1220 tig einer Bewertung unterziehen, inwieweit das Vorha-  
1221 ben sich auf Kinder und Jugendliche auswirkt.

1222

1223 Frühe Entscheidungen über Bildungskarrieren führen in  
1224 die Irre. Schulen, die die Begegnung und den Austausch  
1225 zwischen unterschiedlichen Milieus fördern und länge-  
1226 res gemeinsames Lernen ermöglichen sind hilfreich, den  
1227 Bildungserfolg vom Status der Eltern abzukoppeln. Un-  
1228 sere Gesamtschulen haben dies in den letzten 50 Jah-  
1229 ren Zusammenhalt gefördert und beeindruckende Erfol-  
1230 ge für den Bildungsaufstieg und die Chancengleichheit  
1231 in Nordrhein-Westfalen vorzuweisen. Wir wollen unab-  
1232 hängig von der jeweiligen Schulform allen Schülerinnen  
1233 und Schülern den Weg hin zum Abitur ermöglichen.

1234

#### 1235 **Mehr Personal für mehr Chancengleichheit**

1236

1237 Unterricht ist gut, wenn er stattfindet. Deshalb machen  
1238 wir Schluss mit dem Unterrichtsausfall! Dafür ist gu-  
1239 tes und zufriedenes Personal das Fundament. Wir brau-  
1240 chen dringend mehr multiprofessionelle Teams in Form  
1241 von: Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erzie-  
1242 hern, Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern, Schulso-  
1243 zialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Sonderpäd-  
1244 agoginnen und Sonderpädagogen, Pädagoginnen und  
1245 Pädagogen, Kindheitspädagoginnen und Kindheitspäd-  
1246 agogen, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen,  
1247 Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und Kranken-  
1248 pflegern und Therapeutinnen und Therapeuten. Die-  
1249 se können sich gegenseitig unterstützen und vertreten  
1250 und Kindern und Jugendlichen bestmögliche Lernum-  
1251 gebungen bieten. In diesem Zusammenhang muss die  
1252 Schulsozialarbeit gesichert und versteigt werden. Gutes  
1253 Personal bekommt man nur, wenn die Rahmenbedin-  
1254 gungen stimmen. Dafür wollen wir Ungerechtigkeiten  
1255 im System beseitigen und zeitgemäße Voraussetzungen  
1256 schaffen: Frühkindliche Bildung wird mit uns aufgewer-  
1257 tet werden, die praxisintegrierte Ausbildung, die Fort-

1258 und Weiterbildung wird verbessert und ausgebaut wer-  
1259 den. Es sind neue Aufgabenfelder in Kita und Schule ent-  
1260 standen. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung für pädago-  
1261 gisches Personal muss den gesellschaftlichen Heraus-  
1262 forderungen wie Vielfalt, Antidiskriminierung, Digitali-  
1263 sierung und Verbraucherschutz Rechnung tragen. Ins-  
1264 besondere die Anerkennung von Berufserfahrungen für  
1265 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger werden wir  
1266 überarbeiten. Für das gesamte Personal bedarf es einer  
1267 Chance auf einen beruflichen Aufstieg und einer guten  
1268 Bezahlung.

1269

1270 Wir brauchen jetzt eine Personaloffensive. Diese muss  
1271 gemeinschaftlich von den Berufskollegs und den Hoch-  
1272 schulen gestaltet werden. Es gilt, alle Schulen entspre-  
1273 chend ihren Bedarfen mit engagiertem und qualifizier-  
1274 tem Personal für die zukünftigen Herausforderungen  
1275 auszustatten. Dazu gehören auch beispielsweise die  
1276 Werkstattlehrkräfte, die Expertise aus dem Handwerk  
1277 mit pädagogischen Kompetenzen verbinden. Für die Zu-  
1278 kunft wollen wir berufliche Kompetenzen und Abschlüs-  
1279 se bei der Anerkennung für den Lehrberuf stärker be-  
1280 rücksichtigen. Alle Lehrkräfte müssen den gleichen Lohn  
1281 beim Eingangsgehalt verdienen. Zudem werden wir die  
1282 Studienplätze für Lehramt, Sonderpädagogik und Sozi-  
1283 alpädagogik massiv ausbauen und die Zugangsvoraus-  
1284 setzungen sinnvoll anpassen, um mehr Lehrkräfte und  
1285 pädagogisches Fachpersonal ausbilden zu können.

1286

#### 1287 **Schulen, in denen Kinder keine Probleme sind**

1288

1289 Wir wollen Schulen, in der Kinder mit geistigen oder  
1290 emotionalen Herausforderungen jederzeit willkommen  
1291 sind. Nicht die Kinder und ihre Eltern sind das Pro-  
1292 blem, sondern die aktuellen Rahmenbedingungen. Ge-  
1293 nau deshalb wollen wir diese ändern. Eine gute Schule  
1294 ist eine, die weder den Lehrkräften noch Kindern oder  
1295 Eltern Probleme bereitet, sondern sie löst. Eines ist klar:  
1296 Die UN-Behindertenrechtskonvention gilt. Das ist für  
1297 uns unverhandelbar und das bedeutet, dass es der Auf-  
1298 trag der Politik ist, dafür zu sorgen, dass sie eingehalten  
1299 werden kann.

1300

1301 Das Wichtigste dabei ist, sich jetzt zu kümmern und die  
1302 Familien und Lehrkräfte zu unterstützen. Inklusion soll  
1303 Teil jeder Schule sein. Dafür schaffen wir die passenden  
1304 Voraussetzungen.

1305

1306 Wir wollen daher an jeder Schule in Nordrhein-  
1307 Westfalen ein pädagogisches Zentrum mit Expertinnen  
1308 und Experten einrichten. Dabei ist uns wichtig, dass  
1309 diese Zentren keine Parallelstruktur werden. Hier der  
1310 Lehrbetrieb und da das pädagogische Zentrum. Statt-  
1311 dessen wollen wir eine inklusiv arbeitende Schule mit  
1312 einem gemeinsamen Kollegium aus verschiedenen

1313 Professionen. Ein pädagogisches Zentrum bündelt  
1314 die pädagogische und sonderpädagogische Expertise  
1315 zu Unterricht und inklusiver Schulentwicklung. Es  
1316 unterstützt die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer,  
1317 die Fachlehrerinnen und Fachlehrer und die unterrich-  
1318 tenden Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen  
1319 und steht zur schulinternen Beratung zur Verfügung.  
1320 Es koordiniert die Zusammenarbeit mit Externen von  
1321 der Schulpsychologie über Therapeutinnen und The-  
1322 rapeuten bis zur Jugendhilfe. Hier gibt es zusätzliche  
1323 Angebote und Auszeitangebote in Zusammenarbeit  
1324 mit der Jugendhilfe, auch für Schülerinnen und Schüler,  
1325 die in Konflikte geraten oder Verhaltensprobleme  
1326 bearbeiten müssen.

1327

1328 Zusätzlich soll es zukünftig eine Art „Schnelle Unterstüt-  
1329 zungsgruppe“ in jedem Schulbezirk geben, die bei aku-  
1330 ten Herausforderungen mit Rat und verbindlicher Hilfe-  
1331 stellung den Familien und Schulen zur Seite steht. Das  
1332 bedeutet eine echte Entlastung für Eltern und Lehrkräf-  
1333 te.

1334

1335 Wir wollen mit den Lehrerinnen und Lehrern, den an-  
1336 deren pädagogischen Fachkräften, den Eltern, den Wis-  
1337 senschaftlerinnen und Wissenschaftlern, aber auch Ärz-  
1338 tinnen und Ärzten und Therapeutinnen und Therapeu-  
1339 ten in Ruhe und vor allem mit Bedacht diese Unterstüt-  
1340 zungssysteme gemeinsam entwickeln und die Inklusion  
1341 in unseren Schulen ordentlich weiterentwickeln.

1342

#### 1343 **Schulen auf der Höhe der Zeit**

1344

1345 Wir werden unser Bildungssystem so weiterentwickeln,  
1346 dass es den Anforderungen einer veränderten und digi-  
1347 talisierten Lebens- und Berufswelt gerecht wird. Dabei  
1348 werden wir genau prüfen, was sich bewährt hat und was  
1349 wir verbessern müssen. Wichtig ist, dass Bildungsinhal-  
1350 te und zu erwerbende Kompetenzen allen Schülerinnen  
1351 und Schülern auch in Zukunft gesellschaftliche Teilha-  
1352 be und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Dafür  
1353 werden wir eine Bildungskommission mit Expertinnen  
1354 und Experten einrichten.

1355

1356 Die Bildungskommission wird sich neben den Bildungs-  
1357 inhalten auch mit der Bildungsfinanzierung befassen.  
1358 Wir brauchen mehr Geld für bessere und wirkungsvol-  
1359 lere Bildungsangebote und ein verbindlicheres Zusam-  
1360 menwirken aller Beteiligten vor Ort. Die gegenwärti-  
1361 gen Zuständigkeiten sind weder für Familien noch für  
1362 Schulen durchschaubar und Strukturen sind so ange-  
1363 legt, dass sie Prozesse eher lähmen als Lösungen auf  
1364 akute Probleme bereitstellen. Das werden wir anpacken  
1365 und das Finanzierungsgeflecht entwirren. Eine klare und  
1366 verbindlich geregelte Finanzierung der staatlichen Bil-  
1367 dungsaufgaben zwischen Land und Kommunen muss

1368 auskömmlich sein für die notwendige Qualität des An-  
1369 gebots, die sächliche Ausstattung in den Schulen, den  
1370 Gebäudeunterhalt und für Investitionen in den Schul-  
1371 neubau. Damit das gleichermaßen in finanzstarken wie  
1372 finanzschwachen Kommunen gelingt, greifen wir finan-  
1373 ziell mit unserem Sonderprogramm „Schulneubau und  
1374 Schulsanierung“ dort unter die Arme, wo es gebraucht  
1375 wird.

1376

1377 So zielgerichtet, wie wir bei der Schulsanierung helfen,  
1378 wollen wir es auch bei einzelnen Kindern tun. Mit ei-  
1379 ner Potenzialanalyse werden wir die Begabungen und  
1380 Talente der Kinder einschätzen, um die Kinder gezielt in  
1381 ihren Stärken anzusprechen.

1382

1383 Auch die Digitalisierung im Kita- und Schulwesen muss  
1384 vorangetrieben werden. Wir brauchen mehr Geld für ei-  
1385 ne bessere Infrastruktur und Ausstattung. Diese digita-  
1386 le Infrastruktur muss von IT-Expertinnen und Experten  
1387 verwaltet und gepflegt werden. Dies entlastet die Lehr-  
1388 kräfte, die sich darauf konzentrieren können, den Kin-  
1389 dern die nötige Medienkompetenz zu vermitteln. Weil  
1390 Medienkompetenz uns besonders wichtig ist, werden  
1391 wir das Budget für Fortbildungen pro Lehrkraft anheben.

1392

#### 1393 **Berufliche Bildung früher in den Blick nehmen**

1394

1395 Schulen auf der Höhe der Zeit müssen auch Übergänge  
1396 in eine akademische und handwerkliche Berufslaufbahn  
1397 gleichermaßen ermöglichen und früh vorbereiten. Wir  
1398 brauchen zum Beispiel gute Ingenieure, die nachhaltige  
1399 Energien planen und gute Handwerker, die diese in die  
1400 Tat umsetzen.

1401

1402 Hierfür müssen alle Schülerinnen und Schüler der Se-  
1403 kundarstufe I gute strukturelle Voraussetzungen ha-  
1404 ben, um eine duale Ausbildung mit ihrem jeweiligen  
1405 Abschluss antreten zu können. Insbesondere mit dem  
1406 Haupt- und dem Realschulabschluss soll auch eine gute  
1407 berufliche Lebensplanung möglich sein. Diese Abschlüs-  
1408 se müssen wieder mehr wert sein und wertgeschätzt  
1409 werden.

1410

1411 Damit alle einen Abschluss bekommen, werden wir –  
1412 wie im Kapitel Arbeit und Wirtschaft ausgeführt – das  
1413 Erfolgsprogramm „KAoA – Kein Abschluss ohne An-  
1414 schluss“ stärken, ausbauen und eine Ausbildungsplatz-  
1415 garantie in Nordrhein-Westfalen einführen. Zudem wer-  
1416 den wir an allen Schulformen praktische Unterrichtsin-  
1417 halte in der Sekundarstufe I erhöhen und die starken An-  
1418 gebote der Berufsorientierung an den Berufskollegs be-  
1419 reits in die Sekundarstufe I ziehen. Gleichzeitig werden  
1420 wir das BuS-Projekt (Betrieb und Schule) stärken und  
1421 ausbauen. Diese BuS-Klassen gibt es seit einigen Jahren.  
1422 Sie wurden vom Landesarbeitsamt initiiert, um Schüle-

1423 rinnen und Schüler, die im neunten Schulbesuchsjahr  
1424 keine Versetzung in die Klasse 10 erreicht haben, die  
1425 Möglichkeit zu bieten, auf dem Arbeitsmarkt einen Platz  
1426 zu finden.

1427

1428 Wir wollen alle jungen Menschen in eine Arbeitswelt  
1429 bringen – sei sie handwerklich oder intellektuell aus-  
1430 gerichtet – die sie mit einer hohen Berufszufriedenheit  
1431 ausfüllt.

1432

1433 Für uns bedeutet schulische Bildung das Lernen für das  
1434 Leben, damit jeder die Voraussetzungen für ein selbst-  
1435 bestimmtes und zufriedenes (Berufs-)Leben erlangen  
1436 kann.

1437

#### 1438 **Akademische Bildung und Wissenschaft**

1439

1440 Das Studium soll nicht nur lehrreich sein, sondern für  
1441 Studierende auch zu den glücklichsten Phasen ihres Le-  
1442 bens gehören. Neues Wissen wird erworben, man feiert,  
1443 erkundet die Welt, politisiert und qualifiziert sich. Alles  
1444 das trägt dazu bei, den eigenen Horizont zu erweitern  
1445 und Netzwerke zu knüpfen. Dieses Glück soll nicht an  
1446 Organisations- oder Finanzierungsfragen scheitern.

1447

1448 Wir wollen deshalb die Studierendenwerke so finanzia-  
1449 ren, dass diese ihre Aufgabe sachgerecht durchführen  
1450 können und Semesterbeiträge gesenkt werden können.  
1451 Weniger finanzielle Sorgen bringen mehr Bildungser-  
1452 folg und machen die Universität für alle jungen Men-  
1453 schen leichter zugänglich. Mit dem Semesterbeitrag al-  
1454 lein ist es nicht getan. Wer heute in einer Unistadt leben  
1455 will, braucht auch bezahlbaren Wohnraum. Deshalb in-  
1456 vestieren wir als Land in den Neubau und die Sanierung  
1457 von Studierendenwohnanlagen. Am Mietmarkt soll die  
1458 Bildung nicht scheitern. Das BaföG muss ein Studium  
1459 ohne wirtschaftliche Existenzsorgen ermöglichen und  
1460 genau deshalb hat die SPD dies mit den Koalitionspart-  
1461 nern im Bund für die kommende Legislaturperiode ver-  
1462 handelt.

1463

1464 Die Uni zu öffnen für alle jungen Menschen, auch wenn  
1465 die Eltern wenig Geld haben, ist unser Ziel. Dafür set-  
1466 zen wir an allen bekannten Problemen an und lösen  
1467 sie. Zur Wissenschaft gehört aber auch, zu wissen, dass  
1468 man noch nicht alles weiß. Wir wollen soziale Ungerech-  
1469 tigkeiten an den Universitäten und in der Gesellschaft  
1470 überwinden und deshalb investieren wir in Forschung,  
1471 die uns die Augen öffnet. Wir wollen die Gründung ei-  
1472 nes interdisziplinären Forschungsverbunds zu Aspekten  
1473 der sozialen Ungleichheit und gesellschaftlichem Zu-  
1474 sammenhalt.

1475

1476 Die Hochschulen werden besser, wenn sie gemeinsam  
1477 gestaltet werden. Deshalb stehen wir für das Modell der

1478 demokratischen Hochschule ein. In allen Gremien sol-  
1479 len wieder zu gleichen Teilen Studierende und Lehren-  
1480 de zusammenarbeiten. Wir trauen unseren Studieren-  
1481 den selbstverständlich Mitbestimmung und Eigenver-  
1482 antwortung zu. Deshalb passen für uns Anwesenheits-  
1483 pflichten nicht an eine Hochschule. Erwachsene Men-  
1484 schen können selbst entscheiden, wann sie wie lernen.  
1485 Anwesenheitspflichten machen Hochschullehre unnö-  
1486 tig unflexibel. Studierende Eltern, pflegende Studieren-  
1487 de oder nebenberuflich Studierende brauchen Optio-  
1488 nen, sich ihre Zeit freier einzuteilen. Warum sollten sie  
1489 nicht ihre Vorlesungen online als Video schauen, wenn  
1490 es zeitlich passt, anstatt zu einer bestimmten Uhrzeit  
1491 im Hörsaal zu sitzen? Wir werden deshalb Hochschulen  
1492 dabei unterstützen, solche Angebote einzurichten und  
1493 über den Europäischen bzw. den Deutschen Qualifikati-  
1494 onsrahmen abzusichern. Generell wollen wir bei der Di-  
1495 gitalisierung der Hochschulen schneller vorankommen.  
1496 Die Universitäten müssen technisch besser ausgestattet  
1497 werden und die Datensicherheit muss erhöht werden.  
1498 Wir werden deshalb die digitale Lehre und die Datensi-  
1499 cherheit professionalisieren, indem wir für diese dauer-  
1500 haft Geld für Personal und technische Infrastruktur zur  
1501 Verfügung stellen. So machen wir den Weg zum Hoch-  
1502 schulabschluss durch gute Lehre leichter.

1503

1504 Aber selbst, wenn bei verbesserter Lehre eine Person an  
1505 der Universität am Abschluss scheitert, sind wir uns si-  
1506 cher, dass die studierten Semester nicht vergebens wa-  
1507 ren. Ein Studium qualifiziert nicht nur durch einen for-  
1508 malen Abschluss, sondern auch auf dem Weg. Deshalb  
1509 werden wir die Hochschulen darin unterstützen, Studi-  
1510 enabbrecherinnen und Studienabbrechern das bereits  
1511 Gelernte zu zertifizieren und ihnen somit den Start in ei-  
1512 ne Lehre zu erleichtern.

1513

1514 Frauen in akademischen Führungspositionen und im  
1515 Mittelbau werden wir fördern, indem wir ein eigenes  
1516 Landesprogramm zur Stärkung junger Akademikerin-  
1517 nen in der Wissenschaft und an Hochschulen einführen.  
1518 Denn Frauen bringen Spitzenleistung in der Forschung,  
1519 erreichen aber noch immer nur selten die Spitzenposi-  
1520 tionen.

1521

1522 Alle, für die wir die Hochschulen weiter öffnen, sol-  
1523 len gute Arbeits- und Studienorte vorfinden. Deshalb  
1524 werden wir die Hochschulgebäude sanieren und ener-  
1525 getisch modernisieren. Dass wir gleichzeitig im Semi-  
1526 narraum mit Studierenden die Auswirkungen des Kli-  
1527 mawandels wissenschaftlich betrachten und dabei das  
1528 Fenster undicht ist, darf nicht so bleiben.

1529

1530 Wir wollen nicht nur sanieren, sondern auch einen quali-  
1531 tativen Zugewinn für unsere Hochschulen erzielen. Leh-  
1532 re verändert sich, es wird interdisziplinärer gearbeitet

1533 und mehr Praxisbezüge werden hergestellt. Das begrüßen  
1534 wir und erkennen daraus auch neue räumliche Notwen-  
1535 digkeiten. Deshalb wollen wir die Weiterentwicklung  
1536 der Campus an den Hochschulen dauerhaft fördern. Die-  
1537 se sollen Lern- und Lebensorte werden: Pulsierende Her-  
1538 zen des Hochschullebens.

1539

### 1540 **2.3 EINE BESSERE UND ZUKUNFTSFESTE GESUNDHEITS-** 1541 **UND PFLEGEVERSORGUNG**

1542

1543 Gesundheit ist Voraussetzung für Wohlbefinden. Nur,  
1544 wer weiß, dass man im Krankheitsfall gut versorgt ist,  
1545 kann frei leben. Deshalb ist Gesundheit einer unserer  
1546 politischen Schwerpunkte. Wir stehen für die Freiheit  
1547 von Sorge und Angst. Wir wollen Gewissheit für alle  
1548 Menschen, dass sie die bestmögliche gesundheitliche  
1549 Versorgung erhalten.

1550

1551 Deshalb betrachten wir Gesundheit nicht nur im Lich-  
1552 te der aktuellen Corona-Krise, sondern weit darüber  
1553 hinaus. Wir wollen eine Gesundheitspolitik, die immer  
1554 überzeugt: Im Katastrophenfall genauso wie im Alltag.  
1555 Dafür treten wir an.

1556

1557 Wir stellen sicher, dass Menschen, die krank werden, gut  
1558 versorgt sind. Wir können dafür sorgen, dass die Ange-  
1559 hörigen Zeit für ihre erkrankten Lieben haben, anstatt  
1560 herumzutelefonieren, um einen Platz im Krankenhaus  
1561 oder einen Termin beim Facharzt zu bekommen. Und wir  
1562 können dafür sorgen, dass das Gesundheitswesen ein  
1563 Arbeitsplatz mit hoher Arbeitszufriedenheit wird. Das  
1564 alles können wir tun und deshalb werden wir es tun.

1565

#### 1566 **Zukunftsfähige Krankenhäuser**

1567

1568 Beginnen wir mit den Krankenhäusern. Sie sind doch  
1569 mehr als Gebäude, in denen medizinische Versorgung  
1570 organisiert wird. Sie sind gleichzeitig Arbeitgeber, Wirt-  
1571 schaftsfaktor und Garant dafür, dass schnell geholfen  
1572 werden kann, wenn Hilfe gebraucht wird. Genau des-  
1573 halb – weil Krankenhäuser wichtig für die Gesellschaft  
1574 sind – werden wir landesweit alle Krankenhausstandor-  
1575 te erhalten. Mit Schließungen soll endlich Schluss sein.

1576

1577 Sie können einem kranken Menschen nicht erklären,  
1578 dass es für sie oder ihn kein Krankenhaus in der Nä-  
1579 he gibt, weil Krankenhausstandorte allein an Faktoren  
1580 wie Bevölkerungsdichte und demografischer Struktur  
1581 bemessen wurden. Wer krank ist, braucht ein Kranken-  
1582 haus vor Ort. Eines, das so nah ist, dass ein lieber Freund  
1583 mit Blumenstrauß leicht zu Besuch kommen kann.

1584

1585 Das zu organisieren ist möglich.

1586

1587 Dafür müssen wir den ambulanten und stationären

1588 Sektor neu ordnen. Das heißt, dass wir politisch da-  
1589 für sorgen, dass ambulante Versorgungsangebote und  
1590 bestehende Krankenhäuser enger zusammenarbeiten.  
1591 Heute trennt man diese Angebote allein aus bürokrati-  
1592 schen, aber nicht aus medizinischen Gründen. Wir ver-  
1593 stehen unseren Auftrag so, dass wir solche bürokrati-  
1594 schen Unsinnigkeiten zu verändern haben. Wir lösen da-  
1595 her die künstlichen Grenzen von ambulant und statio-  
1596 när, von gesetzlicher Krankenversicherung und gesetzli-  
1597 cher Pflegeversicherung auf. Zusammenarbeit statt Zu-  
1598 ständigkeitsabgrenzung. So entsteht mehr Wirtschaft-  
1599 lichkeit ohne neuen Druck auf die Beschäftigten.

1600

1601 Die unwirtschaftlichen Strukturen der Krankenhausfi-  
1602 nanzierung müssen reformiert werden. Weil ein solcher  
1603 Prozess langwierig ist, gehen wir in zwei Schritten vor.  
1604 Wir ändern schnell im bestehenden System die finan-  
1605 ziellen Rahmenbedingungen und sorgen für Entlastung  
1606 und arbeiten parallel an einem neuen Vergütungssys-  
1607 tem gemeinsam mit dem Bund.

1608

1609 Wichtig ist uns dabei, dass wir aus der Corona-Pandemie  
1610 die richtigen Schlüsse ziehen. Wir brauchen eine gute  
1611 Finanzierung für den Alltag und müssen Reserven an-  
1612 legen und Vorbereitungen für medizinische Krisenfäl-  
1613 le treffen. Im besten Falle brauchen wir sie nie, aber  
1614 wenn wir sie brauchen, ist getroffene Vorsorge besser,  
1615 als überrumpelt zu werden.

1616

1617 Nie wieder sollen medizinische Masken und Spritzen  
1618 ausgehen! Wir schaffen gesicherte Lieferketten und eine  
1619 abgestimmte Lagerhaltung für krisenrelevante Produk-  
1620 te wie z.B. persönliche Schutzausrüstung, Testkits und  
1621 Desinfektionsmittel. Gesundheit ist so wichtig, dass uns  
1622 das Lagerhaltungskosten wert ist.

1623

1624 Neue Kosten werfen immer die Frage auf, wo einge-  
1625 spart werden soll. Für uns ist klar, dass dies nicht bei  
1626 den Beschäftigten, nicht bei der Qualität, nicht bei den  
1627 Standorten passieren darf. Stattdessen machen wir uns  
1628 dran, Bürokratie und übermäßige Regulierung abzubauen.  
1629 Das geht und im Zweifelsfall notwendig ist, ha-  
1630 ben wir doch nun schon monatelang erlebt. Heute imp-  
1631 fen auch Apothekerinnen und Apotheker und andere  
1632 Professionen. Dass sie es lange nicht durften, war eine  
1633 unsinnige Regulierung, von denen es sehr viele gibt. Ge-  
1634 nau diese systematisch zu identifizieren und abzubauen,  
1635 ist unser Auftrag in den kommenden Regierungsjah-  
1636 ren.

1637

1638 Das alles hilft aber nur wenig, wenn jeder Gewinn aus  
1639 weniger Bürokratie von privaten Klinikbetreibern aus  
1640 dem System genommen wird. Wir wollen keine Ferien-  
1641 häuser finanzieren, sondern guten Gesundheitsschutz  
1642 hier vor Ort und deshalb werden wir die Gewinnent-

1643 nahme für private Klinikbetreiber, Klinikgesellschaften  
1644 und Klinikkonzerne regulieren. Man darf mit Gesund-  
1645 heit Geld verdienen, aber unser Gesundheitssystem darf  
1646 nicht für den persönlichen Vorteil auf Verschleiß gefah-  
1647 ren werden. Wer diesen Markt nach unserer Regulierung  
1648 nicht mehr lukrativ genug findet, kann sich darauf ver-  
1649 lassen: Wir scheuen uns nicht, Kliniken wieder in kom-  
1650 munale Trägerschaft zu übernehmen.

1651

1652 Wir wollen, dass der Kostendruck sinkt und sind deshalb  
1653 bereit, mehr in Gesundheit zu investieren. Im Gegenzug  
1654 wollen wir aber auch, dass der Druck auf die Beschäftig-  
1655 ten im Gesundheitswesen merklich sinkt. Dienstleistun-  
1656 gen, die in Krankenhäusern anfallen und nicht zu den ei-  
1657 gentlichen Gesundheitsdienstleistungen gehören – wie  
1658 zum Beispiel die Reinigung, die Küche, die Logistik, die  
1659 Wäsche – wollen wir nicht länger in Tochtergesellschaf-  
1660 ten ausgliedern lassen. Tariffucht und Dumpingtarifver-  
1661 träge in diesen Bereichen sind unsozial, unwürdig und  
1662 gesamtwirtschaftlich nicht nachhaltig. Deshalb lautet  
1663 unser Versprechen: Mehr Geld für Gesundheit und mehr  
1664 Lebensqualität für die Beschäftigten.

1665

#### 1666 **Gesundheit für Alle in ganz Nordrhein-Westfalen**

1667

1668 Wir wollen in allen Landesteilen einen guten und wohn-  
1669 ortnahen Zugang zu medizinischer Versorgung und  
1670 gute vorsorgende Angebote, damit Menschen weni-  
1671 ger oft krank werden. Dazu stehen wir in Nordrhein-  
1672 Westfalen vor zwei Herausforderungen: Wir müssen  
1673 uns besonders um die Versorgung in ländlichen Berei-  
1674 chen und um die Versorgung in den Stadtteilen küm-  
1675 mern, in denen Menschen mit geringem Einkommen  
1676 leben. Nach der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen  
1677 Bundesvereinigung und der Kassenärztlichen Vereini-  
1678 gung Westfalen-Lippe werden wir bis zum Jahr 2030 –  
1679 also in 8 Jahren – rund 1.165 Hausärztinnen und Haus-  
1680 ärzte weniger haben als heute.

1681

1682 Wir wollen mehr Hausärztinnen und Hausärzte für die  
1683 ländlichen Bereiche Nordrhein-Westfalens und für die  
1684 Stadtteile, in denen wenig Privatpatienten zu erwarten  
1685 sind, finden. Dazu werden wir Anreizsysteme schaffen  
1686 – durch Studienstipendien, Praxiskredite und mehr Stu-  
1687 dienplätze für Medizin. Unser Ziel bleibt, dass der erste  
1688 Anlaufpunkt im Gesundheitssystem die Hausärztin/der  
1689 Hausarzt ist. Auch bei Fachärztinnen und Fachärzten  
1690 und besonders Kinderärztinnen und Kinderärzten gehen  
1691 wir neue Wege, um engagierte Frauen und Männer für  
1692 diese Aufgabe zu gewinnen.

1693

1694 Der Einsatz von Hebammen muss flächendeckend si-  
1695 chergestellt werden. Hebammen erfüllen eine zentrale  
1696 Rolle für werdende Mütter und Familien. Man muss sich  
1697 in Nordrhein-Westfalen darauf verlassen können, dass

1698 die Geburt eines Kindes gut begleitet wird.

1699

1700 Wir stärken das Selbstbestimmungsrecht von Frauen  
1701 und stellen die Versorgungssicherheit bei Schwanger-  
1702 schäftsabbrüchen her. Sie sollen Teil der ärztlichen Aus-  
1703 und Weiterbildung sein. Die Möglichkeit zu kostenfrei-  
1704 en Schwangerschaftsabbrüchen gehören zu einer ver-  
1705 lässlichen Gesundheitsversorgung. Sogenannten Geh-  
1706 steigbelästigungen von Abtreibungsgegnerinnen und  
1707 Abtreibungsgegnern treten wir wirksam entgegen. Wir  
1708 stellen die flächendeckende Versorgung mit Beratungs-  
1709 einrichtungen sicher, die zukünftig auch online mög-  
1710 lich sein soll. Wir unterstützen die Initiativen auf Bun-  
1711 desebene zur Streichung des §219a, damit Ärztinnen  
1712 und Ärzte öffentliche Informationen über Schwanger-  
1713 schäftsabbrüche bereitstellen können, ohne eine Straf-  
1714 verfolgung befürchten zu müssen.

1715

1716 Gleiches gilt für die zahnärztliche Versorgung. Es  
1717 braucht sie flächendeckend und verlässlich im ganzen  
1718 Land. Sie gehört zu den grundlegenden, notwendigen  
1719 medizinischen Versorgungsangeboten in der Fläche.  
1720 Wie wohnortnahe ausgerichtete Patienten-Zahnarzt-  
1721 Beziehung ist für die Zahngesundheit der Bürgerinnen  
1722 und Bürger wichtiger Bestandteil der Versorgung.  
1723 Das erklärt sich ganz leicht: Man sollte regelmäßig  
1724 zum Zahnarzt zur Kontrolle gehen. Je länger man es  
1725 aufschiebt, desto schlimmer wird es. Je weniger Praxen,  
1726 je weiter die Strecken zum Zahnarzt werden, desto  
1727 größer wird die Barriere diese Vorsorgeuntersuchungen  
1728 wahrzunehmen. Es ist also auch ökonomisch sinnvoll,  
1729 lieber in die breite Prävention, statt in teure Zahn-  
1730 behandlungen zu investieren, die hätten vermieden  
1731 werden können.

1732

1733 Wir werden die derzeitigen Lücken bei der medizini-  
1734 schen Versorgung, sei es ambulant oder stationär, bei  
1735 psychischen und neurologischen Erkrankungen schlie-  
1736 ßen.

1737

1738 Neben der Versorgung mit Krankenhäusern, Haus- und  
1739 Fachärztinnen und -ärzten wollen wir das Wissen der  
1740 Menschen über ihren Körper und ihre Gesundheit ver-  
1741 mehren. Wir wollen präventive Angebote, die sehr nied-  
1742 rigschwellig sind und es allen Menschen ermöglicht,  
1743 mehr auf sich und die eigene Gesundheit zu achten. Wir  
1744 wissen, dass es Lebenssituationen und Lebensumstän-  
1745 de gibt, die es schwer machen, sich ausreichend um sich  
1746 selbst zu kümmern. Wir wollen verschiedene Wege aus-  
1747 probieren, um dies zu ändern.

1748

1749 Wir setzen Gesundheitslotsen ein, die Betroffenen  
1750 und Angehörigen bei Fragen der Gesundheitsförderung  
1751 und -prävention begleiten. Gesundheitslotsinnen und -  
1752 lotsen können Betroffene und Angehörige auch bei Fra-

1753 gen der häuslichen, stationären und sozialen Versor-  
1754 gung beraten und begleiten. Die Krankenkassen können  
1755 eine aktive Rolle bei den Gesundheitslotsen spielen. Die-  
1756 se Lotsen wollen wir mit Landesmitteln fördern.

1757

1758 Wir wollen in Ballungsräumen „Gesundheits-Kioske“  
1759 einrichten und damit in den Stadtteilen sicherstellen,  
1760 dass es ein leicht zugängliches Angebot vor Ort gibt, bei  
1761 dem Menschen in Fragen von Gesundheitsförderung,  
1762 Krankheit und Pflege Informationen und Unterstützung  
1763 bekommen. Dazu gibt es bereits Projekte der AOK, die  
1764 wir landesweit ausbauen wollen. Ziel muss es sein, Men-  
1765 schen in einer persönlichen gesundheitlichen Notsitua-  
1766 tion mit oder ohne Krankenversicherung zu helfen. Die  
1767 Gesundheits-Kioske sollen ein vertrauensvoller und ak-  
1768 zeptierter Anlaufpunkt im Stadtteil werden. Dazu ist es  
1769 wichtig Menschen mit verschiedenen kulturellen Hin-  
1770 tergründen und Sprachkenntnissen für die Arbeit vor  
1771 Ort zu gewinnen. Die Gesundheits-Kioske können auch  
1772 wichtige Aufklärungsarbeit übernehmen: zur Krebsvor-  
1773 sorge, zur Ernährung und für Angebote aus dem Bereich  
1774 Sport. Hier können viele Angebote, die es bereits in einer  
1775 Stadt gibt, gebündelt vorgestellt werden.

1776

1777 Um Doppelstrukturen in den Kommunen zu vermeiden,  
1778 können diese Aufgaben auch an bereits bestehende und  
1779 etablierte Beratungsangebote vor Ort angedockt wer-  
1780 den.

1781

1782 Die seelische Gesundheit eines jeden Menschen ist ne-  
1783 ben der körperlichen Unversehrtheit das höchste Gut.  
1784 Die seelische Gesundheit ist für jeden einzelnen Men-  
1785 schen wichtig sowie für die gesamte Gesellschaft. Un-  
1786 sere Lebenswirklichkeit wird sich weiter verändern. Wir  
1787 müssen an unserer Anpassungs- und Widerstandsfähig-  
1788 keit arbeiten. Themen wie Depression, Suizid und Ein-  
1789 samkeit dürfen keine Tabuthemen bleiben. Wir müs-  
1790 sen gerade junge Menschen aufklären und sensibili-  
1791 sieren. Wir müssen die Krankheit Depression enttabui-  
1792 sieren. Wir werden entsprechende Präventionsmaßnah-  
1793 men entwickeln und die Anzahl an Klinikplätzen erhö-  
1794 hen. Wir werden Beratungsangebote schaffen, die nied-  
1795 rigschwellig sind und die kurzfristig zu erreichen sind.  
1796 Damit ein Mensch in Not, der Hilfe benötigt, nicht mo-  
1797 natelang auf einen Termin bei einer Psychologin oder ei-  
1798 nem Psychologen warten muss.

1799

1800 Wir halten die Versorgungsverpflichtung bei psychi-  
1801 scher Erkrankung vor der Notwendigkeit einer statio-  
1802 nären Aufnahme für erforderlich. Dazu stärken wir die  
1803 gemeindepsychiatrischen Verbände, wo sie bestehen  
1804 und unterstützen ihren Aufbau landesweit zum Aufbau  
1805 kooperativer leistungserbringerübergreifender Struktu-  
1806 ren zur wohnortnahen Versorgung. Diese sollen die Un-  
1807 terstützung unter Berücksichtigung von Selbstbestim-

1808 mung und Zwangsvermeidung in Kooperation sicher-  
1809 stellen.

1810

1811 Apotheken sind in vielen Regionen ebenfalls erste An-  
1812 laufstellen, wenn Menschen sich krank fühlen. Wir set-  
1813 zen uns dafür ein, dass es öffentliche, inhabergeführ-  
1814 te Apotheken gibt, die den gesetzlichen Auftrag zur  
1815 flächendeckenden Arzneimittelversorgung gut leisten  
1816 können. Apothekerinnen und Apotheker leisten in vie-  
1817 len Situationen einen wertvollen Beitrag zur Gesundheit  
1818 ihrer Kundinnen und Kunden in der ambulanten Versor-  
1819 gung.

1820

1821 Für Familien wollen wir in den von uns neu geschaf-  
1822 fenen Familienzentren an den Schulen Angebote zur  
1823 gesundheitlichen Prävention anbieten. Gesunde Ernäh-  
1824 rung, Sportangebote, Angebote zur Förderung der Zahn-  
1825 gesundheit und die Begleitung durch Hebammen. All  
1826 das trägt zu besserer Gesundheitsvorsorge bei und senkt  
1827 damit mittel- und langfristig die Gesundheitskosten ins-  
1828 gesamt. Ein Zugewinn an Lebensqualität für die Bürge-  
1829 rinnen und Bürger und eine Entlastung für das Gesund-  
1830 heitssystem.

1831

1832 **Pflege der Zukunft: Neue Konzepte für große Herausfor-**  
1833 **derungen**

1834

1835 In Nordrhein-Westfalen werden aktuell 965.000 Men-  
1836 schen gepflegt. Drei Viertel von ihnen erhalten liebevol-  
1837 le Pflege durch ihre Angehörigen Zuhause. Eine Leistung  
1838 der Angehörigen, die unseren Respekt verdient, die aber  
1839 nicht überfordern darf. Wir wissen, dass der Bedarf an  
1840 Pflege in den kommenden Jahren wegen der Alterung  
1841 unserer Gesellschaft weiter ansteigen wird. Wir wissen  
1842 auch, dass es der Wunsch der meisten Menschen ist, im  
1843 eigenen Zuhause möglichst lange leben zu können. Da-  
1844 mit das möglich ist, stellen wir jetzt die Weichen:

1845

1846 Unser Ziel ist es, die pflegenden Angehörigen zu entlas-  
1847 ten. Dazu wollen wir umfassende und ganzheitliche Be-  
1848 ratungsangebote schaffen. In Pflegekompetenzzentren  
1849 wollen wir alles Wissen über gesundheitliche Leistun-  
1850 gen, finanzielle mögliche Leistungen und Pflegeange-  
1851 bote bündeln. Betroffenen und Angehörige sollen hier  
1852 bestmöglich beraten werden.

1853

1854 Wir wollen Pflegestützpunkte einrichten, die eine medi-  
1855 zinische und pflegerische Grundversorgung bieten, um  
1856 stationäre Aufenthalte zu vermeiden. In diesen Pfl-  
1857 gestützpunkten sollen neue, fachübergreifende Bera-  
1858 tungsangebote eingerichtet werden. Dort sollen spezi-  
1859 ell ausgebildete Lotsen mit Betroffenen und Angehö-  
1860 rigen persönliche Unterstützungskonzepte entwickeln,  
1861 die den langfristigen Erhalt der Lebensqualität zum Ziel  
1862 hat. Das umfasst die Gesundheitsversorgung ebenso

1863 wie den pflegerischen Unterstützungsbedarf und die  
1864 Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe in der nä-  
1865 heren Umgebung. So wollen wir gewährleisten, dass  
1866 Menschen mit Unterstützungsbedarf möglichst lange  
1867 selbstbestimmt und zufrieden im eigenen Zuhause le-  
1868 ben können. Gleichzeitig werden die Angehörigen so  
1869 entlastet, weil sie auf verlässliche Strukturen mit festen  
1870 Ansprechpartnern vertrauen können.

1871

1872 Wir wollen ein Projekt aus unserem Nachbarland  
1873 Rheinland-Pfalz übernehmen und speziell und fach-  
1874 übergreifend ausgebildete Gemeindeschwestern ein-  
1875 setzen. Die Gemeindeschwester soll die Menschen nach  
1876 vorheriger Anmeldung zuhause besuchen und individu-  
1877 ell beraten. Das neue Angebot soll Beratung zur haus-  
1878 wirtschaftlichen und gesundheitlichen Versorgung, zur  
1879 Wohnsituation, Möglichkeiten der Mobilität und Pflege  
1880 von Kontakten umfassen. Dazu soll aber auch die Ver-  
1881 mittlung gut erreichbarer Teilhabeangebote wie Senio-  
1882 rentreffen, Veranstaltungen und Bewegungskurse ge-  
1883 hören. Wo solche Angebote weniger stark vorhanden  
1884 sind, sollen die Gemeindeschwestern diese auch anre-  
1885 gen. Das schafft einen weiteren Baustein für die Ent-  
1886 wicklung gesundheits- und selbstständigkeitsfördernd-  
1887 der Angebote in den Kommunen.

1888

1889 Weil in den kommenden Jahren mehr Menschen  
1890 pflegebedürftig werden, die keine eigenen Kinder  
1891 oder andere familiäre Unterstützung am Wohnort  
1892 haben, wollen wir alternative Wohnformen für Men-  
1893 schen mit Unterstützungsbedarf besonders fördern.  
1894 Dazu gehören beispielsweise Senioren- und Pflege-  
1895 Wohngemeinschaften.

1896

1897 Wir wollen, dass auch Menschen mit Unterstützungsbe-  
1898 darf von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitie-  
1899 ren können. Dazu wollen wir die Entwicklung unterstütz-  
1900 zender digitaler Instrumente fördern, die speziell Senio-  
1901 ren und pflegebedürftigen Menschen dienen und ihren  
1902 Alltag erleichtern.

1903

1904 Digitalisierung in Pflegeheimen heißt zum Beispiel das  
1905 Zusammenwirken von Pflegepatient, qualifizierter Pfl-  
1906 gekraft im Heim und Arzt ohne Notwendigkeit von  
1907 Transporten und des damit verbundenen Verlassens der  
1908 vertrauten Umgebung. Als Nebeneffekt wertet es die Tä-  
1909 tigkeit der Pflegekräfte deutlich auf.

1910

1911 Wichtig für uns ist: Menschen sollen so selbstbestimmt  
1912 wie möglich und so umsorgt wie nötig alt werden kön-  
1913 nen – mit einer flächendeckenden Pflegestruktur.

1914

1915 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für  
1916 uns die Arbeitsverhältnisse in denen gepflegt sind von  
1917 großer Wichtigkeit. Wir sehen, dass diejenigen, die in der

1918 Pflege ausgebildet sind und arbeiten, häufig die Ausbil-  
1919 dung abbrechen oder im Durchschnitt nach sechs Jahren  
1920 aus dem Beruf aussteigen. Daraus ziehen wir folgende  
1921 Konsequenzen:

1922

1923 Wir wollen die Arbeitsbelastungen in den pflegenden  
1924 Berufen reduzieren, um mehr Menschen für diese wich-  
1925 tige Arbeit zu gewinnen. Dazu gehören kürzere, verläss-  
1926 liche und damit familienfreundlichere Arbeitszeiten und  
1927 eine angemessene Entlohnung, bessere Aufstiegschan-  
1928 cen und Möglichkeiten zur Weiterbildung.

1929

1930 Wir wollen Menschen, die aus den pflegenden Berufen  
1931 ausgestiegen sind, zurückgewinnen. Durch Programme,  
1932 die nachqualifizieren und den Wiedereinstieg erleich-  
1933 tern.

1934

1935 Eine Pflegekammer gegen den Willen der Beschäftigten,  
1936 eine Zwangsmitgliedschaft, wird es mit uns nicht geben.  
1937 Pflege- und Betreuungskräfte aus dem Ausland, vorwie-  
1938 gend aus Osteuropa, sind zu einer wichtigen Säule der  
1939 häuslichen Versorgung geworden und wir begrüßen das  
1940 Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Entlohnung dieser  
1941 Menschen. Wir wollen deren Arbeitsbedingungen ver-  
1942 bessern, klare Regeln für Arbeits- und Ruhezeiten und  
1943 so einen rechtlichen Rahmen für Beschäftigung in der  
1944 häuslichen Pflege schaffen.

1945

1946 Der größte Pflegedienst in Deutschland ist die Familie.  
1947 Pflegende Angehörige sind eine entscheidende Stütze  
1948 bei der häuslichen Pflege. Zeiten der Pflege müssen in  
1949 der Berechnung der Rente berücksichtigt werden und  
1950 wir müssen organisieren, dass die Angehörigen in ih-  
1951 ren Berufen nicht abgehängt werden und Pflege, Familie  
1952 und Beruf vereinbaren können und später nicht ausge-  
1953 brannt und selbst krank werden.

1954

1955 Neben der Klärung materieller Fragen ist es wichtig,  
1956 Netzwerke über die Pflegestützpunkte zu organisieren  
1957 und die Angehörigen mit allem wichtigen Wissen zu un-  
1958 terstützen und Wege zu weiterer Hilfe zu vereinfachen.  
1959 Wo immer es möglich ist, schaffen wir bürokratische  
1960 Hindernisse ab. Das Angebot der Tagespflege halten wir  
1961 für ein wichtiges Instrument, um pflegende Angehöri-  
1962 ge zu entlasten. Daher wollen wir ein Landesprogramm  
1963 zur Förderung von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege-  
1964 plätze in den Einrichtungen schaffen, um flächende-  
1965 ckend und wohnortnah Entlastungsangebote zu schaf-  
1966 fen. Darüber hinaus wollen wir den Ausbau von Pfl-  
1967 gehotels unterstützen, damit Pflegebedürftige und ih-  
1968 re Angehörigen auch gemeinsam verreisen können. Au-  
1969 ßerdem setzen wir uns für die Ausweitung des Modell-  
1970 projekts der AWO Westliches Westfalen ein, die mit ih-  
1971 rer Kurberatung pflegenden Angehörigen Kuren analog  
1972 zum System der Mutter-Kind-Kuren anbietet.

1973

1974 Die Digitalisierung kann und muss auch in der Pflege ge-  
1975 nutzt werden. Die Technik erleichtert (wenn man sie be-  
1976 herrscht) das selbständige Leben in der eigenen Woh-  
1977 nung und die Kontaktaufnahme, wenn man Hilfe benö-  
1978 tigt oder auch „nur“ einen kleinen Plausch mit Freunden  
1979 oder Familie halten möchte. Hier sollten wir alle Mög-  
1980 lichkeiten nutzen – über Anwenderschulungen, Umrüs-  
1981 tungen in den Wohnungen und die Digitalisierung der  
1982 Pflegezentren, Pflegedienste und aller weiteren geplan-  
1983 ten Angebote.

1984

1985 Investitionskosten fallen neben den Eigenanteilen in der  
1986 stationären Pflege an und sind ein großer und vor allem  
1987 steigender Kostenfaktor für Pflegeheimbewohnerinnen  
1988 und -bewohnern. Wir setzen uns für eine öffentliche För-  
1989 derung der Einrichtungen ein, um die Investitionskosten  
1990 zu mindern und Pflegeheimbewohnende so finanziell zu  
1991 entlasten. Gleichzeitig machen wir uns im Bund für eine  
1992 Deckelung der Eigenanteile stark.

1993

#### 1994 **2.4 BEZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE**

1995

1996 Zuhause soll es schön sein. Die Wohnung gibt Sicher-  
1997 heit und Geborgenheit. Für Familien ist die Wohnung  
1998 das Zentrum des Zusammenlebens. Die Wohnung ist  
1999 Schutzraum und Rückzugsort. Die Wohnung ist wich-  
2000 tig. Genau deshalb kämpfen wir darum, dass Menschen  
2001 nicht aus ihren Wohnungen verdrängt werden - weder  
2002 im Arbeitsleben noch im Alter. Wir schaffen durch Neu-  
2003 bau für viele Menschen ein neues, gutes Zuhause, gehen  
2004 gegen steigende Mieten vor und helfen dabei, dass man  
2005 sich die eigene Wohnung mit normalem Gehalt wieder  
2006 leisten kann.

2007

2008 Unser Ziel ist es, dass wir in Nordrhein-Westfalen nicht  
2009 mehr als 30 Prozent unseres verfügbaren Haushalts-  
2010 einkommens für die Miete ausgeben müssen. Das soll  
2011 für alle zehn Millionen Mieterinnen und Mieter in  
2012 Nordrhein-Westfalen gelten. So bleibt der allergrößte  
2013 Teil des eigenen Einkommens für das gute Leben übrig.  
2014 Gleichzeitig unterstreichen wir unser sozialdemokrati-  
2015 sches Aufstiegsversprechen, und werden die Menschen  
2016 beim Streben nach einer Immobilie unterstützen.

2017

2018 Ob Familien mit oder ohne Kinder, Alleinstehende, Se-  
2019 nioren, Menschen mit Einschränkungen, Geringverdie-  
2020 ner, Studierende oder Wohnungslose: Wir wollen für alle  
2021 Menschen in Nordrhein - Westfalen ein bezahlbares, gu-  
2022 tes, barrierefreies Wohnen in einem attraktiven, lebens-  
2023 werten Umfeld schaffen.

2024

#### 2025 **Bezahlbares Wohnen**

2026

2027 Menschen ziehen nach Nordrhein-Westfalen. Das ist

2028 gut, denn es zeigt: Unser Land ist attraktiv! Diese At-  
2029 traktivität wollen wir nicht dadurch verlieren, dass hier  
2030 der Wohnraum immer knapper wird. In Nordrhein-  
2031 Westfalen herrscht Wohnungsnot. Nicht nur in den Me-  
2032 tropolen, auch in immer mehr kleineren Städten und Ge-  
2033 meinden finden Menschen kaum noch Wohnungen, die  
2034 sie sich leisten können. Die Mieten steigen drastisch und  
2035 fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.

2036

2037 Wir brauchen pro Jahr 100.000 neue Wohnungen in  
2038 Nordrhein-Westfalen.

2039

2040 Wir wollen passgenaue Lösungen erarbeiten – für die  
2041 verdichteten Großstädte mit explodierenden Mieten  
2042 und Wohnungsmangel ebenso wie für die dünner be-  
2043 siedelten Regionen des Landes, in denen es manchmal  
2044 sogar Leerstände gibt, und dabei gleichzeitig den Her-  
2045 ausforderungen des Klimaschutzes gerecht werden.

2046

2047 Die Instrumente sind unterschiedlich, das Ziel ist aller-  
2048 dings gleich: Wir wollen ausreichend und guten, bezahl-  
2049 baren Wohnraum schaffen, überall im Land.

2050

2051 Um den Bestand an Sozialwohnungen zu halten, benö-  
2052 tigen wir 25.000 neue Wohnungen mit sozialer Miet-  
2053 preisbindung jährlich. Die zeitliche Befristung bei öf-  
2054 fentlich geförderten Wohnungen lässt regelmäßig Woh-  
2055 nungen aus der Mietpreisbindung fallen. Um den Weg-  
2056 fall von mietpreisgebundenen Einheiten auszugleichen,  
2057 müssen jedes Jahr neue öffentlich geförderten Wohnun-  
2058 gen fertiggestellt werden. Um diesen Zyklus zu durch-  
2059 brechen, werden wir eine zusätzliche Fördersäule für  
2060 den gemeinwohlorientierten Wohnungsbau schaffen.  
2061 Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, mit  
2062 der Maßgabe die Sozialbindung zu erhalten.

2063

2064 Kommunale Wohnungsunternehmen und Wohnungs-  
2065 genossenschaften entfalten eine bremsende Wirkung  
2066 auf das örtliche Mietniveau. Gemeinwohlorientierte  
2067 Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossen-  
2068 schaften sind darüber hinaus besonders aktiv im  
2069 Bau von mietpreisgebundenen Wohnungen, wenn  
2070 die notwendigen Rahmenbedingungen das zulassen.  
2071 Wir werden die Gründung neuer kommunaler Woh-  
2072 nungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften  
2073 unterstützen und fördern. Bestehende Unternehmen  
2074 und Genossenschaften werden wir bei der Realisierung  
2075 neuer Vorhaben unterstützen. Dabei werden wir darauf  
2076 achten, dass Unternehmen mit öffentlicher Beteili-  
2077 gung – inklusive Tochterunternehmen – Tarifverträge  
2078 anwenden.

2079

2080 Nicht jede Kommune verfügt über ein eigenes Woh-  
2081 nungsunternehmen. Deshalb gründen wir eine Landes-  
2082 wohnungsbaugesellschaft. Diese soll im Auftrag der

2083 Städte und Gemeinden arbeiten, die keine Wohnungs-  
2084 unternehmen haben oder deren Wohnungsunterneh-  
2085 men nicht schnell genug neue, bezahlbare Wohnungen  
2086 schaffen kann.

2087

2088 Wer Wohnungen bauen will, braucht Grundstücke. Des-  
2089 halb wollen wir in Nordrhein - Westfalen die Chan-  
2090 ce nutzen, dass der Bund seine Grundstücke in unse-  
2091 rem Land für preisgebundenen Wohnungsbau zur Ver-  
2092 fügung stellt. So kann Wohnraum für Studierende, Aus-  
2093 zubildende, Singles, und Familien entstehen.

2094

2095 Um die Anzahl der notwendigen neuen Wohnungen  
2096 zu erreichen, braucht es schnellere Genehmigungsver-  
2097 fahren. Voraussetzung für schnelles Bauen sind gut  
2098 ausgestatte, digitalfähige Bauämter in den Kommu-  
2099 nen. Wir werden die Kommunen finanziell stärken, da-  
2100 mit sie in ihren Bau- und Planungsämtern in der Lage  
2101 sind, die Aufgaben personell zu bewältigen. Wir wer-  
2102 den Planungs- und Genehmigungsverfahren digitalisie-  
2103 ren und beschleunigen.

2104

2105 Wo es Leerstände gibt – auch gewerblicher Art – , müs-  
2106 sen sie nutzbar gemacht werden. Angefangen von der  
2107 Förderung des Wohnungserwerbs (Jung kauft Alt, Miet-  
2108 kauf, Gründung und Förderung von Genossenschaften)  
2109 bis zum Abriss zur Aufwertung eines Quartiers reicht  
2110 die Palette. Dort, wo sogenannte Schrottimmobilien  
2111 die städtebauliche Entwicklung verhindern, werden wir  
2112 die Kommunen unterstützen, dagegen vorzugehen und  
2113 Quartiere attraktiver zu machen.

2114

2115 Wo Renovierungsbedarf besteht, muss Modernisierung  
2116 auf den Weg gebracht werden. Dies gilt vor allem für  
2117 die Klimaziele im Gebäudesektor. Das ist möglich. Kon-  
2118 kret gelingt es beispielsweise in der ‚Innovation City‘ in  
2119 Bottrop. Deshalb ist es richtig, diesen lokalen Erfolg zum  
2120 Modell für ganz Nordrhein-Westfalen zu machen.

2121

2122 Das Wohnungsproblem ist lösbar. Deshalb packen wir es  
2123 an.

2124

2125 **Mieterschutzland Nordrhein-Westfalen**

2126

2127 Unter einer von uns geführten Landesregierung wird  
2128 Nordrhein-Westfalen zum Mieterschutzland.

2129

2130 Wir werden landesseitig die Spielräume, die uns das  
2131 Bundesrecht gibt, nutzen: Dazu gehört beispielswei-  
2132 se, die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen bei  
2133 der Ausweisung von angespannten Wohnungsmärkten  
2134 auszuweiten, damit die Mietpreisbremse und andere In-  
2135 strumente zur Bekämpfung der Mietpreisspirale nicht  
2136 ausgebremst, sondern genutzt werden können.

2137

2138 Die Zahl der Kommunen, in denen mieterschützen-  
2139 de Vorschriften gelten, werden wir erhöhen. Um ei-  
2140 nen Mietpreisanstieg bei bestehenden Mietverhältnis-  
2141 sen zu begrenzen, wollen wir eine Kappungsgrenzenver-  
2142 ordnung einführen. Um bezahlbare Mieten zu gewähr-  
2143 leisten, wollen wir zudem wieder eine Umwandlungs-  
2144 verordnung einführen. Damit schaffen wir die Möglich-  
2145 keit, die Luxusmodernisierung und Umwandlung von  
2146 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu untersa-  
2147 gen, wenn dadurch die Wohnungsversorgung der Bevöl-  
2148 kerung bedroht wird. Auch eine Mietpreisbremse, mit  
2149 der ein Mietpreisanstieg bei Mieterwechsel begrenzt  
2150 wird, ist ein wichtiges Instrument des Mieterschutzes.

2151

2152 Wir wollen mehr Mieterschutz und genau deshalb wer-  
2153 den wir aktiv den Mietmarkt in allen Kommunen in  
2154 Nordrhein - Westfalen beobachten und dort eingrei-  
2155 fen, wo es nötig ist. Dafür schaffen wir eine neue Mie-  
2156 terschutzverordnung. Wir werden die Anwendung der  
2157 Mietpreisbremse erleichtern und die Möglichkeiten des  
2158 novellierten Bundesbaurechtes nutzen.

2159

2160 Die Möglichkeit Wohnungen kurzzeitig für zum Beispiel  
2161 touristische Zwecke zu vermieten, werden wir zeitlich  
2162 begrenzen. Dazu werden wir das Wohnraumstärkungs-  
2163 gesetz überarbeiten. Die Kommunen werden wir bei  
2164 der Umsetzung dieses Gesetzes eng einbinden. Darüber  
2165 hinaus statten wir die Behörden so aus, dass die Umset-  
2166 zung des Gesetzes kontrolliert werden kann.

2167

2168 Wir wollen die öffentlich-rechtliche Wohnungsaufsicht  
2169 auch beim Schutz von Mieterrechten wieder stärken.  
2170 Kommunen müssen rechtlich und materiell in die Lage  
2171 versetzt werden, bei groben Verstößen gegen Bauord-  
2172 nungsvorschriften und Mieterrechte auch hoheitlich tä-  
2173 tig zu werden.

2174

2175 **Die eigenen vier Wände**

2176

2177 Wir wollen mehr Menschen den Traum von den eige-  
2178 nen vier Wänden ermöglichen. Eigentum ist nicht nur  
2179 das Zuhause. Es ist auch Altersvorsorge. Die Aussicht auf  
2180 ein eigenes Heim ist für uns Teil des sozialdemokrati-  
2181 schen Aufstiegsversprechens. Aus diesem Grund wollen  
2182 wir die Förderung von Wohneigentum erweitern, damit  
2183 sich ein deutlich größerer Bevölkerungskreis den Traum  
2184 der ‚eigenen vier Wände‘ erfüllen kann. Die Fördervor-  
2185 aussetzungen wollen wir sowohl inhaltlich so anpas-  
2186 sen, dass mehr Menschen von der Förderung profitieren,  
2187 als auch die Förderverfahren verschlanken und verein-  
2188 fachen. Der Kauf von Genossenschaftsanteilen kann da-  
2189 bei ein Beitrag sein, wie Eigentumsbildung auch in den  
2190 besonders angespannten Wohnungsmärkten gelingen  
2191 kann. Hierzu kann auch die NRW-Bank zusätzliche Hil-  
2192 fen leisten.

2193

2194 Beim Erwerb einer ersten selbst genutzten Immobilie  
2195 insbesondere durch Familien mit Kindern werden wir  
2196 die Grunderwerbsteuer durch ein gezieltes Landespro-  
2197 gramm kompensieren.

2198

2199 Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer wollen  
2200 wir vor den ungerechten und bürokratischen Straßen-  
2201 ausbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz  
2202 bewahren. Die Beiträge in oft fünfstelliger Höhe belas-  
2203 ten besonders junge Familien sowie Rentnerinnen und  
2204 Rentner. Vor allem letztere geraten dadurch in existenz-  
2205 gefährdende Situationen, da ihnen kaum Kredite ge-  
2206 währt werden. Wir werden daher die Straßenausbau-  
2207 beiträge für Anliegerinnen und Anlieger abschaffen und  
2208 den Einnahmeausfall der Kommunen kompensieren.

2209

#### 2210 **Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik**

2211

2212 Auch in Nordrhein-Westfalen spekulieren Investoren  
2213 mit Grundstücken und treiben damit die Preise nach  
2214 oben. Dem schauen wir nicht tatenlos zu, sondern ver-  
2215 setzen die Städte und Gemeinden in die Lage, entspre-  
2216 chende Maßnahmen zu beschließen.

2217

2218 Dafür werden wir die Möglichkeiten im Baulandmobi-  
2219 lisierungsgesetz für Nordrhein – Westfalen nutzen und  
2220 so alle Potenziale ausschöpfen, um Mietwohnraum zu  
2221 erhalten und mehr Wohnbauflächen zu schaffen.

2222

2223 Mit einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik wollen  
2224 wir Baukosten senken. Dafür richtet das Land einen Bo-  
2225 denfonds ein. In diesen fließen Grundstücke ein, die  
2226 das Land in Treuhand der Kommunen erwirbt und zu  
2227 Bauland entwickelt. Baureife Grundstücke werden zu  
2228 Wohnzwecken vergeben. Das erfolgt im Zuge der neuen  
2229 Gemeinnützigkeit ausschließlich in Erbpacht, zu einem  
2230 günstigen Pachtzins. Die Pachtzinserlöse fließen als Til-  
2231 gungen dem Bodenfonds wieder zu. Auf diese Weise  
2232 können Grundstücke langfristig für bezahlbaren Woh-  
2233 nungsbau gesichert werden und es wird eine kosten-  
2234 dämpfende Wirkung für den gemeinwohlorientierten  
2235 Wohnungsbau erreicht.

2236

2237 Wir werden den Kommunen schnellstens die Möglich-  
2238 keit geben, eine Grundsteuer C für unbebaute Grund-  
2239 stücke einzuführen, um so gegen Spekulation vorzuge-  
2240 hen. Die erzeugte Mobilisierung von Bauland hat beru-  
2241 hende Wirkung auf den ganzen Markt.

2242

2243 Wir werden die Grunderwerbsteuer für die Errichtung  
2244 mietpreisgebundenen Wohnraums durch ein gezieltes  
2245 Landesprogramm erstatten, um weitere Anreize zur  
2246 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu setzen.

2247

2248 Landeseigene Grundstücke werden wir vorrangig für  
2249 mietpreisgebundenen Wohnungsbau zur Verfügung  
2250 stellen.

2251

2252 Wir werden insbesondere finanzschwache Kommunen  
2253 dabei unterstützen, die Entwicklung von Baugebieten  
2254 nicht nur privaten Investoren zu überlassen. Wir wer-  
2255 den sie dabei unterstützen, selbst zu Akteuren zu wer-  
2256 den. Dies kann über kommunale Vorkaufsrechte, Ent-  
2257 wicklung von Bauland nur bei (zumindest anteiligem)  
2258 Verkauf an die Kommune sowie bei der Entwicklung  
2259 von Konzeptvergaben geschehen. Damit kommunale  
2260 Grundstücke vor dem Hintergrund der Finanznot einer  
2261 Kommune nicht allein an den Meistbietenden verkauft  
2262 werden, werden wir Kommunen bei der Nutzbarma-  
2263 chung für Lösungen für mietpreisgebundenen Wohn-  
2264 raum unterstützen.

2265

2266 Die Kommunen werden wir bei der Erstellung kom-  
2267 munaler Wohnungs- und Wohnflächenbedarfsanalysen  
2268 unterstützen und ermutigen die Kommunen zur Nut-  
2269 zung der Instrumente des Baulandmobilisierungsgeset-  
2270 zes (Baugebote, Erleichterung des Ausbaus von Dachge-  
2271 schossen, Grundsteuer C).

2272

2273 Damit wir beim Wohnungsbau nicht immer mehr Flä-  
2274 chen im Land versiegeln, reaktivieren und stärken wir  
2275 Instrumente zur Schaffung von Wohnbauflächen, ohne  
2276 bisher ungenutzte Freiflächen zu bebauen. In sehr vie-  
2277 len Kommunen bestehen noch Potentiale zur Verdich-  
2278 tung des vorhandenen Wohnungsbestandes oder des  
2279 Ausbaus von Dachgeschossen. Überdies haben wir ge-  
2280 rade in den altindustriell geprägten Regionen Brachflä-  
2281 chen, die vor der Inanspruchnahme von Freiraum reak-  
2282 tiviert werden müssen. Bodenfonds können den Kom-  
2283 munen des Weiteren helfen, ihre Wohnflächenbedarfe  
2284 zu finanzieren. Erhebliche Potentiale ergeben sich auch  
2285 durch Verbesserungen der Stadt-Umland-Beziehungen.  
2286 Sowohl die Digitalisierung als auch ein massiver Aus-  
2287 bau von Bus und Bahn kann einen maßgeblichen Beitrag  
2288 zur Stärkung der Kommunen, der Bekämpfung des Woh-  
2289 nungsmangels zur Stärkung der Eigentumsbildung leis-  
2290 ten, weil Immobilien auf dem Land immer noch deutlich  
2291 erschwinglicher als in den Zentren sind.

2292

### 2293 **Umbau statt Neubau**

2294

2295 Wir werden zusätzlich ein großangelegtes Programm  
2296 zum „Umbau statt Neubau“ starten, um vorhandene  
2297 Bausubstanz zu verbessern, Fehlnutzungen entgegen-  
2298 zuwirken, Kosten zu sparen und das Klima zu schützen.  
2299 Der größte Klimaschaden eines Hauses entsteht beim  
2300 Bau. Deshalb ist es sinnvoll bestehende Bausubstanz  
2301 möglichst zu erhalten, statt alles neuzubauen.

2302

2303 Häufig ist ein Umbau bestehender Immobilien  
2304 ressourcen- und umweltschonender als der Neu-  
2305 bau. Den Baubestand in Nachbarschaften, Orten und  
2306 Dörfern wollen wir erhalten und modernisieren. Wir  
2307 wollen das Aussterben der Ortskerne bei gleichzeitigem  
2308 Wachstum am Ortsrand (Donut-Effekt) und damit  
2309 fortschreitende Zersiedelung und Flächenversiegelung  
2310 verhindern. Daher werden wir dazu ermutigen den  
2311 aktuellen Bestand zu ertüchtigen und klima- und um-  
2312 weltschonend zu sanieren. Damit die Kosten nicht allein  
2313 getragen werden müssen, werden wir die energetische  
2314 Sanierung sowie den Umbau auf modernen Standard  
2315 und für altersgerechtes Wohnen stärker als bisher  
2316 fördern.

2317

2318 Dafür werden Projekte wie „Jung kauft Alt“ fortführen,  
2319 anpassen und ausweiten. Gleichzeitig werden wir stär-  
2320 ker als bisher die Stadt-Umland-Beziehungen für eine  
2321 zukunftsorientierte Wohnungspolitik nutzen. Deshalb  
2322 sorgen wir für bessere Verkehrsverbindungen zwischen  
2323 Stadt und Umland. Die Arbeitswelt wird smarter und  
2324 auch mobiler. Die zunehmende Möglichkeit von Home-  
2325 office kann hier unterstützend wirken. Dafür braucht es  
2326 die entsprechenden Voraussetzungen. Gerade in ländli-  
2327 chen Gebieten ist es für einen Arbeitsplatz zu Hause un-  
2328 abdingbar, dass es ein vernünftiges Mobilfunknetz und  
2329 eine gute Internetverbindung gibt.

2330

2331 Einen besonderen Fokus legen wir auf die Barrierefrei-  
2332 heit für alle Generationen: Wir wollen, dass die Men-  
2333 schen in Nordrhein-Westfalen auch im Alter dort wei-  
2334 terleben können, wo sie verwurzelt sind. Wir werden da-  
2335 her bei Umbaumaßnahmen Barrierefreiheit stärker un-  
2336 terstützen.

2337

#### 2338 **Lebenswerte Städte, Gemeinden und Dörfer**

2339

2340 Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Wir  
2341 legen Wert darauf, dass sich die Menschen in ihrem  
2342 Wohnumfeld wohlfühlen können. Dazu gehört eine gu-  
2343 te Nah- und Gesundheitsvorsorge, eine breite Bildungs-  
2344 infrastruktur, ein gesundes und nachhaltiges Mikrokli-  
2345 ma in der Wohnumgebung sowie eine gute öffentliche  
2346 Nah- und Fahrradverkehrsanbindung.

2347

2348 Die Städte und Gemeinden werden wir bei der Ent-  
2349 wicklung von integrierten Siedlungskonzepten unter-  
2350 stützen, die alle Aspekte von Wohnen mit kurzen Wegen  
2351 vereinen.

2352

2353 Die Städtebauförderung und unsere Wohnungspolitik  
2354 werden wir darauf ausrichten, dass die Aspekte von  
2355 nachhaltigem und gesundem Leben in den Nachbar-  
2356 schaften mit Blick auf das gesamte Wohn- und Lebens-  
2357 umfeld Berücksichtigung finden.

2358

2359 Wir werden die Städte und Gemeinden bei notwendi-  
2360 gen städtebaulichen und ökologischen Umbaumaßneh-  
2361 men unterstützen. Zum Beispiel mit einem Investitions-  
2362 und Förderprogramm „Mit Wasser und Natur das Quar-  
2363 tier lebenswert machen“, um den Auswirkungen des Kli-  
2364 mawandels mit neuen und Lebensqualität fördernden  
2365 Konzepten zu begegnen. Grün- und Wasserflächen sor-  
2366 gen dafür, dass Wasser Raum und Rückhalt findet, zum  
2367 Beispiel Stadtgrün oder Dachbegrünung. Solche Flächen  
2368 können Regenwasser gezielt aufnehmen, (zwischen-  
2369 )speichern und wirken zugleich wie große natürliche Kli-  
2370 maanlagen.

2371

2372 Die Bedürfnisse von Kindern- und Jugendlichen sollen  
2373 in besonderer Weise berücksichtigt werden. Dafür le-  
2374 gen wir ein Landesprogramm „1.000 Spielplätze in Nord-  
2375 rhein - Westfalen“ auf. Kinder und Jugendliche wollen  
2376 wir bei der Entwicklung neuer Spiel- und Freizeitflächen  
2377 aktiv beteiligen.

2378

2379 Eine gute Nah- und Gesundheitsversorgung sowie be-  
2380 lebte Innenstädte sind für uns der Anspruch. Wir wer-  
2381 den daher einen „Masterplan Innenstadt“ auf den Weg  
2382 bringen. Auf diesem Weg bringen wir einen attraktiven  
2383 Mix aus Handel, Arbeit, Wohnen, Kultur, Handwerk und  
2384 Gastronomie in unsere Innenstädte und machen unsere  
2385 Kommunen zur aktiven Kraft der Innenstadtpolitik. Un-  
2386 ser Ziel: Ein belebter Dorfplatz, eine belebte Innenstadt.  
2387

2388 Corona hat die Krise unserer Innerstädte und Stadtteil-  
2389 zentren offen zu Tage treten lassen. Die Innenstädte sind  
2390 häufig unsere Visitenkarte, Orte der Begegnung, der  
2391 Kultur, der Gastronomie, Hotels, nicht nur des Einkaufs.  
2392 Zur Strategie der Reaktivierung unserer Innenstäd-  
2393 te wollen wir auch bessere Möglichkeiten schaffen, das  
2394 Wohnen in den Städten wieder zu ermöglichen. Dazu  
2395 werden wir die Städtebauförderung des Landes ebenso  
2396 wie das Baurecht im Rahmen unserer Möglichkeiten an-  
2397 passen. Bestehende Förderprogramme des Bundes und  
2398 der Länder zeigen, dass es vielfältige Ansätze zur Ver-  
2399 bindung von online- und stationärem Handel gibt und  
2400 Wohnen in den Innenstädten möglich ist, wenn die so-  
2401 ziale und verkehrliche Infrastruktur verbessert wird. Das  
2402 Modellprojekt „Smart Cities“ zeigt zahlreiche Beispiele  
2403 einer digitalen Stadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern  
2404 zeigt, dass die Digitalisierung vieler Lebensbereiche in  
2405 den Kommunen die Lebensqualität verbessert.

2406

2407 **3. EIN MODERNER STAAT DER BÜRGERINNEN UND BÜR-**  
2408 **GER: DIGITAL, HANDLUNGSFÄHIG, VERLÄSSLICH**

2409

2410 Der Staat dient uns Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb  
2411 soll er gut funktionieren. Die Corona-Pandemie und Flut-  
2412 katastrophe haben den Modernisierungsbedarf unse-

2413 res Landes schonungslos offengelegt. Ob Infrastrukturu-  
2414 ren oder Behörden und Verwaltungen: staatliches Han-  
2415 deln muss schneller und effektiver werden. Es geht dar-  
2416 um, das Leben der Menschen einfacher zu machen.

2417

2418 Modernisierung fängt bei richtig verstandener Digitali-  
2419 sierung an. Die Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Gu-  
2420 te analoge Verfahren werden zu guten digitalen Prozes-  
2421 sen. Genau deshalb beteiligen wir alle entscheidenden  
2422 Akteure in der Verwaltung und der Zivilgesellschaft am  
2423 Digitalisierungsvorhaben. Es sollen gute digitale Prozes-  
2424 se entstehen, die Verwaltung leichter statt schwer ma-  
2425 chen.

2426

2427 Ein moderner Staat – digital, handlungsfähig und ver-  
2428 lässlich – ist die Voraussetzung für gute Politik und funk-  
2429 tionierende Demokratie. Als Dienstleister soll der Staat  
2430 den Bürgerinnen und Bürgern partnerschaftlich und auf  
2431 Augenhöhe begegnen. Gleichzeitig sollen sich alle dar-  
2432 auf verlassen können, dass es in Nordrhein-Westfalen  
2433 läuft und vorangeht. Das ist unser Anspruch und unser  
2434 Versprechen.

2435

2436 Die Voraussetzung eines modernen und handlungsfähi-  
2437 gen Staates sind Investitionen in die Zukunft, eine nach-  
2438 haltige Finanzierung sowie ein leistungsfähiger und at-  
2439 traktiver Öffentlicher Dienst.

2440

2441 **3.1 WIR MODERNISIEREN DIE VERWALTUNG UND MA-**  
2442 **CHEN NORDRHEIN-WESTFALEN DIGITALER**

2443

2444 Die Verwaltung muss agiler und digitaler werden. Wir  
2445 werden die Digitalisierung der Landesverwaltung voran-  
2446 treiben und eng mit der Umsetzung des Onlinezugangs-  
2447 gesetzes vernetzen. Gemeinsam mit dem Bund und den  
2448 Kommunen sorgen wir für eine bürgernahe und effi-  
2449 ziente öffentliche Verwaltung, die das Leben der Men-  
2450 schen erleichtert und den konkreten Nutzen der Digita-  
2451 lisierung verdeutlicht. Weg vom Silo-Denken hin zu ei-  
2452 ner handlungsfähigen öffentlichen Verwaltung auf al-  
2453 len staatlichen Ebenen. Dies steigert die Akzeptanz und  
2454 reduziert mögliche Vorbehalte gegen digitale Prozesse.

2455

2456 **Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen machen wir ge-**  
2457 **meinsam**

2458

2459 Wir wollen die digitale Verwaltung in Nordrhein-  
2460 Westfalen für alle Menschen gleichermaßen mit  
2461 niedrigen Hürden nutzbar machen. Hier gilt es, die  
2462 IT-Infrastruktur in allen Kommunen und auch in der  
2463 Landesverwaltung auf einen aktuellen leistungsfä-  
2464 higen Stand zu bringen und die Mitarbeitenden in  
2465 den Verwaltungen auf diesem Weg von Anfang an  
2466 mitzunehmen.

2467

2468 Unser Versprechen ist klar: Für uns ist Digitalisierung  
2469 kein Stückwerk, sondern folgt einem echten Masterplan.  
2470 Genau diesen erstellen wir am Anfang der kommenden  
2471 Wahlperiode und sorgen dafür, dass bis 2030 unser Land  
2472 digitales Vorbild in Deutschland wird.

2473

2474 Für uns ist klar, wir brauchen im Rahmen des Master-  
2475 plans „Digitales NRW 2030“ eine klare Strategie zur  
2476 öffentlichen Datenhoheit, wir wollen einen Digitalrat  
2477 gemeinsam mit zentralen Akteuren der Digitalisierung  
2478 einführen und gemeinsam mit der IT- und Digitalwirt-  
2479 schaft offene Standards und Schnittstellen definieren.  
2480 So sorgen wir dafür, dass die öffentliche Verwaltung in  
2481 ganz Nordrhein - Westfalen mit Bürgerinnen und Bür-  
2482 gern und Unternehmen unkompliziert zusammenarbei-  
2483 ten kann.

2484

2485 Die Digitalisierung ist schneller und innovativer als heu-  
2486 tige Verwaltungsprozesse. Deshalb schaffen wir Experi-  
2487 mentierräume und Reallabore, um damit digitale Tech-  
2488 niken gemeinsam frühzeitig und schnell mit Nutzerin-  
2489 nen und Nutzern zu testen.

2490

2491 Und weil Digitalisierung Kompetenz braucht und nicht  
2492 mal eben nebenbei gemacht werden kann, schaffen wir  
2493 attraktive Arbeitsplatzmodelle für IT-Berufe innerhalb  
2494 der Landes- und Kommunalverwaltungen.

2495

2496 Zudem wollen wir bereits in der Ausbildung in der öf-  
2497 fentlichen Verwaltung ein stärkeres Gewicht auf digita-  
2498 le Fähigkeiten legen sowie zur Personalgewinnung neue  
2499 Tarifmodelle einführen, Fachkarrieren ermöglichen und  
2500 den Quereinstieg aus der Praxis mit verbesserten Quali-  
2501 fizierungsangeboten erleichtern.

2502

2503 Gemeinsam mit dem Bund wollen wir für schnelle  
2504 Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren  
2505 sorgen, um private wie staatliche Investitionen schnell,  
2506 effizient und zielsicher umsetzen zu können. Unser Ziel  
2507 ist es, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren. Da-  
2508 durch treiben wir auch den flächendeckenden Gigabit-  
2509 und 5G-Ausbau konsequent voran. Deshalb werden wir  
2510 gemeinsame Standards im Rahmen der Digitalisierung  
2511 von Kommunen und Behörden schaffen, um Reibungs-  
2512 verluste künftig zu vermeiden. Dazu gehört auch, Behör-  
2513 den und Verwaltungen – vor allem auch auf kommuna-  
2514 ler Ebene – personell besser auszustatten.

2515

2516 Wir wollen gesellschaftliche, soziale und wirtschaftli-  
2517 che Innovationen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft  
2518 bestmöglich fördern und so für eine transparente und  
2519 partizipative Digitalpolitik sorgen, die über alle Politik-  
2520 felder hinweg strategisch umgesetzt wird.

2521

2522

**2523 3.2 WIR MACHEN DEN ÖFFENTLICHEN DIENST ATTRAK-****2524 TIVER**

2525

2526 Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst – gute Schulen,  
2527 eine präzise Polizei und Justiz, handlungsfähige Ge-  
2528 nehmigungsbehörden, eine starke Finanzverwaltung –  
2529 sind von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des  
2530 Landes. Ohne einen handlungsfähigen Staat, ohne gu-  
2531 te Dienstleistungen für die Menschen durch einen leis-  
2532 tungsfähigen öffentlichen Dienst verlieren die Bürgerin-  
2533 nen und Bürger Vertrauen in unser Land.

2534

2535 Angesichts von zurzeit fast  
2536 [aktuelle Zahlen vor Parteitagsbeschluss einfügen]

2537 unbesetzten Stellen beim Land NRW ist die Hand-  
2538 lungsfähigkeit des Staates akut gefährdet. Deshalb  
2539 ist Sicherung der Handlungsfähigkeit des öffentlichen  
2540 Dienstes in NRW, durch die Besetzung offener Stellen,  
2541 eine zentrale Aufgabe einer neuen Landesregierung.  
2542 Die dazu notwendige Attraktivierung des öffentlichen  
2543 Dienstes geht nur mit und nicht gegen die Beschäftig-  
2544 ten. Die alte Landesregierung hat es nicht geschafft,  
2545 diese Attraktivierung voranzubringen. Auch weil sie  
2546 darüber mit den Gewerkschaften keinen Dialog auf  
2547 Augenhöhe geführt hat. Uns ist bewusst, dass eine  
2548 Attraktivierung der Öffentlichen Dienstes nicht zum  
2549 Nulltarif zu erreichen ist

2550

2551 Um den Öffentlichen Dienst für die jungen Menschen in  
2552 NRW, aber auch für die jetzt Beschäftigten, attraktiver  
2553 zu machen, werden wir im Dialog mit den Beschäftigten  
2554 und ihren Gewerkschaften ein Maßnahmenpaket erar-  
2555 beiten und umsetzen.

2556

2557 Das heißt ganz konkret:

2558

2559 Wir werden die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beam-  
2560 ten schrittweise zurückfahren und an die Arbeitszeit der  
2561 Tarifbeschäftigten angleichen. In einem ersten Schritt  
2562 werden wir zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Fa-  
2563 milie und Beruf die Arbeitszeit von Beamtinnen und Be-  
2564 amten mit kleinen Kindern, mit pflegebedürftigen Fami-  
2565 lienmitgliedern und im Schichtdienst verringern.

2566

2567 Wir werden die Langzeitarbeitszeiten besser ausgestal-  
2568 ten und zu einer Verkürzung der Arbeitszeit nutzen.

2569

2570 Wir werden für eine gerechte und gleiche Besoldung für  
2571 Lehrkräfte sorgen.

2572

2573 Wir werden verbindliche Regeln für das Home Office  
2574 schaffen.

2575

2576 Wir werden die Kostendämpfungspauschale abschaf-  
2577 fen.

2578

2579 Wir werden dem Beispiel anderer Bundesländer folgen  
2580 und Landesbeamtinnen und Landesbeamten die Wahl  
2581 der Krankenkasse (GKV) ermöglichen, indem das Land  
2582 einen Zuschuss für die Beamtinnen und Beamten zahlt,  
2583 die sich gesetzlich versichern wollen. So schaffen wir  
2584 echte Wahlfreiheit.

2585

2586 Wir werden Schritte zur verbesserten Eingangsbesol-  
2587 dung unternehmen.

2588

2589 Wir werden die sachgrundlosen Befristungen in der Lan-  
2590 desverwaltung abschaffen.

2591

2592 Wir werden die Bewertungskriterien für Beförderungen  
2593 auf strukturelle Benachteiligung von Frauen überprü-  
2594 fen, um die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen für  
2595 Führungspositionen zu ermöglichen.

2596

### 2597 **3.3 DEMOKRATIE VON GRUND AUF STÄRKEN**

2598

2599 Demokratie muss man jeden Tag verteidigen. Sie ist  
2600 keine Selbstverständlichkeit – auch wenn sie sich zum  
2601 Glück in unserem Alltag oft so anfühlt. Wir wollen ein  
2602 Land, dass sich um seine Demokratinnen und Demo-  
2603 kraten bemüht, das Demokratie vermittelt und dazu er-  
2604 zieht. Wir stehen für das demokratische Nordrhein -  
2605 Westfalen.

2606

#### 2607 **Wir stärken die Politische Bildung**

2608

2609 Zentrales Instrument zur Stärkung der Demokratie ist  
2610 die politische Bildung. Sie muss in der Kita beginnen, in  
2611 allen Schulformen fortgesetzt und fester Bestandteil der  
2612 Weiterbildung sein. Der hohe Anteil fachfremd erteil-  
2613 ten Politikunterrichts muss reduziert werden. Wir wer-  
2614 den daher auch das Fach Sozialwissenschaften in be-  
2615 währter Form wieder einführen. Auch im außerschuli-  
2616 schen Bereich muss die politische Bildung für alle ge-  
2617 stärkt werden. Dazu wollen wir die Landeszentrale für  
2618 politische Bildung als eigenständige Einrichtung besser  
2619 ausstatten. Die Förderrichtlinien wollen wir anpassen,  
2620 damit bereits Projekte mit Teilnehmenden ab 14 Jah-  
2621 ren unterstützt werden können. Den jährlichen Demo-  
2622 kratiebericht für Nordrhein-Westfalen werden wir fort-  
2623 schreiben.

2624

2625 Politische Bildung findet in Nordrhein-Westfalen auf  
2626 vielfältige Weise statt. Demokratischen Bildungsorte  
2627 wollen wir noch stärker in ihrer Arbeit unterstützen  
2628 und miteinander vernetzten. Die wichtige Arbeit der Ge-  
2629 denkstätten in Nordrhein-Westfalen werden wir weiter  
2630 fördern und den Ausbau der Gedenkstätte des Kriegsge-  
2631 fangenenlagers ‚Stalag 326‘ unterstützen. Wir werden  
2632 die Grundlage schaffen, dass junge Menschen bis zum

2633 Eintritt in ihr Berufsleben zumindest einmal eine Ge-  
2634 denkstätte oder einen Erinnerungsort besucht haben.  
2635 In dem Zusammenhang wollen wir auch die internatio-  
2636 nale Jugendarbeit, besonders die Austausch mit Israel,  
2637 sowie die Präventionsarbeit mit jungen Menschen, ziel-  
2638 gruppenspezifisch, stärken.

2639

2640 **Wir gehen konsequent gegen Rechtsextremismus vor**

2641

2642 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie zum Bei-  
2643 spiel Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus sowie  
2644 rechte Gewalt sind eine zunehmende Bedrohung für  
2645 das gute Zusammenleben der Menschen in Nordrhein-  
2646 Westfalen. Rechtsradikale versuchen immer stärker,  
2647 Hass als demokratisch legitimierte politische Position zu  
2648 tarnen.

2649

2650 Wir stellen uns jeder Form von Rechtsradikalismus ent-  
2651 gegen! Jegliche Zusammenarbeit mit rechtsradikalen  
2652 Kräften schließen wir aus und werden die auch stets  
2653 klar benennen, wenn andere Parteien mit diesen zusam-  
2654 menarbeiten. Eine Verharmlosung des Rechtsextremis-  
2655 mus durch Verweise und Vergleiche mit anderen Extre-  
2656 mismusformen lehnen wir ab. Antifaschistische Arbeit  
2657 in Politik und Zivilgesellschaft hat für uns einen hohen  
2658 Stellenwert. Wir stehen Schulter an Schulter mit all je-  
2659 nen, die sich für unsere Demokratie engagieren. Hier-  
2660 zu unterstützen wir die SPD auf Bundesebene bei der  
2661 Loslösung dieses Engagements aus der Projektlogik, hin  
2662 zu einer langfristigen Unterstützung mithilfe eines De-  
2663 mokratiefördergesetzes. Die zukünftige Förderung muss  
2664 zudem auf Tarifsteigerungen reagieren.

2665

2666 Die Forschung zum Thema Rechtsextremismus und  
2667 zur Prävention gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-  
2668 Westfalen werden wir durch Unterstützung bei ihrer  
2669 Vernetzung und durch ihren Ausbau stärken.

2670

2671 Auch die Arbeit im Bereich der Beratung und Aufklärung,  
2672 der Engagierten gegen den Hass im Netz, der Opferbe-  
2673 ratungen und den staatlichen wie insbesondere nicht  
2674 staatlichen Hilfen für Ausstiegswillige werden wir wei-  
2675 ter unterstützen und dort, wo es nötig ist, ausbauen.  
2676 Bereits die letzte SPD geführte Landesregierung brachte  
2677 das „integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextre-  
2678 mismus“ auf den Weg. An diesem wollen wir anknüp-  
2679 fen, die Evaluierung auswerten und das Konzept ge-  
2680 benenfalls erweitern. Das kommunale Förderprogramm  
2681 „NRWeltoffen“ wollen wir im Rahmen eines Landesde-  
2682 mokratiefördergesetzes von einem Förderprogramm zu  
2683 einer dauerhaft finanzierbaren Aufgabe machen und  
2684 gleichzeitig ausweiten.

2685

2686 Die im SPD „Masterplan gegen Rechtsextremismus“  
2687 benannten Punkte werden wir umgehend umsetzen

2688 und, soweit Gesetzesänderungen erforderlich sind, die-  
2689 se auf den Weg bringen. Hierzu gehören unter ande-  
2690 rem, dass Polizei-, Sicherheits- und Justizbehörden für  
2691 rechtsextreme Einstellungen und Taten stärker sensibili-  
2692 siert werden müssen, dass ein Lagebild Antisemitismus,  
2693 Rassismus und Diskriminierung erstellt werden muss,  
2694 das jährlich dezidiert Auskunft darüber gibt, wie Men-  
2695 schen aufgrund ihrer Herkunft, Abstammung und Reli-  
2696 gion Opfer von Gewalttaten, rassistischen Angriffen und  
2697 Unterdrückung werden und, dass die gesellschaftswis-  
2698 senschaftlichen Fächer gleichermaßen über alle Schul-  
2699 formen hinweg gestärkt werden, um allen Schülerin-  
2700 nen und Schülern die gleiche Ausgangsbasis für die ge-  
2701 sellschaftliche Teilhabe in einer Demokratie zu ermögli-  
2702 chen.

2703

#### 2704 **Wir modernisieren und stärken die Politische Beteili-** 2705 **gung**

2706

2707 Politische Beteiligung ist ein wesentlicher Bestandteil  
2708 jeder Demokratie. Der Schlüssel zur politischen Teilha-  
2709 be ist das Wahlrecht. Wir streben eine umfassende Re-  
2710 form des Wahlrechts und Wahlsystems in Nordrhein-  
2711 Westfalen an, so dass der Grundsatz der Allgemeinheit  
2712 der Wahl erfüllt, die Wahlbeteiligung erhöht und die  
2713 Größe des Landtages angemessen begrenzt wird. Wir  
2714 wollen das aktive Wahlrecht für Landtagswahlen auf  
2715 16 Jahre herabsenken und das kommunale Wahlrecht  
2716 auch auf Ausländer und Ausländerinnen aus Nicht-  
2717 EU-Staaten erweitern. Schließlich treten wir weiterhin  
2718 für eine gleichberechtigte Besetzung von Parlamenten  
2719 durch ein verfassungskonformes Paritätsgesetz ein.

2720

2721 Damit Kinder- und Jugendliche gut vorbereitet und  
2722 mündig ihre Wahlentscheidung schon mit 16 Jah-  
2723 ren treffen können, machen wir die Beteiligung von  
2724 Kindern- und Jugendlichen in den Kommunen zur  
2725 Pflicht. Dabei legen wir uns keine feste Form der Betei-  
2726 ligung fest, sondern ermuntern zum Erproben vielfälti-  
2727 ger Formen und Verfahren der Kinder- und Jugendbetei-  
2728 ligung im ganzen Land.

2729

2730 Darüber hinaus wollen wir die parlamentarischen und  
2731 direktdemokratischen Verfahren durch beratende For-  
2732 men der Bürgerbeteiligung, wie zum Beispiel Bürgerrä-  
2733 te ergänzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzu-  
2734 geben. Auf Landesebene werden wir Bürgerräte zu kon-  
2735 kreten Fragestellungen einsetzen und hierdurch der so-  
2736 zial ungleichen Teilhabe an politischen Prozessen ent-  
2737 gegenwirken, indem möglichst viele Interessen frühzei-  
2738 tig eingebunden werden, die sonst keine Berücksichti-  
2739 gung finden. Die Erfahrungen mit Bürgerräten sollen  
2740 mittelfristig in ein Bürgerbeteiligungsgesetz einfließen.  
2741 Zudem werden wir auf kommunalen Ebene Verfahren  
2742 prüfen, die den gemeinsamen Austausch und das kol-

2743 lektive Abwägen konkreter Entscheidungsprobleme be-  
2744 halten. Außerdem wollen wir Kommunen dabei unter-  
2745 stützen, sich Regelungen für ihre Bürgerbeteiligungsver-  
2746 fahren (z.B. Bürgerbeteiligungssatzungen) zu geben. So  
2747 wird für die Menschen in den Städten und Gemeinden  
2748 transparent, wie sie sich außerhalb von Wahlen einbrin-  
2749 gen können. Gleichzeitig wird der kommunalen Selbst-  
2750 verwaltung Rechnung getragen.

2751

2752 Die Rahmenbedingungen für das kommunale politische  
2753 Ehrenamt werden wir verbessern, zum Beispiel durch  
2754 familienfreundliche Sitzungszeiten oder digitale Sitzun-  
2755 gen. Wir wirken außerdem darauf hin, Aufsichtsgremi-  
2756 en und Vorstände von öffentlich-rechtlichen Unterneh-  
2757 men paritätisch zu besetzen. Die Attraktivität des kom-  
2758 munalpolitischen Ehrenamtes soll in Zusammenarbeit  
2759 mit den kommunalpolitischen Vereinigungen erhöht  
2760 und Rahmenbedingungen angepasst werden, um bis-  
2761 her unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen für  
2762 die Kommunalpolitik zu gewinnen.

2763

#### 2764 **Wir stärken das ehrenamtliche Engagement**

2765

2766 Ein weiteres Fundament unserer offenen demokrati-  
2767 schen Gesellschaft bildet das ehrenamtliche Engage-  
2768 ment. Die rund sechs Millionen Ehrenamtlichen in  
2769 Nordrhein- Westfalen in rund 120.000 Vereinen und  
2770 Organisationen werden wir strukturell stärken. Eine  
2771 besondere Herausforderung wird dabei in den kom-  
2772 menden Jahren die durch die Corona-Pandemie weg-  
2773 gebrochene ehrenamtliche Struktur darstellen, die wir  
2774 gemeinsam mit den Kommunen reaktivieren werden.  
2775 Hierzu werden wir ein Landesprogramm, sowie auch  
2776 kommunale Programme zur Demokratieförderung auf-  
2777 bauen. Die Engagementstrategie inklusive der Kleinst-  
2778 förderung werden wir weiterentwickeln und fortschrei-  
2779 ben. Wir wollen junge Menschen für das Ehrenamt be-  
2780 geistern und gemeinsam mit dem Bund Haftungsrisi-  
2781 ken reduzieren. Insbesondere in strukturschwachen Re-  
2782 gionen wollen wir bürgerschaftliches Engagement auch  
2783 mit Hilfe der Deutschen Stiftung für Engagement und  
2784 Ehrenamt stärken.

2785

#### 2786 **3.4 HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN GARANTIEREN LE- 2787 BENSWERTE HEIMAT**

2788

2789 Lebenswerte Städte und Gemeinden sind die Basis für  
2790 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kommunen sind Hei-  
2791 mat für die Menschen! Denn nur dort, wo Menschen  
2792 sich zuhause fühlen, übernehmen sie auch Verantwor-  
2793 tung für ihre Stadt, ihr Dorf und ihr Wohnviertel. Hier  
2794 existieren intakte Nachbarschaften, vor Ort hält man zu-  
2795 sammen und gestaltet eine gemeinsame Zukunft.

2796

2797 Nur mit gesunden Finanzen sind Städte und Gemeinden

2798 auch politisch handlungsfähig. Deshalb wollen wir die  
2799 Kommunen als Herzkammern unseres demokratischen  
2800 Systems wieder befähigen, aktiv die Zukunft der Städ-  
2801 te und Gemeinden zu gestalten und dafür sorgen, dass  
2802 die Stadtparlamente relevante Entscheidungsspielräu-  
2803 me haben. Verwaltungen müssen mehr sein als Such-  
2804 maschinen für das nächste Förderprogramm. Zudem  
2805 müssen kommunale Verwaltungen vom teilweise un-  
2806 einheitlichen und unverhältnismäßig hohen bürokrati-  
2807 schen Aufwand bei der Inanspruchnahme, Umsetzung  
2808 und Abwicklung von Förderprogrammen entlastet wer-  
2809 den. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden  
2810 wieder aus eigener Kraft kommunale Infrastruktur und  
2811 hochwertige öffentliche und bürgernahe Dienstleistun-  
2812 gen zur Verfügung stellen können. Eine SPD-geführte  
2813 Landesregierung führt den Dialog mit den Kommunen  
2814 auf Augenhöhe und bindet sie stärker in Entscheidungs-  
2815 prozesse ein.

2816

2817 **Wir lassen die Kommunen bei den Folgen der Coronakri-**  
2818 **se nicht im Regen stehen**

2819

2820 Dem guten Beispiel anderer sozialdemokratisch regier-  
2821 ter Bundesländer folgend, nehmen wir die Kommunen  
2822 bei den Gewerbesteuerausfällen unter den Rettungs-  
2823 schirm. Wir sichern für die kommunalen Haushalte 2021  
2824 und 2022 entsprechende Ausgleichsmittel in Höhe von  
2825 100% des pandemiebedingten Ausfalls bei der Gewerbe-  
2826 steuer zu. Nach Möglichkeit wollen wir die Kommunen  
2827 auch im Jahr 2023 in dieser Weise unterstützen.

2828

2829 Wir sichern für die kommunalen Haushalte 2022 bis  
2830 2024 entsprechende Ausgleichsmittel in Höhe von 50%  
2831 des pandemiebedingten Ausfalls bei der Gewerbeste-  
2832 er zu und setzen auf die Mithilfe des Bundes bei den ver-  
2833 bleibenden 50%.

2834

2835 Die Kommunalfinanzen auf Grund der Coronapandemie  
2836 aufzustocken war richtig und notwendig. Wir lehnen  
2837 aber die „Kreditierung“ ab, wie es Schwarz-Gelb umge-  
2838 setzt hat. Unter einer SPD-geführten Landesregierung  
2839 wird es keine Rückforderung der Ausgleichsbeträge für  
2840 2021 & 2022 und in späteren Jahren geben. Vielmehr  
2841 werden wir die Kommunen auch in den Jahren 2023 bis  
2842 2025 wirksam von den Corona bedingten Lasten schüt-  
2843 zen. Deswegen braucht es echte finanzielle Unterstüt-  
2844 zung, um die Kommunen nicht in eine „neue“ Altschul-  
2845 denfalle laufen zu lassen.

2846

2847 **Wir stellen die Kommunalfinanzen auf neue und nach-**  
2848 **haltige Füße**

2849

2850 Gemeinsam mit dem Bund schaffen wir eine Lösung für  
2851 die kommunalen Altschulden, damit Zukunfts- und Ent-  
2852 wicklungsperspektiven landesweit wieder gleich stark

2853 werden. Notfalls werden wir eine landeseigene Lösung  
2854 schaffen.

2855

2856 Wir werden die Kommunen in die Lage versetzen, ziel-  
2857 gerichtet in Zukunftsprojekte (wie z.B. attraktive Innen-  
2858 städte) investieren zu können. Hierfür stellen wir daher  
2859 ausreichende Mittel bereit.

2860

2861 Wir machen die Kommunen widerstandsfähig für künf-  
2862 tige Krisenzeiten. Dazu braucht es eine dauerhafte und  
2863 aufgabenangemessene Grundfinanzierung der Städte,  
2864 Gemeinden und Kreise. Wir stellen zudem fest, dass vie-  
2865 le Kommunen an Kapazitätsgrenzen stoßen, was die In-  
2866 anspruchnahme der vielfältigen Förderprogramme der  
2867 Bundes- und Landesebene angeht. Zunehmend müs-  
2868 sen Städte und Gemeinden zusätzliche Personalressour-  
2869 cen nur für die Administration von Fördermitteln ein-  
2870 setzen. Dem wollen wir Rechnung tragen und die breite  
2871 Förderkulisse übersichtlicher und weniger bürokratisch  
2872 gestalten zugunsten einer verbesserten Grundfinanzie-  
2873 rung der Kommunen. Wir werden daher den Verbund-  
2874 satz schnellstmöglich auf zunächst 24 Prozent anheben.  
2875 Die Anhebung des Verbundsatzes auf 25 Prozent ver-  
2876 knüpfen wir mit der Evaluation der Förderprogramme,  
2877 um die hierdurch freiwerdende Finanzmittel zur Gegen-  
2878 finanzierung einzusetzen.

2879

2880 Wir stärken daher den kommunalen Finanzausgleich.  
2881 Er soll die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingun-  
2882 gen unserer Kommunen ausgleichen und so das Errei-  
2883 chen gleichwertiger Lebensbedingungen befördern. Die  
2884 Verlagerung von Mitteln hin zu finanzkraftunabhängi-  
2885 gen Zuweisungen lehnen wir ab. Das GFG ist so auszu-  
2886 gestalten, dass echte Zuweisungen die Last für die kom-  
2887 munale Ebene wirksam reduzieren – und zwar auch bei  
2888 deren Sozialausgaben.

2889

2890 Die Kommunen brauchen mehr Unterstützung bei den  
2891 Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe. Hier werden wir  
2892 ansetzen und partnerschaftlich eine Lösung für die Auf-  
2893 wärtdynamik bei den Kosten erreichen. Wir brauchen  
2894 einen familienpolitischen Neustart in der Kinderbetreu-  
2895 ung mit fairer Kostenverteilung. Weitere familienpoli-  
2896 tisch sinnvolle Maßnahmen bringen wir gerne auf den  
2897 Weg, aber wir stellen sicher, dass dann auch der Grund-  
2898 satz gilt: Wer bestellt, der bezahlt auch. Wir stellen so  
2899 sicher, dass das Land keine Versprechen macht, die von  
2900 den Kommunen finanziert werden müssen.

2901

2902 Wir stellen Förderprogramme und das kommunale Ver-  
2903 gaberecht auf den Prüfstand, um bürokratische Hemm-  
2904 nisse zu beseitigen. Insbesondere die Kommunen, die  
2905 kaum in der Lage sind, Eigenbeiträge im Rahmen von  
2906 Förderprogrammen zu erbringen, brauchen unsere Un-  
2907 terstützung. Tariftreue, die Unterbindung von Kinderar-

2908 beit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden in einem  
2909 modernen Vergaberecht garantieren, ohne dafür kom-  
2910 munale Vergabeprozesse zu verlängern. Gerade in der  
2911 Zeit nach Corona brauchen wir unsere Kommunen als  
2912 Impulsgeber für einen Konjunkturaufschwung.

2913

#### 2914 **Gute Zusammenarbeit**

2915

2916 Wir bekennen uns zu interkommunaler und regionaler  
2917 Zusammenarbeit – und fördern diese. Das Wohlergehen  
2918 der eigenen Kommunen darf nicht durch ruinösen Wett-  
2919 bewerb auf dem Rücken der Nachbarn aufbauen.

2920

#### 2921 **Zukunftsfähige Daseinsvorsorge**

2922

2923 Die kommunalen Unternehmen gewährleisten vor Ort  
2924 eine hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge in den Be-  
2925 reichen Wohnen, Energie, Entsorgung, Verkehr, Wasser  
2926 und Telekommunikation. Mit den kommunalen Unter-  
2927 nehmen befinden sich wichtige Teile der lokalen Infra-  
2928 struktur in Bürgerhand. Wir werden die Strukturen für  
2929 kommunale Unternehmen weiter verbessern und un-  
2930 terstützen die vielfältigen Kooperationen mit der örtli-  
2931 chen Wirtschaft.

2932

2933 Unsere Sparkassen sind ein Erfolgsmodell. Wir wollen  
2934 sie weiter stärken. Eine Privatisierung des Sparkassen-  
2935 sektors kommt für uns nicht in Frage. Durch die an-  
2936 haltende Niedrigzinsphase und immer höhere Regulie-  
2937 rungsanforderungen vom Bund und der EU ist ihr Ge-  
2938 schäft schwieriger geworden. Trotzdem bleiben die Fili-  
2939 alden und die Kundennähe ein Markenkern der Spar-  
2940 kassen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschäftigten  
2941 in den Sparkassen weiterhin angemessen entlohnt wer-  
2942 den und die Tarifbindung nicht infrage gestellt wird.

2943

#### 2944 **3.5 ZUKUNFTSINVESTITIONEN UND NACHHALTIGE FI-** 2945 **NANZEN**

2946

2947 Die Infrastruktur in Deutschland ist in vielen Bereichen  
2948 nicht zukunftsfest. Das wollen wir nicht beklagen, son-  
2949 dern schlicht ändern.

2950

2951 Wir folgen hierbei klar den Hinweisen der Wissenschaft.  
2952 Denn inzwischen sind sich alle führenden Wirtschafts-  
2953 institute Deutschlands einig, dass Haushaltskonsolidie-  
2954 rung um jeden Preis und notwendige Investitionen nicht  
2955 zusammenpassen. Allein in Nordrhein - Westfalen be-  
2956 steht eine Investitionslücke von mindestens 27 Milliar-  
2957 den Euro. Ein Kaputtsparen aus dieser Krise darf und  
2958 wird es mit uns nicht geben.

2959

2960 Weil die Abschaffung der Schuldenbremse im Bund ak-  
2961 tuell keine Mehrheit finden wird, müssen wir alternative  
2962 Wege gehen. Daher werden wir andere Instrumente, die

2963 uns zur Verfügung stehen aktiv nutzen.

2964

2965 Die Schuldenbremse mauert uns nicht so sehr ein, wie  
2966 sie aktuell in Nordrhein - Westfalen gelebt wird. Wir  
2967 wollen Spielräume geben, statt sie weiter zu begren-  
2968 zen. Deshalb werden wir die „Konjunkturkomponente“  
2969 in der Schuldenbremse in Nordrhein - Westfalen weni-  
2970 ger restriktiv verankern als heute. Unser Ziel: Spielräu-  
2971 me für Investitionen gewinnen.

2972

2973 Wir gehen aber auch alternative Finanzierungswege.  
2974 Wir haben gelernt: Das Programm „Gute Schule 2020“  
2975 war ein Erfolg. Die Abwicklung und Bereitstellung der  
2976 Mittel über die NRW.Bank und die Tilgung durch den  
2977 Landeshaushalt sind ein Modell, was auch für zukünfti-  
2978 ge Investitionsausgaben umgesetzt werden sollte. Hier-  
2979 bei können andere Länder wie Berlin oder Hamburg Vor-  
2980 bilder sein.

2981

2982 Wir werden prüfen, ob der Corona-Rettungsschirm über  
2983 2022 hinaus genutzt werden kann, um einen wirkli-  
2984 chen Neustart aus der Krise zu meistern. Auch hier kön-  
2985 nen andere Bundesländer Vorbild sein. Gleichzeitig wer-  
2986 den wir einen Tilgungsplan zur Rückzahlung der „Coro-  
2987 naschulden“ des Landes vorlegen.

2988

2989 Fördermittel des Bundes werden von den Kommunen  
2990 aufgrund bürokratischer Hürden oder schlicht fehlender  
2991 Planungs- und Baukapazitäten zu wenig abgerufen. Hier  
2992 setzen wir uns für eine weitere Verschlankeung der An-  
2993 tragsverfahrens ein. Für uns gilt: Kein Euro darf verfal-  
2994 len.

2995

2996 Die Haushalte von Schwarz-Gelb waren vor allem da-  
2997 durch geprägt, dass hunderte Millionen Euro – aufgrund  
2998 fehlenden Personals – nicht ausgegeben wurde. Zehn-  
2999 tausend offene Stellen in den Schulen, den Finanzäm-  
3000 tern und bei der Justiz zeigen, dass diese Landesregie-  
3001 rung keinen Plan hat, wie sie dieses Problem angehen  
3002 soll. Offene Stellen unterrichten aber keine Schüler\*in-  
3003 nen oder genehmigen Brücken und Straßen.

3004

3005 Jede Betriebsprüfung bringt im Schnitt mehr als ei-  
3006 ne Millionen Euro Mehreinnahmen für die öffentliche  
3007 Hand. Wir werden das Personal in diesem Bereich weiter  
3008 verstärken, weil es sich direkt finanziell positiv auswirkt.  
3009

3010 Den Kampf gegen jede Form der Steuerhinterzie-  
3011 hung, -vermeidung und -betrug werden wir in der  
3012 erfolgreichen Tradition unseres ehemaligen NRW-  
3013 Finanzministers Norbert Walter-Borjans konsequent  
3014 weiterführen – sei es gesetzgeberisch oder personell.  
3015 Hierzu werden wir auch die Möglichkeiten der Digi-  
3016 talisierung der Steuerbehörden nutzen. Wir dürfen  
3017 den Entwicklungen nicht hinterherrennen, sondern

3018 müssen sie schon im Keim ersticken. Die juristische  
3019 Aufarbeitung des betrügerischen Steuerraubs durch  
3020 CumEx werden wir aktiv unterstützen.

3021

3022 Das Gleiche gilt für den Bereich Geldwäsche. Die Län-  
3023 der haben hier die Aufgabe, Nichtfinanzinstitutionen,  
3024 Makler, Notare und Händler zu überwachen. Es bedarf  
3025 massiv mehr Personal und Mittel, um dieser Aufgabe  
3026 nachzukommen. Hier müssen mögliche Gesetzeslücken  
3027 geschlossen werden. Wir werden die Einrichtung einer  
3028 Landesbehörde zur Bekämpfung der Geldwäsche, in der  
3029 die bisher zersplitterten Zuständigkeiten auf Landes-  
3030 ebene gebündelt werden sollen, prüfen.

3031

3032 Die positiven Auswirkungen der Neuregelung der Bund-  
3033 Länder-Finzen unter Hannelore Kraft wirken sich bis  
3034 heute positiv auf den Haushalt aus.

3035

3036 Durch die gescheiterte Reform der Erbschaftssteuer und  
3037 der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer werden  
3038 die finanziellen Spielräume der Länder eingeschränkt.  
3039 Diese Mittel fehlen für dringend notwendige Maßnah-  
3040 men. Zusätzliche finanziellen Spielräume können so  
3041 nur durch steigende Steuereinnahmen auf Grund wirt-  
3042 schaftlicher Dynamik entstehen. Umso wichtiger ist es  
3043 durch staatliche Investitionen und die Unterstützung  
3044 der Wirtschaft für den Neustart aus der Krise diese Dy-  
3045 namik zu fördern.

3046

3047 Geringe Steuereinnahmen auf Grund von Entscheidun-  
3048 gen des Bundes, zum Beispiel durch sogenannte Su-  
3049 perabschreibungen, sind für den Landeshaushalt nicht  
3050 finanzierbar. Entsprechende Einnahmeverluste müssen  
3051 den Ländern und Kommunen kompensiert werden.

3052

3053 Befristete Hilfen des Bundes für Integration, Bildung  
3054 und weitere Aufgaben, müssen verstetigt werden.

3055

3056 Wir als SPD stehen für eine starke und handlungsfähige  
3057 öffentliche Hand. Wir wollen die Finanzmittel aufbrin-  
3058 gen, die es für gute Schulen, gute Straßen und Brücken  
3059 und für eine moderne Verwaltung braucht. So machen  
3060 wir das Leben vieler Menschen besser und stärken aktiv  
3061 die Wirtschaft in Nordrhein - Westfalen. Denn LKW müs-  
3062 sen über Brücken fahren, Züge müssen rollen, Fachkräfte  
3063 müssen ausgebildet werden. Deshalb ist eine Landesre-  
3064 gierung, die investiert, das Rückgrat eines erfolgreichen  
3065 Landes. Investitionen in die Zukunft, mehr Mittel für Bil-  
3066 dung und entschlossene Maßnahmen gegen die Folgen  
3067 der Pandemie werden dazu beitragen zukünftige finan-  
3068 zielle Belastungen für das Land zu vermeiden. Genau so  
3069 eine Landesregierung wollen wir anführen.

3070

3071

3072

**3073 4. WIE WIR (MITEINANDER) LEBEN WOLLEN**

3074

**3075 4.1 WIR SCHAFFEN MODERNE MOBILITÄT: VERLÄSSLICH,  
3076 BEZAHLBAR UND ÖKOLOGISCH**

3077

3078 Mit uns wird es diesen derzeitigen Stillstand in  
3079 Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben. Unser Ziel  
3080 ist umfassende Verkehrs- und Mobilitätswende, um  
3081 umweltschonender, verlässlicher und für alle bezahlbar  
3082 unterwegs zu sein.

3083

3084 Mobilität ist für uns ein zentraler Baustein der Daseins-  
3085 vorsorge, Voraussetzung für gleichwertige Lebensver-  
3086 hältnisse und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft-  
3087 und des Logistikstandorts Nordrhein-Westfalen. Wir  
3088 wollen und wir müssen die Verkehrsinfrastruktur unse-  
3089 res Landes ausbauen und modernisieren, auch damit die  
3090 vielfältigen Mobilitätsangebote für die Menschen zu-  
3091 kunftssicher aufgestellt sind

3092

3093 Wir nehmen dafür Geld in die Hand, um deutlich mehr in  
3094 die öffentlichen Verkehrsangebote und in die Verkehrs-  
3095 infrastruktur unseres Landes zu investieren.

3096

3097 Wir wollen, dass unser Land seinen Beitrag zur Errei-  
3098 chung der Klimaschutzziele für 2030 und 2045 leistet.  
3099 Deshalb werden wir uns für eine deutlich stärkere Ver-  
3100 lagerung von Verkehrsanteilen auf die Anbieter öffentli-  
3101 cher Verkehre wie den öffentlichen Personennahverkehr  
3102 (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sowie  
3103 Deutsche Bahn für die Fernstrecken einsetzen. Auch die  
3104 Schienengüterverkehre und die Verkehre auf den Bin-  
3105 nenwasserstraßen wollen wir nachhaltig und stärker  
3106 fördern. Zu unserem Aufbruch in der Mobilitätspolitik  
3107 gehört eine umfassende Digitalisierung, wie auch eine  
3108 Erhöhung des Innovationstempos.

3109

3110 Wir wollen die Verkehrswege so ausbauen, dass al-  
3111 le Verkehrsträger attraktive Angebote für die Mobili-  
3112 tät der Menschen und der Wirtschaft bieten können.  
3113 Das bedeutet einen erheblichen Ausbau der Verkehrs-  
3114 infrastruktur vom Fuß- und Radverkehr über ÖPNV und  
3115 Schiene bis zur Stärkung der Binnenschifffahrtswege.  
3116 Mobilitätsangebote müssen für jeden erreichbar und  
3117 bezahlbar sein, denn Mobilität sichert gesellschaftliche  
3118 Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg.

3119

**3120 Fuß- und Radverkehr (Nahmobilität)**

3121

3122 Wir wollen die Nahmobilität deutlich stärken. Das be-  
3123 deutet einen Umbau der Verkehrsinfrastruktur, insbe-  
3124 sondere in den Kommunen sowie viele Maßnahmen zur  
3125 Steigerung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und  
3126 Radfahrer. Die Förderung der Nahmobilität muss Chef-  
3127 sache werden. Deswegen wollen wir eine Stabsstelle

3128 Nahmobilität beim Landesverkehrsministerium schaf-  
3129 fen.

3130

3131 Wir wollen die Radwegenetze im Land ausbauen und Lü-  
3132 cken in den Vorrangnetzen für den Radverkehr schlie-  
3133 ßen. Die bereits definierten Radschnellwege werden  
3134 mit uns auch schnell Gestalt annehmen. Dazu nutzen  
3135 wir die neuen Chancen des Bundes, um Planungs- und  
3136 Bauverfahren zu beschleunigen.

3137

3138 Allein werden wir all dies nicht schaffen. Insbesondere  
3139 die Kommunen sind unsere Partner und zentrale Akteu-  
3140 re für die Verkehrswende. Gemeinsam wollen wir mit  
3141 den Kommunen konkrete Ziele für die Fahrrad- und Nah-  
3142 mobilität vereinbaren und die vereinbarten Maßnah-  
3143 men mit ausreichend finanziellen Mitteln hinterlegen.  
3144 n. Das gilt vor allem für die Umgestaltung der vorhande-  
3145 nen Verkehrsflächen und den Ausbau der zugehörigen  
3146 Infrastruktur, wie z.B. Radwegenetze, Fahrradabstellan-  
3147 lagen und Servicestationen, Ladestationen für E-Bikes,  
3148 Pedelecs usw.

3149

#### 3150 **Schieneverkehr, ÖPNV und SPNV**

3151

3152 Für den von uns angestrebten Modernisierungsschub ist  
3153 auch eine durchgängige Digitalisierung der Kundenan-  
3154 gebote für den Personenverkehr erforderlich. Mit lan-  
3155 deseinheitlicher Kunden-App auf dem Smartphone und  
3156 Kilometer genauer Abrechnung der Beförderungsleis-  
3157 tung, wollen wir für ganz Nordrhein - Westfalen einen  
3158 wichtigen Schritt in die digitale Zukunft machen.

3159

3160 Dieser Mobilisierungsschub soll an den ländlich gepräg-  
3161 ten Räumen des Landes nicht vorbeigehen. Deshalb  
3162 werden wir die Erreichbarkeit von ÖPNV- und SPNV-  
3163 Angeboten für jeden Menschen im Land per Mobilitäts-  
3164 garantie, d.h. ab der eigenen Haustür bis zum nächs-  
3165 ten Anknüpfungspunkt öffentlicher Verkehrsinfrastruk-  
3166 tur, gewährleisten.

3167

3168 Wir werden die Elektrifizierung und Reaktivierung von  
3169 Bahnstrecken weiter vorantreiben, das vorhandene Stre-  
3170 ckenetz ausweiten und barrierefreie Mobilitätsstatio-  
3171 nen zur Verknüpfung von Mobilitätsangeboten ver-  
3172 schiedenster Art besonders fördern. Auch die Schienen-  
3173 güterverkehre wollen wir in enger Abstimmung mit der  
3174 Deutschen Bahn AG im Rahmen unserer Möglichkeiten  
3175 entschlossen fördern, um die Straßen vom Güterverkehr  
3176 zu entlasten.

3177

3178 Den Dschungel an Sonder-Tickets und Monatskarten für  
3179 junge Menschen werden wir abschaffen. Für Schülerin-  
3180 nen und Schüler werden wir ein kostenfreies Ticket ein-  
3181 führen. Damit entlasten wir nicht nur die Schulträger,  
3182 Kommunen und Verkehrsunternehmen von erheblicher

3183 Bürokratie, sondern stärken die umweltfreundliche Mo-  
3184 bilität von Kindesbeinen an.

3185

3186 Wie bereits im Kapitel „Die gute Arbeit von morgen“  
3187 ausgeführt, werden wir die Kosten für das Azubiticket  
3188 reduzieren und dem Niveau von Studierendentickets an-  
3189 gleichen.

3190

3191 Ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr setzt  
3192 Verlässlichkeit der Mobilitätsangebote voraus. Grundla-  
3193 ge dieser Verlässlichkeit ist eine gute personelle Ausstat-  
3194 tung der Verkehrsunternehmen mit qualifizierten Ar-  
3195 beitskräften. Deswegen werden wir uns auch zukünf-  
3196 tig für tarifliche- und soziale Standards und gute Aus-  
3197 bildungsbedingungen für die Beschäftigten einsetzen.

3198

#### 3199 **Straßenverkehr**

3200

3201 Hauptverkehrsträger in Nordrhein-Westfalen ist weiter-  
3202 hin die Straße mit jeweils rund 70 % Verkehrsanteil bei  
3203 Personen und Gütern. Deshalb werden wir die Investi-  
3204 tionen in den Erhalt des vorhandenen Landesstraßen-  
3205 netzes fortführen und die Kommunen weiterhin verläss-  
3206 lich unterstützen. Gute Straßenverhältnisse verhindern  
3207 Staus und senken die Lärmbelastung für die Anwohne-  
3208 rinnen und Anwohner.

3209

3210 Hinsichtlich der Autobahn GmbH werden wir uns,  
3211 mit Blick auf die neue Zuständigkeit des Bundes in  
3212 Nordrhein-Westfalen, für die Einsetzung eines politi-  
3213 schen Beirates einsetzen, um eine landesseitige de-  
3214 mokratische Kontrolle und Interessenvertretung zu ge-  
3215 währleisten. Die Abarbeitung des Bundesverkehrswege-  
3216 plans 2030, insbesondere was den vordringlichen Bedarf  
3217 mit Engpassbeseitigung angeht, werden wir weiterhin  
3218 nachhaltig unterstützen.

3219

3220 Der erschreckende Anstieg des Straßengüterverkehrs  
3221 treibt unser Land weiter in den Stau. Deswegen werden  
3222 wir uns dafür einsetzen eine vermehrte Verlagerung von  
3223 Güterverkehren auf die Schiene und die Binnenwasser-  
3224 straßen zu bewirken.

3225

3226 Den Ausbau der E-Mobilität werden wir als ein weite-  
3227 res zentrales Element einer gelingenden Verkehrswen-  
3228 de weiter fördern. Dazu gehört auch die Entwicklung der  
3229 entsprechenden Infrastruktur, wie zum Beispiel von La-  
3230 desäulen.

3231

#### 3232 **Luftverkehr**

3233

3234 Der Luftverkehr ist das Tor in eine globalisierte Welt.  
3235 Auch hier wollen wir Nordrhein-Westfalen zukunfts-  
3236 orientiert fortentwickeln. Das heißt Planungssicherheit  
3237 für die Flughäfen durch ein Nordrhein - Westfalen-

3238 Luftverkehrskonzept einerseits und vermehrten Lärm-  
3239 schutz für die Anwohnerinnen und Anwohner anderer-  
3240 seits.

3241

3242 Das dezentrale Luftverkehrssystem in Nordrhein-  
3243 Westfalen hat sich bewährt. Wir brauchen auch  
3244 zukünftig die Anbindung der Regionen an die Hubs des  
3245 internationalen Luftverkehrs und einen Frachtflughafen  
3246 Köln/Bonn, der 7 Tage die Woche und 24 Stunden am  
3247 Tag geöffnet ist. Wir wollen das verbinden mit einem  
3248 wirksamen Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner  
3249 vor Fluglärm und sonstigen Emissionen, indem wir auf  
3250 den Einsatz modernsten Fluggeräts drängen. Zudem  
3251 werden wir eine stärkere Spreizung von Start- und  
3252 Landeentgelten für die Fluggesellschaften unter ökolo-  
3253 gischen Gesichtspunkten schaffen. Das gilt auch für die  
3254 Überschreitung von Betriebszeiten.

3255

3256 Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass die  
3257 Förderung des Luftverkehrs ohne Wettbewerbsverzer-  
3258 rungen stattfinden kann. Das bedeutet mit einer star-  
3259 ken Stimme in Berlin und in Brüssel auf eine Harmoni-  
3260 sierung der Rahmenbedingungen für den Luftverkehr in  
3261 Europa zu dringen.

3262

#### 3263 **Binnenschifffahrt**

3264

3265 Die Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen ist ein  
3266 schlafender Riese, den wir wachrütteln wollen. Mit 720  
3267 km Binnenwasserstraßen, davon 240 km Rhein und 480  
3268 km Schifffahrtskanälen, mit rund 120 Häfen, verfügt un-  
3269 ser Land über eine starke Infrastruktur für diesen Ver-  
3270 kehrsträger. Mit Blick auf den Gütertransport liegen hier  
3271 erhebliche Kapazitäts- und Entwicklungspotenziale. Die  
3272 Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen kann einen  
3273 wichtigen Beitrag zu einer umfassenden Verkehrswen-  
3274 de, mit Blick auf mehr Klimaschutz und moderne Mobi-  
3275 lität, leisten, indem deutlich mehr Güter auf dem Was-  
3276 ser und nicht mehr auf der Straße transportiert werden.  
3277 Deswegen wollen wir Nordrhein-Westfalen als Hafен-  
3278 und Logistikstandort weiter ausbauen.

3279

3280 Wir werden uns zuallererst dafür einsetzen, dass der  
3281 Instandhaltungsstau bei den Binnenwasserstraßen in  
3282 Nordrhein-Westfalen schneller überwunden wird. Dar-  
3283 über hinaus wollen wir uns für den zukunftsgerech-  
3284 ten Ausbau dieser Bundesverkehrswege, nämlich die Be-  
3285 schleunigung von Brückenanhebungen für mehrlagigen  
3286 Containerverkehr, für größere Wendebecken in den Hä-  
3287 fen und für mehr trimodale Standorte einsetzen. Den  
3288 Bau einer zweiten Schleuse für den Hafen Dortmund  
3289 werden wir auch weiterhin in Berlin einfordern. Dazu  
3290 gehört für uns auch die Sicherung von Entwicklungsflä-  
3291 chen für unsere Häfen.

3292

3293 Wir begrüßen die Initiative der neuen Bundesregierung  
3294 zur Stärkung der Hinterland-Anbindungen unserer Hä-  
3295 fen. In Berlin werden wir mit Nachdruck dafür wer-  
3296 ben, dass diese Politik auch unserem Land Nordrhein-  
3297 Westfalen zugutekommt, was die Anbindung an die für  
3298 uns wichtigen Häfen in Belgien und den Niederlanden  
3299 angeht.

3300

3301 Wir selbst wollen einen stärkeren Beitrag zur Förde-  
3302 rung der Binnenschifffahrt leisten. Zu dieser unserer  
3303 modernen Mobilitätspolitik gehört ein Förderprogramm  
3304 zur Ökologisierung der Binnenschifffahrt, mit dem die  
3305 Emissionen der Dieselmotoren von Binnenschiffen im  
3306 Bestand minimiert werden. Damit wollen wir konkret  
3307 den in Nordrhein-Westfalen ansässigen Binnenschif-  
3308 fern durch ein Zuschuss- und Kreditprogramm in Ab-  
3309 stimmung mit der NRW.BANK helfen. Darüber hinaus  
3310 werden wir uns gegenüber dem Bund dafür einset-  
3311 zen, Hemmnisse bei der Landstromversorgung von Bin-  
3312 nenschiffen im steuerlichen Bereich zu beseitigen und  
3313 eine Wiedereinführung der Negativbescheinigung für  
3314 Großraum- und Schwerguttransporte prüfen.

3315

#### 3316 **4.2 KLIMA, UMWELT UND ARTENVIELFALT SCHÜTZEN**

3317

3318 Der Erhalt unseres Planeten ist für uns eine Quer-  
3319 schnittsaufgabe. Wie wir diese Aufgabe lösen wollen,  
3320 haben wir unter anderem in den Bereichen „Arbeit und  
3321 Wirtschaft“ oder „Mobilität“ deutlich gemacht. Unsere  
3322 weiteren Ziele und unsere Schritte, diese Ziele zu errei-  
3323 chen sind:

3324

#### 3325 **Flächenverbrauch durch Kooperation und konsequente** 3326 **Planung stoppen**

3327

3328 Wir halten fest an unserem Ziel, den täglichen Flächen-  
3329 verbrauch auf 5 Hektar zu begrenzen. Dabei sind wir  
3330 nicht naiv, denn wir wissen, dass wir auch in Zukunft  
3331 Flächen brauchen, zum Beispiel um den dringenden Be-  
3332 darf an bezahlbaren Wohnungen zu decken, Maßnah-  
3333 men zum Klimaschutz, der Energiewende und der Kli-  
3334 maanpassung vorzunehmen, um Gewerbegebiete aus-  
3335 zuweisen oder Fahrradwege zu bauen. Wichtig dabei ist,  
3336 dass wir dafür vermehrt auf innerörtliche, bereits er-  
3337 schlossene Flächen setzen und auf die Ausweisung von  
3338 Flächen auf der grünen Wiese weitgehend verzichten –  
3339 und die Innenentwicklung gemeinschaftlich mit den un-  
3340 terschiedlichen öffentlichen und privaten Akteuren an-  
3341 gehen. Zusätzlich werden wir die in weiten Gebieten un-  
3342 seres Landes existierenden Brachflächen ehemaliger In-  
3343 dustriestandorte für die Bedarfe in den Blick nehmen  
3344 und wieder nutzbar machen.

3345

3346 Dabei nehmen wir mehrere Strategiebausteine zur Um-  
3347 setzung der flächenpolitischen Ziele in den Blick: Die

3348 Steuerung über Raumordnung, die Bauleitplanung als  
3349 Instrument der sparsamen Nutzung der Fläche und  
3350 der Innenentwicklung, bodenrechtliche Ansätze zur  
3351 Mobilisierung von Innenentwicklungspotenzialen, die  
3352 (Weiter-)Entwicklung kommunaler Bodenpolitik und ih-  
3353 re Ausrichtung auf eine effiziente und effektive Bauland-  
3354 bereitstellung, verbindliche regionale Planungen, Flä-  
3355 chenentwicklung in interkommunaler Verantwortung,  
3356 interkommunale Interessenausgleiche sowie der Ein-  
3357 satz von fiskalischen, Finanzierungs- und Förderinstru-  
3358 menten.

3359

#### 3360 **Endliche Rohstoffe sparsam nutzen**

3361

3362 Nordrhein-Westfalen ist reich an Primärrohstoffen wie  
3363 Kies und Sand. Damit decken wir weit mehr als nur  
3364 den hiesigen Bedarf. Dadurch kommt es derzeit zu ei-  
3365 nem nicht nur vor Ort als übermäßig empfundenen Ab-  
3366 bau, der die Landschaft irreversibel verändert und da-  
3367 bei keine Rücksicht darauf nimmt, dass die Ressource  
3368 endlich ist. Wir werden deshalb eine landesweite Roh-  
3369 stoffstrategie einführen, die den verantwortungsvollen  
3370 Abbau oberflächennaher, nicht-nachwachsender Roh-  
3371 stoffe zum Ziel hat. Dazu gehört auch eine Entkopp-  
3372 lung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenabbau  
3373 beziehungsweise -einsatz. Dies geht mit einer kritischen  
3374 Überprüfung des Bedarfsbegriffs einher: Künftig darf  
3375 der Bedarf nicht mehr allein aus den aktuellen Förder-  
3376 mengen berechnet werden.

3377

3378 Im Falle von Kies und Sand wollen wir die Förderung  
3379 schrittweise zurückführen und den als Baustoff be-  
3380 nötigten Primärrohstoff parallel dazu durch recycelten  
3381 Bauschutt ersetzen. Da, wo eine Substitution endlicher  
3382 Rohstoffe nicht umgesetzt werden kann, müssen über  
3383 Forschung und Entwicklung schnellstmöglich Alterna-  
3384 tiven gefunden beziehungsweise schonendere Verfah-  
3385 rensweisen entwickelt werden, damit wir unsere Hei-  
3386 mat auch für kommende Generationen bewahren kön-  
3387 nen. Deshalb werden wir in die Baustoff-Forschung so-  
3388 wie die Entwicklung moderner Recycling-Anlagen inves-  
3389 tieren. Diese sollten, wenn möglich, dort entstehen, wo  
3390 absehbar Förderstätten durch Aufbereitungsstätten er-  
3391 setzt werden könnten. Unter diesen Gesichtspunkten  
3392 werden wir den Landesentwicklungsplan entsprechend  
3393 anpassen sowie den Versorgungszeitraum wieder auf  
3394 20 Jahre verkürzen.

3395

#### 3396 **Wasser als Lebensmittel Nr. 1 schützen: Für eine nach- 3397 haltige und klimaangepasste Wasserbewirtschaftung**

3398

3399 Wir wollen zusammen mit den Kommunen und den Ak-  
3400 teuren der Wasserwirtschaft ein nachhaltiges und lang-  
3401 fristiges Konzept „Nachhaltiges Wassermanagement  
3402 2030“ entwickeln. Dabei orientieren wir uns an der im

3403 Sommer 2021 veröffentlichten „Nationalen Wasserstra-  
3404 tegie“. Das Konzept Wassermanagement wird konkrete  
3405 Maßnahmen benennen zum Schutz bei Starkregen und  
3406 Hochwasser, Hitzeperiode, Dürre und Wassermangel als  
3407 auch eine langfristige sichere Trinkwasserversorgung.

3408

3409 Wir wollen die zukünftigen Wasserbedarfe, Wasser-  
3410 entnehmen und Wasserdarangebote identifizieren und  
3411 quantifizieren und diese Erkenntnisse für ein nachhal-  
3412 tiges landesweites Wassermanagement (Erfassung der  
3413 Wasservorkommen und der Wassernutzung, verstärkte  
3414 Vernetzung der Wasserversorgungsgebiete, Krisenma-  
3415 nagement bei Wetterextremen) der Zukunft nutzen.

3416

3417 Wir werden festlegen, wer zu welchem Zweck, welcher  
3418 Qualität und Quantität Wasser bei Knappheit nutzen  
3419 darf, die Trinkwassergewinnung durch die Regionalpla-  
3420 nung sichern, Wasserschutzgebiete im Interesse der All-  
3421 gemeinheit schützen, um so schon heute eine siche-  
3422 re Wasserversorgung für die Zukunft zu gewährleisten.  
3423 Die Entnahme und Neubildung von Grundwasserstän-  
3424 den werden wir durch ein neues, nachhaltiges Manage-  
3425 ment regeln. Dabei werden wir auch die Anbindung der  
3426 Gewässer an ehemalige Auen, deren Vernetzung mit  
3427 dem Grundwasser sowie neue Überflutungsflächen ein-  
3428 beziehen

3429

3430 Wasser und Stadtgrün wollen wir gegen die Überhit-  
3431 zung der Städte nutzen und dabei das Prinzip der  
3432 Schwammstadt stärker in der Stadtplanung fördern.  
3433 Durch Flächenentsiegelung wollen wir die Grundwas-  
3434 serbestände sichern, Industrie- und Gewerbegebiete  
3435 nachhaltig und ökologisch so gestalten, dass trotz des  
3436 Mangels an Flächen und der fortschreitenden Versie-  
3437 gelung die Biodiversität weiterentwickelt werden kann.  
3438 Die Renaturierung und die Förderung von Biodiversität  
3439 insbesondere an Gewässern wollen wir stärken und för-  
3440 dern. Wir wollen Förderprogramme für die Ökolandwirt-  
3441 schaft ausbauen sowie den Einsatz von Dünger und von  
3442 Pestiziden reduzieren.

3443

3444 **Artenschutz stärken, biologische Vielfalt in Nordrhein-**  
3445 **Westfalen erhalten**

3446

3447 Über 43.000 verschiedene Tier-, Pilz- und Pflanzenar-  
3448 ten gibt es in Nordrhein – Westfalen. Diese große bio-  
3449 logische Vielfalt wollen wir erhalten. Vielerorts ist die-  
3450 ses Naturerlebnis noch möglich, aber leider ist dieses  
3451 scheinbare Idyll immer stärker gefährdet. Rund 45 Pro-  
3452 zent der Tier- und Pflanzenarten sind gefährdet, vom  
3453 Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben.

3454

3455 Deshalb unterstützen wir die von der Volksinitiative  
3456 Artenvielfalt Nordrhein-Westfalen aufgeführten Hand-  
3457 lungsfelder für den Erhalt und die Förderung der Ar-

3458 tenvielfalt in Nordrhein-Westfalen. Wir werden die Zie-  
3459 le der Volksinitiative umsetzen. Dazu gehört, den Flä-  
3460 chenfraß verbindlich zu stoppen, Schutzgebiete wirk-  
3461 sam zu schützen, naturnahe und wilde Wälder zuzu-  
3462 lassen, naturverträgliche Landwirtschaft aktiv voranzu-  
3463 bringen, den Biotopverbund zu stärken und auszuwei-  
3464 ten, lebendige Gewässer und Auen zu sichern, den Ar-  
3465 tenschutz in der Stadt zu fördern und den Nationalpark  
3466 in der Senne auszuweisen.

3467

3468 Wir werden die Überarbeitung des Leitfadens Arten-  
3469 schutz voranbringen, um mit standardisierten Kriteri-  
3470 en und Verfahren den Ausbau der Windenergie zu er-  
3471 möglichen, Rechtssicherheit zu schaffen und gleichzei-  
3472 tig effektiven Artenschutz zu ermöglichen. Denn Klima-  
3473 schutz ist gleichzeitig aktiver Artenschutz.

3474

3475 Die hohe Bedeutung von Hecken und Feldgehölzen so-  
3476 wohl für die Landwirtschaft als auch für die Artenviel-  
3477 falt wird von uns unterstützt. Wir werden ein landes-  
3478 weites Konzept vorlegen, um die Zerschneidungseffekte  
3479 von Lebensräumen durch Verkehrswege zu minimieren  
3480 und die Verbindung von Freiräumen zu erhöhen. Auf die-  
3481 se Weise schaffen wir in Nordrhein-Westfalen ein lan-  
3482 desweit sichtbares und gefördertes System und Zeichen  
3483 des vernetzten Artenschutzes.

3484

3485 **Unser Wald ist mehr als nur ein Sehnsuchtsort**

3486

3487 Der Wald erfüllt viele Funktionen. Er speichert CO<sub>2</sub>, si-  
3488 chert Natur- und Artenschutz und filtert unser Trink-  
3489 wasser. Zudem liefert er uns den alternativen Baustoff  
3490 Holz. Er ist für viele Menschen Erholungsort und ist  
3491 zugleich die Lebensgrundlage vieler Waldbesitzerinnen  
3492 und Waldbesitzer. Trockenperioden und Borkenkäfer ha-  
3493 ben unsere Waldbestände stark reduziert. Statt blühen-  
3494 der Wälder prägen vielerorts nun braune, Flächen unse-  
3495 re Landschaften.

3496

3497 Wir wollen den Aufbau klimastabiler Wälder durch eine  
3498 aktive naturnahe Waldbewirtschaftung. Dazu muss der  
3499 Wildbestand im nötigen Umfang durch ein waldfreund-  
3500 liches Jagdmanagement reguliert werden. Eine naturna-  
3501 he Waldbewirtschaftung heißt für uns, eine konsequen-  
3502 te Umstellung auf Ökosystemleistungen, für die wir För-  
3503 dermöglichkeiten bereitstellen werden.

3504

3505 **4.3 DEN AGRARSTRUKTURWANDEL GERECHT GE-**  
3506 **STALTEN: GESUNDE ERNÄHRUNG, TIERWOHL,**  
3507 **LANDSCHAFTS- UND KLIMASCHUTZ**

3508

3509 Landwirtschaft geht uns alle an, auch in einem Indus-  
3510 trieland wie Nordrhein-Westfalen. Landwirtinnen und  
3511 Landwirte versorgen uns mit Lebensmitteln, pflegen  
3512 Kulturräume, stützen den ländlichen Raum und sind

3513 wichtige Akteure im effektiven Schutz von Natur, Ar-  
3514 tenvielfalt und Klima. Landwirtschaftliche Betriebe sind  
3515 oft seit Generationen in Familienhand. Um ihren Fort-  
3516 bestand zu sichern, müssen wir sie auch im Struktur-  
3517 wandel der Landwirtschaft stärken. Niedrige Erzeuger-  
3518 preise, hohe Investitionskosten, steigende Boden- und  
3519 Pachtpreise und eine benachteiligte Marktposition ge-  
3520 genüber großen Abnehmern setzen die Landwirte eben-  
3521 so unter Druck wie der Klimawandel und das Artenster-  
3522 ben.

3523

3524 Gleichzeitig wächst das Interesse vieler Menschen an  
3525 der Herkunft und Qualität ihrer Lebensmittel. Verbrau-  
3526 cherinnen und Verbraucher stellen hohe Anforderungen  
3527 an Ernährung, Tierwohl und Produktionsbedingungen.

3528

3529 Wir wollen Landwirtinnen und Landwirten ermöglichen,  
3530 wieder von guter Arbeit gut zu leben. Wertschätzung für  
3531 Lebensmittel beginnt beim Respekt für diejenigen, die  
3532 sie produzieren. Das gilt für Familienbetriebe, Beschäf-  
3533 tigte und Saisonarbeitskräfte.

3534

3535 **Regionale Wertschöpfung stärken, faire Marktbedin-**  
3536 **gungen für landwirtschaftliche Betriebe fördern, Bo-**  
3537 **denmarkt regulieren**

3538

3539 Wir wollen dem Agrarstrukturwandel und den Konzen-  
3540 trationsprozessen auf allen Stufen der Wertschöpfung  
3541 mit stärkerer Regionalisierung begegnen. Wir wollen  
3542 kürzere, regionale Wertschöpfungsketten neu aufbauen  
3543 und vernetzen. Wir setzen uns für dezentrale, vielfältige  
3544 Verarbeitungs- und Vertriebsstrukturen in den Regionen  
3545 und regionale Wertschöpfungszentren ein. Das stärkt  
3546 die Marktpositionen der Landwirtinnen und Landwirte  
3547 gegenüber Großabnehmern. Aus demselben Grund set-  
3548 zen wir uns für die effektive Umsetzung der europäi-  
3549 schen Richtlinie zu unlauteren Handlungspraktiken und  
3550 deren Ergänzung um das Verbot von Dumpingpreisen  
3551 ein. Zeitgleich müssen wir Landwirte und Landwirtin-  
3552 nen entlasten, insbesondere durch eine Bodenreform.  
3553 Landwirtschaftsflächen wollen wir zudem mit einem  
3554 Schutzstatus versehen, der sich an ihrer Ertragsfähigkeit  
3555 und ökologischen Wertigkeit orientiert.

3556

3557 **Gesundes Essen als soziale Frage: Ernährungspolitik**  
3558 **kommunal und zivilgesellschaftlich verankern**

3559

3560 Um das zu erreichen, müssen wir unsere Ernährung än-  
3561 dern. Wir wollen in der Breite eine Ernährungsweise  
3562 unterstützen, die unserer Gesundheit und dem Klima  
3563 dient, und so landwirtschaftlichen Betrieben neue Ab-  
3564 satzmärkte erschließt. Wir wollen eine stärkere regiona-  
3565 le und kommunale Verankerung der Ernährungspolitik.

3566

3567 Gesunde Ernährung ist dabei auch eine soziale Frage.

3568 Noch immer spielt unser Einkommen eine zu große Rolle  
3569 in unserer Gesundheit – auch weil gesunde Lebensmit-  
3570 tel teuer sind. Es muss jedem Menschen möglich sein,  
3571 sich gesund zu ernähren. Indem wir dafür sorgen, be-  
3572 kämpfen wir nicht nur unmittelbare Gesundheitsfolgen,  
3573 sondern auch die wachsende soziale Ungleichheit.

3574

3575 In der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung werden  
3576 wir die Nachhaltigkeitsstandards der DGE perspekti-  
3577 visch verbindlich machen, um eine ausgewogene und  
3578 ökologisch nachhaltige Ernährung zu befördern. Über  
3579 die Beschaffung für die Gemeinschaftsverpflegung wer-  
3580 den wir einen stetig wachsenden Markt für die regio-  
3581 nale Landwirtschaft und für Bio-Produkte schaffen, der  
3582 allen Menschen Zugang zu gesunder Ernährung ermög-  
3583 licht, und den ökologischen Wandel der Landwirtschaft  
3584 bestärkt.

3585

#### 3586 **Natur und Klima schützen, Engagement entlohnen**

3587

3588 Unser Ziel ist es, Landwirtschaft und Umweltschutz  
3589 nicht länger als Gegensätze, sondern als Komplementär  
3590 zu sehen. Wir unterstützen eine multifunktionale Land-  
3591 wirtschaft, der wir bei öffentlichen Leistungen zusätz-  
3592 liche betriebliche Perspektiven bieten, zum Beispiel in  
3593 den Bereichen Naturschutz und Landschaftspflege.

3594

3595 Diese öffentlichen Leistungen kann man in konkretem  
3596 Handeln messen und bewerten. Daher setzen wir uns  
3597 für die Implementierung von Bewertungssystemen für  
3598 Nachhaltigkeit ein, die alle Stufen der Wertschöpfungs-  
3599 kette beinhalten. Dadurch können „wahre Preise“ der  
3600 Produktion sichtbar gemacht werden. Ziel muss eine  
3601 Gemeinwohlprämie sein, die positive, bisher am Markt  
3602 unvergütete Leistungen entlohnt, wie Artenschutzmaß-  
3603 nahmen, gute Arbeitsbedingungen, schonende Boden-  
3604 bearbeitung, etc. So können auch die gesellschaftli-  
3605 chen Kosten von Nahrungsmittelproduktion preislich  
3606 abgebildet werden (Nachhaltigkeitsbilanzierung). Da-  
3607 durch werden Marktvorteile derjenigen ausgeschlossen,  
3608 die auf Kosten von Umwelt oder Sozialstandards ei-  
3609 nen Wettbewerbsvorteil erzielen – das Fleisch aus kli-  
3610 maschädlicher Massentierhaltung darf nicht länger ei-  
3611 nen preislichen Vorteil gegenüber fair und umweltver-  
3612 träglich produziertem Fleisch haben. Ein solcher Para-  
3613 digmenwechsel dient der Nachhaltigkeit der Produktion  
3614 und dem respektvollen Umgang mit Landwirtinnen und  
3615 Landwirten.

3616

3617 Besonders dringend ist der Handlungsbedarf in der in-  
3618 tensiven Tierhaltung. Wir wollen Tierhalterinnen und  
3619 Tierhaltern helfen, Haltungssysteme tierwohlgerechter  
3620 umzugestalten und so mit weniger Tieren ein angemes-  
3621 senes Auskommen zu erzielen. Wir werden uns dafür  
3622 einsetzen, ein verpflichtendes staatliches Tierwohllabel

3623 für alle Tierarten auf Bundesebene einzuführen. Wir un-  
3624 terstützen eine Finanzierung des Umbaus der Nutztier-  
3625 haltung nach den Leitlinien des Kompetenznetzwerks  
3626 Nutztierhaltung Auch eine an die eingesparten Klima-  
3627 gase gekoppelte Prämie für Betriebe, die ihre Bestände  
3628 reduzieren, ist in diesem Kontext denkbar.

3629

#### 3630 **4.4 SOZIALER ZUSAMMENHALT DURCH SOZIALEN AUS-** 3631 **GLEICH**

3632

3633 Die Herstellung gleicher Lebenssituationen und Lebens-  
3634 bedingungen sowie insbesondere die Verbesserung der  
3635 Chancen sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen  
3636 ist der Antrieb für die Politik der Sozialdemokratie.

3637

3638 Die unterschiedlichen Chancen für Menschen wollen  
3639 wir beseitigen und beginnen dabei bei der Unterstüt-  
3640 zung der Kinder, der Menschen in besonders herausfor-  
3641 dernden Lebenssituationen und sichern soziale Teilhabe  
3642 für alle.

3643

#### 3644 **Ehrenamt**

3645

3646 Die Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden  
3647 und den freien Trägern der sozialen Unterstützung für  
3648 alle Lebenslagen halten wir für einen wesentlichen  
3649 Baustein unseres Sozialstaates. Sie sind eine Stütze  
3650 des Sozial- und Gesundheitswesens. Die Hilfsdienste  
3651 unterstützen im Gesundheits- Sanitäts- und Bevölke-  
3652 rungsschutz. Insbesondere die ehrenamtlich Engagier-  
3653 ten Menschen tragen mit ihrem Einsatz wesentlich dazu  
3654 bei, unsere Gesellschaft zu erhalten und verdienen un-  
3655 sere Wertschätzung.

3656

#### 3657 **Armut**

3658

3659 Wir kämpfen aktiv gegen Armut und Ausgrenzung. Wir  
3660 fördern die Teilhabe des Einzelnen, unabhängig von  
3661 Einkommen, wir bieten gleiche Lebenschancen für al-  
3662 le Menschen in Nordrhein- Westfalen unabhängig von  
3663 Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder des  
3664 Glaubens. Das Erkennen von strukturellen Benachteili-  
3665 gungen durch Sozialberichterstattung ist Grundlage für  
3666 die zielgerichtete Bekämpfung von Armut und zur För-  
3667 derung von benachteiligten Quartieren und Stadtteilen.

3668

3669 Wir unterstützen die Einführung der bundesweiten Kin-  
3670 dergrundsicherung, damit Kinder nicht in Armut auf-  
3671 wachsen. Die Unterstützung aller Kinder durch allge-  
3672 meine Lernmittelfreiheit setzen wir fort.

3673

3674 Um Armut und Ausgrenzung zu verhindern, unterstüt-  
3675 zen wir die Beratungsangebote der Schuldenberatung  
3676 und des Verbraucherschutzes.

3677

3678 Wir werden die Arbeitslosenzentren und Erwerblosen-  
3679 beratungsstellen weiter fördern und ihre Arbeit stärken.  
3680

3681 **Housing first**

3682

3683 Wir unterstützen das Konzept „housing first“ zur unmit-  
3684 telbaren Bekämpfung von Wohnungslosigkeit.

3685

3686 Jeder Mensch hat ein Recht auf eine eigene Wohnung,  
3687 in der er selbst wählen darf, welcher Unterstützung er  
3688 bedarf. Wohnraum wird nicht an Bedingungen der An-  
3689 nahme von Hilfsangeboten geknüpft. Beratung und Un-  
3690 terstützung ist an den Menschen und seine individuel-  
3691 len Bedürfnisse zu orientieren und dessen Wahlfreiheit  
3692 wird berücksichtigt.

3693

3694 **Einsamkeit**

3695

3696 In den Zeiten der sozialen Distanzierung, nicht zuletzt  
3697 durch die Pandemie ist Entfremdung, Einsamkeit und  
3698 Isolation zu einem breiten Phänomen geworden. Sozia-  
3699 le Beziehungen spielen für die psychische und physische  
3700 Gesundheit eine große Rolle.

3701

3702 Wir fördern daher unterschiedliche Möglichkeiten der  
3703 Begegnung für alle Lebenssituationen.

3704

3705 **Erhaltung des Lebensumfeldes im Alter**

3706

3707 Die demografische Entwicklung und die Entwicklung  
3708 der Zahl der pflegebedürftigen Menschen erfordern  
3709 konkrete Aktivitäten und Maßnahmen, damit auch in  
3710 dieser Lebensphase die Teilhabe am Leben gesichert und  
3711 der Zugang zu allen Angeboten und Dienstleistungen  
3712 im jeweiligen Lebensraum möglich ist. Das Alten- und  
3713 Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen sieht deswegen aus-  
3714 drücklich die Förderung der Entstehung, Entwicklung  
3715 und Qualität von Dienstleistungen vor. Bisher fehlt es an  
3716 jedweder Konkretisierung, welche Strukturen und An-  
3717 gebote im Lebensraum unverzichtbar sind, und wie die-  
3718 se erhalten bzw. entwickelt und dazu auch gefördert  
3719 werden können. Wir werden zur Klärung und Konkreti-  
3720 sierung ein Forschungsprojekt vergeben und nach des-  
3721 sen Ergebnis konkrete Maßnahmen zur weiteren Förde-  
3722 rung entwickeln.

3723

3724 Die demografische Alterung ist eine der zentralen Zu-  
3725 kunftsherausforderungen in NRW. Die Lebensphase Al-  
3726 ter ist vielfältig und bedarf einer differenzierten Her-  
3727 angehensweise: Von der Frage älterer Arbeitnehmer\*in-  
3728 nen über gesellschafts-politische Teilhabe älterer Men-  
3729 schen bis zum Thema Pflege Hochbetagter. Wir betrach-  
3730 ten Alter nicht nur aus der Perspektive der Risiken, son-  
3731 dern ebenso aus der Perspektive der Chancen und Po-  
3732 tenziale. Die Bekämpfung der sich ausweitenden Alters-

3733 Armut ist eine zentrale Aufgabe. Zur Gestaltung der de-  
3734 mografischen Alterung ist die Stärkung der Altersfor-  
3735 schung in NRW unerlässlich. Insbesondere werden wir  
3736 die Kommunen dabei unterstützen, die Lebensqualität  
3737 älterer Menschen zu verbessern. Kommunale Senior\*In-  
3738 nenvertretungen und Teilhabe- und Lernmöglichkeiten  
3739 älterer Menschen werden wir weiter stärken. Dabei ist  
3740 die Generationensolidarität elementar für den sozialen  
3741 Zusammenhalt der Gesellschaft.

3742

#### 3743 **Langfristige Finanzierung der Demenz- und Wohnbera-** 3744 **tungsstellen**

3745

3746 Demenz- und Wohnberatung sind unabdingbar, damit  
3747 pflegebedürftige oder von Pflegebedürftigkeit bedrohte  
3748 Menschen so lange wie möglich im vertrauten eigenen  
3749 Wohnumfeld leben können. Wir werden die langfristige  
3750 Finanzierung dieser Beratung sicherstellen.

3751

#### 3752 **Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege**

3753

3754 Wir werden den Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege-  
3755 plätze vorantreiben und dabei prüfen, ob eine verbes-  
3756 serte Investitionskostenförderung dabei wirksam ist.  
3757 Für die Weiterentwicklung der Tagespflege streben wir  
3758 ein Programm zur Erhaltung und Verbesserung der  
3759 Selbstbestimmungs- und Teilhabefähigkeit der Teilneh-  
3760 mer und dafür eine gesonderte Förderung an.

3761

3762 In Wohneinrichtungen werden wir selbstbestimmte  
3763 Teilhabe durch das WTG Gesetz etablieren.

3764

#### 3765 **Beratung, Unterstützung und Begleitung**

3766

3767 Pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinde-  
3768 rungen, chronisch Kranke Menschen beklagen mangeln-  
3769 de Transparenz und fehlende Unterstützung bei der Be-  
3770 antragung von Leistungen des Sozialgesetzbuches, Be-  
3771 gleitung bei der Ausführung von Leistungen und bei der  
3772 Durchsetzung ihrer Rechte, obwohl in den Sozialgesetz-  
3773 büchern eine Vielzahl von Auskunfts- und Beratungs-  
3774 möglichkeiten geregelt sind und darüber hinaus eine  
3775 große Zahl weiterer Beratungs- und Unterstützungsan-  
3776 gebote durch Nichtregierungsorganisationen vorgehal-  
3777 ten werden. Oftmals finden sich die Schnittstellen des  
3778 gegliederten Systems auch in den Beratungsstrukturen  
3779 wieder. Es mangelt danach nicht an gesetzlichen Rege-  
3780 lungen, offensichtlich aber an Vernetzung und individu-  
3781 eller Begleitung. Wir werden die Diskrepanz zwischen  
3782 vorhandenen Strukturen bzw. rechtlichen Grundlagen  
3783 und dem tatsächlichen Unterstützungsbedarf wissen-  
3784 schaftlich untersuchen lassen und auf dieser Grundlage  
3785 geeignete Maßnahmen zu einer besseren Vernetzung  
3786 der Strukturen und individueller Unterstützung der Be-  
3787 troffenen ergreifen.

3788

3789 **Inklusion**

3790

3791 Wir stärken die Inklusion von Anfang an und ermögli-  
3792 chen individuelle Teilhabe auch für Menschen, die im  
3793 Laufe Ihres Lebens Behinderungen erwerben oder er-  
3794 kranken. Teilhabe am Arbeitsleben und am gesellschaft-  
3795 lichen Leben unterstützen wir für alle Menschen in  
3796 Nordrhein- Westfalen. Die Beratung von Beschäftigung  
3797 von Menschen, die im Laufe ihres Arbeitslebens eine Be-  
3798 hinderung erworben haben, werden wir fördern.

3799

3800 Dazu unterstützen wir die medizinische Rehabilitation  
3801 und schließen die Lücken bei der Versorgung von Men-  
3802 schen mit psychischen und neurologischen Erkrankun-  
3803 gen. Die Weiterentwicklung von ambulanten und sta-  
3804 tionären Versorgungsformen zu eigenverantwortlichem  
3805 Leben und der Teilhabe am Arbeitsmarkt treiben wir vor-  
3806 an. Die guten Erfahrungen mit Coaching und Gesund-  
3807 heitsberatung zur Unterstützung von Langzeitarbeitslo-  
3808 sen setzen wir fort.

3809

3810 Die Unterstützung für die LAG (Landesarbeitsgemein-  
3811 schaft) Selbsthilfe NRW wollen wir weiter ausbauen und  
3812 auch die Arbeit des Landesbehindertenrats stärken.

3813

3814 **Drogen**

3815

3816 Die vom Bund geplante Freigabe von Cannabis beglei-  
3817 ten wir mit einem flächendeckende Präventions- und Ju-  
3818 gendschutzprogramm.

3819

3820 Die Beratung von Suchtgefährdeten und deren Angehö-  
3821 rigen sichern wir ab. Der Unterstützung von Familien  
3822 und Kindern kommt dabei eine besondere Bedeutung  
3823 zu.

3824

3825 **Frauen**

3826

3827 Die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern wir  
3828 aktiv. Wir wirken gezielt auf einen Ausgleich von Be-  
3829 nachteiligungen hin.

3830

3831 Die psychosoziale Beratung für Frauen werden wir lang-  
3832 fristig sichern und ausbauen, ebenso wie Frauenbera-  
3833 tung, Frauenhäuser, Mädchenberatung, Beratung für  
3834 Prostituierte und Opfer von Menschenhandel.

3835

3836 Schwangerschaftskonfliktberatung ist ein wichtiger Be-  
3837 standteil der Gesundheitsfürsorge für Frauen.

3838

3839 **4.5 INNERE SICHERHEIT STÄRKEN, LEBEN IN FREIHEIT  
3840 SCHÜTZEN**

3841

3842 Wir wollen, dass sich alle in unseren Städten und Ge-

3843 meinden geborgen fühlen. Wir sorgen für ein geschütz-  
3844 tes, lebenswertes Wohnumfeld.

3845

3846 Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Staates,  
3847 für die Sicherheit der Bevölkerung Sorge zu tragen und  
3848 diese vor Übergriffen und Kriminalität zu schützen. Für  
3849 uns gehört auch dazu, das Erscheinungsbild des öffent-  
3850 lichen Raums im Sinne von Pflegezustand, Sicherheit  
3851 und Ordnung. Nur sehr reiche Menschen können sich  
3852 einen schwachen Staat leisten und sich gegebenenfalls  
3853 selbst schützen. Die Allgemeinheit ist jedoch auch hier  
3854 auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen. Wir wer-  
3855 den auch bei dieser Aufgabe die Handlungsfähigkeit des  
3856 Staates erhöhen.

3857

3858 Freiheit und Sicherheit denken wir zusammen. Sie be-  
3859 dingen sich für uns gegenseitig. Sicherheit ist eine Vor-  
3860 aussetzung für ein freies, selbstbestimmtes Leben. Um-  
3861 gekehrt dürfen Freiheitsrechte nicht durch eine einsei-  
3862 tige und ausschließliche Fixierung des Staates auf Si-  
3863 cherheitsbedürfnisse erstickt werden. Denn sämtliche  
3864 Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit müs-  
3865 sen letztendlich das Ziel verfolgen, unser Leben in Frei-  
3866 heit zu schützen und zu bewahren. Der Staat muss für  
3867 eine vernünftige Balance zwischen beiden Polen einste-  
3868 hen und eine vorausschauende Politik betreiben, die ge-  
3869 gen Kriminalität und ihre Ursachen konsequent vorgeht,  
3870 dabei aber Augenmaß wahrt.

3871

3872 Wir stehen deshalb für eine Innenpolitik, in der Sicher-  
3873 heit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Wir brau-  
3874 chen dazu eine breite Einbindung aller relevanten ge-  
3875 sellschaftlichen Akteure und Gruppen: Sicherheitsbe-  
3876 hörden, Wissenschaft, Vereine und Verbände, Schulen  
3877 und nicht zuletzt auch engagierte Bürgerinnen und Bür-  
3878 ger.

3879

#### 3880 **Prävention**

3881

3882 Dabei setzen wir vor allem auch auf die Prävention  
3883 von Kriminalität. Wir müssen in Zukunft stärker voraus-  
3884 schauend und vorbeugend agieren. Es reicht nicht, erst  
3885 dann einzugreifen, wenn das Kind bereits in den Brun-  
3886 nen gefallen ist. Die „beste Kriminalität“ ist nach wie vor  
3887 diejenige, die niemals stattfindet!

3888

3889 Präventionsprogramme zur Bekämpfung von Jugendkri-  
3890 minalität und politischem und religiösem Extremismus  
3891 werden wir deshalb ausbauen und verstetigen. Damit  
3892 verhindern wir frühzeitig, dass sich Menschen von ei-  
3893 nem friedlichen Zusammenleben und unseren freiheit-  
3894 lichen und demokratischen Werten entfernen.

3895

3896 Eine gute Kriminalprävention beginnt dabei bereits auf  
3897 der kommunalen Ebene. Denn in den Kommunen be-

3898 steht ein unersetzbares Wissen über die lokalen Gege-  
3899 benheiten und Probleme. Kriminalpräventive Räte bie-  
3900 ten hier die Möglichkeit, alle relevanten Akteure der Si-  
3901 cherheitspolitik - Polizei, Jugend- und Sozialämter, So-  
3902 zialarbeiter und Sozialarbeiterinnen, Wohlfahrtsverbän-  
3903 de – an einen Tisch zu bringen und Kriminalität und ihre  
3904 Ursachen vor Ort koordiniert zu bekämpfen. Die krimi-  
3905 nalpräventiven Räte auf kommunaler Ebene wollen wir  
3906 deshalb stärken und weiter ausbauen.

3907

3908 Und nicht zuletzt beinhaltet eine vorausschauende Si-  
3909 cherheitspolitik auch, die soziale Kluft zu überwinden  
3910 und Aufstiegschancen und Wohlstand für alle wieder  
3911 möglich zu machen.

3912

3913 Dafür sind starke Kommunen, eine starke Wirtschaft mit  
3914 guten und fairen Löhnen für die Arbeitnehmerinnen und  
3915 Arbeitnehmer sowie gute Bildung- und Freizeitmöglich-  
3916 keiten Bedingung. Hierfür machen wir uns stark. Wir ge-  
3917 ben den Menschen in Nordrhein- Westfalen soziale Si-  
3918 cherheit und fangen sie auf, wenn es einmal im Leben  
3919 nicht so gut läuft.

3920

3921 **Unsere Polizei vor Ort. Freundlich und hilfsbereit**

3922

3923 Wir wollen die Präsenz unserer Polizei in den Stadtquar-  
3924 tieren und auf den Straßen vor Ort verstärken. Polizei  
3925 muss für die Menschen sichtbar, schnell ansprechbar  
3926 und schnell am Einsatzort sein. Die Bezirksbeamtinnen  
3927 und -beamten sind für uns dafür unerlässlich. Sie schaf-  
3928 fen mit ihrer wertvollen Arbeit Nähe zwischen Polizei  
3929 und Bevölkerung und sind gleichzeitig ein Frühwarnsys-  
3930 tem für die Probleme vor Ort. Wir wollen deshalb diesen  
3931 Bezirksdienst erhalten und weiter ausbauen. Dies stärkt  
3932 sowohl die objektive Sicherheitslage als auch das Ver-  
3933 trauen der Bürgerinnen und Bürger in unser Gemeinwe-  
3934 sen.

3935

3936 Die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprech-  
3937 partner unterstreicht unseren Politikansatz. Rechts-  
3938 extremismus und die Ausübung rechtswidriger Gewalt  
3939 haben in unserer Polizei keinen Platz und müssen kon-  
3940 sequent aus dem Dienst entfernt werden! Wir werden  
3941 nicht akzeptieren, dass eine kleine Minderheit den gu-  
3942 ten Ruf unserer in Demokratie und Rechtsstaat fest ver-  
3943 ankerten Polizei beeinträchtigt. Darüber hinaus wollen  
3944 wir, dass zukünftig ein unabhängiger Polizeibeauftrag-  
3945 ter als Ansprechpartner für Menschen innerhalb und au-  
3946 ßerhalb der Polizei zur Verfügung steht, um Konflikte zu  
3947 schlichten und das Vertrauen zwischen Polizei und Bür-  
3948 gern zu stärken.

3949

3950 Für die anspruchsvolle Arbeit unserer Polizistinnen und  
3951 Polizisten bedarf es einer guten Ausbildung mit ständi-  
3952 ger Fort- und Weiterbildung. Für ihren oft gefährlichen

3953 Einsatz für uns rüsten wir die Polizei bestmöglich aus,  
3954 damit sie sich gut schützen kann. Dies gilt vor allem für  
3955 ihre digitale Ausstattung. In einer zunehmend digitali-  
3956 sierten Welt darf die Polizei in ihrer technischen Aus-  
3957 stattung nicht hinterherhinken. In diesem Zusammen-  
3958 hang wollen wir zukünftig auch ein noch stärkeres Au-  
3959 genmerk auf die Bekämpfung von neuen Kriminalitäts-  
3960 formen – wie zum Beispiel Internetkriminalität – sowie  
3961 auf die Möglichkeiten der digitalen Fahndung richten.  
3962

3963 Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten sowie gegen  
3964 die Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdiensten  
3965 ist nicht hinnehmbar und muss konsequent verfolgt  
3966 werden. Dies ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir  
3967 wollen sicherstellen, dass sämtliche Gewaltdelikte ge-  
3968 gen Einsatzkräfte durch die Behördenleitungen ange-  
3969 zeigt und vor Gericht verhandelt und ausgeurteilt wer-  
3970 den. Nur so erfahren die Opfer Wertschätzung und die  
3971 Täterinnen und Täter Konsequenzen.

3972

#### 3973 **Kriminalität bekämpfen**

3974

3975 Wir werden eine weitere Aufstockung des Personals der  
3976 Polizei vornehmen, denn bedingt durch die aktuell hohe  
3977 Anzahl an Pensionierungen und den Zuwachs an Auf-  
3978 gaben kommt es nach wie vor zu personellen Engpäs-  
3979 sen bei der Polizei. Das führt zum Beispiel bei der Kripo  
3980 dazu, dass eine effiziente Verbrechensbekämpfung oft-  
3981 mals nur unter erschwerten Umständen wahrgenom-  
3982 men werden kann und dass Ermittlungserfolge im Be-  
3983 reich der Kontrollkriminalität - wie z.B. bei Drogen- oder  
3984 Bandendelikten - spärlicher als erforderlich ausfallen, da  
3985 hier mit einem hohen Personaleinsatz gearbeitet wer-  
3986 den muss.

3987

3988 Wir werden in diesem Zusammenhang für eine Perso-  
3989 nalentwicklung „aus einem Guss“ für die gesamte Poli-  
3990 zei sorgen. Die jährlichen Einstellungszahlen werden wir  
3991 so erhöhen, dass mindestens die pensionierungsbeding-  
3992 ten Abgänger durch Neueinstellungen ersetzt werden,  
3993 damit es nicht zu Überlastung, Überstunden und De-  
3994 fiziten bei der Kriminalitätsbekämpfung kommt. Dabei  
3995 ist es unser Ziel, bei den Einstellungen auch die Vielfalt  
3996 in unserer Gesellschaft abzubilden. Zudem wollen wir  
3997 im Rahmen der bewährten Polizeiausbildung geeigne-  
3998 te Fördermaßnahmen entwickeln, um die aktuell hohe  
3999 Abbrecherquote in der Polizeiausbildung zu reduzieren.  
4000

4001 Wir wollen das sog. „Dunkelfeld“ erhellen, denn bei der  
4002 Kriminalitätsentwicklung liegen in zu vielen Bereichen -  
4003 zum Beispiel bei der organisierten Kriminalität, bei Se-  
4004 xualdelikten oder bei der häuslichen Gewalt - nur un-  
4005 zureichende Daten. Die jährliche polizeiliche Kriminal-  
4006 statistik gibt nur einen Teilaspekt der Kriminalitätsla-  
4007 ge wieder. Um ein vollständiges Bild über die Krimina-

4008 litätsentwicklung zu erlangen und um die Maßnahmen  
4009 zur Kriminalitätsbekämpfung künftig gezielter auszu-  
4010 richten und zu verbessern, werden wir deshalb einen  
4011 regelmäßigen Periodischen Sicherheitsbericht erstellen  
4012 lassen.

4013

4014 Wir wollen unserer Polizei helfen, bessere Strategien  
4015 und Lösungen bei der Kriminalitätsbekämpfung zu ent-  
4016 wickeln. Wir werden deshalb ein Institut für Sicher-  
4017 heitsforschung errichten, das zukünftig als unabhängi-  
4018 ge Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Pra-  
4019 xis dient. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen hier ge-  
4020 sammelt, gebündelt und für die Politik und die prakti-  
4021 sche Arbeit der Sicherheitsbehörden verfügbar gemacht  
4022 werden. Darüber hinaus werden wir einen unabhängi-  
4023 gen und interdisziplinären Sachverständigenbeirat ein-  
4024 richten, der Landtag und Landesregierung zu sämtlichen  
4025 innenpolitischen Fragen berät. Als politisch unabhängi-  
4026 ge Stimme – ähnlich dem „Rat der Wirtschaftsweisen“ –  
4027 soll er abseits der Tagespolitik langfristige Themen set-  
4028 zen und Handlungsoptionen aufzeigen.

4029

4030 Wir werden uns aller verfügbaren rechtlichen Mittel be-  
4031 dienen, um organisierte Kriminalität schon im Ansatz  
4032 zu bekämpfen. Die Bekämpfung der organisierten Kri-  
4033 minalität ist in den letzten Jahren zu kurz gekommen  
4034 und benötigt einen „langen Atem“ und eine umfassen-  
4035 de Strategie. Wir werden für ihre Verfolgung mehr per-  
4036 sonelle Ressourcen bereitstellen. Entscheidend ist, dass  
4037 bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu-  
4038 künftig stärker dort angesetzt wird, wo es den Verbre-  
4039 chern am meisten weh tut. Und hier ist es das Geld,  
4040 das die wesentlichen Anreize für die Straftaten setzt.  
4041 Wir werden deshalb die behördenübergreifende Zusam-  
4042 menarbeit ausbauen und die Gewerbe- und Finanzkon-  
4043 trollen ausweiten, um die Geldwäsche effizienter als bis-  
4044 her zu bekämpfen. Neben der Polizei und der Staatsan-  
4045 waltschaft müssen dabei auch die Finanzämter, die Job-  
4046 center, die Ausländerbehörden sowie Ordnungs- und Ju-  
4047 gendämter beteiligt sein.

4048

4049 Mit der konsequenten Einziehung von illegalem Ver-  
4050 mögen werden wir der organisierten Kriminalität die  
4051 Grundlage für weitere kriminelle Geschäfte nehmen.  
4052 Dafür werden wir die Finanzämter mit genügend Steu-  
4053 erfahndern und Analysten ausstatten, um somit illega-  
4054 le Finanzströme und Steuerhinterziehung konsequent  
4055 ahnden zu können.

4056

4057 Kriminalpolitik darf keine Bevölkerungsgruppe unter  
4058 Generalverdacht stellen. Zur Bekämpfung der so ge-  
4059 nannten „Clan-Kriminalität“ bedarf es mehr als nur öf-  
4060 fentlichkeitswirksamer Razzien. Hier geht es insbeson-  
4061 dere darum, nicht nur Boten, sondern Bosse zu fangen,  
4062 um die konsequente Einziehung von illegalem Vermö-

4063 gen sowie um Ausstiegs- und Präventionsangebote für  
4064 Familienangehörige. Auch die zunehmende Bandenkri-  
4065 minalität im Zusammenhang mit der Sprengung von  
4066 Geldautomaten wollen wir entschieden bekämpfen. In  
4067 diesem Zusammenhang wollen wir die Zusammenar-  
4068 beit mit den Polizeibehörden in den Niederlanden wei-  
4069 ter intensivieren und gemeinsam mit Sicherheitsbehör-  
4070 den sowie Banken und Sparkassen erreichen, dass die  
4071 Verbesserung der technischen Sicherheitsvorkehrungen  
4072 zum Schutz vor den Geldsprengungen weiter forciert  
4073 werden.

4074

4075 Wir wollen sichere und attraktive Bahnhöfe, denn  
4076 der heutige Zustand vieler Bahnhöfe wird oftmals als  
4077 „Angstraum“ wahrgenommen. Menschen fühlen sich  
4078 unwohl und unsicher. Das ändern wir, indem wir mit  
4079 dem Bund, der Deutschen Bahn und den Verkehrsver-  
4080 bänden ein Konzept für die Einführung einer „Bahn-  
4081 hofsaufsicht“ zu entwickeln. Diese soll als Ansprech-  
4082 partnerin für Fahrgäste dienen und als „Kümmerer vor  
4083 Ort“ für eine Verbesserung des Zustands der Bahnhö-  
4084 fe und Haltepunkte sorgen. Zudem wollen wir eine  
4085 verbesserte Zusammenarbeit und Vernetzung der ver-  
4086 schiedenen Akteure – Bundespolizei, Landespolizei, DB-  
4087 Sicherheitsdienst, kommunale Ordnungsdienste, Sozi-  
4088 alarbeiter – erreichen, die für die Sicherheit an den  
4089 Bahnhöfen und ihrem unmittelbaren Umfeld verant-  
4090 wortlich sind. Darüber hinaus wollen wir die Einrich-  
4091 tung von dauerhaften Waffenverbotszonen im Umfeld  
4092 der großen Bahnhöfe.

4093

4094 **Wehrhafte Demokratie – Wir zeigen klare Kante gegen**  
4095 **Extremismus**

4096

4097 Wir wollen die Bekämpfung des politischen und reli-  
4098 giösen Extremismus weiter ausbauen und den Kampf  
4099 gegen Gewalt und Terror, Hasskriminalität und rassisti-  
4100 sche Volksverhetzung verstärken. Denn ein demokrati-  
4101 scher Rechtsstaat muss wehrhaft sein! Er hat nicht nur  
4102 das Recht, sondern auch die Pflicht sich und die mit ihm  
4103 verbundenen Werte zu schützen und sich Verfassungs-  
4104 feinden jedweder Richtung energisch entgegenzustel-  
4105 len. Die größte Gefahr für die Demokratie droht dabei  
4106 derzeit durch den Rechtsextremismus.

4107

4108 Für diese Aufgaben wollen wir Polizei und Verfassungs-  
4109 schutz stärken, ohne dass sie dabei ihre Bürgerorien-  
4110 tierung aufgeben. Menschenfeindliche Positionierun-  
4111 gen innerhalb staatlicher Institutionen werden wir nicht  
4112 dulden. Wir werden dafür sorgen, dass die Behörden für  
4113 rechtsextreme Einstellungen und Taten stärker sensibi-  
4114 lisiert werden.

4115

4116 Zwingend erforderlich ist eine Unterbindung des Waf-  
4117 fenbesitzes in Händen von Extremisten. Hierzu setzen

4118 wir uns für eine noch strengere Überwachung ein. Die  
4119 Mitgliedschaft in extremistischen Netzwerken bedeutet  
4120 für, dass zwangsläufig der Entzug des Waffenscheins er-  
4121 folgt.

4122

4123 Offene Haftbefehle gegen Rechtsextremist\*innen sind  
4124 schnellstmöglich zu vollstrecken. Auch die Auswertung  
4125 und Analyse dieser offenen Haftbefehle muss um-  
4126 gehend erfolgen. Wir werden die Zuständigkeit der  
4127 Zentralstelle Terrorismusbekämpfung bei der General-  
4128 staatsanwaltschaft Düsseldorf um Ermittlungen gegen  
4129 rechtsextreme Täter\*innen ergänzen und diese dort bün-  
4130 deln.

4131

4132 Die Bekämpfung des Phänomens der Hasskriminali-  
4133 tät und insbesondere die Bekämpfung der Verbreitung  
4134 hasserfüllter Parolen wollen wir deutlich verstärken. Es  
4135 darf nicht hingenommen werden, dass Extremisten ver-  
4136 suchen das gesellschaftliche Klima in unserem Land zu  
4137 vergiften. Denn eine solche Hetze gegen andere Men-  
4138 schen ist häufig nur die Vorstufe für tätliche Gewalt.  
4139 Verfassungsschutz und Polizei wollen wir deshalb ins-  
4140 besondere auch zur Bekämpfung von extremistischer  
4141 Hasskriminalität im Internet weiter personell aufsto-  
4142 cken, ebenso wie die Zentral- und Ansprechstelle Cy-  
4143 bcrime Nordrhein-Westfalen. Zudem wollen wir er-  
4144 reichen, dass bei der Bekämpfung der Extremisten ne-  
4145 ben den staatlichen Ermittlungsbehörden und der Jus-  
4146 tiz auch die Betreiber entsprechender Internetpattfor-  
4147 men wie Facebook oder YouTube stärker in die Pflicht  
4148 genommen werden. Sie müssen Botschaften mit men-  
4149 schenverachtenden und extremistischen Inhalten zügi-  
4150 ger und energischer als bisher entfernen.

4151

4152 In diesem Zusammenhang wollen wir flankierend auch  
4153 die Präventionsmaßnahmen gegen Extremismus wei-  
4154 ter intensivieren. Eine wichtige Maßnahme ist in die-  
4155 sem Zusammenhang die Ausdehnung des zur Bekämp-  
4156 fung des Islamismus eingeführten Programms „Weg-  
4157 weiser“ auf sämtliche Formen des Extremismus. Wir  
4158 wollen, dass die bisherigen Anlaufstellen ergänzend zu  
4159 den guten Angeboten der Mobilen Beratungsteams ge-  
4160 gen Rechtsextremismus und den Beratungsstellen für  
4161 Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt zu Prä-  
4162 ventionszentren ausgebaut werden.

4163

4164 Wir werden eine kritische Bestandsaufnahme der ein-  
4165 griffsintensiven „Sicherheitsgesetze“ der letzten Jah-  
4166 re durchführen. Es muss umfassend evaluiert werden,  
4167 welche Eingriffe in die Grundrechte sich tatsächlich  
4168 als verhältnismäßig, weil unbedingt notwendig erwie-  
4169 sen haben. Wir werden das bestehende Versammlungs-  
4170 gesetz durch ein Versammlungsfreiheitsgesetz erset-  
4171 zen. Wir werden es nicht zulassen, dass Rechtsextre-  
4172 misten die Tage zum Gedanken an die Opfer der NS-

4173 Gewaltherrschaft und Shoa missbrauchen und die Opfer  
4174 verächtlich machen.

4175

4176 **Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz**

4177

4178 Wenn man eines aus der Pandemie und der Flutkata-  
4179 strophe im Juli 2021 lernen kann, dann der Bevölkerungs-  
4180 schutz in Nordrhein-Westfalen ganz neu gedacht wer-  
4181 den muss. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht  
4182 und wollen die die Strukturen im wahrsten Sinne des  
4183 Wortes krisenfest machen.

4184

4185 Im Katastrophenfall werden wir den Krisenstab auf Lan-  
4186 desebene einberufen. Wir werden Gemeinden und Krei-  
4187 se im Katastrophenschutz eine dauerhaft bessere orga-  
4188 nisatorische Unterstützung geben.

4189

4190 Dafür werden wir eine einheitliche Stabs- und Leitstel-  
4191 lensoftware für eine bessere Vernetzung des Lagebilds  
4192 im Katastrophenfall zwischen sämtlichen Ebenen – Krei-  
4193 se, kreisfreie Städte, Bezirksregierungen und Landesre-  
4194 gierung – beschaffen.

4195

4196 Wir stärken die Einsatzkräfte in der nicht-polizeilichen  
4197 Gefahrenabwehr.

4198

4199 Feuerwehr, Rettungsdienst und Hilfsorganisationen  
4200 sind in vielen Bereichen ehrenamtlich organisiert und  
4201 leisten hervorragende Arbeit. Wir sorgen dafür, dass  
4202 sie auf eine moderne Ausstattung, ein breites Angebot  
4203 an Aus- und Weiterbildung, vereinfachte Freistellung  
4204 der Arbeitgeber sowie bei Bedarf auf psychologische  
4205 Unterstützung zurückgreifen können.

4206

4207 Wir entwickeln das BHKG und die Katastrophenschutz-  
4208 pläne des Landes konsequent weiter. Die vorhandenen  
4209 Landeskonzepte werden wir quantitativ und qualita-  
4210 tiv (hier vor allem mit Blick auf Logistik, IT, psycho-  
4211 soziale Notfallversorgung und internationale Zusam-  
4212 menarbeit) ausbauen. Es braucht ein Ressourcenma-  
4213 nagement zur Vorhaltung u.a. von technischer Ausstat-  
4214 tung im Katastrophenschutz, notwendigen medizini-  
4215 schen Produkten für die Bevölkerung (Stichwort: Mas-  
4216 ken) und behelfsmäßiger Infrastruktur (Stichwort: Er-  
4217 satzbrücken).

4218

4219 Wir sorgen für eine effiziente und zielgerichtete War-  
4220 nung der Bevölkerung in Notsituationen. Das modula-  
4221 re Warnsystem muss ausgebaut werden - dabei verste-  
4222 hen wir analoge Sirenen und Hinweistafeln genauso als  
4223 Bestandteil eines Warnmixes wie Apps, Cell-Broadcast-  
4224 Systeme und die Einbindung des öffentlich-rechtlichen  
4225 Rundfunks. Städte, Gemeinden und Kreise werden vom  
4226 Land beim Ausbau der Warn-Infrastruktur vor Ort un-  
4227 terstützt. Warnungen wirken nur dann, wenn die Be-

4228 völkerung ausreichend informiert und sensibilisiert ist.  
4229 Wir streben daher eine flächendeckende Förderung der  
4230 Selbsthilfefähigkeit der Bürgerinnen und Bürger an.

4231

4232 Wir machen die Kommunikation von Einsatzkräften  
4233 und Behörden krisenfest. Die Erfahrungen der Flutka-  
4234 tastrophe haben uns gezeigt, wie anfällig Festnetz-  
4235 Anschlüsse, Mobilfunknetze und Digitalfunk im Kata-  
4236 strophenfall bzw. bei länger anhaltenden Stromausfäl-  
4237 len sind. Dem wollen wir mit der Bereitstellung von sa-  
4238 tellitengestützter Technik als Rückfallebene begegnen.  
4239 Gleichzeitig soll das Land die Verwundbarkeit eigener  
4240 Einrichtungen und Liegenschaften der kritischen Infra-  
4241 struktur untersuchen.

4242

4243 Wir werden dafür sorgen, dass die Bereichsausnahme  
4244 bei der Vergabe der rettungsdienstlichen Leistungen  
4245 für die kommunalen Rettungsdienste und anerkannt-  
4246 ten Hilfsorganisationen rechtssicher angewendet wer-  
4247 den kann.

4248

4249 **4.6 DIE JUSTIZ IN NORDRHEIN-WESTFALEN MUSS WIE-**  
4250 **DER EINEN SPITZENPLATZ EINNEHMEN!**

4251

4252 Auch die Justiz in Nordrhein – Westfalen wird mit uns  
4253 wieder den Spitzenplatz unter den Bundesländern bele-  
4254 gen, den sie bereits vor Jahren hatte. Das zu erreichen  
4255 bedeutet für uns, dass wir ihr die Rückendeckung und  
4256 das Vertrauen entgegenbringen, das sie verdient hat.  
4257 Nur so erhalten wir auf Dauer eine leistungsfähige und  
4258 durchsetzungsfähige Justiz. Daher werden wir es unter-  
4259 lassen, auf Beurteilungen von Richterinnen und Richtern  
4260 aus dem Ministerium heraus Einfluss zu nehmen. Auch  
4261 werden wir den Einfluss aus dem Ministerium auf ein-  
4262 zelne Ermittlungsverfahren wieder entscheidend redu-  
4263 zieren.

4264

4265 Aus Nordrhein-Westfalen werden wir wieder wichtige  
4266 justizpolitische Debatten, wie zum Beispiel beim Unter-  
4267 nehmenstrafrecht oder bei der Entkriminalisierung von  
4268 Bagatellkriminalität auf Bundesebene anstoßen und  
4269 die entscheidenden Lösungsansätze bieten. Mit einer  
4270 angemessenen tatsächlichen Personalausstattung, gut  
4271 bezahlten und hoch motivierten Bediensteten ist die-  
4272 ses Ziel wieder erreichbar. Dafür wollen wir jeden Ge-  
4273 schäftsbereich in den Blick nehmen und keinen verges-  
4274 sen. Wir wissen, dass es von den Vereinen und Verbän-  
4275 den der Justiz viele gute Ideen für eine Verbesserung der  
4276 Arbeit gibt. Diesen Sachverstand wollen wir nutzen und  
4277 eine Beteiligung auf Augenhöhe für die besten Lösun-  
4278 gen ermöglichen.

4279

4280 **Gute Arbeit in der Justiz**

4281

4282 Wir werden dafür sorgen, dass der Justiz nicht nur die

4283 erforderlichen Stellen auf dem Papier, sondern auch tat-  
4284 sächlich zu Verfügung stehen. Die Verstetigung des Pak-  
4285 tes für den Rechtsstaat gemeinsam mit dem Bund ist  
4286 hierfür ein wichtiger Schritt. Die Zahl der befristeten  
4287 Stellen werden wir reduzieren und sachgrundlosen Be-  
4288 fristungen auch in der Justiz abschaffen. Dazu gehö-  
4289 ren auch besoldungsrechtliche Verbesserungen in der  
4290 Justiz. Wir werden die Rechtsprechung des Bundesar-  
4291 beitsgerichts zur Eingruppierung von Justizbeschäftig-  
4292 ten in Serviceeinheiten und Geschäftsstellen bei Gericht-  
4293 ten und Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen  
4294 endlich umsetzen. Außerdem werden wir dafür sorgen,  
4295 dass das angestellte Pflegepersonal in den Justizvoll-  
4296 zugsanstalten so wie die Beamt\*innen eine Zulage er-  
4297 halten werden. Ferner werden wir für die Beamt\*innen  
4298 der Justiz zukünftig ein Wahlrecht zwischen Beihilfe und  
4299 gesetzlicher Krankenversicherung ermöglichen.

4300

4301 Wir werden dafür sorgen, dass Vertretungen für ehren-  
4302 amtliche Richter\*innen, so wie jetzt schon in der Ar-  
4303 beitsgerichtsbarkeit, auch in den anderen Gerichtsbar-  
4304 keiten gewählt werden können. Auch werden wir für ei-  
4305 ne bessere Freistellungsregelungen für die ehrenamtli-  
4306 chen Richter\*innen sorgen und sie so wirksam unter-  
4307 stützen.

4308

4309 Berufsbetreuer und Berufsbetreuerinnen leisten einen  
4310 wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag. Diesen gilt  
4311 es zu würdigen. Dazu gehört es, dass es zu einer ehr-  
4312 lichen Evaluierung der jetzigen Vergütung kommt, um  
4313 so eine Gesamtauskunft über den Reformbedarf im Ver-  
4314 gütungssystem zu erhalten. Wir werden diese Evaluie-  
4315 rung durchführen, um mit den Erkenntnissen mit der  
4316 Bundesebene ins Gespräch zu kommen. Wir wollen ih-  
4317 nen mit einer Öffentlichkeitskampagne die notwendige  
4318 Wertschätzung geben und zugleich um dringend not-  
4319 wendige neue Berufsbetreuer und Berufsbetreuerinnen  
4320 werben.

4321

4322 Mit uns wird der Strafvollzug wieder den Stellenwert er-  
4323 halten, der ihm gebührt. Das heißt für uns, mehr Perso-  
4324 nal und eine bessere Bezahlung. Wir werden mehr Tem-  
4325 po beim Neubau bzw. bei der Modernisierung der Jus-  
4326 tizvollzugsanstalten machen. Schon bei den Planungen  
4327 werden wir die Personalvertretungen und Beschäftigten  
4328 einbeziehen, damit konsequent auch für den Schutz der  
4329 Bediensteten gesorgt wird.

4330

4331 Das Projekt „Schwitzen statt sitzen“, der Vorrang von ge-  
4332 meinnütziger Arbeit vor dem Verbüßen einer Ersatzfrei-  
4333 heitsstrafe werden wir wieder forcieren.

4334

4335 Sicherheit bedeutet immer auch die Sicherheit der Be-  
4336 schäftigten in der Justiz auszubauen. Die Justizbeschäf-  
4337 tigten, wie zum Beispiel die Gerichtsvollzieher und Ge-

4338 richtsvollzieherinnen aber auch im Justizvollzug oder in  
4339 den Wachtmeistereien, die durch ihren täglichen Kon-  
4340 takt mit Menschen einer größeren Gefahr ausgesetzt  
4341 sind, selbst Opfer von Übergriffen zu werden, haben  
4342 ein Recht darauf, diesen Schutz zu erhalten. Diesem An-  
4343 spruch werden wir gerecht werden.

4344

4345 Wir werden die bisherige Reform des Juristenausbil-  
4346 dungsgesetzes durch Schwarz – Gelb korrigieren, indem  
4347 wir u.a. einen in das Jura – Studium integrierten Bache-  
4348 lor einführen und die Möglichkeit des „Abschichtens“  
4349 wieder einführen.

4350

4351 Staatsanwaltschaften wollen wir in Aus- und Fortbil-  
4352 dung stärker als bisher sensibilisieren für Missstände im  
4353 Bereich des Arbeitsschutzes sowie für Verstöße gegen  
4354 Mitbestimmungsrechte, wie die Verhinderung von Be-  
4355 triebsratsgründungen.

4356

4357 **Gleichberechtigter Zugang, Opferschutz, Resozialisie-**  
4358 **rung und mehr Digitalisierung**

4359

4360 Für uns ist der gleichberechtigte Zugang zum Recht ein  
4361 Teil der Daseinsvorsorge, der möglichst niederschwellig  
4362 und landesweit, auch im ländlichen Raum, gewährleis-  
4363 tet werden muss. Wir wollen ein daher ein flächende-  
4364 ckendes und niedrigschwelliges Rechtsberatungsange-  
4365 bot, das mit den bestehenden Angeboten verzahnt wer-  
4366 den sollte.

4367

4368 Die erste Stufe für den Rechtsfrieden im Land bleibt  
4369 aber, Prozesse durch vorgerichtliche Instrumente, wie  
4370 die gute Arbeit der Schiedsleute oder Mediationsver-  
4371 fahren, zu vermeiden. Nach einer Entscheidung gehört  
4372 dann aber auch die schnelle Vollstreckung dazu. da-  
4373 her wollen wir die Arbeit der Gerichtsvollzieher und  
4374 Gerichtsvollzieherinnen effektiver und noch besser ma-  
4375 chen, dazu werden wir das „Schwert der Justiz“ – wie  
4376 sich die Gerichtsvollzieher selbst bezeichnen – schärfen.

4377

4378 Beim Opferschutz werden wir einen stärker ressortüber-  
4379 greifenden und landesweiten Ansatz verfolgen. Wir set-  
4380 zen uns dafür ein, dass eine Stiftung nach bayerischem  
4381 Vorbild gegründet wird, aus der Opfer von Straftaten  
4382 Entschädigungen erhalten können, soweit dies aus an-  
4383 deren gesetzlichen Entschädigungen nicht, oder nicht  
4384 ausreichend geschieht. Die Stiftung soll auch aus Mit-  
4385 teln der Vermögensabschöpfung gespeist werden.

4386

4387 Wir werden dem Thema der psychisch Kranken im Jus-  
4388 tizvollzug endlich den Stellenwert einräumen, der ihm  
4389 gebührt, im Interesse der Kranken, aber auch im Inter-  
4390 esse der im Justizvollzug Bediensteten. Hierzu bedarf  
4391 es unter anderem endlich konsequenter baulicher Maß-  
4392 nahmen nicht nur im Justizvollzugskrankenhaus.

4393

4394 Resozialisierung ist das Ziel des Strafvollzugs. Wir wer-  
4395 den prüfen, wie zukunftsfähig die Resozialisierung  
4396 in Nordrhein-Westfalen innerhalb und außerhalb des  
4397 Strafvollzugs aufgestellt ist. Gerade für junge Men-  
4398 schen, die straffällig geworden oder von Haft bedroht  
4399 sind, bedarf es gut verzahnter Hilfeangebote. So soll-  
4400 ten Bewährungsauflagen dazu genutzt werden, neben  
4401 einem nötigen Strafübel auch Unterstützung zu gewäh-  
4402 ren.

4403

4404 Eine moderne Justiz in Nordrhein-Westfalen wird eine  
4405 digitalere Justiz sein. Dieser Weg muss aber mit den Be-  
4406 schäftigten und den Personalvertretungen gemeinsam  
4407 beschritten werden. Dieser Prozess muss mit den not-  
4408 wendigen personellen und finanziellen Ressourcen aus-  
4409 gestattet werden.

4410

4411 **4.7 VIELFALT UND ZUSAMMENHALT, FLUCHT UND INTE-**  
4412 **GRATION**

4413

4414 **Religionspolitik für eine offene Gesellschaft**

4415

4416 Die religiöse Vielfalt der Menschen in Nordrhein-  
4417 Westfalen ist eine große Stärke unseres Landes. Wir  
4418 stehen dafür ein, dass alle Menschen in Nordrhein-  
4419 Westfalen ihre im Grundgesetz verankerte Religions-  
4420 freiheit frei ausüben können.

4421

4422 In Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften fin-  
4423 det wichtiges Engagement statt, das gesellschaftlichen  
4424 Zusammenhalt schafft – und das zumeist ehrenamt-  
4425 lich. Die Kinder- und Jugendarbeit bietet nicht nur Frei-  
4426 zeitgestaltung, sondern auch lebendige demokratische  
4427 Bildung. Im Bereich der Integration leisten Kirchen und  
4428 Religionsgemeinschaften unersetzbare Leistungen. Und  
4429 die kulturelle Landschaft wird durch die Chöre, Kirchen-  
4430 musik und vieles weitere bereichert. Nicht zuletzt in der  
4431 Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie sehr sich Haupt-  
4432 und Ehrenamtliche in den Kirchengemeinden und Re-  
4433 ligionsgemeinschaften um ältere Menschen kümmern  
4434 Wir erkennen in Kirchen und Religionsgemeinschaften  
4435 wichtige Partner für eine gemeinsame Gestaltung einer  
4436 gerechten Welt.

4437

4438 Den guten Austausch mit den Kirchen, den jüdischen  
4439 Gemeinden und den islamischen Verbänden, sowie  
4440 weiteren wichtigen Stimmen und Persönlichkeiten der  
4441 Muslime in Nordrhein-Westfalen wollen wir fortsetzen  
4442 und intensivieren.

4443

4444 Es ist unsere Verpflichtung Jüdisches Leben in  
4445 Nordrhein-Westfalen sowohl zu schützen als auch  
4446 zu stärken. Dafür werden wir u.a. die Position der  
4447 Antisemitismusbeauftragten in Nordrhein- Westfalen

4448 weiter stärken. Neben der Ausweitung der Schutz- und  
4449 Sicherheitsmaßnahmen von religiösen Einrichtungen,  
4450 insbesondere Synagogen und Moscheen, und weiteren  
4451 sensiblen Einrichtungen müssen wir die vermehrten  
4452 antisemitischen Vorfälle sichtbarer machen und stärker  
4453 verfolgen. Daher werden wir die Meldestelle Antisemi-  
4454 tismus in den regulären Betrieb überführen und um  
4455 weitere Meldestellen für andere menschenfeindliche  
4456 Vorfälle ergänzen. Hierbei werden wir auf einen guten  
4457 Austausch zwischen bestehenden Strukturen und  
4458 neuen Meldestellen achten, um Synergien zu gewinnen  
4459 und Doppelstrukturen zu vermeiden.

4460

4461 Der islamische Religionsunterricht ist ein wichtiger Fort-  
4462 schritt im Zusammenleben in religiöser Vielfalt im Land.  
4463 Bei der Organisation werden wir sicherstellen, dass aus-  
4464 ländische Regierungen keinen Einfluss auf die Gestal-  
4465 tung des Unterrichts erhalten, aber gleichzeitig eine Ein-  
4466 bindung der in Deutschland organisierten Verbände si-  
4467 chergestellt ist.

4468

4469 Die Kinderschutzkommission im Landtag gibt wertvol-  
4470 le Hinweise und Empfehlungen auch zum Schutz der  
4471 Opfer bei den zahlreichen sexualisierten Gewalttaten  
4472 durch Kirchenvertreter. Daher werden wir die Arbeit der  
4473 Kinderschutzkommission fortführen.

4474

4475 Wir teilen die Überzeugung, dass soziale Arbeit erst  
4476 dann von öffentlichen Trägern übernommen werden  
4477 sollten, wenn private Träger den Bedarf nicht decken  
4478 können. Das Subsidiaritätsprinzip darf aus unserer Sicht  
4479 jedoch nicht zur Auswahl des günstigsten Anbieters füh-  
4480 ren. Gemeinsam mit Gewerkschaften und kirchlichen  
4481 Arbeitgebern werden wir daran arbeiten, dass Beschäf-  
4482 tigte in kirchlichen Betrieben gute Arbeitsbedingungen  
4483 und Löhne bekommen.

4484

4485 Wir werden uns an dem im Koalitionsvertrag im Bund  
4486 zwischen SPD, Grünen und FDP vereinbarten Prozess be-  
4487 teiligen, in dem eine einvernehmliche Lösung zwischen  
4488 Bund, Ländern und Kirchen zur Ablösung der Staatsleis-  
4489 tungen an die Kirchen erarbeitet werden soll.

4490

#### 4491 **Eine solidarische und humanitäre Flüchtlingspolitik**

4492

4493 Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl-  
4494 und Flüchtlingspolitik. Wir unterstützen die Städte  
4495 und Kommunen, die sich zu Sicheren Häfen erklärt  
4496 haben. Wir werden ein Landesaufnahmeprogramm  
4497 für Nordrhein- Westfalen einrichten, welches das  
4498 Ziel verfolgt, besonders schutzbedürftige Geflüchtete  
4499 und Binnenvertriebene aus humanitären Gründen in  
4500 Nordrhein-Westfalen aufzunehmen

4501

#### 4502 **Wir organisieren gelingende Integration**

4503

4504 Mit dem Landesintegrationsplan für Geflüchtete haben  
4505 wir 2015 begonnen; nun wollen wir den Fokus auf ei-  
4506 ne schnelle Arbeitsmarktintegration und schnelle Ein-  
4507 schulung von Kindern und Jugendlichen legen. Dazu  
4508 gehören zügige und unbürokratische Anerkennung der  
4509 Berufsqualifikationen, Nachqualifizierungen, Weiterbil-  
4510 dungen und eine gezielte fachspezifische Sprachförde-  
4511 rung. Frauen sollen durch bessere Betreuungsmöglich-  
4512 keiten für Kinder und gezielte Ansprache für den Ar-  
4513 beitsmarkt gewonnen werden und gleichberechtigt am  
4514 gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Integration  
4515 funktioniert am besten mit der Familie. Wir begrüßen  
4516 daher, dass sich der Bund für die Angleichung der Rege-  
4517 lungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzbe-  
4518 rechtigten an die Regelung für Flüchtlinge einsetzt, und  
4519 werden dies auch für den Geschwisternachzug bei un-  
4520 begleiteten minderjährigen Flüchtlingen unterstützen.  
4521 Gut integrierte Geflüchtete, die ihren Lebensunterhalt  
4522 selbst bestreiten, sollen schneller einen rechtssicheren  
4523 Aufenthaltsstatus erhalten. Wir werden zusammen mit  
4524 der Bundesebene ihre Einbürgerungsmöglichkeiten er-  
4525 leichtern und Kettenduldungen vermeiden.

4526

4527 Für uns ist klar, dass die Integrationsräte auf kommuna-  
4528 ler Ebene ein wichtiger Bestandteil der politischen Betei-  
4529 ligungsstruktur für Menschen mit internationaler Fami-  
4530 liengeschichte in Nordrhein-Westfalen sind. Daher wer-  
4531 den wir ausschließlich den Integrationsrat als Beteili-  
4532 gungsgremium etablieren und dessen Entscheidungs-  
4533 kompetenzen und Ausstattung, sowie Entsendungs-  
4534 rechte grundlegend reformieren. Dieses ist für uns bin-  
4535 dend, so lange es kein kommunales Wahlrecht für Dritt-  
4536 staatenangehörige gibt und somit die Chance auf politi-  
4537 sche Teilhabe nicht anderweitig als durch Integrations-  
4538 räte gewährleistet ist.

4539

#### 4540 **Fachkräftemangel**

4541

4542 Nicht nur die Alterung unserer Gesellschaft macht die  
4543 Einwanderung von Fachkräften für eine lebendige Wirt-  
4544 schaft erforderlich; Zuwanderung ist für uns eine Be-  
4545 reicherung. Daher begrüßen wir, dass auf Bundesebe-  
4546 ne die Einreise- und Aufenthaltsmodalitäten vereinfacht  
4547 werden. Unser Beitrag für das Ankommen in Nordrhein-  
4548 Westfalen wird sein, dass wir Sprach-, Integrations- und  
4549 Orientierungskurse für alle Zugewanderte öffnen und  
4550 ausweiten.

4551

#### 4552 **Doppelte Staatsbürgerschaft**

4553

4554 Die doppelte Staatsbürgerschaft sowie vereinfachte Ein-  
4555 bürgerungsvoraussetzungen gehören zu den wichtigs-  
4556 ten Maßnahmen für gleichberechtigte Teilhabe. Dafür  
4557 werden wir eine Einbürgerungsoffensive starten und al-

4558 le Möglichkeiten in Nordrhein- Westfalen ausschöpfen,  
4559 um die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts  
4560 an die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse anzu-  
4561 passen.

4562

#### 4563 **Diskriminierungsfreies Land**

4564

4565 Unser Ziel ist eine diskriminierungsfreie und chancenge-  
4566 rechte Gesellschaft.

4567

4568 Neben der Etablierung eines Antidiskriminierungsge-  
4569 setzes, werden wir auf Landesebene eine Antidiskrimi-  
4570 nierungsstelle einrichten. Diese soll netzwerkartig be-  
4571 ratend, forschend und vor allem öffentlichkeitswirksam  
4572 tätig sein. Diskriminierende und rassistische Handlun-  
4573 gen finden auf der kommunalen Ebene statt. Wir wer-  
4574 den uns dafür einsetzen, dass unsere Kommunen die nö-  
4575 tige beratende und finanzielle Ausstattung für die Ge-  
4576 staltung von Antidiskriminierungskonzepten erhalten.

4577

#### 4578 **Interkulturelle Öffnung**

4579

4580 Wir stehen für eine offene und plurale Gesellschaft.  
4581 Diese Haltung werden wir im öffentlichen Dienst le-  
4582 ben und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vor-  
4583 antreiben, indem wir vor allem diskriminierungsfreie  
4584 Bewerbungs- und Zugangsverfahren, sowie kultursensi-  
4585 ble Weiterbildungen etablieren werden.

4586

#### 4587 **Migrantenselbstorganisationen**

4588

4589 Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ist für uns  
4590 selbstverständlich. Für Menschen mit Einwanderungs-  
4591 geschichte ist dies noch immer nicht selbstverständlich.  
4592 Daher werden wir die Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen (MSO) fortführen und sie stärker  
4593 in integrationspolitische Diskurse und Prozesse einbin-  
4594 den.  
4595 den.

4596

#### 4597 **4.8 WIR FÖRDERN DIE GLEICHSTELLUNG ALLER GE- 4598 SCHLECHTER**

4599

4600 Für uns sind alle Menschen gleich. Deswegen setzen  
4601 wir uns dafür ein, Ungleichheiten zu beseitigen. Es geht  
4602 einfach besser, wenn man gemeinsam handelt. Uns ist  
4603 wichtig, dass Frauen und Männer gleichstark auf allen  
4604 politischen Ebenen vertreten sind. Dies werden wir auf  
4605 eine gesetzliche Grundlage stellen.

4606

4607 Wir wollen, dass nicht schon in der Sprache und Anspra-  
4608 che die Unterschiede der Geschlechter deutlich werden.  
4609 Daher werden wir auf eine geschlechtergerechte und  
4610 geschlechterneutrale Sprache im Land und in den Kom-  
4611 munen achten.

4612

4613 **Wir bekämpfen konsequent Gewalt gegen Frauen und**  
4614 **Mädchen**

4615

4616 Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Mädchen ist  
4617 für uns nicht akzeptabel. Deswegen werden wir einen  
4618 Landesaktionsplan ins Leben rufen, der sich flächende-  
4619 ckend mit den Hilfs- Beratungs- und Präventionsange-  
4620 boten unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Ziel-  
4621 gruppe, beschäftigt (Istanbul-Konvention). Besonderes  
4622 Augenmerk legen wir darauf, das Dunkelfeld bei Gewalt  
4623 gegen behinderte Frauen und Mädchen zu erhellen.

4624

4625 Frauen und Mädchen, die Gewalt erfahren, brauchen  
4626 unsere Hilfe. Deshalb werden wir Geld in die Hand neh-  
4627 men, um das Frauen- und Mädchenhilfesystem, insbe-  
4628 sondere die Frauenhäuser, aber auch die Beratungsstel-  
4629 len gegen Zwangsheirat, den Runden Tisch gegen Be-  
4630 schneidungen von Mädchen, auszubauen.

4631

4632 Auch Cyber-Mobbing ist Gewalt. Deshalb ist es für uns  
4633 selbstverständlich, dass die Beratungs- und Hilfesyste-  
4634 me auch bei dieser Form der Gewalt angepasst und aus-  
4635 gebaut werden müssen.

4636

4637 **Queere Generationen im Blick**

4638

4639 Wir setzen uns dafür ein, dass LSBTIQ\*-Jugendliche stär-  
4640 kende Räume erfahren können. In queeren Jugendtreffs  
4641 und -gruppen sollen sie ohne Sorge vor Queerfeindlich-  
4642 keit zusammen ihre Freizeit verbringen und Unterstüt-  
4643 zung finden. Daher werden wir queere Jugendangebote  
4644 fördern sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum  
4645 fördern. Hierzu sind auch ergänzende digitale Angebo-  
4646 te geeignet. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass die  
4647 LSBTIQ\*-Kinder- und Jugendarbeit in die Jugendförder-  
4648 pläne aufgenommen wird.

4649

4650 Auch die aktuelle Generation von LSBTIQ\*-Senior\*innen  
4651 nehmen wir in den Blick und werden die Träger von  
4652 Einrichtungen der Altenhilfe sensibilisieren, dass eine  
4653 LSBTIQ\*-kultursensible Pflege und Betreuung zum Stan-  
4654 dard wird.

4655

4656 Wir wissen aber auch, alt ist man nicht erst, wenn man  
4657 pflege- und betreuungsbedürftig ist. Wir werden auch  
4658 die queere Senior\*innen-Arbeit inklusive Freizeitange-  
4659 boten fördern und Beratungsstellen unterstützen. Wo es  
4660 gewünscht ist, gilt es auch generationenübergreifenden  
4661 Austausch etwa bei queeren Wohnprojekten in Mehrge-  
4662 nerationenhäusern zu unterstützen.

4663

4664 **Nordrhein-Westfalen ein Land der vielfältigen Kultur**

4665

4666 Unternehmen treffen ihre Standortentscheidungen  
4667 heute unter anderem auch danach, wie eine Stadt oder

4668 eine Region „Diversity“ lebt. Moderne und erfolgrei-  
4669 che Unternehmen haben längst erkannt, dass eine  
4670 offene Unternehmenskultur und ein diskriminierungs-  
4671 freies Arbeitsfeld wichtige Chancen eröffnen, um im  
4672 Wettkampf um die besten Talente zu bestehen. Diese  
4673 Unternehmenskultur wollen wir unterstützen, indem  
4674 wir das aktive Diversity-Management durch regelmä-  
4675 ßige Workshops und die Unterstützung von inner- und  
4676 überbetrieblichen LGBTIQ\*-Netzwerken sowie Zusam-  
4677 menschlüsse anderer von Diskriminierung betroffenen  
4678 Gruppen fördern, um bestehende Vorbehalte sichtbar  
4679 abzubauen und Diskriminierung zu bekämpfen.

4680

#### 4681 **CSDs fördern Akzeptanz und Sichtbarkeit**

4682

4683 Die CSD Straßen- und Kulturfeste sind bunt. Durch eine  
4684 strukturelle und finanzielle Sockelförderung wollen wir  
4685 die CSD Feste nicht nur in Köln, sondern im ganzen Land  
4686 ermöglichen. Nicht nur den CSD, sondern die Vielfältig-  
4687 keit des queeren Lebens in Nordrhein-Westfalen wollen  
4688 wir durch die Zusammenarbeit zwischen den LSBTIQ\*-  
4689 Netzwerken und dem Tourismus NRW e.V. sichtbarer  
4690 machen. Nordrhein-Westfalen soll so eine bevorzugte  
4691 Destination der LSBTQ\* - Community werden.

4692

#### 4693 **4.9 FÜR EINE VERLÄSSLICHE BASIS UND MUTIGE ENT- 4694 WICKLUNG IN DER KULTURPOLITIK**

4695

4696 Kultur ist keine brotlose Kunst, sondern Nahrung für  
4697 Geist und Seele. Die Kulturförderung liegt uns am Her-  
4698 zen. Wir werden in den nächsten zwei Regierungszeiten  
4699 die bisherige Förderung verdoppeln und wollen damit  
4700 unter anderem dafür sorgen, dass die Kultureinrichtun-  
4701 gen an Digitalisierungsprozessen und zukünftigen, wei-  
4702 teren Entwicklungen partizipieren können.

4703

4704 Wir wollen eine grundlegende Stärkung der Soziokultur,  
4705 der Interkultur, der Inklusion, der Breitenkultur und kul-  
4706 tureller Angebote in der Fläche sowie einer daraufhin  
4707 ausgerichteten Förderstruktur. Hierzu zählen auch die  
4708 Anerkennung, Förderung und Stärkung der Außendar-  
4709 stellung der vielfältigen und diversen Gesellschaft und  
4710 ihrer unterschiedlichsten Mitglieder in den Künsten. Un-  
4711 terrepräsenzierte Gruppierungen sollen mittels Ausbil-  
4712 dung, Programmen, Vermittlung und Quoten gefördert  
4713 werden.

4714

4715 Um auch LSBTIQ\*-Kultur hinreichend zu würdigen, wol-  
4716 len wir ein jährliches Kulturfestival von nationaler Be-  
4717 deutung in Anlehnung an die Hirschfeld-Tage etablie-  
4718 ren.

4719

#### 4720 **Wert und Würde**

4721

4722 Künstlerinnen und Künstlern geben wir Sicherheit, in-

4723 dem die Künstlerinnen und Künstler besser fördern, de-  
4724 ren soziale Absicherung ausbauen, die Gerechtigkeit  
4725 zwischen den Geschlechtern auch in der Kunst voran-  
4726 treiben und für faire Honorarvereinbarungen sorgen.

4727

4728 Unser Handeln zielt auf Diversität und Differenziertheit  
4729 unter Achtung der Gleichwertigkeit aller Menschen ab.  
4730 Wir werden bei Kulturförderung darauf achten, dass die  
4731 Gendergerechtigkeit umgesetzt wird. Das im Kulturge-  
4732 setz geankerte Mindesthonorar werden wir deutlich an-  
4733 heben.

4734

4735 Der demokratische Wertekanon auf der Bühne muss  
4736 auch das Handeln hinter dem Vorhang bestimmen. Al-  
4737 le Akteurinnen und Akteure im System sind ohne Wenn  
4738 und Aber in ihrer Würde zu schützen. Dazu werden Hilfs-  
4739 und Beratungsangebote, sowie geeignete Kontrollme-  
4740 chanismen etabliert und weiterentwickelt und gegebene  
4741 falls die Förderung beendet, wenn ein systemisches  
4742 Fehlverhalten vorliegt.

4743

#### 4744 **Starke Stadt und attraktives Land**

4745

4746 Kunst und Kultur ist für alle da, egal ob auf dem Land  
4747 oder in der Stadt. Im Idealfall ergänzt sich das Kultur-  
4748 angebot von Stadt und Land und bereichert sich wech-  
4749 selseitig. Weder der ländliche Raum noch die Städte dür-  
4750 fen kulturell ausbluten. Daher werden wir die Daseins-  
4751 vorsorge in den Kommunen weiter konsolidieren und  
4752 für einen Ausbau und Anschluss der ländlichen Angebo-  
4753 te sorgen.

4754

4755 Hierzu gehören z.B. die Unterstützung eines flächende-  
4756 ckenden Angebots von Bibliotheken und Musikschulen  
4757 sowie der Ausbau von Jugendkunstschulen, aber auch  
4758 eine starke Förderung von Aufführungen der darstellenden  
4759 Kunst in der Region durch die Landestheater und  
4760 Freie Gruppen, der Ausbau der Soziokultur sowie eine  
4761 deutliche finanzielle Aufwertung von Chören, Laienkul-  
4762 tur und Volksmusik.

4763

#### 4764 **UNESCO-Welterbe**

4765

4766 Wir werden die liegengelassene Chance, das Ruhrge-  
4767 biet mit seinen einzigartigen kreativen und kulturellen  
4768 Erlebnis- und Industriekulturorten, als UNESCO-  
4769 Welterbe anzuerkennen, aktiv unterstützen und die Be-  
4770 antragung proaktiv befördern.

4771

#### 4772 **Gute Orte drinnen und draußen und in der Nähe**

4773

4774 Entfalten kann man sich da, wo man sich wohl fühlt. Wir  
4775 werden ein umfangreiches Programm „Gute Kulturorte  
4776 2025“ auflegen, mit dem insbesondere kleinere Bühnen,  
4777 Kinos, Clubs, Orte der Popularkultur, Begegnungsstätten

4778 und ortsnahe Angebote sowie Erinnerungsstätten auf  
4779 den heutigen technischen und energetischen Stand ge-  
4780 bracht werden kann, aber auch digitale und hybride For-  
4781 mate ermöglicht werden oder Outdoor – Veranstaltun-  
4782 gen ermöglicht werden.

4783

#### 4784 **Alle Menschen im Nordrhein-Westfalen der Kulturen**

4785

4786 Kunst und Kultur sind geeignet, Menschen Sinn zu ver-  
4787 mitteln, ihnen beim Verständnis von Leben und Welt  
4788 und der Gestaltung derselben zu helfen sowie diese zu  
4789 verschönern. Kunst und Kultur unterstützen Menschen  
4790 dabei, sich das Leben in einer spezifischen Umgebung zu  
4791 erschließen und sie können ihnen Heimat geben. Kunst  
4792 und Kultur bieten die Möglichkeit der Verständigung der  
4793 Einzelnen im Spannungsverhältnis zu anderen und der  
4794 sie umgebenden Natur. Im günstigsten Fall trägt dies zur  
4795 Herausbildung einer verantwortlichen Position gegen-  
4796 über der Gemeinschaft und der Umwelt bei.

4797

4798 Der Anspruch unseres Leitbildes „Kultur für alle“ muss  
4799 konsequent weitergedacht und umgesetzt werden. Al-  
4800 le Menschen müssen über kulturelle Kompetenzen  
4801 und Teilhabemöglichkeiten verfügen können. Dies um-  
4802 schließt die Kulturelle Bildung, die „Kultur von- und mit-  
4803 einander“ und den Willen zur Vielfalt sowie eines al-  
4804 le Gruppen ansprechenden Kulturkanons. Kulturelle Bil-  
4805 dung bedarf dauerhafter, gut ausgebauter Vernetzungs-  
4806 strukturen zwischen den Kulturinstitutionen und den  
4807 allgemeinbildenden Angeboten.

4808

#### 4809 **4.10 VIELFÄLTIGE UND UNABHÄNGIGE MEDIEN STÄRKEN**

4810

4811 Unsere demokratische Gesellschaft lebt durch die  
4812 grundgesetzlich geschützte Meinungs- und Pressefrei-  
4813 heit. Die Meinungs- und Pressefreiheit wiederum ist nur  
4814 durch unabhängige Journalistinnen und Journalisten  
4815 und eine freie Presse möglich. Diese Grundsätze sind  
4816 für uns unabdingbar. Genauso unabdingbar ist daher  
4817 auch, dass die Medienschaffende einerseits faire und  
4818 sichere Arbeitsverhältnisse haben und andererseits  
4819 in ihrer grundrechtsrelevanten Berufsausübung vor  
4820 Gewalt und Bedrohungen geschützt sind. Wir wollen  
4821 weiterhin die Vielfalt unabhängiger Medien sichern  
4822 und fördern daher neue Ideen und Konzepte.

4823

#### 4824 **Für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk**

4825

4826 Mit dem WDR hat Nordrhein-Westfalen die größte Lan-  
4827 desrundfunkanstalt. Wir stehen zu einem WDR mit Voll-  
4828 programm und einer auskömmlichen Beitragsfinanzie-  
4829 rung. Mehr Inhalte, die der WDR erstellt oder in Auftrag  
4830 gibt, müssen mit Creative-Commons-Lizenzen frei lizen-  
4831 ziert sein, vor allem Bildungsinhalte und Inhalte aus den  
4832 Bereichen Nachrichten, Information und Wissen.

4833

4834 Wir begrüßen Überlegungen zu einer Medienplattform,  
4835 die die Qualitätsinhalte der öffentlich-rechtlichen Medi-  
4836 en Europas für alle Bürgerinnen und Bürger grenzüber-  
4837 schreitend zugänglich macht.

4838

#### 4839 **Für vielfältigen Lokaljournalismus**

4840

4841 Ohne lokale Nachrichten, sei es im Funk oder in Pa-  
4842 pierfunk, sind wir nicht gut informiert, was vor Ort ge-  
4843 rade passiert. Wir wollen den Lokaljournalismus stär-  
4844 ken und seine crossmediale Weiterentwicklung fördern.  
4845 Der deutschlandweit einmalige NRW-Lokalfunk ist und  
4846 bleibt unverzichtbar sowohl für lokale und regionale In-  
4847 formationen als auch für den Katastrophenschutz. Wir  
4848 werden den NRW – Lokalfunk mit den eigenständigen  
4849 Redaktionen erhalten.

4850

4851 Um professionellen Journalismus auch in Zukunft fi-  
4852 nanzieren zu können, streben wir die Verankerung von  
4853 Journalismus im Gemeinnützigkeitsrecht und die För-  
4854 derung einer gemeinsamen Vermarktungsplattform so-  
4855 wie die Entwicklung weiterer Finanzierungsmöglichkei-  
4856 ten, wie Stiftungsmodelle, an. Ehrenamtliches journalis-  
4857 tisches Engagement, wie die Bürgermedien, werden wir  
4858 unterstützen.

4859

#### 4860 **Für eine sichere Online-Welt**

4861

4862 Desinformation und Hate Speech im Internet müssen  
4863 wir durch die Stärkung von Medienkompetenz für Jung  
4864 und Alt entschieden entgegnetreten. Dafür wollen wir  
4865 den Medienkompetenzrahmen sowie Medienkompe-  
4866 tenzprojekte wie die der Landesanstalt für Medien kon-  
4867 sequent weiterentwickeln. Den Schutz von Kindern und  
4868 Jugendlichen im Internet und in den sozialen Medien  
4869 wollen wir stetig verbessern. Wir wollen Frauen in der  
4870 Gaming Szene unterstützen, da sie hier unterrepräsen-  
4871 tiert sind, und Sexismus in der Online-Welt bekämpfen.  
4872

4873 Wir sind nicht schutzlos, wenn Suchmaschinen und  
4874 Netzwerke Inhalte selektieren und filtern, denn wir wer-  
4875 den im Rahmen des Medienstaatsvertrages deren Regu-  
4876 lierungsbedarf angehen und so die Vielfaltssicherung in  
4877 den sozialen Netzwerken stärken. Auch vor dem Hinter-  
4878 grund des wachsenden Einflusses von Sprachassisten-  
4879 ten auf die Auswahl von Medieninhalten wollen wir die  
4880 Auffindbarkeit journalistischer Inhalte im Netz verbes-  
4881 sern.

4882

4883 Werbung im Netz wollen wir stärker kontrollieren, um  
4884 Manipulationen vorzubeugen. Wir setzen uns für einen  
4885 freien Zugang zum Internet für alle sowie für Netzneu-  
4886 tralität ein.

4887

**4888 Für innovative Konzepte**

4889

4890 Spielen macht Spaß und in Nordrhein- Westfalen haben  
4891 wir viel Spaß. Denn Nordrhein-Westfalen ist deutsch-  
4892 landweit der Games-Standort Nr. 1. Wir ruhen uns aber  
4893 nicht auf dem Siegereppchen aus, sondern wollen ein  
4894 neues Veranstaltungsformat mit wechselnden Standor-  
4895 ten in Nordrhein-Westfalen etablieren, um die kreative  
4896 Energie der Netzcommunity mit der Qualität und Erfah-  
4897 rung der klassischen Medien zusammenzubringen. Ne-  
4898 ben etablierten Medienstandorten wollen wir insbeson-  
4899 dere auch den Standort Ruhrgebiet stärken.

4900

4901 Die erfolgreichen Institutionen in Nordrhein- Westfalen,  
4902 wie die Film- und Medienstiftung, das Grimme-Institut,  
4903 die Internationale Filmschule und das Mediengründer-  
4904 zentrum Nordrhein-Westfalen, wollen wir fördern und  
4905 weiterentwickeln.

4906

**4907 4.11 NORDRHEIN-WESTFALEN ALS SPORTLAND NR. 1**  
**4908 STÄRKEN**

4909

4910 Nordrhein- Westfalen ist Sportland Nr. 1 durch die zahl-  
4911 reichen aktiven Sportlerinnen und Sportler, sowohl im  
4912 Breiten-, als auch im Spitzensport. Sie machen die Sport-  
4913 vereine lebendig. Deshalb werden wir in die örtlichen  
4914 Sportstätten investieren, damit auch sie den Platz 1 ein-  
4915 nehmen. Unser besonderes Augenmerk legen wir dabei  
4916 auf die Barrierefreiheit. Spiel und Sport ermöglicht wird.  
4917 Menschen mit und ohne Behinderung, Ältere und Jün-  
4918 gere sollen – auch gemeinsam – aktiv sein können und  
4919 dabei Erfolge erleben und Spaß haben.

4920

**4921 Fit für Sport – wir machen die Sportstätten fit**

4922

4923 Ein sauberes Schwimmbad mit allen technischen Vorzü-  
4924 gen von heute, ordentliche und ausreichende Umkleide-  
4925 kabinen, Plätze, auf denen man nicht Kartoffeln anbau-  
4926 en, sondern Ballsport treiben kann muss wie alle Sport-  
4927 stätten in Nordrhein-Westfalen wieder die Regel sein.  
4928 Daher werden wir die Förderung – auch für die kommu-  
4929 nalen Sportstätten weiter fortsetzen.

4930

**4931 Begeisterung für den Sport wecken**

4932

4933 Wir wollen Kinder und Jugendliche für den Teamgeist  
4934 und den fairen Wettbewerb durch den Sport begeistern.  
4935 Dafür werden wir einmalig den Jahresbeitrag für den  
4936 Eintritt in einen Sportverein übernehmen. Unser Ziel ist  
4937 zusammen mit den Sportvereinen mindestens 500.000  
4938 Kinder und Jugendliche für den organisierten Sport zu  
4939 begeistern.

4940

**4941 Jedes Kind wird schwimmen können**

4942

4943 Mit uns wird es wieder selbstverständlich, dass jedes  
4944 Kind schwimmen lernt. Wir werden dafür insbesondere  
4945 re die Schwimmbäder ertüchtigen und jedem Kind ein  
4946 Angebot – sowohl in als auch außerhalb der Schulzeit –  
4947 unterbreiten.

4948

4949 **Landessportbund als verlässlichen Partner der Landes-**  
4950 **politik unterstützen**

4951

4952 Unser verlässlicher Partner im Sportbereich ist der un-  
4953 abhängige Landessportbund NRW. Zusammen mit dem  
4954 Landessportbund NRW wollen wir den Pakt für den  
4955 Sport eng abgestimmt ausbauen und ein verlässlicher  
4956 Partner sein.

4957

4958 **Spitzensport braucht Breitensport**

4959

4960 Vorbilder spornen an, selbst sportliche Erfolge zu errei-  
4961 chen. Wir wollen die bestmögliche Förderung unserer  
4962 sportlichen Talente, insbesondere im Spitzensport wol-  
4963 len wir die Förderung des Nachwuchses unterstützen.

4964

4965 Disqualifizierungen nach einer sportlichen Karriere wird  
4966 es mit uns nicht geben. Deshalb werden wir duale Kar-  
4967 rieren für Spitzensportler besser unterstützen – nicht  
4968 nur bei öffentlichen Behörden, sondern auch im Studi-  
4969 um, in der Ausbildung und in der Berufstätigkeit. Ent-  
4970 sprechende Kooperationsvereinbarungen zur Förderung  
4971 der Dualen Karriere für Spitzensportlerinnen und Spit-  
4972 zensportler zwischen dem Land Nordrhein- Westfalen  
4973 und Kommunen wollen wir fördern.

4974

4975 **Sportgroßveranstaltungen in Nordrhein- Westfalen**  
4976 **auch weiterhin ermöglichen**

4977

4978 Sportliche Großveranstaltungen begeistern in Nord-  
4979 rhein – Westfalen. Deswegen werden wir uns dafür  
4980 einsetzen, dass auch zukünftig sportliche Events in  
4981 Nordrhein-Westfalen stattfinden und unterstützen ent-  
4982 sprechende Bewerbungen aus den Sportverbänden.

4983

4984 **Gegen Gewalt und Ausgrenzung**

4985

4986 Für uns haben Rechtsextremismus, Antisemitismus und  
4987 andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlich-  
4988 keit im Sport nichts verloren. Deswegen werden wir Fan-  
4989 projekte und Initiativen von Vereinen, die sich gegen  
4990 psychische, physische und sexualisierte Gewalt im Sport  
4991 richten, unterstützen.

4992

4993 **4.12 NORDRHEIN-WESTFALEN IM HERZEN EUROPAS**

4994

4995 Nicht nur im Dreiländereck von den Niederlanden, Bel-  
4996 gien und Nordrhein-Westfalen ist Europa gelebte Wirk-  
4997 lichkeit. Unser Herz schlägt für Europa. Wir wollen die

4998 gute Zusammenarbeit in den Bereichen Schule oder Be-  
 4999 ruf, Industrie oder Mobilität, Gesundheit oder Recht wei-  
 5000 ter ausbauen! Daher werden wir auch die Städtepart-  
 5001 nerschaften unserer Städte und Gemeinden fördern und  
 5002 unterstützen. Dies gilt auch für die Stärkung der Euregi-  
 5003 os.

5004

5005 Unser Bekenntnis für Europa ist grenzenlos. Wir ste-  
 5006 hen uneingeschränkt für die großen europäischen Wer-  
 5007 te. Dazu gehören für uns die Charta der Grundrechte der  
 5008 EU, ein starkes System der sozialen Sicherung, ein ge-  
 5009 meinsames, humanitäres und funktionierendes Migra-  
 5010 tionssystem und der Kampf gegen jegliche Form der Dis-  
 5011 kriminierung. Es muss klar gelten: Wer sich nicht an un-  
 5012 sere gemeinsamen Werte hält, darf auch keine Mittel er-  
 5013 halten.

5014

5015 Im Kleinen wollen wir die Beratung ausbauen, um gren-  
 5016 zenloses Arbeiten, Leben, Studieren und mehr weiter zu  
 5017 vereinfachen. Dies geschieht unter anderem durch ei-  
 5018 nen Ausbau der Beratungsangebote auf kommunaler  
 5019 Ebene sowie GrenzInfoPunkte in den Euregios, eine bes-  
 5020 sere Verknüpfung der Angebote der Staaten und digita-  
 5021 le Angebote, auf die mehrsprachig zugegriffen werden  
 5022 kann.

5023

5024 Die Auslandsgesellschaft NRW wollen wir für die eu-  
 5025 ropäische Gemeinschaftsbildung enger einbinden und  
 5026 fördern.

5027

#### 5028 **Städtepartnerschaften**

5029

5030 Projektorientierte Zusammenarbeit zwischen europäi-  
 5031 schen Kommunen insbesondere mit anderen (potenziel-  
 5032 len) Industriezentren wollen wir gezielt fördern, um von-  
 5033 einander zu lernen und den Weg zu einer nachhaltigen  
 5034 Art des Wirtschaftens zu beschreiten.

5035

#### 5036 **Recht und Sicherheit**

5037

5038 Grenzenloses Leben braucht gemeinsame Sicherheit.  
 5039 Wir bauen die Zusammenarbeit bei Prävention, Straf-  
 5040 verfolgung und Justiz insbesondere mit Belgien und den  
 5041 Niederlanden weiter aus. Dazu stärken wir z.B. gemein-  
 5042 same Lagezentren mit zusätzlichem Personal und sor-  
 5043 gen für die schnelle Weitergabe von Informationen, all-  
 5044 das natürlich im Einklang mit Freiheits- und Bürgerrech-  
 5045 ten.

5046

#### 5047 **4.13 EINE WELT - UNSERE GLOBALE VERANTWORTUNG**

5048

5049 Wir blicken über unseren Tellerrand hinaus und wis-  
 5050 sen um unsere Verantwortung in einer globalisierten  
 5051 Welt. Deshalb werden auch wir uns für eine konse-  
 5052 quente Einhaltung des Lieferkettengesetzes einsetzen

5053 und weiterhin auch auf Bundesebene dabei mithelfen,  
5054 dass die grundsätzlich beschlossene globale Mindest-  
5055 Besteuerung von Konzerngewinnen umgesetzt werden  
5056 kann.

5057

5058 Unsere Partnerschaft mit den afrikanischen Ländern  
5059 Ghana und Südafrika wollen wir intensivieren, denn  
5060 ein intensiver Austausch und eine gute Zusammenar-  
5061 beit gerade beim Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft,  
5062 beim Klimaschutz mit Schwerpunkt erneuerbare Ener-  
5063 gien (dezentrale Solar- und Windenergieanlagen und  
5064 Parks, Speichertechniken, Pumpspeicherkraftwerke und  
5065 die Produktion von grünem Wasserstoff) kann zu einer  
5066 echten gegenseitigen Bereicherung auch für unseren  
5067 heimischen Industriestandort führen. Darüber hinaus  
5068 wollen wir die Partnerschaften auch in den Bereichen  
5069 des internationalen Wissenstransfers, bei Forschungs-  
5070 projekten und Ausbildungsaufenthalten intensivieren.

5071

5072 Viele zivilgesellschaftliche Initiativen, Kommunen und  
5073 auch Unternehmen haben sich im Bereich des Fairen  
5074 Handels bereits auf den Weg gemacht. Wir wollen sie  
5075 weiterhin fördern und ihnen die Möglichkeit der landes-  
5076 weiten Vernetzung geben.

**Antragsbereich 03: Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen (K)**

**Antrag K-01**  
**KV Olpe**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisung an SPD-Landtagsfraktion**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Digitale Beteiligungsformate**

1 Seit März 2020 wird unser Leben vom Corona-Virus –  
 2 SARS-CoV-2 – maßgeblich beeinflusst. Erste Fälle von  
 3 dem neuartigen Erreger traten bereits Ende 2019 im chi-  
 4 nesischen Wuhan auf. In Deutschland gab es nach Me-  
 5 dienberichten am 28. Januar 2020 den ersten bestätig-  
 6 ten Fall. Seitdem hat sich das Virus in ganz Deutschland  
 7 und in der Welt ausgebreitet, mit dramatischen Folgen  
 8 u.a. für unser Gesundheitswesen, unsere Wirtschaft und  
 9 unser Sozialverhalten. Anfang September 2021 liegt die  
 10 Zahl der mit SARS-CoV-2 verstorbenen Menschen allein  
 11 in Deutschland bei über 92.000.

12  
 13 Menschen mit bestimmten Einschränkungen/Beein-  
 14 trachtigungen oder chronischen Erkrankungen, also An-  
 15 gehörige von sogenannten (Hoch)Risikogruppen, kön-  
 16 nen sich während dieser Pandemie ohne Gefährdung  
 17 der eigenen Gesundheit und im schlimmsten Fall des ei-  
 18 genen Lebens nur noch deutlich eingeschränkt bzw. gar  
 19 nicht mehr gesellschaftlich engagieren oder an politi-  
 20 schen Prozessen beteiligen – solange diese eine persön-  
 21 liche Präsenz verlangen. Diese Situation ist nicht trag-  
 22 bar!

23  
 24 Nach § 48 Absatz 2 Satz 1 der Gemeindeordnung  
 25 für Nordrhein-Westfalen seien Ratssitzungen öffentlich,  
 26 teilt die Kommunalabteilung des Ministeriums für Hei-  
 27 mat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes  
 28 Nord-rhein Westfalen am 15. Januar 2021 mit. In der  
 29 Begründung heißt es weiter, diese Öffentlichkeit müs-  
 30 se in Form einer sogenannten Saalöffentlichkeit herge-  
 31 stellt werden. Zudem gelte allgemein, dass für die Betei-  
 32 ligung an Abstimmungen kommunalverfassungsrecht-  
 33 licher Vertretungen grundsätzlich die Anwesenheit der  
 34 Mandatsträger\*innen im Sitzungssaal erforderlich sei.  
 35 Dieses Recht sei auch für Ausschusssitzungen anzuwen-  
 36 den (§ 58 Ab-satz 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für  
 37 Nordrhein-Westfalen).

38  
 39 Abstimmungen in Ausschuss- und Ratssitzungen kön-  
 40 nen demnach nicht digital erfolgen, aber gerade digita-  
 41 le Formate können hier Abhilfe schaffen, eine echte Al-  
 42 ternative sein und für Gleichberechtigung sorgen. Eben-  
 43 so ist eine Beteiligung an der Diskussion über digitale  
 44 Medien demnach nicht möglich. Ersatzweise wird der-  
 45 zeit bei Ratssitzungen beispielsweise in Lennestadt ei-  
 46 nem gewählten Mandatsträger, der als Hochrisikoper-  
 47 son nicht vor Ort sein kann, eine Tonspur zu Verfügung

48 gestellt, dies jedoch lediglich für den öffentlichen Teil.  
49 Dies ist nicht mit unserem Verständnis von Partizipati-  
50 on vereinbar!

51

52 Vor diesem Hintergrund und nicht zuletzt in Anbetracht  
53 der Tatsache, dass die Pandemie auf nationaler und eu-  
54 ropäischer Ebene bereits dazu geführt hat, dass Diskus-  
55 sionsprozesse und Entscheidungen auf digitalem Wege  
56 stattfinden bzw. gefällt werden, fordern wir die NRW-  
57 SPD auf, sich für eine schnellstmögliche eindeutige,  
58 rechtssichere Schaffung von Rahmenbedingungen für  
59 die Durchführung digitaler Formate auch in der Kommu-  
60 nalpolitik einzusetzen.

61

62 Demokratie lebt vom Mitmachen aller gesellschaft-  
63 lichen Gruppierungen. Gestärkt wird dieser Gedanke  
64 durch die UN-Behindertenrechtskonvention, die am 30.  
65 März 2007 unterzeichnet wurde und die am 26 März  
66 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist. Sie sieht eine  
67 rechtsverbindliche Grundlage für eine umfängliche Teil-  
68 habe aller Menschen vor.

69

70 Wir fordern: Digitale Beteiligungsformate müssen Prä-  
71 senzformaten gleichgestellt werden, um eine risikofreie,  
72 gleichberechtigte Teilnahme an Rats- und Ausschusssit-  
73 zungen für alle Mandatsträger\*innen – mit und ohne  
74 Beeinträchtigung – zu ermöglichen.

**Antrag K-02**  
**UB Borken****Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisung an SPD-Landtagsfraktion****Der Landesparteitag möge beschließen:****Sachkundige Bürgerinnen und Bürger**

1 Der Landesparteitag fordert die SPD-Fraktion im Land-  
2 tag NRW dazu auf, sich für die folgende Änderung ein-  
3 zusetzen: Der §58 Absatz 1 Satz 4 der Gemeindeord-  
4 nung NRW wird dahingehend geändert, dass sachkundi-  
5 ge Bürgerinnen und Bürger an nichtöffentlichen Sitzun-  
6 gen von Kommunen als Zuhörer sowie an Beratungen  
7 von Fraktionen zu Beratungsgegenständen aus nichtöf-  
8 fentlichen Sitzungen teilnehmen, auch wenn sachkun-  
9 dige Bürgerinnen und Bürger nicht dem beratenden je-  
10 weiligen Ausschuss der Kommune angehört.

11

**Begründung**

12

13  
14 Der §58 der Gemeindeordnung NRW legt im Absatz 1  
15 Satz 4 fest, dass

16

17 „... An nichtöffentlichen Sitzungen eines Ausschusses  
18 können die stellvertretenden Ausschussmitglieder so-  
19 wie alle Ratsmitglieder als Zuhörer teilnehmen; nach  
20 Maßgabe der Geschäftsordnung können auch die Mit-  
21 glieder der Bezirksvertretungen als Zuhörer teilnehmen,  
22 ebenso die Mitglieder anderer Ausschüsse, soweit deren  
23 Aufgabenbereich durch den Beratungsgegenstand be-  
24 rührt wird. ...“

25

26 Dieser Absatz wird in der Praxis so ausgelegt, dass sach-  
27 kundige Bürgerinnen und Bürger lediglich an nichtöf-  
28 fentlichen Sitzungen teilnehmen dürfen, wenn das The-  
29 ma explizit relevant für den Ausschuss ist, für den das  
30 sachkundige Mitglied benannt ist.

31

32 Das führt in der Konsequenz auch zu der Auslegung,  
33 dass sachkundige Bürgerinnen und Bürger in Fraktions-  
34 sitzungen nur dann an der Beratung von Themen aus  
35 nichtöffentlicher Sitzung teilnehmen können, deren In-  
36 halt für den Ausschuss relevant ist, für den das sachkun-  
37 dige Mitglied benannt ist.

38

39 Sowohl aus praktischen, als auch aus rechtlichen Erwä-  
40 gungen stellt diese diskriminative Behandlung von Frak-  
41 tionsmitglieder eine Einschränkung politischer Hand-  
42 lungsfähigkeit dar.

43

44 Sowohl sachkundige Bürgerinnen und Bürger, als auch  
45 Mitglieder von Stadträten werden nach derselben feier-  
46 lichen Formel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften  
47 Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu verpflichten.

48

49 Sachkundige Bürgerinnen und Bürger sollen die Fraktio-  
50 nen beratend unterstützen. Dazu muss es ihnen ermög-  
51 licht werden, Zusammenhänge zu erkennen. Dazu kann  
52 es hilfreich sein, nicht nur Informationen zu dem eige-  
53 nen Aufgabenbereich zu erhalten, sondern auch dar-  
54 über hinaus gehende Informationen und Randnotizen.  
55 Ansonsten können sachkundige Bürgerinnen und Bür-  
56 ger nicht auf Augenhöhe mit Mitgliedern des Rates dis-  
57 kutieren.

58

59 Darüber hinaus erscheint diese Praxis bei der Bera-  
60 tung in Fraktionen nicht umsetzbar. Bei Beratungen  
61 aus nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten aus un-  
62 terschiedlichen Ausschüssen müssten sachkundige Bür-  
63 gerinnen und Bürger die Fraktionssitzungen immer  
64 dann verlassen, wenn die Themen die eigene Ausschuss-  
65 Tätigkeit nicht betreffen. Das stört die Beratung in Frak-  
66 tionen unzumutbar.

67

68 Eine Änderung in der beschriebenen Form führt da-  
69 zu, dass sachkundige Bürgerinnen und Bürger ihre Auf-  
70 gabe der sachkundigen Beratung der Fraktionen und  
71 in Ausschüssen qualitativ hochwertiger nachkommen  
72 können.

**Antrag K-03**  
**UB Borken****Empfehlung der Antragskommission**  
**Ablehnung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Bebauungspläne**

1 Bebauungspläne (B-Pläne), bei denen eine Überplanung  
2 auf Grund freier Flächen möglich ist, müssen nach de-  
3 ren Festsetzung in Anlehnung an das „Europarechts-An-  
4 passungsgesetz Bau“ innerhalb von 10 Jahren durch die  
5 politischen Gremien der zuständigen Gemeinden neu-  
6 bewertet und erneut verabschiedet werden.

7

**Begründung**

9

10 Grundsätzlich gilt seit der Novellierung des BauGB im  
11 Juli 2011, „dass den Erfordernissen des Klimaschutzes  
12 Rechnung getragen werden soll, sowohl durch Maßnah-  
13 men, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch  
14 durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel  
15 dienen. (§ 1a Abs. 5 BauGB). In der Regel findet sich in  
16 „alten“Bebauungsplänen keine oder nur rudimentären  
17 Ansätze einer Betrachtung der Nachhaltigkeit und so-  
18 zialen Verträglichkeit von B-Plänen wieder, wie z.B. Fest-  
19 legung von Gebieten mit Wohnraum für Durchschnitts-  
20 verdienenerInnen, sparsamer und schonender Umgang  
21 mit Grund und Boden, Sicherung des lokalen Luftaus-  
22 tauschs, Effizientere Ausnutzung und Speicherung von  
23 Primärenergie usw. (siehe § 9, Baugesetzbuch BauGB).  
24 Schon allein aus diesen Gründen ist eine Neubewertung  
25 und ein Monitoring nach 10 Jahren dringend geboten.

**Antragsbereich 04: Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik (A)**

**Antrag A-01**  
**UB Duisburg**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Erledigt durch Koalitionsvertrag Bund 2021**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Abzug aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik und NEIN zur atomwaffen-unterstützenden Aufrüstung der Bundeswehr**

- 1 1. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für ei-
- 2 nen Abzug aller Atomwaffen aus der Bundes-
- 3 republik und eine Ablehnung der atomwaffen-
- 4 unterstützenden Aufrüstung der Bundeswehr ein.
- 5 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert,
- 6 diese Haltung in der Großen Koalition konsequent
- 7 zu vertreten und entsprechende Entscheidungen
- 8 zu treffen.
- 9 3. Die SPD wird diese Haltung auch in künftigen Ko-
- 10 alitionsverhandlungen vertreten und keine Koali-
- 11 tionsverträge mit anderslautenden Festlegungen
- 12 schließen.
- 13 4. Die SPD wird diese friedenspolitische Forderung
- 14 im nächsten Bundestagswahlkampf aufgreifen
- 15 und thematisieren.

16

17 **Begründung**

18

19 Der aktuelle Streit in der Großen Koalition um die Neu-

20 beschaffung von Kampfflugzeugen, die geeignet sind,

21 US-Atombomben zu ihren „Zielen“ zu transportieren,

22 hat ein Thema wieder ins öffentliche Bewusstsein zu-

23 rückgerufen, welches lange Zeit keine besondere Auf-

24 merksamkeit mehr erfahren hat: die militärische und si-

25 cherheitspolitische Standortbestimmung der Bundesre-

26 publik.

27

28 In diesem Streit haben der SPD-

29 Bundestagsfraktionsvorsitzende und der SPD-

30 Bundesvorsitzende bereits deutlich gemacht, dass

31 sie diese Nachrüstung und auch die Stationierung der

32 US-amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden

33 ablehnen. Insgesamt zeigt sich die SPD-Spitze aber in

34 dieser Frage alles andere als geschlossen, weshalb eine

35 Grundsatzentscheidung und Positionierung der Partei

36 in dieser Frage zu diskutieren und herbeizuführen sind.

37

38 Die Duisburger SPD sieht sich in dieser Frage konsequent

39 in der langen friedenspolitischen Tradition der Partei,

40 die in den letzten Jahrzehnten u.a. gekennzeichnet

41 war durch die Entspannungs- und Friedenspolitik Wil-

42 ly Brandts, der Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses

43 (auch auf die Gefahr und letztlich mit der Konsequenz

44 des Machtverlustes) und dem entschiedenen Nein der

45 rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder zum Irak-

46 Krieg. Es war seit 1945 über Jahrzehnte hinweg gesell-

47 schaftspolitischer Konsens in Ost und West, dass von

48 deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe. Die  
49 Bundesrepublik hat es sich auch nach der Wiederverei-  
50 nigung und der Herstellung voller staatlicher Souveräni-  
51 tät daher zu Recht nie leichtgemacht, ihren Bündnisver-  
52 pflichtungen durch aktive Auslands- und Kampfeinsät-  
53 ze nachzukommen. Allen gingen letztlich leidenschaftli-  
54 che Debatten und am Ende legitimierende Bundestags-  
55 beschlüsse voraus.

56

57 Ohne die Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik in  
58 Zweifel stellen und eine stärkere internationale Verant-  
59 wortung als noch vor 1989 negieren zu wollen, bleibt  
60 es mit Blick auf die jüngere deutsche Geschichte doch  
61 dabei, dass es auch eine besondere Verantwortung  
62 der Bundesrepublik für die Friedenerhaltung und ge-  
63 genüber den besonders Leidtragenden des 2. Weltkrie-  
64 ges - insbesondere dem jüdischen Volk und Russland  
65 - gibt. Wenn heute im Rahmen von NATO-Manövern  
66 an der russischen Grenze wieder deutsche Panzer auf-  
67 fahren (wie 2019 in Litauen), zeugt dies von wenig his-  
68 torischer Sensibilität und Verantwortung. Gleiches gilt  
69 zweifellos für die auf deutschem Boden stationierten  
70 US-Atomwaffen, die auch noch durch deutsche Kampf-  
71 flugzeuge transportiert werden sollen - dass gerade von  
72 der Bundesrepublik eine atomare Bedrohung für Russ-  
73 land ausgehen soll, zeigt in erschreckendem Maße, wie  
74 sehr das Denken des „Kalten Kriegs“ in den Köpfen vieler  
75 Verantwortlicher noch präsent zu sein scheint.

76

77 Spätestens die US-amerikanische Außenpolitik im Vor-  
78 feld und im Zuge des Irak-Krieges hat gezeigt, dass die  
79 USA-Administrationen Partnerschaft und gleichberech-  
80 tigte Teilhabe in der NATO recht einseitig im Sinne ih-  
81 rer Interessenlagen definieren. Mit der Präsidentschaft  
82 Donald Trumps haben die Unberechenbarkeit und Part-  
83 nerschaftsdefinition der USA nunmehr ein Niveau er-  
84 reicht, das Anlass zur Sorge geben muss. Der Vorsitzen-  
85 de der SPD-Fraktion im Bundestag, Rolf Mützenich, hat  
86 dazu ausgeführt, die Regierung Trump habe zwischen-  
87 zeitlich verkündet, dass Atomwaffen nicht mehr nur der  
88 Abschreckung dienen, sondern Waffen seien, mit denen  
89 man Kriege führen könne. Die USA behielten sich vor, auf  
90 Bedrohungen, zum Beispiel auch durch Cyber-Angriffe,  
91 mit nuklearen Vergeltungsschlägen zu reagieren. Auch  
92 der Ersteinsatz sei nicht vom Tisch. Zudem habe die US-  
93 Regierung angekündigt, die in Deutschland lagernden  
94 Atomwaffen durch modernisierte, zielgenauere atoma-  
95 re Lenkwaffen ersetzen zu wollen. Damit sei das Eskala-  
96 tionsrisiko unüberschaubar geworden.

97

98 Statt sich für Nach- und Aufrüstung einzusetzen, wäre  
99 es angesichts eines weltweiten Wettrüstens, in das 2018  
100 nahezu zwei Billionen US-Dollar geflossen sind, drin-  
101 gend an der Zeit, sich wieder verstärkt dem Thema „Ab-  
102 rüstung“ zu widmen. Die Forderung des Abzuges der

103 Atomwaffen aus Deutschland und der Verzicht auf die  
104 Nachrüstung der Trägersysteme könnte hier ein erstes  
105 starkes Signal setzen und den Anstoß für weitere Ab-  
106 rüstungsinitiativen geben. Es stünde der Bundesrepu-  
107 blik gut an, hier eine Führungsrolle zu übernehmen und  
108 dafür Partner zu gewinnen – sowohl in der EU, als auch  
109 in der NATO und international.

110

111 Auch mit Blick auf eine neue inhaltliche Ausrichtung  
112 der SPD und dem nächsten Bundestagswahlkampf emp-  
113 fiehlt es sich, das lange aus dem Blickfeld verschwunde-  
114 ne Thema „Friedenspolitik“ wieder aufzugreifen – denn  
115 immer, wenn sich die SPD glaubwürdig dieses tradi-  
116 tionellen Kernthemas angenommen hat, vermochte sie  
117 Menschen für sich zu begeistern und zu mobilisieren.

**Antrag A-02**  
**KV Olpe****Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion****Der Landesparteitag möge beschließen:****Kill Switch**

1 Die NRWSPD wird dazu aufgefordert, sich für die Einfüh-  
2 rung eines digitalen „Kill Switch“ einzusetzen. Diese Vor-  
3 sichtsmaßnahme würde im Falle eines großen Cyberan-  
4 griffes zur Sicherung unserer Infrastruktur und system-  
5 relevanter Institutionen beitragen.

6  
7 Der „Kill Switch“ soll dafür sorgen, dass alle Deutschen  
8 Onlinedienste immer noch funktionieren, selbst wenn  
9 es zu einem ausländischen Cyberangriff kommt. Bei ei-  
10 nem „Kill Switch“ handelt es sich um einen „Notaus-  
11 schalter“ für das Internet, hierdurch wären alle direk-  
12 ten Internetzugänge ins Ausland gesperrt. Im Ernstfall  
13 könnte der gesamte innerdeutsche Datenverkehr über  
14 bestimmte Server und Knotenpunkte geleitet werden.  
15 Bedingung hierfür wären die Einrichtung eines eigenen  
16 und unabhängiges DNS. Die Entscheidung und Kontrolle  
17 für einen solchen Fall, soll das BSI übernehmen. Zur Ab-  
18 sicherung und Gewährleistung der Funktion, sollte das  
19 System dauerhaft gewartet, erweitert und einmal jähr-  
20 lich getestet werden.

21  
22 Cyberangriffe werden immer häufiger und zeigen im-  
23 mer mehr Auswirkungen; jedoch handelt es sich bei  
24 den uns bisherigen wiederfahrenden Angriffen eher um  
25 „kleine Scharmützel“ im Vergleich zu dem, was möglich  
26 ist. Bei einem ernsthaften Angriff von außen ist unse-  
27 re gesamte Infrastruktur, Krankenhäuser, Universitäten,  
28 etc. in Gefahr. Um zu gewährleisten, dass die Bundes-  
29 republik eigenständig und unabhängig, auch während  
30 eines Cyberangriffes, agieren kann, müssen Maßnah-  
31 men ergriffen werden, die dies ermöglichen. Im Ernst-  
32 fall könnte der „Kill Switch“ das feindliche Eindringen in  
33 unsere digitale Infrastruktur verhindern oder zumindest  
34 behindern.

**Antragsbereich 05: Bildung und Wissenschaft (B)**

**Antrag B-01**  
**OV Bonn-Beuel**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisung an SPD-Landesvorstand und Einrichtung**  
**einer zuständigen Kommission nach der Landtagswahl**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Abschaffung staatlich-religiöser Schulen in NRW****1 Faktum:**

2 In NRW sind von 2786 **staatlichen** Grundschulen 892  
 3 christliche Bekenntnisschulen. Das ist ein Drittel al-  
 4 ler dieser Schulen. Von diesen sind 90 Prozent katho-  
 5 lisch orientiert und 10 Prozent evangelisch. Alle die-  
 6 se konfessionellen Schulen werden als staatliche Schu-  
 7 len zu 100 Prozent durch den Staat NRW finanziert.  
 8 Des ungeachtet unterstehen diese staatlichen Schulen  
 9 als pädagogisch-erzieherische Einheiten des staatlichen  
 10 Schulsystems von NRW ganzheitlich, d.h. im Hinblick auf  
 11 alle Unterrichtsfächer und das Schulleben, unter kirch-  
 12 licher Aufsicht (Artikel 12 Absatz VI Landesverfassung).  
 13 NRW ist das einzige Bundesland der Bundesrepublik  
 14 Deutschland, das eine solche Regelung kennt.  
 15 (Der Parteitag möge beschließen):

**16 Forderungen:**

17 Das Prinzip der staatlichen Bekenntnisschulen wird ab-  
 18 geschafft.  
 19 Dem entsprechend wird der Artikel 12 der Verfassung  
 20 des Landes NRW geändert:

21 **In Absatz II** – („Grundschulen sind Gemeinschaftsschu-  
 22 len, Bekenntnisschulen oder Weltanschauungsschulen.“)  
 23 wird die Formulierung „Bekenntnisschulen oder Weltan-  
 24 schauungsschulen“ gestrichen

25 **Absatz III wird gestrichen** und durch einen **neuen Absatz**  
 26 **III ersetzt**, der dem pädagogisch-erzieherischen Kernan-  
 27 liegen des bisherigen Absatzes VI zeitgemäß eine neue  
 28 Ausrichtung gibt.

**29 Vorschlag für Absatz III:**

30 Es wird vorgeschlagen, in diese Neuformulierung die fol-  
 31 genden Zielsetzungen aufzunehmen:

32 „In allen staatlichen Schulen des Landes werden die Kin-  
 33 der auf der Grundlage freiheitlich-demokratischer Wer-  
 34 te vor dem Hintergrund abendländischer Traditionen in  
 35 Offenheit für alle religiösen Bekenntnisse und weltan-  
 36 schaulichen Überzeugungen sowie in und zur Achtung  
 37 der Unantastbarkeit der Menschenwürde und der Men-  
 38 schenrechte gemeinsam unterrichtet und erzogen.“

39 Sollte die für die hier geforderte Verfassungsänderung  
 40 erforderliche 2/3-Mehrheit nicht zu erreichen sein, wird  
 41 die Fraktion der SPD im NRW-Landtag aufgefordert, an-  
 42 gesichts der offensichtlichen Grundgesetzwidrigkeit des  
 43 Artikels 12 der Landesverfassung die Landesregierung zu  
 44 veranlassen, beim Bundesverfassungsgericht eine Nor-  
 45 menkontrollklage einzureichen.

**46 Ausklammerung:**

47 Dieser Antrag und seine Forderungen berühren weder

48 den Bereich der Privatschulen noch den des Religions-  
49 unterrichts in staatlichen Schulen. Diese Bereiche sind  
50 nicht Gegenstand des Antrags.

51

## 52 **Begründung**

53

54 1. Der bisherige Artikel 12 der Landesverfassung ver-  
55 stößt gegen Artikel 4 Absatz I des Grundgesetzes  
56 der Bundesrepublik Deutschland. Dort heißt es:

57 „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die  
58 Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Be-  
59 kenntnisses sind unverletzlich.“

60 Diese Norm enthält das Grundgesetz wesentlich  
61 auch vor dem Hintergrund der nationalsozialisti-  
62 schen Vergangenheit Deutschlands, als Verbots-  
63 norm, gerichtet an den Staat. Der Staat darf diese  
64 Menschen-Freiheit nicht verletzen. Der Staat von  
65 NRW verstößt jedoch seit seiner Gründung gegen  
66 dieses Verbot, indem er die Kirchen ermächtigt,  
67 in seinem Machtbereich der Pflichtschule recht-  
68 lich unmündige (und individualpsychologisch sich  
69 noch entwickelnde) Kinder einer bestimmten Reli-  
70 gion zuzuführen.

71 2. Alle übrigen Bundesländer der Bundesrepublik  
72 Deutschland – zum Teil unter christdemokrati-  
73 scher Führung – haben dies offenbar erkannt und  
74 eine Ermächtigung der Kirchen abgeschafft oder  
75 erst gar nicht eingeführt.

76 3. Die staatliche Ermächtigung der Kirchen, staatli-  
77 che Schulen pädagogisch-erzieherisch verbindlich  
78 zu beaufsichtigen und mitzugestalten, beinhal-  
79 tet neben dem allgemeinen Recht, in allen Un-  
80 terrichtsfächern Pädagogik und Erziehung nach  
81 kirchlichen Grundsätzen zu praktizieren, auch das  
82 Recht, Kindern, die nicht dem Bekenntnis ange-  
83 hören, dem die Schule unterworfen ist, die Auf-  
84 nahme zu verweigern. Das verstößt angesichts des  
85 Pflichtschulprinzips der in Artikel 3 des Grundge-  
86 setzes festgeschriebenen Gleichheit vor dem Ge-  
87 setz.

88 4. Das Selektionsrecht der Kirchen im Raum der  
89 staatlichen Schulen hat bisher in vielen Regionen  
90 des Landes NRW im Hinblick auf zugewanderte  
91 Familien mit Kindern integrationsstörende Folgen.  
92 So beteiligt sich ein nicht unbeträchtlicher Teil der  
93 katholischen Grundschulen des Landes nicht an  
94 dessen Integrationsbemühungen von Kindesbei-  
95 nen an.

96 5. Angesichts des historischen Rückgangs der Bedeu-  
97 tung der Kirchen in Gesellschaft und Kultur – bun-  
98 desweit gehören gerade einmal die Hälfte aller  
99 Bürgerinnen und Bürger einer Kirche an (im Natio-  
100 nalsozialismus und in den frühen 50er Jahren wa-  
101 ren es noch mehr als 90 Prozent) – und angesichts  
102 des katastrophalen Versagens des Klerus, als weit-

103           gehend allein maßgebendes Kollektiv der Kirchen,  
104           im Umgang mit Abhängigen, Schutzbefohlen (u.a.  
105           Missbrauch-Debatte) und Frauen, muss der heuti-  
106           ge Staat alle bisherigen Ermächtigungen der Kir-  
107           chen in Bezug auf staatliches Handeln auf den  
108           Prüfstand nehmen.

109       6. Schließlich stützt sich dieser Antrag in all seinen  
110       Forderungen und dazugehörigen Begründungen  
111       auf den Artikel 8 der Landesverfassung. Dort heißt  
112       es in Absatz 1, Satz 3:  
113       „Die staatliche Gemeinschaft hat Sorge zu tragen,  
114       dass das Schulwesen den kulturellen und sozialen  
115       Bedürfnissen des Landes entspricht.“

116       Angeichts der tiefgreifenden Veränderung der  
117       kulturellen und sozialen Bedürfnisse in den ver-  
118       gangenen 50 Jahren in unserem Land kann die-  
119       ser Satz als Verfassungsauftrag gelesen werden,  
120       das Schulwesen nicht nur schulpädagogisch und  
121       schulorganisatorisch an neue Wirklichkeiten an-  
122       zupassen, sondern gegebenenfalls auch die schul-  
123       rechtlichen Rahmenbedingungen bis hin zu den  
124       entsprechenden Vorgaben der Verfassung neu zu  
125       justieren.

**Antrag B-02**  
**UB Bottrop****Empfehlung der Antragskommission**  
**Erledigt durch Beschluss L-01 Regierungsprogramm****Der Landesparteitag möge beschließen:****Qualitätsoffensive Offene Ganztagsgrundschule****1 Der SPD-Unterbezirksvorstand fordert**

2

3 **eine Qualitätsoffensive in den Offenen Ganztags-**  
4 **schulen und fordert die Landesregierung daher auf, Stan-**  
5 **dards für das Personal, die Räumlichkeiten, die Finanze-**  
6 **rung sowie für die Verpflegung zu entwickeln.**

7

**8 Begründung**

9

10 Das Konzept der offenen Ganztagschulen ist in Bottrop  
11 und in vielen anderen Kommunen inzwischen weit ver-  
12 breitet. Es bietet vielen Menschen die Möglichkeit, Fa-  
13 milie und Beruf miteinander zu vereinbaren. In den letz-  
14 ten zehn Jahren ist das OGS-Angebot schrittweise aus-  
15 gebaut worden. Zum Teil besuchen 70 bis 80% der Kin-  
16 der einer Schule die OGS. Nach rund 10 Jahren OGS lässt  
17 sich aber feststellen, dass die OGS zwar aus den Kinder-  
18 schulen entwachsen ist, die Rahmenbedingungen aber  
19 kaum angepasst worden sind.

20 Es gibt keine Qualitätsstandards.

21 Die Bundesregierung hat den Rechtsanspruch auf Ganz-  
22 tagsbetreuung zum Schuljahr 2026/27 beschlossen. Ein  
23 weiterer Ausbau der Offenen Ganztagschulen wird da-  
24 her notwendig. Der SPD-Unterbezirksvorstand ist der  
25 Auffassung, dass dieser nicht willkürlich erfolgen soll,  
26 sondern nach konkreten Standards.

27

28 Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbe-  
29 treuung muss genutzt werden, um Qualitätsstandards  
30 zu entwickeln.

31

**32 Personal:**

33

34 Im Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiter-  
35 bildung ist weder ein Personalschlüssel festgelegt, noch  
36 gibt es konkrete Aussagen zu den Qualifikationen des  
37 Personals. Vielmehr heißt es:

38

39 *„7.1 Die Qualifikation des Personals richtet sich nach den*  
40 *Förder- und Betreuungsbedarfen der Kinder und Jugend-*  
41 *lichen.*

42 *7.2 Lehrerstellenanteile sind möglichst für Angebote zu*  
43 *nutzen, die die Kinder ergänzend zum Unterricht in-*  
44 *dividuell fördern und fordern (zum Beispiel zusätzli-*  
45 *che Arbeits- oder Wochenplanstunden, Sprachbildung,*  
46 *Mathematik und Naturwissenschaften, Fremdsprachen).*  
47 *Möglich ist auch ihre Nutzung für Konzeption und Koor-*

48 *dination.*

49 *7.3 Neben Lehrkräften sollen möglichst pädagogische*  
 50 *und sozialpädagogische Fachkräfte, Musikschullehrerinnen*  
 51 *und -lehrer, Künstlerinnen und Künstler, Übungs-*  
 52 *leiterinnen und Übungsleiter im Sport sowie geeignete*  
 53 *Fachkräfte weiterer gemeinwohlorientierter Einrichtungen*  
 54 *eingesetzt werden.*

55 *7.4 Ergänzend können, nach Möglichkeit unter päd-*  
 56 *agogischer beziehungsweise sozialpädagogischer Beglei-*  
 57 *tung, auch pädagogisch geeignete ehrenamtlich tätige*  
 58 *Personen, Seniorinnen und Senioren, Handwerkerinnen*  
 59 *und Handwerker, Eltern, ältere Schülerinnen und Schüler,*  
 60 *Praktikantinnen und Praktikanten, Studierende, Bundes-*  
 61 *freiwilligendienstleistende und Teilnehmende am freiwilligen*  
 62 *sozialen oder ökologischen Jahr und von Freiwilligendienstleistungen*  
 63 *tätig werden. [...].”[1]*

64

65 Der SPD-Unterbezirksvorstand fordert eindeutige Rege-  
 66 lungen, was den Einsatz von Fachkräften, Ergänzungs-  
 67 kräften und sonstigem Personal, so wie es z.B. für Kin-  
 68 dertageseinrichtungen im KiBiz geregelt ist.

69 Schließlich haben die OGS genau wie Kindertagesstät-  
 70 ten einen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauf-  
 71 trag. Diese kann nur mit entsprechendem Fachpersonal  
 72 erfüllt werden.

73

#### 74 **Infrastruktur - Räume**

75

76 Im Erlass heißt es:

77 *„6.1 Der Schulträger stellt die erforderliche Infrastruktur*  
 78 *bereit.*

79 *6.2 Für Angebote außerschulischer Träger sollen Schul-*  
 80 *räume kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Ange-*  
 81 *bote außerschulischer Träger können auch außerhalb des*  
 82 *Schulgeländes durchgeführt werden. Eine Betriebserlaub-*  
 83 *nis nach § 45 SGB VIII ist nicht erforderlich.*

84 *6.3 Der Schulträger ermöglicht den Schülerinnen und*  
 85 *Schülern die Einnahme eines Mittagessens oder eines Mit-*  
 86 *tagsimbisses. In Ganztagschulen stellt er dafür Räume,*  
 87 *Sach- und Personalausstattung bereit.”[2]*

88

89 Der SPD-Unterbezirksvorstand ist der Auffassung, dass  
 90 eine gute Gelegenheit ist, sich, was die Räumlichkei-  
 91 ten angeht, grundsätzlich neu aufzustellen. So soll ein  
 92 Raumkonzept entwickelt werden, das lernen, entspan-  
 93 nen, spielen, essen und bewegen ermöglicht.

94

#### 95 **Finanzierung - Elternbeiträge**

96

97 Derzeit können Elternbeiträge bis zu 203€ erhoben wer-  
 98 den und es gibt kommunale Unterschiede. Diese müs-  
 99 sen beseitigt werden. Der SPD-Unterbezirksvorstand  
 100 strebt generell kostenfreie Bildung an.

101

102 Pädagogisches Konzept – Bildungsgrundsätze NRW

103

104 Im Runderlass werden verschiedene Angebote als Merk-  
105 male der OGS beschrieben.

106 So heißt es:

107

108 „3.1 Zu den Merkmalen sowohl einer gebundenen als  
109 auch einer offenen Ganztagschule (§ 9 Absatz 1 und Ab-  
110 satz 3 SchulG) gehören beispielsweise

- 111 • Angebote für unterschiedlich große und heteroge-  
112 ne Gruppen, die auch besondere soziale Problemla-  
113 gen berücksichtigen,
- 114 • ein verlässliches Zeitraster und eine sinnvoll rhyth-  
115 misierte Verteilung von Lernzeiten auf den Vormit-  
116 tag und den Nachmittag, auch unter Entwicklung  
117 neuer Formen der Stundentaktung,
- 118 • die Öffnung von Schule zum Sozialraum und die Zu-  
119 sammenarbeit mit den dort tätigen Akteuren „auf  
120 Augenhöhe“,
- 121 • Förderkonzepte und -angebote für Schülerinnen  
122 und Schüler mit besonderen Bedarfen (zum Beispiel  
123 Sprachförderung, Deutsch als Zweitsprache, Ma-  
124 thematik und Naturwissenschaften, Fremdspra-  
125 chen, Bewegungsförderung),
- 126 • die Förderung der Interessen der Schülerinnen und  
127 Schüler durch zusätzliche themen- und fachbezo-  
128 gene oder fächerübergreifende, auch klassen- und  
129 jahrgangsstufen-übergreifende Angebote und au-  
130 ßerunterrichtliche Praktika,
- 131 • zusätzliche Zugänge zum Lernen und Arbeitsge-  
132 meinschaften (zum Beispiel Kunst, Theater, Mu-  
133 sik, Werken, Geschichtswerkstätten, naturwissen-  
134 schaftliche Experimente, Sport) sowie sozialpäd-  
135 agogische Angebote, insbesondere im Rahmen von  
136 Projekten der Kinder- und Jugendhilfe (zum Beispiel  
137 interkulturelle, geschlechtsspezifische, ökologische,  
138 partizipative, freizeitorientierte und offene Ange-  
139 bote),
- 140 • Anregungen und Unterstützung beim Lösen von  
141 Aufgaben aus dem Unterricht und Eröffnung von  
142 Möglichkeiten zur Vertiefung und Erprobung des  
143 Gelernten sowie zur Entwicklung der Fähigkeit zum  
144 selbstständigen Lernen und Gestalten,
- 145 • Möglichkeiten und Freiräume zum sozialen Lernen,  
146 für Selbstbildungsprozesse und für selbstbestimmte  
147 Aktivitäten,
- 148 • ein angemessenes Gleichgewicht von Anspannung  
149 und Entspannung mit entsprechenden Ruhe- und  
150 Erholungsphasen und von Kindern und Jugendli-  
151 chen frei gestaltbaren Zeiten,
- 152 • Angebote zur gesunden Lebensgestaltung, u.a. zu  
153 einer gesunden Ernährung,
- 154 • vielfältige Bewegungsanreize und -angebote, [...]
- 155 [3]

156

157 Weiter heißt es:

158 „Offene und gebundene Ganztagschulen setzen diese  
159 Merkmale im Rahmen ihrer Ressourcen und Möglichkei-  
160 ten um.“[4]

161

162 Die Umsetzung von pädagogischen Angeboten  
163 darf nicht dem Zufall überlassen sein. Der SPD-  
164 Unterbezirksvorstand fordert die Entwicklung eines  
165 pädagogischen Konzepts in jeder Einrichtung, welches  
166 die Bildungsgrundsätze NRW [5] umsetzt.

167

168 [1] BASS 2021/2022 - 12-63 Nr. 2 Gebundene und  
169 offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche  
170 Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich  
171 und Sekundarstufe I (schul-welt.de)

172 [2] Ebd.

173 [3] Ebd.

174 [4] Ebd.

175 [5] **Bildungsgrundsätze. Mehr Chancen durch Bildung**  
176 von Anfang an. **Grundsätze zur Bildungsförderung** für  
177 Kinder von 0 bis 10 Jahren in Kindertagesbetreuung und  
178 Schulen im Primarbereich in **Nordrhein-Westfalen**.

179

**Antrag B-03**  
**UB Borken**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme in Fassung der Antragskommission**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Digitaler Hausmeister**

1 Die NRWSPD setzt sich dafür ein, dass an jeder Schu-  
 2 le eine Stelle „Digitaler Hausmeister“ geschaffen wird,  
 3 die mit einem IT-Spezialisten besetzt wird und folgende  
 4 Aufgaben umfasst:

- 5
- 6 • Überprüfung und, falls notwendig, Vorschläge zur  
 7 Erweiterung des Bestandes an elektronischen Ge-  
 8 räten in der Schule
  - 9 • Wartung von elektronischen Geräten, was die fol-  
 10 genden Dinge einschließt: die Aktualisierung der  
 11 Betriebssysteme, die Überprüfung und ggfs. Ak-  
 12 tualisierung der vorhandenen Software, das Auf-  
 13 spielen von neuer Software, wenn Lehrkräfte die-  
 14 se benötigen, die Löschung unerwünschter Inhal-  
 15 te, die Einleitung notwendiger Reparaturen sowie  
 16 das Erstellen von Bestelllisten zur Weitergabe an  
 17 die zuständigen Stellen
  - 18 • Installation der vom Lehrerkollegium benötigten  
 19 Software auf neu angeschafften Endgeräte
  - 20 • regelmäßige Überprüfung der Endgeräte auf  
 21 Funktionalität
  - 22 • Einrichtung und Pflege eines sicheren Netzwerks
  - 23 • Erstellung von „Blacklists“ und „Whitelists“ sowie  
 24 deren Übertragung auf die Endgeräte, um die Si-  
 25 cherheit der Endgeräte und des digitalen Schulsys-  
 26 tems zu gewährleisten
  - 27 • Funktion als Ansprechpartner vor Ort für Lehrkräf-  
 28 te bei Problemen mit elektronischen Geräten, wo-  
 29 zu auch gehört, kurzfristige Lösungen zu schaf-  
 30 fen, damit die Lehrkraft den Unterricht durchfüh-  
 31 ren kann

32  
 33 **Begründung**

34  
 35 Man stelle sich folgende Situation vor: Ein Arbeitneh-  
 36 mer einer großen Firma kommt an seinen Arbeitsplatz.  
 37 Seinen Laptop hat er dabei, denn darauf hat er zu Hau-  
 38 se noch eine Präsentation für ein großes Meeting vor-  
 39 bereitet. Als er ankommt, stellt er fest, dass der Laptop  
 40 sich nicht mehr mit der Docking-Station verbindet und  
 41 er seine Präsentation nicht aufrufen kann. Das fällt al-  
 42 lerdings erst kurz vor Beginn auf. Da die Firma versucht,  
 43 Kosten, wo nur möglich, zu sparen, gibt es keine echte  
 44 IT-Abteilung im Unternehmen, sondern zwei Mitarbei-  
 45 ter der Firma wurden damit beauftragt, in diesen Dingen  
 46 fit zu sein. Der eine ist aber nicht im Hause, da er einen  
 47 Mitarbeiterausflug hat, der andere hält gerade ein eige-

Ersetze digitaler Hausmeister durch digitaler Support

48 nes wichtiges Meeting. Da sich das Problem nicht lösen  
49 lässt, greift er auf ein Whiteboard zurück, ruft die Prä-  
50 sentation auf seinem Laptop auf und malt die verschie-  
51 denen Seiten der Präsentation auf. Analog.

52

53 Jetzt stelle man sich zusätzlich vor, die Haupttätigkeit  
54 aller Mitarbeitenden bestünde darin, Präsentationen zu  
55 planen, vorzutragen und sicherzustellen, dass die Teil-  
56 nehmer die Inhalte behalten.

57

58 Dieses Beispiel hört sich absurd an, ist aber Alltag an  
59 deutschen Schulen. Während die Digitalisierung immer  
60 für ihre Möglichkeiten angepriesen wird und wie vie-  
61 le Arbeitsplätze diese schaffen soll, wird dieses Verspre-  
62 chen gerade im Bildungssystem nicht eingehalten. Statt  
63 an einer praxisorientierten Lösung zu arbeiten, werden  
64 Lehrkräfte, die eine gewisse Affinität mit Computersys-  
65 temen haben, dazu genötigt, die IT ganzer Schulen zu  
66 verwalten und werden, obwohl dieses Thema unglaub-  
67 lich komplex ist, vielfach mit nur drei Stunden Zeit pro  
68 Woche (!) abgespeist. Aufgrund des akuten Lehrkräfte-  
69 mangels sind diese Stunden zumeist sogar Überstun-  
70 den.

71

72 Das zeigt vor allem, dass viele einfach noch nicht begrif-  
73 fen haben, dass Informationstechnik hochkomplex ist.  
74 Um sich davon zu überzeugen, wie komplex Informa-  
75 tionstechnik tatsächlich ist, reicht ein Blick darauf, wie  
76 viele Ausbildungsberufe und Studiengänge es heute –  
77 nur für diesen Bereich – gibt.

78

79 Auch sollte das Problem dezentral gelöst werden. Eine  
80 zentrale Lösung hätte den Nachteil, dass die Probleme  
81 der Lehrkraft nicht sofort bearbeitet werden können und  
82 daher der Unterricht nicht wie geplant stattfinden kann.  
83 So wären Lehrkräfte, immer noch dazu gezwungen, ih-  
84 ren Unterricht sowohl digital als auch analog vorzubere-  
85 iten, um auf den Fall, dass die Technik versagt, vorbe-  
86 reitet zu sein.

87

88 Deshalb ist es besser, jemanden vor Ort zu haben, der  
89 die Netzwerktechnik kennt und schnelle Ausweichlö-  
90 sungen schaffen kann, wenn sich ein solches Problem  
91 nicht sofort lösen lassen sollte. Eine Stelle „Digitaler  
92 Hausmeister“ ist eine gute Möglichkeit, um der Komple-  
93 xität der digitalen Infrastruktur an Schulen gerecht zu  
94 werden und für die professionelle Betreuung der Netz-  
95 werkstrukturen und aller für die digitale Infrastruktur  
96 relevanten Geräte zu sorgen. Auf diese Weise sind indi-  
97 viduelle Lösungen je nach Schulform – von der Grund-  
98 schule bis zum Schulabschluss – und Situation an der  
99 Schule möglich. Mit einem digitalen Hausmeister als  
100 Brückenbauer zwischen IT und Lehrkraft wird die Vor-  
101 aussetzung zur Umsetzung des Medienkompetenzrah-  
102 mens erfüllt.

**Antrag B-04**  
**UB Borken****Empfehlung der Antragskommission**  
**Erledigt durch Beschluss L-01 Regierungsprogramm****Der Landesparteitag möge beschließen:****Digitale Endgeräte**

1 Der Landesparteitag fordert die SPD-Fraktion im Land-  
2 tag NRW dazu auf, dass sich dafür einsetzt, dass di-  
3 gitale Endgeräte, die in der schulischen Lehre erforder-  
4 lich sind, von den jeweiligen Schulträgern bereitgestellt  
5 werden. Die Finanzierung wird durch das Land NRW si-  
6 chergestellt.

7

**Begründung**

8

9  
10 Die uneingeschränkte digitale Teilhabe von Schülerin-  
11 nen und Schülern an schulischen Lernprozessen ist ei-  
12 ne unabdingbare Forderung, über die weitgehend po-  
13 litische Einigkeit besteht, wobei die Vermeidung sozia-  
14 ler Ungleichheit bei der Anschaffung oder Nutzung di-  
15 gitaler Endgeräte eine Selbstverständlichkeit sein soll-  
16 te. Die Ministerin für Schule und Bildung stellt auf die  
17 Kleine Anfrage 4635 im Landtag fest: „Zu den Pflich-  
18 ten der Eltern nach § 41 Absatz 1 Schulgesetz gehört es,  
19 ihr Kind angemessen auszustatten. Nach der gegenwärtigen  
20 Rechtsauffassung sind davon digitale Endgeräte  
21 derzeit nicht umfasst. Vor diesem Hintergrund sind Be-  
22 schaffungsvorgaben unzulässig. Auch darf die Beschaf-  
23 fung von digitalen Endgeräten nicht zur Voraussetzung  
24 für den Besuch einer Schule oder eines Bildungsgangs  
25 gemacht werden. Die Überwachung dieser Rechtslage  
26 obliegt der Schulaufsicht.“

27

28 Nach unseren Informationen hat sich die Auffassung  
29 des Ministeriums für Schule und Bildung und damit  
30 auch die Rechtslage nicht geändert.

31

32 Ferner wird in Beantwortung der o.g. Anfrage ausge-  
33 führt, dass digitale Endgeräte im Gegensatz zu Atlanten,  
34 Formelsammlungen, Grammatiken, Wörterbücher, Lexi-  
35 ka, Bibeln, Alte und Neue Testamente, Katechismen, Ge-  
36 betbücher, Liederbücher, Kochbücher, wissenschaftliche  
37 Literatur nicht pauschal als Lernmittel zugelassen sind.

38

39 Die Praxis zeigt jedoch, dass in den Kommunen eigen-  
40 ständig Lösungen gesucht werden, um Schüler:innen  
41 mit digitalen Endgeräten auszustatten. Dabei werden  
42 u.a. Finanzierungsmodelle entwickelt, welche die Eltern  
43 finanziell stark belasten. Gleichzeitig entsteht in Bezug  
44 auf die Lernmittelausstattung ein Flickenteppich, der  
45 keine Chancengleichheit in der Bildung gewährleistet.  
46 So entscheidet der Wohnort und die Finanzkraft der El-  
47 tern, ob ein Kind Zugang zur digitalen Bildung erhält.

**Antragsbereich 07: Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik (F)****Antrag F-01**  
**AsF NRW****Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme in Fassung der Antragskommission****Der Landesparteitag möge beschließen:****Wir bringen Familie und Karriere unter einen Hut**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 • ein Modellprojekt zu starten, in dem wir neue geschlechtergerechte Arbeitsbewertungssysteme –  
4 angelehnt an den sogenannten CW-Index – auf ihre  
5 Praxistauglichkeit überprüfen.  
67 • im Rahmen einer Dienstrechtsreform die Beurteilungsrichtlinien des Öffentlichen Dienstes des  
8 Landes Nordrhein-Westfalen zu überarbeiten, damit  
9 niemand aufgrund seines Geschlechts und  
10 Familienstatus bei Beförderungen benachteiligt  
11 wird. Dadurch wollen wir auch die Attraktivität  
12 des Öffentlichen Dienstes als moderner Arbeitgeber  
13 steigern.  
1415 • Home-Office- oder Shared-office-Modelle sowie  
16 flexible Arbeitszeitmodelle zu fördern.17 • die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern,  
18 indem wir Familienarbeitszeitmodelle einführen,  
19 um Eltern eine bessere partnerschaftliche  
20 Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zu ermöglichen  
21 und Projekte zu fördern, die den Väteranteil  
22 in Elternzeit und die gleichberechtigte Aufteilung  
23 von Fürsorge- und Erwerbsarbeit fördern.24 • ein Programm ins Leben zu rufen, das die  
25 Umwandlung von Teilzeit- in Vollzeitjobs vorantreibt,  
26 damit Eltern auch nach der Familienphase wieder  
27 beruflich durchstarten können.28 • ein Förderprogramm zu etablieren, das Start-Ups  
29 von Frauen unterstützt und die vorhandenen  
30 Gründungsberatungs- und Gründungsförderprogramme  
31 geschlechtergerechter gestalten.  
32**33 Begründung**

34

35 Gute Arbeit bedeutet für uns ein geschlechtergerechter  
36 Arbeitsmarkt, bei dem Frauen und Männer gleiche  
37 Chancen auf Teilhabe und Verwirklichung haben. Nach  
38 wie vor haben Frauen in Deutschland - trotz eines herausragenden  
39 Bildungsniveaus - im Laufe ihrer Erwerbstätigkeit mit strukturellen  
40 Hürden in der Arbeitswelt zu kämpfen. Tradierte Rollenbilder  
41 blockieren Frauen und Männern noch immer den Zugang zu  
42 gleichberechtigter Verwirklichung am Arbeitsmarkt und am Familien-  
43 leben. Eltern stehen häufig unter großem Druck. Einerseits wollen  
44 sie ihre Kinder aufwachsen sehen. Gleichzeitig wollen sie  
45 gleichberechtigt berufliche Träume verwirklichen. Vor allem für  
46 Mütter stellt die Vereinbarkeit  
47

Ersetze Zeile 24-27 durch:

Eine Arbeitszeitreduktion darf nicht zur Teilzeitfalle werden. Daher wollen wir ein Programm ins Leben rufen, das die Umwandlung von Teilzeit- in Vollzeitjobs vorantreibt, damit Eltern auch nach der Familienphase wieder beruflich durchstarten können.

48 von Beruf und Familie eine große Herausforderung dar.  
49 Häufig sind es Frauen, die beruflich kürzer treten müs-  
50 sen, um die Kinderbetreuung gewährleisten zu können.  
51 Frauen haben ein Recht, existenzsichernd erwerbstätig  
52 zu sein. Männer haben ein Recht, durch Sorgearbeit Ver-  
53 antwortung für die Familie zu übernehmen. Es ist Auf-  
54 gabe des Staates, Familienmodelle zu fördern, in de-  
55 nen Erwerbs- und Sorgearbeit partnerschaftlich aufge-  
56 teilt werden, ohne dass dadurch wirtschaftliche Nach-  
57 teile entstehen.

**Antrag F-02**  
**AsF NRW**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme in Fassung der Antragskommission**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Wir bekämpfen konsequent Gewalt gegen Frauen und Mädchen**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:  
 2  
 3 • einen Landesaktionsplan zur Umsetzung der  
 4 Istanbul-Konvention zu erstellen.  
 5 • das Dunkelfeld bei Gewalt an Frauen und Mäd-  
 6 chen mit Behinderung zu untersuchen und bei  
 7 der Weiterentwicklung aller Hilfs-, Beratungs- und  
 8 Präventionsangebote auch immer die besonderen  
 9 Bedürfnisse dieser Zielgruppe zu berücksichtigen.  
 10 • spezialisierte Staatsanwaltschaften zu schaffen,  
 11 die für Gewaltdelikte an Frauen und Femizide zu-  
 12 ständig sind.  
 13 • die anonyme Spurensicherung weiter zu fördern  
 14 und im ländlichen Raum auszubauen.  
 15 • die Finanzierung des Frauen- und Mädchenhilfe-  
 16 systems zu erweitern und uns für die Schaffung  
 17 eines Rechtsanspruchs auf Unterbringung für alle  
 18 von gewaltbetroffenen Frauen und Kindern einzu-  
 19 setzen.  
 20 • Das Frauen- und Mädchenhilfesystem im NRW  
 21 weiter auszubauen. Insbesondere den Ausbau der  
 22 Frauenhäuser in NRW wollen wir unterstützen  
 23 und darüber hinaus barrierefrei gestalten.  
 24 • eine Beratungsstruktur zum Thema digitalisie-  
 25 rte Gewalt zu etablieren und eine Öffentlichkeits-  
 26 kampagne zur Sensibilisierung verschiedener For-  
 27 men digitaler Gewalt starten, denn durch die fort-  
 28 schreitende Digitalisierung und die damit verbun-  
 29 dene Nutzung sozialer Medien werden neue Ka-  
 30 näle für Interaktionen geschaffen, die leider zu-  
 31 nehmend für Gewalt gegen Mädchen und Frauen  
 32 missbraucht werden. Dadurch ziehen sich Userin-  
 33 nen vermehrt aus den sozialen Medien und ande-  
 34 ren digitalen Plattformen zurück.

35

36 **Begründung**

37

38 Hier bei uns in Deutschland wird jede dritte Frau in ih-  
 39 rem Leben Opfer physischer oder sexualisierter Gewalt.  
 40 Bei jeder vierten Frau ist der Täter der aktuelle Partner  
 41 oder ein früherer Partner. Auf das Jahr gerechnet er-  
 42 mordet in Deutschland fast täglich ein Partner oder Ex-  
 43 Partner eine Frau. Das zeigen aktuelle Zahlen des Sta-  
 44 tistischen Bundesamts. Statistisch gesehen wird alle 45  
 45 Minuten eine Frau Opfer von gefährlicher Körperverlet-  
 46 zung durch Partnerschaftsgewalt. Bei all dem ist zudem  
 47 davon auszugehen, dass die Dunkelziffer noch wesent-

Ersetze in Zeile 10-12 durch:

Die Professionalisierung und Qualifizierung von Polizei  
 und Staatsanwaltschaften im Umgang mit Gewaltdelik-  
 ten an Frauen und Femiziden.

48 lich höher liegt.

49

50 Leider hat sich die Corona-Pandemie auch auf die Si-  
51 cherheit von Frauen und Kindern ausgewirkt. Laut Be-  
52 richten von Frauenhäusern, Beratungsstellen und Hilfe-  
53 telefonen nimmt häusliche Gewalt seit der ersten Pha-  
54 se der Corona-bedingten Einschränkungen des öffentli-  
55 chen Lebens zu. Dass die Zahlen ein uneinheitliches Bild  
56 der Gesamtsituation zeichnen, liegt laut offiziellen Stel-  
57 len auch daran, dass Betroffene in Zeiten eingeschränk-  
58 ter Kontakte erfahrene Gewalt nicht angezeigt haben  
59 und Anlaufstellen oft nur begrenzt erreichbar waren.  
60 Ständige Nähe in der Wohnung, Homeoffice, Kinderbe-  
61 treuung zu Hause und Existenzängste führen zu hohen  
62 Belastungen in Familien.

**Antrag F-03**  
**AsF NRW**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme in Fassung der Antragskommission**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Mein Körper, meine Entscheidung: Für ein diskriminierungsfreies Gesundheitssystem**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:  
2  
3 • die Durchführung von Schwangerschaftsabbrü-  
4 chen an durch Landesmittel finanzierten Klinken  
5 sicherzustellen - In Kliniken, die mit Landesmitteln  
6 arbeiten, muss ein Angebot für einen Abbruch für  
7 Frauen und Mädchen bestehen.  
8 • dass wir uns für die Weiterentwicklung der  
9 Schwangerschaftsbegleitung und auch der Be-  
10 ratung bei Schwangerschaftskonfliktsituationen  
11 einzusetzen.  
12 • dafür zu kämpfen, dass Mädchen und Jungen  
13 wie auch Frauen persönlicher, sachkundiger und  
14 durch fachlich geschultes und medizinisch versier-  
15 tes Fachpersonal in Schwangerschaftskonfliktsi-  
16 tuationen besser beraten und begleitet werden.  
17 • Dabei sollen diese Fachberaterinnen durch ent-  
18 sprechende Qualifizierungs-, Fortbildungs- und  
19 Weiterbildungsangebote der beiden spezialisier-  
20 ten Kompetenzzentren im Zusammenhang „Frau-  
21 en und Gesundheit“ in Bielefeld und Bochum fort-  
22 gebildet werden.  
23 • Die Schwangerschaftsfachberatungen auszubau-  
24 en.  
25 • dafür zu sorgen, dass Schwangerschaftsbeglei-  
26 tung und Beratung zu Schwangerschaftskonflikt-  
27 situationen besser in das Medizinstudium einge-  
28 baut.  
29 • Qualifizierungs-, Fortbildungs-, und Weiterbil-  
30 dungsangebote zum Thema Schwangerschafts-  
31 abbruch an den Universitäten auszubauen.  
32 • Sich für die Abschaffung der diskriminierenden  
33 und stigmatisierenden Paragraphen 218 und 219a  
34 einzusetzen, um der Kriminalisierung von Abtrei-  
35 bung endlich ein Ende zu setzen.  
36 • die Arbeit des Kompetenzzentrums Frau und Ge-  
37 sundheit in Bochum zu sichern.  
38 • uns dafür einzusetzen, dass bei der wissenschaft-  
39 lichen Erprobung von neuen Arzneimitteln weib-  
40 liche und männliche Proband\*innen paritätisch  
41 eingesetzt werden, da Medikamente sich unter-  
42 schiedlich auf den Körper von Frauen und Män-  
43 nern auswirken.  
44 • flächendeckend gratis Menstruationsprodukte an  
45 Schulen und öffentlichen Gebäuden zu verteilen,  
46 um der Tabuisierung von Menstruation entgegen-  
47 zuwirken. Denn: Hygiene- und Menstruationspro-

Zeile 3 bis 7:

die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen an durch Landesmittel finanzierten Klinken sicherzustellen - In Kliniken, die mit Landesmitteln arbeiten, muss ein Angebot für einen Abbruch für Frauen und Mädchen bestehen.

Ändern in und ab Zeile 35 einsetzen:

Für Frauen und Mädchen muss es eine wohnortnahe Möglichkeit für einen Schwangerschaftsabbruch geben. Dafür werden wir auch rechtlich prüfen, ob Kliniken, die mit Landesmitteln arbeiten, dazu verpflichtet werden können, dafür Angebote bereitzustellen.

In Zeile 37 ergänzen vor „zu sichern“:  
und Bielefeld

48 dukte dürfen keine Luxusartikel sein.

49

50

51 **Begründung**

52

53 Bundesweit und auch in NRW wird es für Frauen und  
54 Mädchen immer schwieriger, einen legalen Schwang-  
55 erschaftsabbruch durchführen zu lassen. Immer we-  
56 niger Ärzt\*innen und immer weniger Kliniken nehmen  
57 Schwangerschaftsabbrüche vor und bieten dazu eine  
58 Beratung an. Viele Ärztinnen und Ärzte mit Kompeten-  
59 zen in diesem Bereich scheiden aus dem Berufsleben  
60 aus, während nur unzureichend medizinischer Nach-  
61 wuchs in diesem Bereich heranwächst, auch und gerade  
62 weil an vielen Hochschulen keine praktische Fachkun-  
63 de vermittelt wird. Das liegt auch am gesellschaftlichen  
64 Stigma, das mit dem Thema Abtreibung verbunden ist.

**Antrag F-04**  
**AsF NRW****Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für eine (digitale) Gesellschaft, die Frauen den Rücken stärkt**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 • tradierte Rollenbilder und Geschlechterdiskri-  
4 minierung durch geschlechterneutrale und ge-  
5 schlechtergerechte Sprache abzubauen, z.B. durch  
6 Gendern in Veröffentlichungen der Verwaltungen  
7 von Land und Kommunen.

8 • Sexismus in der Online-Gaming-Szene zu be-  
9 kämpfen, denn Online-Gaming ist kein rechtsfrei-  
10 er Raum. Wir wollen mittels Aufklärungs- und Öff-  
11 fentlichkeitskampagnen informieren und sensibi-  
12 lisieren wir über das Problem und die vorhandene  
13 Rechtslage und tragen so zur Schaffung eines dis-  
14 kriminierungsfreien Umfelds bei.

15 • spezialisierte Unterstützung und Beratung für  
16 Frauen und Mädchen, die von Online-Spielsucht  
17 betroffen, schaffen.

18 • das Thema Vielfalt in den Schulen stärken, um tra-  
19 dierte Rollenbilder aufzubrechen. Bei der Aus- und  
20 Fortbildung pädagogischen Personals sollen ge-  
21 schlechtersensible Ansätze angewendet werden.

22 • die Jungenarbeit stärker fördern, denn Mäd-  
23 chen zu empowern erfordert eine gleichzeiti-  
24 ge emanzipatorische Sensibilisierung von Jungen.  
25 Geschlechtergerechte Werte sind ein wesentli-  
26 cher Bestandteil unserer gesellschaftlichen Werte,  
27 die an Jungen und Mädchen weitergegeben wer-  
28 den müssen.

29 • eine Öffentlichkeitskampagne starten, um auf  
30 Missstände in der Kulturszene aufmerksam zu  
31 machen und Lösungen zu diskutieren, z.B. zu Lohn-  
32 ungleichheit, Sexismus, Aufarbeitung historischer  
33 Werke von Frauen, die unter einem männlichen  
34 Pseudonym veröffentlicht wurden.

35

**36 Begründung**

37

38 Unsere Gesellschaft digitalisiert sich zunehmend und  
39 mit großer Geschwindigkeit. Das betrifft nicht nur  
40 berufliche- oder Verwaltungsabläufe, sondern zieht sich  
41 durch alle Bereiche des täglichen Lebens. Auch in unse-  
42 rer Freizeit hat der digitale Raum längst seinen Platz ein-  
43 genommen. Das bringt gerade in puncto Teilhabe viele  
44 Vorteile, birgt aber leider auch Risiken, die in Problemen  
45 wie Cyber-Mobbing und online-Diskriminierung gerade  
46 sehr stark hervortreten.

47

48 Eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ist eine Utopie,  
49 für die es sich zu kämpfen lohnt und für die wir täg-  
50 lich einstehen müssen – im digitalen, wie im analogen  
51 Raum. Ein perfektes Vehikel dafür ist Sprache. Unsere  
52 Sprache verändert sich laufend und mit Sprache sind wir  
53 in der Lage, gesellschaftliche Veränderungen auszudrü-  
54 cken und nach vorne zu bringen.

**Antragsbereich 10: Innen- und Rechtspolitik (IR)**

Antrag IR-01  
UB Duisburg

Empfehlung der Antragskommission  
Erledigt durch Koalitionsvertrag Bund 2021

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Legalisierung und Entkriminalisierung von Cannabis**

1 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für eine Legalisie-  
2 rung und somit Entkriminalisierung von Cannabis ein.

3

4 Die Ausgestaltung einer zeitgemäßen, an den ge-  
5 sellschaftlichen Realitäten und wissenschaftlichen Er-  
6 kenntnissen orientierten „Cannabis-Politik“ soll folgen-  
7 de Regelungen in Form eines 2-Stufen-Modells ein-  
8 schließen:

9

10 Stufe 1:

11

12 1. Der Besitz und der Erwerb von Cannabis soll künf-  
13 tig bis zu einer noch festzulegenden Menge nicht  
14 mehr strafrechtlich verfolgt, sondern nur noch als  
15 Ordnungswidrigkeit behandelt werden.

16 2. Es sollen wissenschaftlich begleitete Modellpro-  
17 jekte (z.B. auf kommunaler Ebene) ermöglicht  
18 werden, in denen die legale und regulierte Abgabe  
19 von Cannabis an Konsument\*innen erprobt wer-  
20 den können.

21 3. Im Straßenverkehr soll eine wissenschaftlich fun-  
22 dierte Höchstgrenze für den THC-Wert im Blut  
23 festgelegt werden.

24

25 Stufe 2: (Umsetzung nach evaluierter erfolgreicher Um-  
26 setzung von Stufe 1)

27

28 1. Die kommerzielle Nutzung von Cannabis, welche  
29 den Anbau, die Verarbeitung und den Handel ein-  
30 schließt, soll legalisiert, aber unter strenge staatli-  
31 che Kontrolle und Lizenzierung gestellt werden.

32 2. Die Ausgabe soll über staatlich lizenzierte Ausga-  
33 bestellen (z.B. über Apotheken) erfolgen.

34 3. Die Richtlinien des Kinder- und Jugendschutzes  
35 sollen beim gewerblichen Verkauf von Cannabis  
36 höchste Priorität haben.

37 4. Staatliche Einnahmen, die mit der Legalisierung  
38 von Cannabis einhergehen, sollen größtenteils für  
39 Aufklärung und Suchtprävention genutzt werden.

40 5. Es soll ein generelles Werbeverbot für Cannabis  
41 und Cannabisprodukte gelten.

42

43 **Begründung**

44

45 Cannabis ist die in Deutschland mit Abstand am meis-  
46 ten konsumierte illegale Droge und damit wie Alkohol  
47 und Tabak längst zu einer „Volksdroge“ geworden. In den

48 letzten Jahren hat insbesondere der Konsum in der Al-  
49 tersgruppe der 12- bis 25-jährigen überproportional zu-  
50 genommen. Dies zeigt nachdrücklich, dass die Verbots-  
51 politik der letzten Jahrzehnte gescheitert ist.

52

#### 53 **Anerkennung wissenschaftlicher Fakten und therapeu-** 54 **tischer Nutzen**

55

56 Dass Cannabis eine Droge ist, soll nicht bagatellisiert  
57 werden, doch wissenschaftlich ist längst nachgewie-  
58 sen, dass sie nicht gesundheitsschädlicher als Tabak  
59 und insbesondere Alkohol ist – von den weitreichen-  
60 den sozialen Auswirkungen des Alkoholmissbrauchs  
61 ganz zu schweigen. Wissenschaftlich widerlegt ist auch  
62 die Grundannahme, dass Cannabis die Einstiegsdro-  
63 ge zu „härterem Konsum“ sei. Zudem ist mittlerwei-  
64 le die medizinisch-therapeutische Nutzbarkeit von Can-  
65 nabis unbestritten, weshalb der Gesetzgeber mit dem  
66 „Cannabis-Gesetz“ 2017 den Weg für eine ärztlich ver-  
67 ordnete Abgabe freigemacht hat. Dennoch ist für vie-  
68 le Patient\*innen der Genehmigungsprozess immer noch  
69 eine große Hürde; zudem erschweren Lieferengpässe  
70 die Versorgung und sind viele Ärzt\*innen verunsichert.  
71 Eine vollständige Legalisierung unter den oben genann-  
72 ten Rahmenbedingungen würde für viele Patient\*innen  
73 und Ärzt\*innen Rechtssicherheit schaffen und viel Leid  
74 mindern.

75

#### 76 **Abkehr von einer gescheiterten Cannabis-Politik und ih-** 77 **ren Folgen**

78

79 Die repressive Drogenpolitik in Bezug auf Cannabis hat  
80 definitiv nicht zu einer Minderung des Konsums geführt.  
81 Ganz im Gegenteil: Der durch das Verbot entstandene  
82 Schwarzmarkt ignoriert nicht nur Kinder- und Jugend-  
83 schutzrichtlinien und macht es so minderjährigen Per-  
84 sonen leicht, an Drogen zu kommen, sondern öffnet  
85 auch die Tür zu härteren Drogen, da die Dealer diese  
86 ebenso „im Angebot haben“. Hierdurch werden insbe-  
87 sondere junge Menschen gezielt und skrupellos in die  
88 Abhängigkeit geführt.

89

90 Naturgemäß unterliegt ein Schwarzmarkt auch nicht ei-  
91 ner Qualitätskontrolle, was dazu führt, dass auf diesem  
92 Markt „Produkte“ angeboten werden, die nicht selten  
93 gesundheitsschädlich und abhängigkeitsfördernd sind.  
94 Eine Legalisierung, die gewerblichen Anbau und Verkauf  
95 unter staatliche Kontrolle und Lizenzierung stellt, kann  
96 hierbei deutlich Abhilfe schaffen und zudem sowohl ei-  
97 nen strikten Kinder- und Jugendschutz gewährleisten  
98 als auch einen „Umstieg“ auf härtere Drogen verhin-  
99 dern helfen. Nur eine staatliche bzw. staatlich garantier-  
100 te Qualitätsüberprüfung kann die Minimierung gesund-  
101 heitlicher Risiken gewährleisten.

102

103 Angesichts aller bekannten Fakten dürfte mittlerweile  
104 unstrittig sein, dass die aktuelle Rechtslage wenig taug-  
105 lich ist, Sucht und damit verbundene Kriminalität effek-  
106 tiv zu bekämpfen. Die Stigmatisierung und Kriminalisie-  
107 rung von Konsument\*innen befördert kriminelle Karrie-  
108 ren eher als sie zu verhindern. Über den Schwarzmarkt,  
109 der vollständig in der Hand der organisierten Krimina-  
110 lität liegt, erfolgt ein „niedrigschwelliger“ Kontakt zu  
111 kriminellen Kreisen, was die Anwerbung neuer Dealer  
112 und somit den Einstieg in die Kriminalität erleichtert.  
113 Eine Entkriminalisierung von Cannabis würde auch für  
114 Polizei und Justiz eine deutliche Entlastung bedeuten.  
115 Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der  
116 Verfahren zum Thema Cannabisbesitz eingestellt wer-  
117 den, hat sich selbst der Bund Deutscher Kriminalbeam-  
118 ter mittlerweile für eine Legalisierung ausgesprochen.

119

#### 120 **Suchthilfe und Aufklärung**

121

122 Sucht ist eine Krankheit und kein Straftatbestand! Bei  
123 den als „Volksdrogen“ Alkohol und Tabak wird die Ab-  
124 hängigkeit nicht nur geduldet bzw. hingenommen, son-  
125 dern damit über Steuereinnahmen auch noch prächtig  
126 verdient. Die gesundheitlichen Folgen hingegen werden  
127 auf die Solidargemeinschaft der Krankenkassen verla-  
128 gert. Diese Praxis gilt es dringend zu überdenken und zu  
129 verändern.

130

131 Ein maßvoller Umgang von Rauschmitteln/Drogen  
132 führt nicht zwangsläufig in die Abhängigkeit, weshalb  
133 hier einer entsprechenden Aufklärung höchste Priorität  
134 einzuräumen ist. Ein verantwortlicher Konsum von  
135 Cannabis kann am effektivsten sichergestellt wer-  
136 den, wenn der THC-Gehalt über einen kontrollierten  
137 Anbau definiert/garantiert ist und Konsument\*innen  
138 darüber Bescheid wissen. Insofern kann eine staatlich  
139 kontrollierte Abgabe sinnvoll mit Aufklärungsarbeit  
140 verknüpft werden, die hier nicht nur theoretisch, son-  
141 dern über eine Anbindung an die Abgabestellen „nah  
142 an Kund\*innen/Patient\*innen“ erfolgen kann.

143

144 Süchtigen sollte mit Fürsorge, Hilfe und Suchtberatung  
145 begegnet werden, anstatt diese Personen zu krimina-  
146 lisieren. Deshalb sollten Beratungsstellen für Süchtige,  
147 sowie die Suchtprävention massiv ausgebaut werden.  
148 Über die mit einer Legalisierung verbundenen staatli-  
149 chen Einnahmen könnte dies in Zukunft deutlich inten-  
150 siver sichergestellt werden.

151

#### 152 **Globale Trendwende - Von anderen lernen**

153

154 International ist eindeutig ein Trend zur Entkriminalisie-  
155 rung und Legalisierung von Cannabis erkennbar. Mit Ka-  
156 nada hat im Jahre 2018 die erste große Industrienation  
157 Besitz und Konsum von Cannabis für Erwachsene legali-

158 siert. In aktuell 10 Bundesstaaten der USA gilt dies eben-  
159 so. In weiten Teilen Südamerikas, in Mexiko sowie zahl-  
160 reichen anderen Ländern wurde Cannabis mittlerweile  
161 entkriminalisiert, d.h. Besitz und Konsum gelten nicht  
162 mehr als Straftat, sondern max. als Ordnungswidrigkeit  
163 – oder werden generell geduldet.

164

165 In der EU sind bislang Tschechien - Eigenbedarf und  
166 Anbau von Cannabis in definiertem Rahmen sind legal  
167 - und Portugal - straffreier Eigenbedarf aller Drogen;  
168 gekoppelt mit intensiver Prävention und Aufklärung -  
169 den liberalsten Weg gegangen. Gerade Portugal hat mit  
170 der Entkriminalisierung den Drogenkonsum deutlich zu-  
171 rückdrängen können. In der Schweiz ist derzeit eine In-  
172 itiative für eine Volksabstimmung zur Legalisierung von  
173 Cannabis in Planung, und als erstes europäisches Land  
174 hat Luxemburg angekündigt, den Besitz und Konsum  
175 von bis für den privaten Gebrauch bis Ende 2019 lega-  
176 lisieren zu wollen.

177

#### 178 **Die SPD geht neue Wege**

179

180 In einem Positionspapier zu diesem Thema hat nunmehr  
181 auch die SPD-Bundestagsfraktion eine Abkehr von der  
182 bisherigen Cannabis-Verbotspolitik in Deutschland be-  
183 schlossen. Dieses Positionspapier beinhaltet die Forde-  
184 rungen der in diesem Antrag formulierten Stufe 1. Es ist  
185 sicherlich sinnvoll, zunächst die Ergebnisse der hiermit  
186 verbundenen Maßnahmen abzuwarten und keine vorei-  
187 ligen Schlüsse zu ziehen. Gleichwohl wird es ebenso als  
188 sinnvoll erachtet, bereits heute eine Zielperspektive zu  
189 formulieren, die im Falle entsprechender Ergebnisse den  
190 eingeschlagenen Weg konsequent in Richtung vollstän-  
191 digen Legalisierung weitergeht. Eine solche Perspektive,  
192 soweit sie dann vertretbar sein wird, ist die SPD den vie-  
193 len Menschen schuldig, die hier auf ein Umdenken und  
194 eine neue Politik setzen!

**Antrag IR-02**  
**UB Duisburg****Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme****Der Landesparteitag möge beschließen:****Verbot von Wildtieren im Zirkus – keine Unterhaltung auf Kosten der Tiere!**

1 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für ein generelles  
2 Verbot von Wildtieren im Zirkus ein. Zu diesen wildle-  
3 benden Tieren gehören vor allem Affen, Elefanten, Giraf-  
4 fen, Flusspferde, Nashörner, Zebras, Strauße, Großkat-  
5 zen, Bären, Kängurus, Reptilien und Robben.

6  
7 Die Zirkusse sollen nach dem Inkrafttreten des Verbots  
8 eine noch festzulegende Übergangsfrist erhalten, in der  
9 sich die Unternehmen einerseits wirtschaftlich neu auf-  
10 stellen und andererseits die vorhandenen Wildtiere in  
11 eine artgerechte Haltung überführt werden können.

12

**13 Begründung**

14

15 Wildtiere, die im Zirkus zur Belustigung von Menschen  
16 gehalten werden, leiden ihr Leben lang unter nicht art-  
17 gerechter Haltung und teils darüber hinaus oft auch mi-  
18 serabler Behandlung. Die Tiere werden den Großteil der  
19 Zeit in kleinen Käfigen gehalten und müssen, wenn sie  
20 aus dem Käfig gelassen werden, Kunststücke ausfüh-  
21 ren, die meist nur mit einer gewalttätigen Dressur er-  
22 lernt werden können. Dazu kommen sowohl der Stress,  
23 der durch den dauernden Transport (bis zu 50 Mal im  
24 Jahr) zustande kommt, als auch die fehlende Bewegung  
25 durch Käfighaltung. Die Folgen für die Tiere sind ne-  
26 ben massiven Gesundheitsschäden auch schwere Ver-  
27 haltensstörungen und eine erhöhte Sterblichkeit. Der  
28 Zirkus-Report der „Eurogroup for Animals“ hat in den  
29 letzten 22 Jahren zudem mehr als 300 Zwischenfälle mit  
30 Zirkustieren dokumentiert, wobei die Hälfte der Vorfälle  
31 in Deutschland vorgefallen sind.

32

33 Ein Verbot der Haltung von Wildtieren im Zirkus ist so-  
34 mit längst überfällig, da die Ansprüche an eine artge-  
35 rechte Tierhaltung in einem Zirkus nicht erfüllt werden  
36 können. Das hat bisher nicht nur der Bundesrat erkannt,  
37 sondern auch die Agrarminister\*innen der Bundeslän-  
38 der, so dass dieses Verbot seit Jahren nur noch am von  
39 der CDU geführten Bundesministerium für Ernährung  
40 und Landwirtschaft scheitert. Aufgrund dieser Blocka-  
41 dehaltung haben sich bereits etliche Kommunen dafür  
42 entschieden, keine Stellplätze mehr an Zirkusse zu ver-  
43 geben, die Wildtiere halten.

44

45 Betrachtet man die Situation in anderen europäischen  
46 Ländern, lässt sich feststellen, dass Deutschland mit den  
47 aktuellen Regelungen hinterherhinkt. So gelten bereits

48 in fast 30 Ländern Regelungen für ein Wildtierverbot,  
49 unter anderem in Belgien, Dänemark, Finnland, Italien,  
50 den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Schwe-  
51 den und Tschechien.

**Antragsbereich 11: Arbeitsmarktpolitik (Ar)**

**Antrag Ar-01**  
**UB Siegen-Wittgenstein**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Erledigt durch Annahme L-01 Regierungsprogramm**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Industrieregion Südwestfalen zukunftssicher stärken und Arbeitsplätze sichern**

1 Die SPD Siegen-Wittgenstein setzt sich in Zusammen-  
2 arbeit mit der SPD Südwestfalen und der NRWSPD für  
3 die Arbeitsplatzerhaltung und Stärkung der Industrieregion  
4 Südwestfalen ein. Die Arbeitnehmerinnen und Ar-  
5 beitnehmer sind ein wichtiger Schlüssel zur Zukunftsge-  
6 staltung der regionalen und industriellen Arbeitswelt.  
7 Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Arbeit-  
8 geberverbänden müssen wir die Mitarbeiter der Un-  
9 ternehmen durch Weiterbildungs- und Qualifizierungs-  
10 maßnahmen fördern. In Kooperation zwischen Arbeit-  
11 geber und Arbeitnehmer können wir durch zusätzliche  
12 Landes- bzw. staatliche Fördermöglichkeiten den Fami-  
13 lien das Vertrauen und die Sicherheit geben, finanzia-  
14 ell unabhängig zu bleiben. Begründung: In Nordrhein-  
15 Westfalen sind allein ca. 250.000 Menschen mittelbar  
16 und unmittelbar in der Automotive-Branche beschäf-  
17 tigt.

18  
19 Die Industrieregion Südwestfalen lebt von der Automo-  
20 bilindustrie und von den stahlverarbeitenden Unterneh-  
21 men. Durch die Transformation der Arbeitswelt sind vie-  
22 le Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verunsichert  
23 und wissen nicht, wie sich ihr Arbeitsplatz in der Zukunft  
24 verändern wird. Auch in dieser Branche arbeiten viele  
25 Menschen ohne Berufsausbildung oder sind Querein-  
26 steiger mit einer anderen berufsfremden Ausbildung.  
27 Wir, die SPD, müssen als „Arbeiterpartei“ den Menschen  
28 verlässliche und vertrauensvolle Antworten bzw. Lösun-  
29 gen anbieten.

30  
31 Südwestfalen ist eine Region mit vielen mittelständi-  
32 schen Unternehmen. Viele dieser Unternehmen haben  
33 aufgrund von mangelnder Forschungskapazitäten aber  
34 nicht die Möglichkeit, die technologischen und ökolo-  
35 gischen Herausforderungen der Zukunft und ihre Pro-  
36 dukte kundengerecht weiterzuentwickeln. Wir müssen  
37 die gemeinschaftlichen Bildungs-, Weiterbildungs- und  
38 Forschungseinrichtungen durch eine regionale Wirt-  
39 schaftsförderung und einem Dachverband stärken. Ge-  
40 meinsame regionale Kooperationen und Austausch-  
41 möglichkeiten würden die heimischen Unternehmen  
42 stärken. Durch kommunale Wirtschaftsförderung und  
43 gezielte strukturpolitischen Landes- und Bundesmaß-  
44 nahmen, müssen die Unternehmen zur Erschließung  
45 neuer Produktlinien und Technologien begleitet werden.  
46 Wir müssen unseren Unternehmen mit ihren Arbeitneh-  
47 merinnen und Arbeitnehmern den Mut, das Vertrauen

48 und die Möglichkeit geben, Südwestfalen zur „Know-  
49 how“-Region mit innovativen Ideen, mit qualifizierten  
50 Mitarbeitern zukunftsfähig zu entwickeln. Die Südwest-  
51 falen Regionale 2025 bietet zusätzlich Chancen die digi-  
52 talen Möglichkeiten zu erweitern.

53

54 Vom digitalen Bildungsangebot für unsere Gesellschaft,  
55 bis zum digitalen Arbeitsplatz der Zukunft, gibt es ei-  
56 ne Vielzahl an innovativen Ideen zur Gestaltung unse-  
57 rer Region Südwestfalen. Vom Kindergarten bis zur Aus-  
58 , Fort- und Weiterbildung können wir die digitalen An-  
59 gebote nach den Bedürfnissen der Menschen ausrich-  
60 ten, sodass wir die „digitale Kompetenz“ unserer Gesell-  
61 schaft stärken.

62

63 Gemeinsam und durch entschlossenes Handeln, können  
64 wir unsere Region in Südwestfalen zukunftssicher auf-  
65 stellen und zu einer „Knowhow“-Region mit hervorra-  
66 gend qualifizierten Mitarbeitern, mit innovativen Ideen  
67 und mit guten mittelständischen Unternehmen weiter-  
68 entwickeln.

**Antrag Ar-02**  
**UB Borken**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Erledigt durch Annahme L-01 Regierungsprogramm**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Einführung eines Bundestariftreuesetz sowie die Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW**

1 Die NRWSPD setzt sich aktiv für die Einführung ei-  
2 nes Bundestariftreuesetz sowie die Änderung des  
3 Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (TVgG – NRW)  
4 ein.

5  
6 Der SPD - Landesvorstand und die SPD - Landtagsfrakti-  
7 on setzen sich dafür ein, dass das Tariftreue- und Verga-  
8 begesetz NRW zukünftig so geändert wird, dass dieser  
9 Mindestbetrag von 5000,- € wieder Gültigkeit hat.

10

11 Des Weiteren sollen die gesetzlichen Schlupflöcher so  
12 geschlossen werden, dass bei öffentlichen Vergaben fair-  
13 re Bedingungen für alle Beteiligten gelten.

14

15 **Begründung**

16

17 Die AfA im UB Borken und die SPD setzen sich seit Jahren  
18 für mehr soziale Gerechtigkeit ein.

19

20 In unserem SPD - Zukunftsprogramm wollen wir uns u.  
21 a. für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne einsetzen.  
22 Die Menschen müssen von ihrem Lohn gut leben kön-  
23 nen. Hier sind die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu  
24 berücksichtigen, bezahlbarer Wohnraum sowie eine ord-  
25 entliche Rente.

26

27 Mit dem Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode ha-  
28 ben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP verein-  
29 bart, dass der Mindestlohn auf 12,- € angehoben werden  
30 soll. Wir begrüßen diese Erhöhung des Mindestlohnes,  
31 jedoch reicht das nach unserer Ansicht nicht aus.

32

33 Zurzeit ist es so, dass die Tarifbindung, also der Anteil  
34 der Beschäftigten, für die die Regelungen eines Tarif-  
35 vertrags gelten, zurückgeht. Dieser Tarifflicht soll der  
36 Riegel vorgeschoben werden. Denn mit den Steuergel-  
37 dern der Bürger\*innen sollen keine Dumpingfirmen und  
38 Lohndrücker mehr bevorzugt mit öffentlichen Aufträgen  
39 versorgt werden.

40

41 Hier sollte das Land NRW, Städte und Gemeinden mit  
42 ihrer großen gesellschaftlichen Verantwortung mit gu-  
43 tem Beispiel vorangehen und auf die Einhaltung sozia-  
44 ler, ökologischer Kriterien sowie guter Arbeitsbedingun-  
45 gen achten.

46

47 Viele Aufträge werden an Unternehmen aus der jewei-

48 ligen Stadt/Gemeinde oder der Region vergeben und si-  
49 chern so Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort.

50

51 Die Tarifverträge haben nicht nur Vorteile (Entlohnung,  
52 Arbeitsbedingungen) für die einzelnen Beschäftigten,  
53 sondern auch gesamtgesellschaftlich. Damit wird aktiv  
54 Abstiegsprozessen in Armut und mangelnder Teilhabe  
55 entgegengewirkt. Es werden höhere Beiträge für die So-  
56 zialversicherungen gezahlt, ebenso führt dies zu höhe-  
57 ren Steuereinnahmen, die letztendlich den Kommunen  
58 und dem Land wieder zur Verfügung stehen. Nur ein  
59 starkes Tarifsysteem hilft gegen Niedriglohn und prekäre  
60 Beschäftigungsverhältnisse. Nicht einmal mehr 50 %  
61 der Betriebe in Deutschland sind derzeit an Tarifverträge  
62 gebunden.

63

64 Daher muss bei Vergaben von Lieferungen und Leistun-  
65 gen in jedem Einzelfall dafür gesorgt werden, dass die  
66 ausführenden Unternehmen die branchenweiten Tarif-  
67 bedingungen erfüllen. Die in den Tarifverträgen aus-  
68 gehandelten Bedingungen sind die Mindestbedingun-  
69 gen, die alle Marktteilnehmer\*innen erfüllen können.  
70 Der Wettbewerb wird aus unserer Sicht dadurch nicht  
71 beschränkt.

72

73 Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat in seinem  
74 Eckpunktepapier im Jahr 2020 sich für ein einheitliches  
75 bundesweites Tariftreuegesetz ausgesprochen.

76

77 Laut DGB ist nach europäischen Recht eine Vergabe von  
78 Aufträgen in Verbindung mit einer Tariftreueklausel ver-  
79 einbar. Einerseits verpflichten sich die EU-Staaten des  
80 Lissabon-Vertrages (Artikel 9 AEUV) auf einen angemessenen  
81 Schutz von sozialen Standards, andererseits wurde die EU-Vergaberichtlinie (2014/24/EU) um die um-  
82 weltbezogenen sowie sozialen Kriterien ergänzt und  
83 aufgewertet.

84

85  
86 Im Jahr 2018 wurde die EU-  
87 Arbeitnehmerentsenderichtlinie (Artikel 3 Abs. 8  
88 UAbs. 2) geändert. Damit wurde die Möglichkeit ge-  
89 schaffen, dass die sogenannten „allgemein wirksamen“  
90 Tarifverträge, die bisher in einer Ausnahmeregelung  
91 nur für die skandinavischen Länder gelten, in allen  
92 EU-Mitgliedstaaten angewendet werden können.

93

94 **In ihrem Zukunftsprogramm hat sich die SPD für ein**  
95 **Bundestariftreuegesetz ausgesprochen.**

96

97 Ein Bundestariftreuegesetz sowie der Vergabe von Auf-  
98 trägen und Dienstleistungen konnte nach unserem  
99 Kenntnisstand nicht zwischen den Koalitionspartnern  
100 vereinbart werden. Jedoch wurde vertraglich geregelt,  
101 dass nur Firmen bei der Auftragsvergabe des Bundes be-  
102 rücksichtigt werden sollen, die nach einem „repräsenta-

103 tiven Tarifvertrag der Branche gebunden“ sind.

104

105 Eine Tarifflicht, z. B. durch eine Ausgliederung, soll ver-  
106 hindert werden.

107

108 Die jetzige Landesregierung hat bei der Novellierung  
109 2018 des TVgG – NRW die Grenzen für Bau- und Dienst-  
110 leistungen auf einen „geschätzten Betrag ab 25.000 €“  
111 geändert. Im Jahr 20216 haben SPD und Bündnis 90/ Die  
112 Grünen in ihrer Regierungsverantwortung bei der Auf-  
113 tragsvergabe einen Betrag von 5000,- € festgelegt.

114

115 Die bestehenden aktuellen Vorgaben aus dem  
116 Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG)  
117 gelten nur für Verkehrsdienstleistungen zur Verpflich-  
118 tung der Tariftreue.

**Antragsbereich 13: Organisationspolitik (O)****Antrag O-01**  
**UB Duisburg****Empfehlung der Antragskommission**  
**Ablehnung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Änderung des Beitragserhöhungsverfahrens**

1 Vom bisherigen Verfahren bei Beitragserhöhungen,  
2 Nicht-Meldung als Zustimmung zu werten, soll Abstand  
3 genommen werden. Stattdessen soll eine Beitragserhö-  
4 hung künftig nur dann wirksam werden, wenn das Mit-  
5 glied dieser ausdrücklich zugestimmt hat.

6

**Begründung**

8

9 Schon das Schreiben des Parteivorstandes zu Beitrags-  
10 erhöhungen im Jahr 2019 hat an der Parteibasis viel-  
11 fach für Unmut gesorgt und auch manchen Parteiaus-  
12 tritt provoziert. Nunmehr ist die Beitragserhöhung zum  
13 01.01.2021 wirksam geworden, und den Mitgliedern wur-  
14 de schriftlich freigestellt, der beschlussgemäßen Erhö-  
15 hung zuzustimmen, einen anderen Mitgliedsbeitrag zu  
16 wählen oder es bei dem bisherigen Mitgliedsbeitrag zu  
17 belassen. Was nicht erwähnt wurde, aber gängiger Pra-  
18 xis entsprechend hierbei ebenso gilt, ist, dass Nicht-  
19 Meldung zumindest im Einzugsverfahren automatisch  
20 zu beschlussgemäßer Erhöhung führt.

21 Damals wie heute ging und geht es vielen Parteimit-  
22 gliedern an der Basis es weniger um die Sache bzw. die  
23 nachvollziehbare Finanzsituation der SPD selbst, son-  
24 dern vielmehr um die Form, in der die Beitragserhöhung  
25 durchgeführt wird. Wie mittlerweile in der gesamten  
26 Welt des Kommerzes üblich spekuliert man mit dieser  
27 Vorgehensweise auf die Vergesslichkeit und Bequem-  
28 lichkeit der Menschen. Dies mag aus rein monetären Ge-  
29 sichtspunkten sicherlich der erfolgversprechendere Weg  
30 sein, doch sollte gerade die SPD mit ihrem hohen mora-  
31 lischen Anspruch nicht das gleiche Gebaren an den Tag  
32 legen wie Banken, Versicherungen u.a. gewinnorientier-  
33 te Unternehmen, sondern stattdessen auf die aktive So-  
34 lidarität der Genossinnen und Genossen vertrauen. Wer  
35 der Partei also helfen möchte, sollte sich aktiv dazu be-  
36 kennen und mit einer klaren Willensäußerung seinen  
37 Beitrag erhöhen.

**Antrag O-02**  
**OV Bochum-Stiepel****Empfehlung der Antragskommission**  
**Erledigt durch Beschlusslage****Der Landesparteitag möge beschließen:****Einrichtung AK Säkularität und Humanismus**

1 Der Parteitag möge beschließen, den Landesvor-  
2 stand zu beauftragen, der zunehmenden religiös-  
3 weltanschaulichen Pluralität in unserer Gesellschaft  
4 Rechnung zu tragen und einen AK „Säkularität und  
5 Humanismus“ einzurichten, um dieses Anliegen in der  
6 Partei abzubilden. Der neue AK ist in gleicher Weise  
7 wie der AK „SPD und Kirche“ zu den Beratungen des LV  
8 heranzuziehen. Hierbei soll sich der LV am Beschluss des  
9 Bundesparteitages vom Dezember 2019 zur Einrichtung  
10 eines säkularen AKs und dessen Umsetzung durch den  
11 Bundes-PV orientieren

12

**Begründung**

14

15 Auch in NRW wird die Gesellschaft zunehmend religiös-  
16 weltanschaulich pluraler. Die Bindekräfte der großen  
17 Kirchen und Religionsgemeinschaften lassen nach, und  
18 viele Menschen wollen sich nicht mehr öffentlich zu ei-  
19 ner Konfession bekennen.

20

21 Diese immer größer werdende Anzahl von Bürgerinnen  
22 und Bürgern, die oft auch eine klarere Trennung von  
23 Staat und Kirche für notwendig halten, muss stärker be-  
24 teilt werden und die Chance erhalten, im Dialog mit  
25 der Politik, den Kirchen und Religionsgemeinschaften  
26 sowie den säkularen / humanistischen Verbänden trag-  
27 fähige Positionen zu wichtigen gesellschaftlichen The-  
28 men zu entwickeln. Diese reichen von der Bildungspo-  
29 litik über die Sozial- und Rechtspolitik bis zur Integri-  
30 onspolitik.

31

32 Die Regierungskoalition im Bund beabsichtigt mehre-  
33 re säkulare Reformprojekte auf den Weg zu bringen,  
34 z.B. ein Rahmengesetz zur Ablösung der altrechtlichen  
35 Staatsleistungen, die Reform des kirchlichen Arbeits-  
36 rechts und die Streichung des Strafrechtsparagrafen  
37 219a. In diesem Reformprozess sollte die NRWSPD nicht  
38 zurückstehen.

**Antrag O-03**  
**UB Borken****Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisung an SPD-Bundesparteitag**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Antragsregister**

1 Der Vorstand der NRWSPD berichtet im Rahmen jedes  
2 Landesparteitages über den Stand der beschlossenen  
3 Anträge. Zur Nachvollziehbarkeit stellt der Vorstand ein  
4 laufendes Antragsregister zusammen, in dem die Gliederungen  
5 Anträge zu Landesparteitagen und deren Status  
6 einsehen können

7

**Begründung**

9

10 Für Gliederungen ist es nicht nachvollziehbar welche  
11 Anträge andere Gliederungen zu vorangegangenen Landesparteitagen  
12 stellten.

13

14 Ebenso ist es derzeit mit großem Aufwand verbunden,  
15 den Status von Anträgen nachzuvollziehen.

16

17 Deshalb sollte der Vorstand zur Vorbereitung des Landesparteitages  
18 eine Übersicht über den Status der Anträge aus dem vergangenen  
19 Landesparteitag zur Verfügung stellen.

21

22 Um länger zurückliegende Anträge nachvollziehen zu können,  
23 ist eine Übersicht über Inhalt und Status dieser Anträge  
24 hilfreich.

**Antrag O-04**  
**UB Borken**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Erledigt durch Beschlusslage**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Einrichtung eines Arbeitskreises Säkulare Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten**

1 Der Parteitag der NRWSPD fordert den Landesvorstand  
2 auf, einen Arbeitskreis „**Säkulare Sozialdemokratinnen**  
3 **und Sozialdemokraten**“ einzurichten.

4

5 **Begründung**

6

7 Der Anteil von Menschen in Deutschland, die sich zu kei-  
8 ner Religion bekennen, wächst ständig, auch in NRW.  
9 In manchen Städten unseres Landes bildet dieser Bevöl-  
10 kerungsteil bereits die Mehrheit, z.B. in Düsseldorf und  
11 vermutlich auch schon in Köln. Die SPD sollte hier nicht  
12 wegsehen, sondern auch diesen Menschen ein Angebot  
13 machen; andere Parteien haben dies bereits getan.

14

15 Seit gut 10 Jahren besteht in der SPD eine säkulare Initia-  
16 tive, auch unter dem Namen „Säkulare Sozis“ bekannt.  
17 Sie hat sich inzwischen zu einem bundesweiten Netz-  
18 werk entwickelt, das auch mit zahlreichen Organisatio-  
19 nen aus dem nichtkonfessionellen Raum zusammenar-  
20 beitet. Beim SPD-Bundesvorstand in Berlin laufen Ge-  
21 spräche über die Konditionen einer Anerkennung als Ar-  
22 beitskreis. Dem sollte NRW folgen.

23

24 Die Säkularen Sozis fühlen sich Demokratie, Humanität  
25 und Menschenrechten verpflichtet. Sie respektieren den  
26 Glauben anderer und Andersdenkender. Sie treten für  
27 eine stärkere Trennung von Staat und Religion ein, wie  
28 es das GG auch vorsieht, so in Art. 140, Art.137(1) WRV  
29 „Es besteht keine Staatskirche“ und in GG Art. 3(3) „Nie-  
30 mand darf wegen seiner religiösen ... Anschauungen  
31 benachteiligt oder bevorzugt werden“. Das GG schützt  
32 nicht nur die positive Religionsfreiheit, sich zu einer Reli-  
33 gion zu bekennen, sondern auch die negative Religions-  
34 freiheit, ohne Religion zu leben.

35

36 Die Pflicht des Staates zur Neutralität wird zugunsten  
37 der Kirchen immer wieder verletzt, so z.B. in der Bildung,  
38 im Gesundheitswesen, in der Politikberatung. Hier be-  
39 darf es einer Gegenstimme im Sinne des Antrags.

**Antragsbereich 16: Umwelt-, Energie- und Verbraucherschutzpolitik (UE)****Antrag UE-01**  
**KV Mettmann****Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme****Der Landesparteitag möge beschließen:****Einhaltung der Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens**

1 Die NRWSPD wird aufgefordert, das „Gesetz zur Neufas-  
2 sung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein- Westfalen“  
3 vom 1. Juli 2021 zu ersetzen bzw. zu überarbeiten, so dass  
4 die völkerrechtlichen Verpflichtungen, die sich aus dem  
5 Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 ergeben, und  
6 die Vorgaben des Klimaurteils des Bundesverfassungs-  
7 gerichts aus dem Jahre 2021 zum Schutz zukünftiger Ge-  
8 nerationen, erfüllt werden.  
9 Dabei reichen Zielsetzungen z. B. Klimaneutralität  
10 bis spätestens 2045 nicht aus. Das Land NRW soll  
11 sich zu einer „pariskonformen“ Begrenzung der CO2-  
12 Emissionen verpflichten. Diese Verpflichtung wird  
13 eingehalten, wenn das Land NRW nur noch 0,9 GT  
14 CO2 bzw. CO2-Äquivalenzen ausstößt. Dazu sind die  
15 geeigneten Maßnahmen zu definieren, umzusetzen  
16 und die Fortschritte zu monitoren.

17

**Begründung**

19

20 Der durch den Menschen verursachte Klimawandel ist  
21 die größte Herausforderung der Menschheit und ist eine  
22 existentielle Bedrohung alles Lebens auf der Erde.

23 Im Jahre 2015 wurde in Paris das Klimaabkommen von  
24 über 190 Staaten vereinbart. Mit der Ratifizierung haben  
25 sich die Staaten völkerrechtlich verpflichtet, die Erder-  
26 wärmung deutlich unter 2 Grad möglichst auf 1,5 Grad  
27 im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen.

28 Das Klimaurteils des Bundesverfassungsgerichts vom  
29 24. März 2021 stellt fest, dass die Freiheitsrechte der  
30 zukünftigen Generationen durch den Klimawandel be-  
31 droht sind. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesre-  
32 publik reichen nicht aus, die Regierung muss nachbes-  
33 sern. Dabei folgt das Bundesverfassungsgericht weitge-  
34 hend dem sogenannten „Budget-Ansatz“ der aufzeigt,  
35 wieviel Treibhausgase wir noch in die Atmosphäre ent-  
36 lassen können, bis wir das 1,5-Grad-Ziel reißen.

37

38 Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)[1]  
39 stellt im UMWELTGUTACHTEN 2020 „Für eine entschlos-  
40 sene Umweltpolitik in Deutschland und Europa (Redak-  
41 tionsschluss: Januar 2020)“, Seite 10, fest:

42

43 „Legt man den deutschen Anteil an der Weltbevöl-  
44 kerung zugrunde und vernachlässigt die historischen  
45 Emissionen, beträgt das ab 2020 verbleibende CO2-  
46 Budget für Deutschland maximal 6,7 Gigatonnen CO2.  
47 Es bezieht sich auf eine maximale Erderwärmung von

48 1,75 °C mit einer 67%igen Wahrscheinlichkeit der Ziel-  
49 erreicherung. Das deutsche anteilige Budget mit einer  
50 50%igen Wahrscheinlichkeit, die Erderwärmung auf 1,5  
51 °C zu begrenzen, beträgt 4,2 Gigatonnen CO<sub>2</sub> ab 2020.“

52

53 Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad im Vergleich zur vor-  
54 industriellen Zeit zu begrenzen, ergibt sich für das Land  
55 NRW in Bezug auf die Einwohnerzahl ein anteiliges CO<sub>2</sub>-  
56 Budget von 0,9 GT CO<sub>2</sub> bzw. CO<sub>2</sub>-Äquivalenzen.

57

58 [1] Der Sachverständigenrat für Umweltfragen, auch  
59 bekannt als Umweltrat, ist ein wissenschaftliches Be-  
60 ratungsgremium der deutschen Bundesregierung. Der  
61 SRU begutachtet die Umweltsituation in Deutschland  
62 und berät die Bundesregierung hinsichtlich ihrer zu-  
63 künftigen Umweltpolitik.

64

Herausgeber:

SPD-Landesverband NRW  
Werdener Straße 4  
40227 Düsseldorf

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragsteller  
verantwortlich.

Druck: Eigendruck